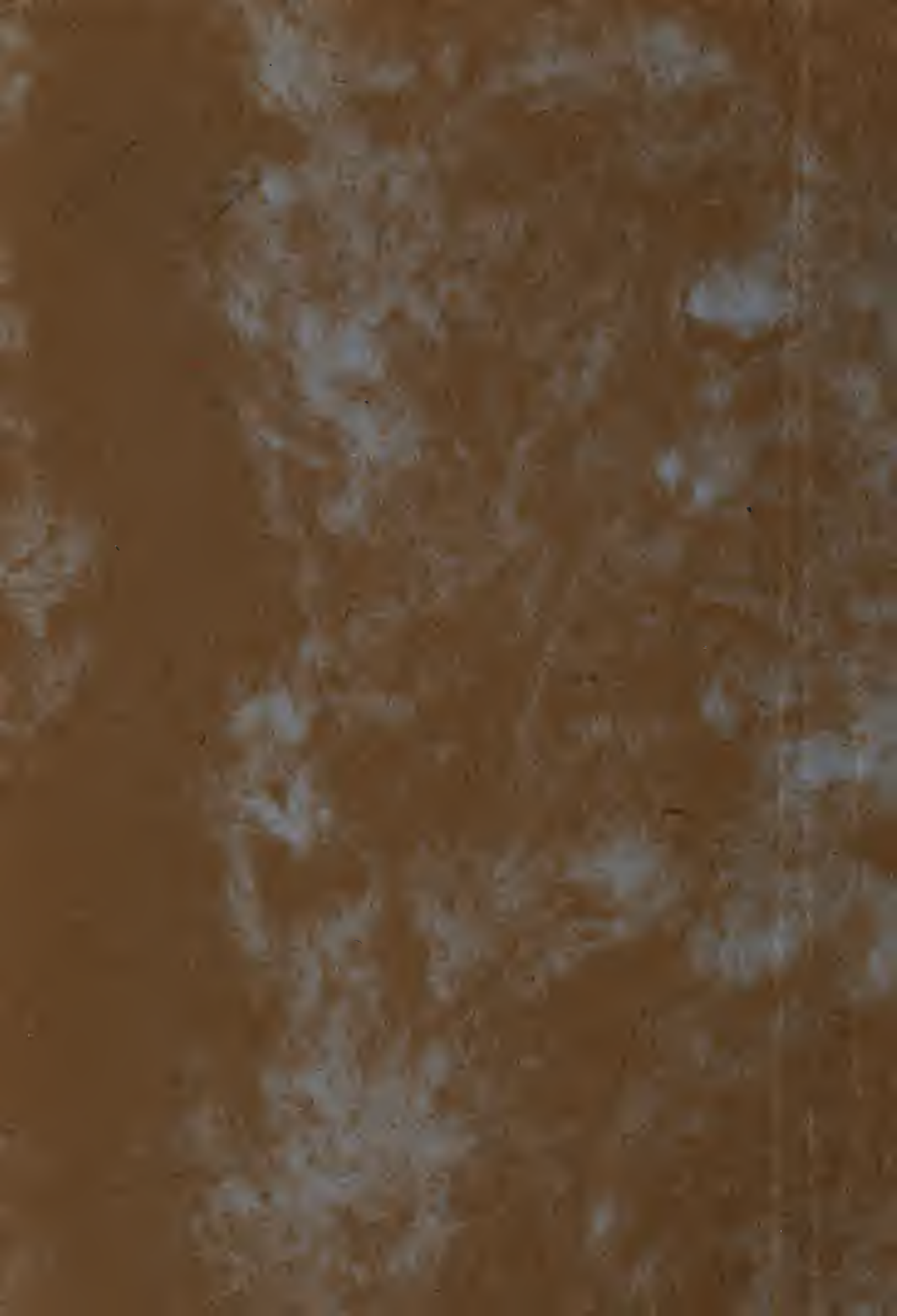
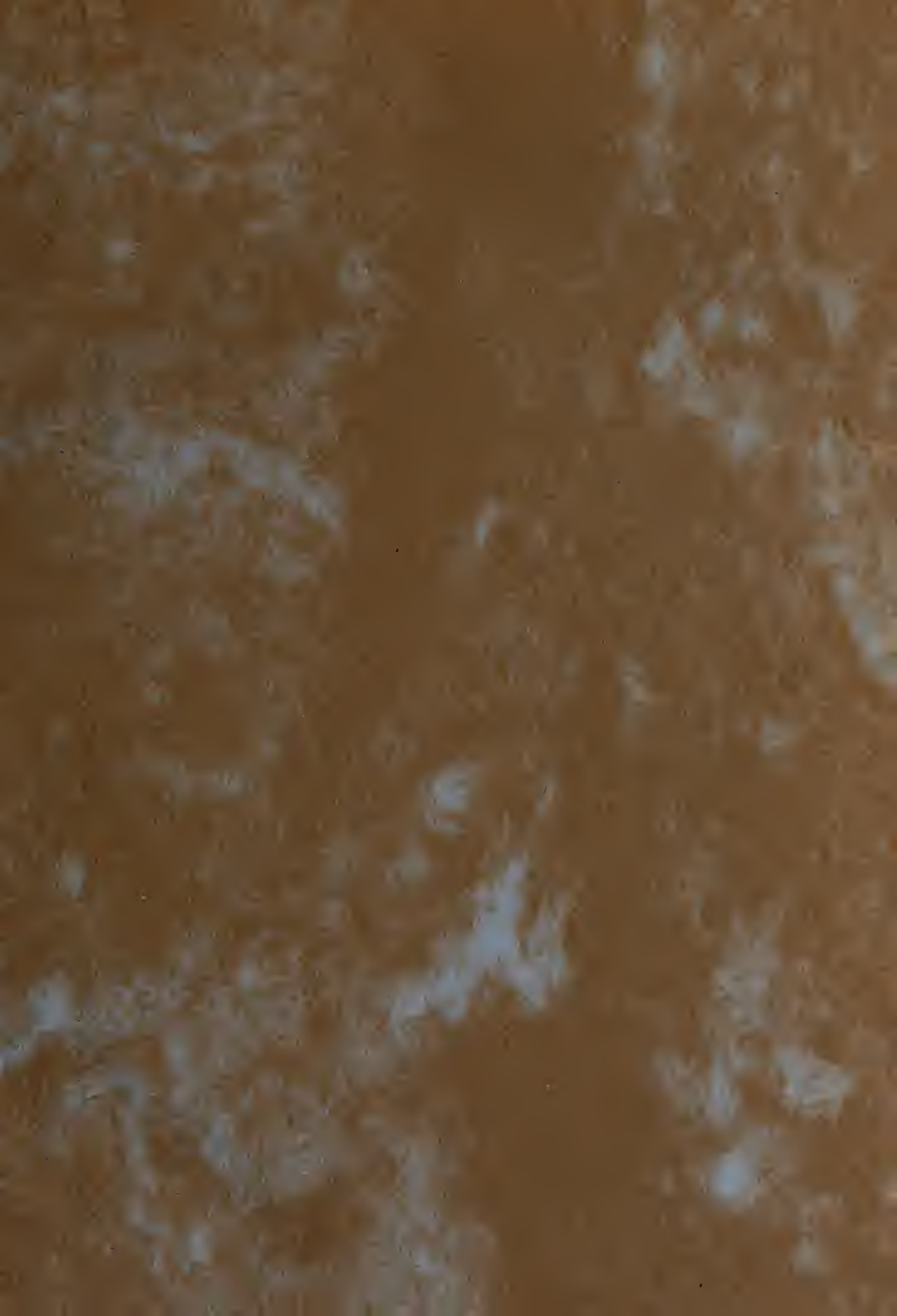








Zwanzig Jahre Deutscher Politik

(1897—1917)

Aufsätze und Vorträge

von

Gustav Schmoller



München und Leipzig
Verlag von Duncker & Humblot
1920

Altenburg, S.-A.
Piererſche Hofbuchdruckerei
Stephan Geibel & Co.

Vorwort.

Gustav Schmoller hat, ohne an dem eigentlich parteipolitischen Getriebe teilzunehmen, die politischen Ereignisse der Zeit nicht bloß mit lebhaftem Interesse begleitet. Er hat es stets für Recht und Pflicht gehalten, dazu vom Standpunkte des Historikers und Volkswirts Stellung zu nehmen. Namentlich in den letzten Jahrzehnten seiner reifen Lebenshöhe hat er gern auch in der Tagespresse sich über die Probleme des Tages in ihrer über den Tag hinausgehenden Bedeutung ausgesprochen. Manche dieser Aufsätze hat er in seinem „Jahrbuch" nochmals veröffentlicht. Aber im ganzen sind diese Aufsätze doch zerstreut, manchem schwer zugänglich. Sie sind nicht systematisch entstanden, aber sie geben doch ein Gesamtbild von Schmollers Ansichten über Staat und Gesellschaft, seine großen grundlegenden Arbeiten vielfach ergänzend.

So lag es nahe, eine angemessene Auswahl dieser Aufsätze gesammelt herauszugeben. Schmoller hat selbst diese Absicht gehabt, wie eine Aufzeichnung in seinem Nachlasse ergibt. Diese Aufzeichnung hat im wesentlichen als Richtschnur für die vorliegende Veröffentlichung gedient.

Lucie Schmoller.



Inhaltsverzeichnis.

Die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands und die Flottenvorlage[1]).

I.

Hochverehrte Versammlung!

Als in den letzten Wochen in Deutschland so vielerorts Feiern veranstaltet wurden, die wesentlich Rückblicke auf das letzte Jahrhundert enthielten, da konnte man viel wahre und stolze Worte darüber hören, was wir in Deutschland erreicht hätten, warum wir getrost in die Zukunft blicken könnten. Vor 100 Jahren ein armes Volk von Bauern und Handwerkern, von Denkern und Dichtern in einigen hundert machtlosen Mittel-, Klein- und Duodezstaaten; heute ein großes, einiges, mächtiges Reich, dessen Wohlstand, Großindustrie und Technik, dessen Heer und Beamtentum, dessen Verfassung und freie Selbstverwaltung, dessen Macht und Stärke weit über seine Grenzen hinaus gepriesen werden! Ja, wir können heute stolz und dankbar sein. Aber nicht vergessen dürfen wir dabei, daß doch in dem abgelaufenen Jahrhundert unsere Nachbarn vielleicht noch Größeres erreicht haben. Nicht mit Unrecht erinnerte Herr v. Wilamowitz in seiner wunderbar schönen Gedächtnisrede in der Berliner Universität daran, daß die Französische Revolution das 19. Jahrhundert eröffnete und ihm politisch seinen Stempel aufdrückte, daß Rußland die arische Kultur über den Kaukasus bis an den Stillen Ozean trug. Er hätte hinzufügen können, daß all unser Wohlstand und unser Handel weit zurückbleibt hinter den Leistungen britischer Welthandelsherrschaft und den Wundern nordamerikanischer Technik und Kolonisation.

Seien wir also nicht zu stolz. Lassen wir uns auch nicht dadurch täuschen, daß wir eben jetzt von 1894—1900 eine so glänzende Aufschwungsperiode erlebt haben wie kaum in den fünfziger, sechziger und siebziger Jahren. Gewiß, unser Handel, unsere Schiffahrt, unsere Industrie nahmen überraschend zu; mehr als in anderen Ländern. Es fehlte allerwärts an Arbeitskräften; es gab Überschüsse über Überschüsse in unseren Etats. Und kein Zweifel, auch wenn das Wirtschaftsleben jetzt bereits wieder langsamer pulsiert, vielleicht

[1]) Dieser Vortrag wurde in ziemlich anderer Form am 28. November 1899 in Berlin in der Philharmonie im Auftrag der freien Flottenvereinigung, dann in der Hauptsache so, wie er hier abgedruckt ist, am 28. Januar 1900 in Straßburg i. E. und am 30. Januar in Hannover gehalten.

da und dort schon stockt, wir können von weiteren solchen Epochen des Aufschwungs noch die eine oder andere erleben. Aber sie werden immer schwieriger und seltener werden, wenn wir nicht unser wirtschaftliches Leben auf etwas breiteren und sicheren Boden stellen.

Wir sind das kinderreichste Volk des alten Europa, nehmen jährlich etwa um 1 Prozent zu. Wir haben unsere Zahl in 70 Jahren (1824—1895) von 24 auf 52 Millionen gebracht und in dieser Zeit noch 6—7 Millionen Deutscher übers Meer gesendet. Wir werden sicher weiter so wachsen. Was wird die Folge sein? Haben wir den Raum dafür? Können wir uns zu Hause ausdehnen, unsere Grenzen hinausrücken?

Wir sind ein friedliches Volk, denken an keine Eroberungen; unsere Nachbarstaaten sind dicht bevölkerte Länder, mit denen wir friedlichen Verkehr haben wollen, nicht mehr; die auch, wenn uns je noch das eine oder andere zufiele, uns nicht Raum für Kolonisation, für neue Städte und Dörfer bieten würden, wie Rußland ihn im Osten, die Vereinigten Staaten im Westen, Frankreich im Süden, in Nordafrika, hat. In Algier ist heute noch für 20 Millionen Franzosen genügender Raum. Und sie bleiben in direkter Verbindung mit der Heimat, innerhalb derselben französischen Zolllinie. Wir haben keine Aussicht der Art. Wir sind auf unsere europäischen Grenzen für immer angewiesen.

Der Philister sagt, es sei ja doch noch viel Platz im Vaterland; der Schwärmer für landwirtschaftlichen Fortschritt meint, wir könnten unsere Ernten verdoppeln; der Fabrik- und Exportenthusiast meint, wir könnten Industrieprodukte in unbegrenzter Menge ausführen; der Auswanderungsagent erklärt, es sei ganz gut, wenn wir im nächsten Jahrhundert die doppelte oder vierfache Zahl Auswanderer nach fernen Weltteilen schickten. Aber es kommt darauf an, in welchem Umfang solche Hoffnungen berechtigt, in welchem sie täuschend oder falsch sind. Es kommt darauf an, ob wir von den nächsten zehn Jahren oder den nächsten drei Generationen sprechen.

Und das ist eben die Aufgabe jener großen Politik, nicht von heute auf morgen, sondern ebenso an die Zukunft zu denken. Der Werktagsmensch muß freilich im Laufe der gewöhnlichen Geschäfte und Sorgen des täglichen Lebens zufrieden sein, wenn er für die nächsten Monate und Jahre sich alles richtig überlegt hat und demgemäß sein Leben einrichtet. Von ihm ist nicht mehr zu verlangen. Und eben deshalb ist er so schwer für große Pläne zu gewinnen, die seine Kinder, die die Zukunft seines Vaterlandes angehen. Aber wie überhaupt aller geistige und sittliche Fortschritt der Individuen und Völker darin besteht, daß der Horizont sich erweitert, daß die künftigen Ereignisse bei allen Entschlüssen, allen Handlungen mit in Rechnung gezogen werden, so muß vor allem in der Politik der Staaten nicht von heute auf

morgen gewirtschaftet, sondern zugleich für die Zukunft gearbeitet werden. Der Philister, der Kurzsichtige, der Alltagsmensch ist von ihren Forderungen freilich immer schwer zu überzeugen; sie ist im einzelnen niemals ganz sicher vorauszusagen. Aber in ihren großen Zügen kann sie doch vor unserer Seele stehen, wenn wir mit historischem Blick an sie herantreten. Darum handelt es sich heute in der Flottenfrage. Wir müssen uns Rechenschaft ablegen, ob ohne eine größere Macht zur See, ohne eine solche, die unsere Küsten vor Blockaden schützt, unseren Kolonialbesitz und unseren Welthandel absolut sicher stellt, unsere wirtschaftliche Zukunft gesichert sei. Alle Sachverständigen und Weitblickenden sagen, mit einer Flotte, wie wir sie jetzt haben, sei das unmöglich. Alle oder die meisten ehrlichen Einwürfe gegen die vergrößerte Flotte beruhen auf der Unfähigkeit der Betreffenden, sich ein zutreffendes Bild von unserer wirtschaftlichen Zukunft zu machen.

II.

Sehen wir uns dieselbe etwas näher an. Die Kernfrage ist und bleibt die Bevölkerungszahl, ihr künftiges Wachstum, die Möglichkeit ihrer Ernährung und sonstigen Versorgung in der Weise, daß sie nicht eingeschränkt, sondern verbessert wird.

Das heutige Deutschland hatte 1700 etwa 14—15 Millionen, 1824 24, 1895 52, heute 56 Millionen Menschen. Es spricht die größte Wahrscheinlichkeit dafür, daß es weiter jährlich um 1 Prozent wachsen wird. Dann hätte es 1965 schon 104, 2135 schon 208 Millionen Menschen. Gewiß können Kriege, Katastrophen, Krankheiten, wirtschaftliche Not die Zunahme aufhalten, zeitweise hindern; die Zunahme kann mit größerer Dichtigkeit langsamer werden. Aber das ändert nicht zu viel. Solange wir ein kräftiges fortschreitendes Volk sind, werden wir um ½—1 Prozent jährlich wachsen, oder wir werden uns unglücklich fühlen. Nur die alternden, absterbenden Nationen wachsen nicht mehr. Mit der Annahme solchen Wachstums stehe ich auch nicht allein. Hübbe-Schleiden hat prophezeit, die Deutschen würden 1980 150 Millionen, die erste französische Autorität in diesen Dingen gar, Leroy-Beaulieu, sie würden in 100 Jahren 200 Millionen ausmachen.

Er fügt bei, die Völker, welche nicht so wachsen, würden in 100 Jahren zur Bedeutungslosigkeit herabgedrückt sein. Meine Damen und Herren, einstens konnten Völker von ½—2 Millionen eine Rolle in der Welt spielen. Die Athener, welche die Perser schlugen, zählten 150 000 Seelen, Venedig hatte als Weltmacht 1,3 Millionen, Holland auf seinem Höhepunkt 2,2 Millionen; selbst Augustus befahl mit seiner Herrschaft über den Orbis terrarum über nicht mehr als 50—60 Millionen. Noch im Anfang unseres Jahrhunderts waren die Staaten mit 10—30 Millionen die mächtigsten. Heute zählen

die Vereinigten Staaten schon 66—70, das europäische Rußland über 100. Hübbe-Schleiden schätzt die großbritannischen und amerikanischen Engländer im Jahre 1980 auf zusammen 900 Millionen Menschen, jedes dieser Völker auf 400—500, die Russen auf 300 Millionen. Diese Zahlen sind wohl übertrieben, aber Leroy-Beaulieu kommt zu nicht sehr viel geringeren.

Natürlich hängt diese Schätzung mit der erwarteten Ausbreitung dieser Nationen über Europa hinaus, mit den zu erwartenden großen Wanderungen übers Meer zusammen. Werden sie so erheblich zunehmen? Ich möchte darauf mit einer historischen Betrachtung antworten.

Man wird die historisch uns näher bekannte Geschichte der Menschheit einteilen können in eine ältere Epoche der zu Lande vollzogenen Stammeswanderungen, in eine zweite des Stillstandes der Wanderungen und in eine neue Zeit ihrer Wiederaufnahme zu Wasser.

Die großen Stammeswanderungen zu Lande waren möglich geworden, seit die Menschen die Feuerbereitung, die Metalltechnik, die Viehzähmung und den primitiven Ackerbau gelernt hatten, seit sie ihre Moral und ihre politische Organisation so vervollkommnet hatten, um, in Stämmen vereint, erobernd vorzudringen. Die befähigtsten mongolischen, indogermanischen und semitischen Völker haben so wandernd und erobernd die asiatische und europäische Kultur begründet. Die ersten Jahrhunderte der Völkerwanderung, aus der die heutige Staatenwelt hervorging, stellen den letzten Akt dieses Wanderdramas dar. Sie war fast ausschließlich eine Wanderung zu Lande; denn die damalige Schiffsbaukunst und Schiffahrt erlaubte nicht, große Mengen von Menschen übers Meer zu setzen. Nur einzelne Völker, wie die Phönizier, die Griechen, die Angelsachsen, die Nordmänner haben schon damals den Seeweg gewagt.

Es war natürlich, daß der großen Epoche der Wanderungen nun ein langer Stillstand folgte. In den neuen Gebieten war Raum für Jahrhunderte. Die bekannte Welt schien besetzt. Die Seßhaftigkeit, der Ackerbau, die Städtegründung, das Einleben in der Heimat, die Ausbildung von Gewerbe und Handel, die innere Kolonisation, die Verdichtung der Bevölkerung zu Hause — das waren Aufgaben, die für Jahrhunderte alle Kräfte in Anspruch nahmen. Man vergaß zuletzt, daß die Ahnen einstens von weither eingewandert seien. Von 1300—1800 haben die europäischen Völker sich fast nur nach innen entwickelt, etwa um kleine Grenzveränderungen gestritten, kleine Handelsfaktoreien draußen gegründet; aber das Wandern im großen Stil hatten sie verlernt. Sie haben vielfach sich in engherzigem Philistersinn eingesponnen; die Menschen klebten in ihrer Mehrzahl schwerfällig an der Scholle.

Auch als die Portugiesen und Spanier den Seeweg nach Indien und Amerika entdeckt, wurde das zunächst nicht viel anders. Der unermeßliche Horizont, der sich so auftat, lockte doch zuerst nur eine kleine Anzahl von

Kaufleuten, Abenteurern, Soldaten, Kavalieren, Geistlichen und Schiffern hinaus. Bis gegen 1600 waren nur Handelsstationen und feudale Herrschaften jenseits der Meere gegründet; bis 1700 waren die spärlichen englisch-nordamerikanischen Ackerbaukolonien die einzigen, die etwas mehr Menschen übers Meer zogen. Es werden so gegen 1700 wohl nicht über eine Million Menschen europäischer Rasse außerhalb Europas gewesen sein.

Erst als nun in den meisten Staaten Europas die Bevölkerung ganz anders als früher wuchs, und als die moderne Technik und der moderne Verkehr das Wandern übers Meer in ganz anderem Umfang ermöglichten, entstand schüchtern im 18., groß im 19. Jahrhundert eine neue Wanderbewegung, die noch lange nicht auf ihrem Höhepunkt angekommen ist. Es ist die Epoche der Wasserwanderung, die sich über die ganze Erde ausdehnt.

Sie entspringt in erster Linie dem modernen Anwachsen der Menschenzahl überhaupt. Europa hatte wahrscheinlich zur Zeit Luthers etwa 60—70 Millionen Menschen. Im Jahre 1700 werden es etwas über 100, 1800 etwa 180 Millionen gewesen sein, heute sind es 350—380. Noch niemals hat die Menschheit so zugenommen wie in den letzten 200 Jahren; nie noch haben die Fortschritte der Technik und der Staatsorganisation die Entstehung von solchen Millionenvölkern möglich gemacht wie heute.

Im Innern Europas fanden im 17. und 18. Jahrhundert nur vereinzelte Wanderungen statt, hauptsächlich, wenn kirchliche Intoleranz irgendwo die besten Bürger vertrieb, wie das Frankreich und Österreich taten. England und Preußen waren dabei die gewinnenden Teile. Aber über eine halbe Million Menschen sind doch 1640—1800 nicht in Preußen eingewandert. Etwa 100 000 Deutsche wanderten im vorigen Jahrhundert nach Nordamerika. Etwas größer war wohl die Zahl der dorthin gewanderten Engländer. Und im ganzen werden, wie Levasseur berechnet, im Jahr 1800 die Europäer in fremden Weltteilen auf 9,5 Millionen zu schätzen sein. Sie waren bis zum Jahr 1890 auf 91 Millionen gestiegen, wovon die Mehrzahl natürlich außerhalb Europas geboren ist. Immer kann die europäische Auswanderung im 19. Jahrhundert auf etwa 20 Millionen geschätzt werden.

Man hat die Erwartung ausgesprochen, daß im Jahre 2000 die Menschen europäischer Rasse, die nicht in Europa leben, 500—600 Millionen betragen werden. Zu Hause in Europa wird eine vielleicht noch etwas größere Zahl vorhanden sein. Die Tatsache, daß so in Europa und draußen 900 bis 1200 Millionen europäischer Rasse sitzen und die Welt beherrschen werden, daß die europäische und die außereuropäische Hälfte nur durchs Wasser miteinander verbunden sein wird, das wird die erheblichste politische, volkswirtschaftliche und kulturelle Erscheinung des 20. Jahrhunderts sein. Von der Art, wie sie sich durchsetzt, wie die einzelnen Nationen und Staaten daran

teilnehmen, hängt die Geschichte Europas und der ganzen Welt wie der einzelnen Staaten ab. Die Teilnahme an dieser Wasserwanderung, an dieser Art der Bevölkerungszunahme wird die Stelle bestimmen, die jede Nation in Zukunft im Rang der Völker einnimmt.

Schon heute beruht ein ganz erheblicher Teil der Macht und Größe des britannischen Reichs neben seiner Herrschaft in Indien und anderen Kolonien mit außereuropäischer Bevölkerung, neben seinem Welthandel und seiner Industrie auf der scheinbar bescheidenen Tatsache, daß in Kanada, in Australien und am Kap 10 Millionen Engländer geschlossen sitzen, sich noch als Engländer fühlen und mit dem Mutterland einen Handel von 4 Milliarden Mark jährlich unterhalten. Sie werden in 100 Jahren wahrscheinlich auf 60 bis 100 oder noch mehr gestiegen sein.

Also eine Zunahme der deutschen Bevölkerung in den nächsten 100 Jahren auf 100—150 Millionen ist weder abenteuerlich, noch ist sie unerwünscht. Sie soll, sie wird, sie muß kommen, wenn wir ein großes, mächtiges Volk bleiben wollen. Und sie kann nicht wohl ausschließlich in der alten Heimat untergebracht werden. Wir müssen draußen Ackerbaukolonien und Kultivationsgebiete haben, welche den Überschuß aufnehmen. Sehen wir zu, ob und in wie weit wir die heimische Bevölkerung steigern können.

III.

Es leben heute in Deutschland im Durchschnitt 104 Menschen auf dem Geviertkilometer; unzweifelhaft können es in den nächsten zwei bis drei Generationen 120, 150, vielleicht noch etwas mehr werden. Es hängt von der Entwickelung unserer Landwirtschaft und unserer Industrie ab.

Unsere Landwirtschaft kann sicher noch erheblich größere Ernten erzeugen als heute; sie kann technisch und wirtschaftlich noch erheblich voranschreiten; sie kann die 400 Geviertmeilen Moore besiedeln. Aber allzuleicht dürfen wir uns diesen Fortschritt doch nicht vorstellen. Die Gesamtheit unserer Gutsbesitzer und Bauern muß dazu technisch und kaufmännisch auf ein ganz anderes Niveau gehoben werden, einen Umbildungsprozeß erfahren, so groß wie der ist, welchen sie von 1700—1900 durchgemacht haben. Außerdem müßten die Produktenpreise sehr steigen, wenn nur eine mäßige Erntevermehrung eintreten sollte. Führen wir das durch künstliche Mittel herbei, zum Beispiel durch sehr hohe Zölle, so entsteht daraus der heftigste innere soziale Kampf. Jede starke Preissteigerung enthielte für die Masse der Konsumenten eine Verteuerung, unter Umständen eine Verschlechterung der Lebenshaltung, eine Bedrohung unserer Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt. Aber auch wenn wir das Äußerste annehmen, daß noch eine Verdoppelung unserer Ernten ohne zu große Mißstände und Schwierigkeiten möglich sei,

daß wir statt 15 künftig 30 Millionen Tonnen Getreide aller Art (nach Abzug der Aussaat) produzieren, so wäre damit nicht die Sicherheit gegeben, daß die doppelte Menschenmenge in der Landwirtschaft Unterkommen fände; noch weniger, daß diese vergrößerten Ernten für eine doppelte deutsche Bevölkerung ausreichten.

Die intensivere Landwirtschaft müßte vor allem Kapital und Maschinen anwenden, eine fabrikmäßige werden; sie müßte in enormen Mengen auswärtige Düngemittel einführen, deren gesicherter Bezug ohne Seemacht auch problematisch ist. Der Großbetrieb müßte viel mehr siegen als heute. Verwandeln wir hingegen die großen Güter unseres Ostens oder einen erheblichen Teil derselben in kleine Bauernbetriebe, so werden dort mehr Menschen auf dem Lande leben, aber die verkäuflichen Überschüsse werden nicht in dem Maße steigen, verhältnismäßig sogar abnehmen. Außerdem ist diese Kolonisation des Ostens im Sinne einer Bevölkerungsverdichtung durch Klima und Boden an bestimmte Schranken gebunden. Es werden dort auch beim intensiveren Kleinbetrieb nie wie im Elsaß auf 100 ha landwirtschaftlicher Fläche 80 bis 100 Personen landwirtschaftlicher Bevölkerung kommen, sondern höchstens 50—70, wo heute 40 leben. Und im parzellierten Südwesten ist kein landwirtschaftlicher Fortschritt denkbar, der die 80—100 Personen landwirtschaftlicher Bevölkerung auf 100 ha bis zu 150 und 180 steigerte.

Wir erzeugen heute etwa 15 Millionen Tonnen Getreide und brauchen 20, führen etwa 5 ein. Bei einer Verdoppelung der Bevölkerung brauchen wir 40 Millionen Tonnen; eine Vermehrung unserer Ernten auf 20, ja 25 und 30 Millionen, wie sie unter den für die Landwirtschaft günstigsten Voraussetzungen vielleicht denkbar wäre, würde uns immer noch auf eine starke Zufuhr von außen verweisen; mindestens 5—15 Millionen Tonnen hätten wir einzuführen und zu bezahlen. Das heißt, wie günstig wir auch über unsere landwirtschaftlichen Fortschritte denken mögen, wir bleiben ein Volk, das fremder Lebensmittelzufuhr bedarf; und deshalb ist unsere Existenz bedroht, wenn wir nicht seemächtig sind, uns die Zufuhrwege nicht stets offen halten, auf die Getreideexportstaaten unter Umständen mit Machtmitteln wirken können. Der Trost, daß dazu unsere Landarmee ausreiche, weil wir heute unser Getreide hauptsächlich aus Rußland beziehen, reicht nicht aus. Wir können mit Rußland in Konflikte kommen, Rußland kann die Ausfuhr verbieten. Dann sind wir sofort auf die Seezufuhr angewiesen.

Eine glückliche weitere Entwickelung unserer Industrie begegnet viel weniger engen Schranken als die unserer Landwirtschaft; Kapital, Fabrikgebäude, gewerbliche Arbeiten können in einem reichen Kulturland ganz anders wachsen als der Grund und Boden; die gewerbliche Produktion läßt sich leicht vervierfachen und verzehnfachen, wenn die landwirtschaftliche sich kaum verdoppelt.

Der Verbrauch gewerblicher Leistungen und Waren kann im Inland noch sehr zunehmen, wenn die Lebenshaltung des Mittelstandes und der arbeitenden Klassen sich hebt. Und es ist das neuerdings geschehen. Unsere neueste industrielle Aufschwungsperiode beruht viel mehr auf der Steigerung des inneren Konsums als auf dem wachsenden Export von Industriewaren. Aber beides hat auch zuletzt seine Grenzen. Und doch, je dichter unsere Bevölkerung wird, desto mehr müssen wir unseren Export steigern, schon um die Einfuhr an Lebensmitteln, Rohstoffen und Kolonialwaren zu zahlen.

Daß ein solcher Zustand, je weiter er geht, Gefahren in sich schließt, hat Oldenberg mit Recht neuerdings betont, wenn er auch zu schwarz gemalt hat. So sicher wie die Produktion im eigenen Lande ist keine fremde Zufuhr von Lebensmitteln; so sicher wie der Absatz der Industrieprodukte in der Heimat ist kein Export. Aber einmal kann heute keine große Nation existieren und voranschreiten ohne großen Import und Export, ohne erheblich in die Weltwirtschaft verflochten zu werden. Und dann nimmt die Gefahr ab in dem Maße, wie ein Staat eigene Kolonien hat, wie er seemächtig wird, seine Zufuhr und seinen Export durch starke Flotten schützen kann. Die Gespenster, die Oldenbergs Rede über „Deutschland als Industriestaat" heraufbeschworen hat, verschwinden oder ziehen sich zurück, wenn unsere jetzige Ohnmacht zur See aufhört.

Freilich die Tatsache bleibt, daß alle Exportsteigerung ihre Schwierigkeit hat, von dem steigenden Konsum der anderen Staaten und Weltteile, resp. ihrer Unfähigkeit abhängt, das zu produzieren, was wir machen, was wir besser und billiger herstellen als sie. Seit 25 Jahren haben alle europäischen Staaten steigende Exportschwierigkeiten; der englische und französische Industriewarenexport ist seit lange im Stocken; auch der unserige hat von 1884 bis 1895 nicht recht zugenommen, erst seither wieder bedeutend sich gesteigert. Wird das so fortgehen? Werden uns nicht die Vereinigten Staaten, Australien, Japan, Indien bald den Rang ablaufen? Nur das höchste Maß technischen, geistigen, organisatorischen, sozialpolitischen Fortschrittes wird uns gestatten, weiter an der Spitze zu bleiben, weiter unseren Export zu steigern. Und wir sollen doch, wenn wir statt 5 künftig 10 oder mehr Millionen Tonnen Getreide oder entsprechende Mengen Düngemittel, steigende Quantitäten Rohstoffe, Kolonialwaren einführen müssen, statt wie heute für 2—3, künftig für 4—6 Milliarden Mark Fabrikate ausführen. Gewiß, das beste Mittel dafür ist die Lieferung ausgezeichneter und billiger Waren, eine kluge, weitsehende Handelspolitik, glückliche Handelsverträge. Aber all das ist nicht denkbar ohne eine gesteigerte Macht zur See, ohne daß wir in gewissem Umfange unsere Lebensmittel- und Kolonialwarenlieferanten und Fabrikatkäufer in deutschen Kolonien haben, auf die außerhalb derselben Wohnenden unter Um-

ständen einen Druck der Macht üben, jedenfalls die Mißhandlung und Bedrohung unseres Handels durch eine Flotte hindern können. Wir kommen also, wie wir die Dinge betrachten mögen, zu dem Schlusse, daß die Basis unserer Volkswirtschaft eine zu schmale und unsichere ist, wenn wir sie nicht durch eine Seemacht von der Größe stützen, daß wir nicht jeden Tag von den großen anderen Mächten, und zwar von jeder allein unserer Aus- und Einfuhr, unseres Seehandels, unserer Kolonien beraubt werden können. Siebzig Prozent unseres Handels sind heute schon Seehandel.

Geben wir zu, daß nur ein geschützter Seehandel und Kolonialbesitz ein gesicherter sei, so stehen wir vor der Alternative: ohne diesen Schutz können wir zwar noch eine Weile gedeihen, werden aber bald in steigende Schwierigkeiten hineinkommen. Wir werden eine einseitige Industriestaatsentwickelung haben, in unserem Export bedroht sein, bald entweder eine massenhafte Auswanderung in fremde Länder oder zu Hause Übervölkerung und als Folge hiervon Lohndruck, Proletarisierung der Massen haben. Die hohe Lebenshaltung der englischen Arbeiter wäre undenkbar ohne die Kolonien und die Seemacht Großbritanniens. Der Ausweg steigender Auswanderung in fremde Länder hat auch nichts Verführendes, wenn wir sie mit einer solchen in eigene Kolonien oder Gebiete vergleichen, wo eine geschlossene deutsche Kultur entsteht und sich erhält. Wenn wir im 20. Jahrhundert statt 6—7 vielleicht 20 Millionen Deutsche in Kolonien und Länder anderer Mächte schicken, so werden sie in der zweiten Generation aufhören, Deutsche und Konsumenten deutscher Waren zu sein. Und sie werden uns an unvergoltenen Erziehungskosten, an mitgenommenem Kapital doch viel kosten. Die Kosten der 6 bis 7 Millionen Auswanderer in unserem Jahrhundert hat man nach einer geringen Schätzung auf 6—8 Milliarden Mark angesetzt. Die größere des 20. würde uns das Doppelte und Mehrfache kosten. Hätten wir die 6 bis 8 Milliarden Mark, die uns die Auswanderung kostete, schon im 19. Jahrhundert für Kolonien und Flotte ausgegeben, so säßen die 6 Millionen deutscher Auswanderer heute schon in einer deutschen großen Kolonie, und unsere Lage wäre eine unendlich viel bessere.

IV.

Aber ist denn die Voraussetzung, daß nur ein von einer starken Flotte geschützter Seehandel, ein durch sie gedeckter Kolonialbesitz unser wirtschaftliches Gedeihen sichere, eine richtige? Gerade sie wird so vielfach geleugnet oder mit den bekannten Argumenten abgetan, die einstens berechtigt, heute wesentlich aus dem Munde kannegießernder Bierphilister und fortschrittlicher Optimisten erklingen. Da heißt es: wir müssen eben Konflikte mit England vermeiden; als ob das unsere Regierung nicht im höchsten Maß zu tun bestrebt

wäre. Oder meint man: unsere Feinde seien Frankreich und Rußland, und dafür hätten wir unser Landheer. Mit beiden haben wir aber in der Welt des Handels und der Kolonialausdehnung, d. h. auf dem Gebiet, das die Zukunft beherrscht, keine sehr verschiedenen Interessen. Jedoch ist es überhaupt falsch, diese Frage nur vom Standpunkt der nächsten europäischen Kriegswahrscheinlichkeit beantworten zu wollen. Es handelt sich um die viel allgemeinere Frage, ob die Handelspolitik heute oder in künftiger Zeit überhaupt unabhängig von der Machtpolitik und den Machtmitteln der Staaten zu führen sei. Das glaubte man und behauptete man gegen die Mitte unseres Jahrhunderts. Das sind Meinungen, die heute noch weit verbreitet sind; in den Kreisen der Friedensschwärmer, der politisch radikalen Parteien, der Arbeiterkreise herrschen sie noch vor; es sind idealistische Anschauungen, die die Kraft der sozialdemokratischen Führer ausmachen. Und deswegen muß ich hierauf eingehen, erklären, wie die praktische und theoretische Welt von den früheren entgegengesetzten Anschauungen aus zu diesem halb wahren, halb falschen Idealismus kam. Wenn man einen Gegner überzeugen will, kann man die partielle Berechtigung seiner Argumente zugeben, muß aber zugleich nachweisen, warum sie auf den vorliegenden Fall, für die Gegenwart nicht passen.

Als vom 16.—18. Jahrhundert die modernen Nationalstaaten sich bildeten, als sie um die damalige Kolonialwelt und ihre Vorteile, um den neuen Großhandel, um die Handelsvorherrschaft kämpften, konnte dies nur durch handelspolitische Maßnahmen harter Art, durch schroff nationale Schutzzoll- und Schiffahrtsgesetze, durch Ein- und Ausfuhrverbote, durch ein hartes Fremdenrecht, durch ein barbarisches Völkerrecht, durch eine brutale Ausbeutung der Kolonien, durch zahllose Handels- und Kolonialkriege hindurch geschehen. Die Lehre des Merkantilismus war: alles Schwergewicht ihrer Macht, ihrer Armeen, Flotten und Kanonen müßten die Staaten in die wirtschaftlichen Wagschalen werfen. Man lehrte, aller Handel sei nur ein Kampf; stets könne nur der eine Staat gewinnen, was der andere verliere. Durch betrügerische Handelsverträge suchte man sich zu übervorteilen; die kleinen Staaten wurden mißhandelt und ausgebeutet. Die Napoleonischen Kriege waren der letzte Höhepunkt dieser Art von Wirtschafts- und Handelspolitik, die durch Gewaltanwendung den Konkurrenten zu vernichten, ihm seine Kolonien zu nehmen, seine Handelsmarine zu zerstören suchte.

Eine entgegengesetzte Auffassung über das wirtschaftliche Verhältnis der Staaten untereinander, ihre Handelspolitik, ihre gegenseitigen Beziehungen war mit der Aufklärung, mit den nationalökonomischen Lehren A. Smiths groß geworden, und sie konnte in der langen Friedenszeit von 1815—1870 sich immer mehr ausbreiten, an Herrschaft gewinnen. Sie war auch einseitig, aber sie war humaner, idealer, sie war als Korrektur der alten Auf-

fassung zunächst nötig und heilsam. Sie betonte einseitig den gegenseitigen Nutzen alles internationalen Handels, wollte alle Anwendung der staatlichen Machtmittel aus der wirtschaftlichen Konkurrenz der Staaten verbannt wissen. Man dachte sich alle Staaten als im ganzen an Macht gleiche, von der Natur verschieden ausgestattete und so zu friedlichem Austausch von der Vorsehung bestimmt. Ein humaneres Völkerrecht und Seekriegsrecht, eine billigere Behandlung der Kolonien, eine liberale Handelspolitik griff Platz. Man begann, Fremde und auswärtige Waren ganz anders als früher zur inländischen Konkurrenz zuzulassen. Es konnte scheinen, als ob alle Handelskriege und aller Handelsneid der Nationen verschwunden wäre, als ob die Weltwirtschaft und der moderne Verkehr von selbst mit Notwendigkeit einen ewigen Frieden, mit der vollen Gleichberechtigung aller Staaten und Menschen schaffe, daß es keine andere Konkurrenz mehr künftig geben werde, als die der wirtschaftlichen Tüchtigkeit und Leistungsfähigkeit, der Billigkeit und Güte der Waren.

Das preußische Zollgesetz von 1818 hatte sich diesem Standpunkt genähert; die großen englischen Zoll- und Handelsreformen von 1842—1860 stellten sich auf ihn; Napoleon III. hatte unter Michel Chevaliers, Rouhers und Cobdens Einfluß entsprechende Grundsätze sich angeeignet. Der große englische Parteiführer der Liberalen, Cobden, verkündete, wie eben jetzt Brentano im einzelnen nachwies, die Lehre, England brauche keine teure Flotte mehr; nur die Wohlfeilheit seiner Produkte garantiere ihm seinen Welthandel und seine Handelssuperiorität; eine große Flotte sei gefährlich, errege den Haß der anderen Staaten. Nur die Reduktion der Kosten für Armee und Flotte hebe den Wohlstand. England müsse auf das Blockaderecht, das Besichtigungs- und Durchsuchungsrecht fremder Schiffe im Seekrieg, auf das Prisenrecht verzichten. Es kam die Lehre auf, die englischen Kolonien seien mehr eine Last als ein Nutzen für England, man müsse sie sobald als möglich zu selbständigen Staaten machen.

In diesen Bahnen bewegte sich 1840—1870 nicht bloß die englische, sondern der größere Teil der europäischen Handels- und Kolonialpolitik. Nicht bloß die Hamburger erklärten damals, jede Kriegsflotte würde ihrem Handel schädlich sein; eben der Mangel an kriegerischem Schutz draußen nötige ihre Kaufleute, so tüchtig, so ehrlich, so vorsichtig zu sein. Sie ließen sich freilich ruhig auch vom Präsidenten Jackson sagen, sie seien Hühner, welche in den amerikanischen Stall eindrängen und nur aus Mitleid nicht vom starken Pferdefuß der Amerikaner zertreten würden. Auch Bismarck vertraute in seiner älteren Zeit auf die Fortschritte des Völkerrechts und der liberalen Handelspolitik, die jedem deutschen Kaufmann die fremden, hauptsächlich die englischen Kolonien geöffnet hätten. Erst als er nach und nach

durch die Tatsachen belehrt wurde, daß von einer wirklichen Gleichberechtigung der Deutschen doch nicht die Rede sei, begann er Flotte und eigene Kolonien für Deutschland höher zu schätzen. Im ganzen war dieser Standpunkt, solange Gladstone England leitete, die Kolonien immer selbständiger machte, solange diese ihre beginnende schutzzöllnerische Handelspolitik ebenso gegen England wie gegen andere Staaten richteten, nicht falsch. Es war jedenfalls mit dieser liberalen, freihändlerischen, friedfertigen, auf Gleichberechtigung aller Staaten gerichteten Tendenz ein außerordentlicher Fortschritt erzielt. Die heutige Weltwirtschaft ist auf diesem Boden erwachsen. Die weniger mächtigen Staaten, die ohne Flotten, fuhren jedenfalls dabei gut; sie konnten vorankommen, wie die Schweiz und Belgien; auch Deutschland hat großen Vorteil davon gehabt, konnte damals ohne Flotte, ohne große Macht seinen Handel und Export sehr bedeutend steigern.

Wäre England dauernd bei einer solchen Politik geblieben, wie sie Cobden verlangte, Gladstone vertrat, hätte es dauernd das Prinzip aufrecht erhalten, keine weiteren Kolonien zu erwerben, die vorhandenen selbständig zu machen, hätte es gar nach Cobdens Rat seine Flotte immer weiter reduziert, dann lägen die Dinge auch für Deutschland vielleicht so, daß es keine Flottensorgen zu haben brauchte.

Aber so heilsam die Fortschritte des Völkerrechts und des Freihandels waren, der Grundgedanke, daß in aller Wirtschafts- und Handelspolitik die Mittel der Macht nicht gebraucht werden dürften, war doch so einseitig, so überspannt, so idealistisch, daß er nicht vorhalten konnte. Schon die Schutzzollbewegung der siebziger Jahre schlug ihm ins Gesicht. Sie war eine Folge der zunehmenden internationalen Konkurrenz, der überall zunehmenden Bevölkerung, der zunehmenden Schwierigkeit, in jedem Lande die nötigen finanziellen Mittel zu schaffen, den nötigen Absatz für die eigene Produktion zu erhalten. Und in diesem Zusammenhang steht auch die neue Tendenz der Staaten auf weiteren Kolonialerwerb, auf geschützte Interessensphären in anderen Weltteilen. Die Handels- und Kolonialpolitik Englands blieb freihändlerisch, aber in ihrem Grundprinzip, in der Frage der Machtanwendung schlug sie doch mit Disraeli die entgegengesetzten Bahnen von Gladstone ein. Es zeigte sich allerwärts in den letzten 30 Jahren, daß die internationalen Konkurrenzkämpfe trotz der segensreichen Fortschritte des Völkerrechts und der liberalen Handelspolitik auch immer zugleich Machtkämpfe sind und bleiben, in denen man durch Verbote und Zölle, durch Flotten und Kolonialbesitz, wie durch kriegerische Drohungen, durch das Blockaderecht, durch Schiffsuntersuchungen, durch Verweigerung der Benützung von Kabeln und Kohlenstationen usw. tief eingreifen könne. Als 1860—1890 die letzte große Teilung der Erde sich vorbereitete, sah man, daß alle künftige

Macht und aller künftige Wohlstand der Großstaaten nicht allein, aber doch wesentlich mit davon abhänge, wie sie sich in den fremden Weltteilen ausdehnen. Die Fortschritte der Industrie, der Schiffahrt, der Bevölkerung legten jedem großen Staate die Frage zu dringlich nahe, sich Märkte, Ackerbaukolonien, Machtsphären, Kohlenstationen, Kabelanschlüsse zu sichern. Jedermann gab zu, daß die großen Gebiete der Barbarei, die bisher fast ungenützten Länder nur unter der Kontrolle, unter der Verwaltung der Kulturvölker einer wirtschaftlichen Ausnützung erschlossen werden könnten. Und daran konnte man ohne steigende Flottenmacht, ohne Kämpfe und Konflikte nicht teilnehmen.

Es war natürlich, daß die neuen Tendenzen da früher, dort später sich geltend machten. Es war auch wünschenswert, daß man dabei von den bisherigen Errungenschaften des Völkerrechts und der liberalen Handelspolitik das Beste zugleich festzuhalten sich bemühte, sonst kam man wieder in den Handelsneid, in die Handelskriege des 17. und 18. Jahrhunderts hinein, fiel man in die übertriebenen Mittel und Einrichtungen des Merkantilismus zurück. Es war auch begreiflich, daß man nach außen die Miene möglichst lange beibehielt, als fahre man noch im alten Kurse. Disraeli verkündete 1876, England sei keine aggressive Macht, denn es sei nichts vorhanden, was es wünschen könnte, und ähnliche schöne Worte haben auch neuerdings Rosebery und Salisbury wiederholt; — aber während Disraeli so sprach, legte er rasch nacheinander die Hand auf Natal, Cypern, Ägypten, Birma. Das großbritannische Ländergebiet dehnte sich 1866—1899 von 12,6 auf 27,8 Millionen Geviertkilometer, um 15,2 Millionen, das Dreißigfache des Deutschen Reiches aus. Die anderen Weltmächte blieben dahinter nicht zurück. Die Vereinigten Staaten wuchsen 1800—1900 von etwas über 2 auf 9,3 Millionen Geviertkilometer, also um 7,3 Millionen, Rußland 1866—1899 von 12,9 auf 22,4, also um 9,5 Millionen.

Es ist klar, daß diese hauptsächlich im letzten Menschenalter liegenden Ereignisse eine gänzlich andere politische Welt und eine ganz andere Grundlage der Weltwirtschaft und der internationalen Wirtschaftsbeziehungen schufen. An die Stelle einer Summe gleichmäßiger, friedlicher Staaten sind drei erobernde, riesenhafte Weltreiche getreten, denen alle kleinen Staaten nun als viel schwächer gegenüberstehen. Nur Frankreich und Deutschland nehmen zwischen den drei großen Eroberungs- und Kolonisierungsreichen und den kleineren Staaten noch eine Art Mittelstellung ein. Beide haben wenigstens einigen Kolonialbesitz von 2—3 Millionen Geviertkilometern erworben und sind wie die Weltreiche an der weiteren Teilung Afrikas und Chinas, an der Zukunft in der Südsee, an der Offenhaltung oder Schließung Nord- und Südamerikas für den europäischen Handel interessiert.

Der große hier geschilderte Umschwung hat in den verschiedenen Staaten in verschiedenem Maße die tapferen, harten, arroganten Gewaltmenschen, die Männer mit der Moral eines Kapitäns von Seeräubern, wie sie Brentano neulich treffend nannte, wieder mehr in den Vordergrund geschoben, ja sie teilweise an die Spitze gebracht. Aber es wäre doch nicht richtig, ihren Einfluß als die primäre Ursache der veränderten Verhältnisse zu bezeichnen. Der Umschwung der Weltverhältnisse, die notwendige Liquidation absterbender Reiche, die notwendige Teilung der Erde unter die Kulturnationen, die allein herrschen, höhere wirtschaftliche Zustände und Einrichtungen schaffen können, die Steigerung der Konkurrenz in der Weltwirtschaft haben die neuen Zustände geschaffen, aus denen heraus die heutige Spannung, der heutige Handelsneid, die Konflikte aller Art entstanden. Wir dürfen nicht vergessen, daß gerade in den freiesten Staaten, in England und Nordamerika, aus den Volks- und Masseninstinkten heraus die Eroberungstendenzen, die imperialistischen Pläne, der Haß gegen neu emporkommende wirtschaftliche Konkurrenten erwuchsen, als deren Führer die großen Spekulanten erscheinen, die mit den Manieren halb eines Seeräubers, halb eines Börsenmannes Milliarden besitzen und zugleich als politische Parteiführer und Minister auftreten.

V.

Daß aus diesen Zuständen und Spannungen heraus große Gefahren drohen, wer wollte das leugnen? Wir stehen vor der Gefahr eines Rückfalles in den Merkantilismus, einer Summe von Handels- und Kolonialkriegen, einer Bedrohung unserer freiheitlichen inneren Verfassungsformen durch die Gewaltmenschen, einer Vernichtung der völkerrechtlichen und handelspolitischen Fortschritte, welche wir der Zeit von 1775—1875 danken.

Die Eroberung von Cuba und der Philippinen durch die Vereinigten Staaten ändert die politischen und wirtschaftlichen Grundlagen der dortigen Freistaaten; ihre Tendenz, Europa vom nord- und südamerikanischen Markt auszuschließen, beschwört notwendig große Konflikte herauf. Der Krieg Englands gegen die Buren ist nur ein Glied in der Kette der Eroberungen und Weltherrschaftspläne, die Disraeli begann; die Alleinherrschaft in ganz Afrika mit Ausnahme des französischen Nordrands ist das letzte Ziel. Dabei macht eine gewisse Partei in England Miene, den Grundpfeiler seiner bisherigen Handelspolitik, die Gleichberechtigung der durch Handelsverträge mit England verbundenen Nationen mit den Engländern selbst in seinen Kolonien umzuwerfen und durch eine imperialistische Politik aus seinen Gesamtbesitzungen ein riesenhaftes, in sich geschlossenes, für die anderen Nationen ganz oder halb geschlossenes Weltreich zu schaffen. Mögen es nur mißachtete Blätter sein, wie die Saturday review, welche rufen, Germaniam

esse delendam, welche ausrechnen, was jeder Engländer durch Vernichtung unserer Industrie und unseres Handels gewänne, symptomatisch sind solche Stimmen doch. Die Erinnerung ist in England nicht erloschen, daß seine Flotte 1650—1713 Hollands Reichtum, 1713—1815 Frankreichs Kolonialbesitz und Wohlstand vernichtete. Bei uns ist nicht vergessen, wie England sich bemühte, den Zollverein nicht zustande kommen zu lassen, wie es uns hindern wollte, die Hand auf Schleswig-Holstein zu legen, wie deutschfeindlich es 1870 war!

Diejenigen, welche Deutschland mit einer Schutzzollmauer, nach dem Vorbilde Rußlands und der Vereinigten Staaten, nach dem Rezept des französischen Tarifs von 1892 umgeben wollen, sollten nicht vergessen, daß sie damit den großen Brand schüren, der überall unter der Asche des handelspolitischen Neides, der imperialistischen Pläne glimmt. Große Übertreibungen auf diesem Gebiete müssen die Popularität der Seeräubernaturen in England steigern; wenn wir Miene machen, den Engländern ihren Export von 800 Millionen Mark nach Deutschland zu nehmen, so steigern wir dort die imperialistischen Pläne, wir steigern den Einfluß der Leute, die dort die Lehre predigen, man tue besser daran, doch gleich dieses Deutschland durch eine Blockade zu ruinieren.

Gewiß denken heute nur noch wenige Engländer so; aber wenn die Dinge sich weiter zuspitzen, kann ihre Meinung verbreiteter werden. Es ist höchste Zeit, daß in allen Ländern die gemäßigten und vernünftigen Leute versuchen, die gewalttätigen, die chauvinistischen, die Seeräubernaturen im Schach und im Zaum zu halten. Es ist das nicht bloß für die ruhige, friedliche, weltwirtschaftliche Entwickelung wünschenswert, sondern auch für die inneren Zustände. Denn auch im Innern sind es diese Gewaltmenschen, diese Seeräubernaturen und Spekulanten wie Cecil Rhodes, welche vergiftend wirken, die Presse kaufen, die Ministerien und die Aristokratie korrumpieren, wegen einer bankerotten Aktiengesellschaft oder um sonstigen Geldgewinn Kriege anzetteln. Wo sie herrschen, verschwindet Scham und gute Sitte, Ehrlichkeit und Achtung vor dem Rechte; da kann der anständige und legitime Gelderwerb sich nicht halten vor dem unreellen; da steigt die Ausbeutung und Mißhandlung der übrigen Klassen der Gesellschaft, vor allem der arbeitenden, durch einen kleinen Kreis von kapitalistischen Magnaten, Geldmachern und Riesenspekulanten.

Es ist nun die falsche Annahme weiter Kreise in Deutschland, großer Teile des Bauern- und Kleinbürgerstandes, der ganzen Sozialdemokratie, des größeren Teiles der Arbeiter, daß die Pläne einer Flottenvergrößerung im gegenwärtigen Momente teils von großen Industriellen der Regierung unter den Fuß gegeben worden seien, weil sie Millionen daran gewinnen

wollen, teils von enthusiastischen Kolonialschwärmern oder von chauvinistischen Seeoffizieren, von den reaktionären Feinden des liberalen Englands oder von gewalttätigen Eroberungsmenschen ausgegangen seien; und weiter, daß, wo auch der Ursprung dieser Pläne liege, jedenfalls die Gefahr entstehe, daß das Deutsche Reich in Verwickelungen und Kämpfe bedenklichster Art hineingezogen werde, daß die größere Flotte uns in koloniale Abenteuer und Seekriege verwickele, daß sie die anderen Staaten zu weiteren Seerüstungen veranlasse, den Flibustier- und Seeräubergeist in ihnen und bei uns zu Hause nähren werde, daß wir unmöglich neben der ersten Landmacht zugleich eine große Seemacht werden könnten. Ich glaube mich nicht zu täuschen, wenn ich sage, der Kern aller Opposition gegen den gegenwärtigen Flottenplan liege in solchen Gedanken.

Ich halte sie für gänzlich falsch. Aber ich begreife doch auch, wie man zu solchen Anschauungen kommen kann. Würde ich derartige Befürchtungen teilen, so stünde ich auf seiten der Flottengegner, nicht der Flottenfreunde. Die Widerlegung derselben ist insofern nicht ganz leicht, als es sich um große zukünftige Erscheinungen und Bewegungen handelt, über die man Zahlenmäßiges schwer sagen, die man nur richtig schätzen kann, wenn man das zutreffende Augenmaß für unsere und die Zustände der anderen Großstaaten, für die künftige Gestaltung der wirtschaftlichen und internationalen Verhältnisse hat. Von mehreren der gehegten Befürchtungen kann man aber doch leicht ihre Unbegründetheit nachweisen.

Daß unsere großen Eisenindustriellen gerne Bestellungen für Schiffsbauten haben wollen, ist an sich kein Vorwurf für sie. Eine blühende Eisen- und Schiffsbauindustrie ist nicht bloß ihr Interesse, sondern das der Nation. Daß sie sich durch eine ungeschickte Zusammensetzung des Flottenvereinsvorstandes den Schein gaben und den Verdacht erweckten, als ob sie allein den Seepatriotismus hätten, war taktlos, aber sie haben die Hand zu der hier nötigen Remedur geboten. Daß von ihnen aber der heute schwebende Plan der Flottenvergrößerung ausgegangen, ist eine gänzlich nichtige Verdächtigung, die nur aussprechen kann, wer die entscheidenden Personen gar nicht kennt, wer überall Betrug wittert, in jedem Minister und Fürsten einen schlechten Kerl sieht.

Die, welche die Flottenpläne auf Enthusiasten oder Chauvinisten, auf Gewalt- und Eroberungsmenschen zurückführen, zeigen damit nur, daß sie von der heutigen Weltlage, ihren Macht- und Spannungsverhältnissen keine Ahnung haben. Die Gefahren für Deutschland, seinen Handel und die Kolonien sind längst da. Sie werden nicht durch unsere starken Rüstungen erzeugt. Es handelt sich heute nur darum, ob wir ihnen weiter fast unbewaffnet entgegengehen sollen. Daß unseren größeren Seerüstungen weitere englische, russische,

nordamerikanische folgen werden, ist möglich; aber das beweist nicht, daß wir nicht mit zwei statt einer Schlachtflotte doch viel gesicherter sind.

Die Kriege, Kämpfe, Demütigungen, welche uns die Flottengegner prophezeien, beschwören wir am besten durch eine stärkere Flotte. Im übrigen ist zu sagen: ohne größere Flotte ist die Gefahr entsprechend größer; ohne alle Gefahr ist das internationale Spiel der Mächte überhaupt nie; aber wir fürchten diese Gefahren nicht; und wir holen uns keine Demütigungen, wenn unsere auswärtige Politik die richtige ist, wenn wir mit der vergrößerten Flotte richtig operieren.

Die Erwartung, daß wir mit der vergrößerten Flotte auch bei uns den Eroberungsgeist, das leichtsinnige Spekulantentum, die Raubsucht von Gold- und Diamantengräbern, den Flibustiergeist von Seeräubern erzeugen, zeigt von geringer Kenntnis unserer politischen Zustände, unserer Gesellschaft, unserer Kolonialentwicklung. Wir sind noch heute im ganzen eine Nation von Welt- und von Spießbürgern; Gewaltmenschen, die auf dem Boden des Urwalds nicht so unbrauchbar sind wie zu Hause in gesitteten alten Verhältnissen, die vertreiben wir selbst aus unseren Kolonien, drängen sie in den Dienst anderer Länder. Vielleicht tun wir gut daran; jedenfalls die Gefahr, daß solche Leute uns beherrschen, unsere Politik machen sollten, ist gering. Wir sind keine kaufmännisch-kapitalistische Aristokratenrepublik, in welcher Börse und Großkapital, Minenspekulanten und koloniale Eisenbahnkönige die Kriege diktieren. Zu übermäßiger Kolonialausdehnung und zu brutalen Handelskriegen fehlen uns alle Vorbedingungen des Volkscharakters und der Staatseinrichtungen. Dazu fehlen uns die Personen, die Traditionen, der harte Geschäftsegoismus.

Wir wollen und wir werden keine chauvinistische Weltmachtspolitik treiben, nicht zu uferlosen Flotten- und Seemachtsplänen kommen. Es ist eine lächerliche Verdrehung, zu behaupten, das sei die Absicht der Regierung und der Flottenfreunde. Gewiß gibt es auch einzelne deutsche Chauvinisten, einzelne übertreibende Kolonialschwärmer und einzelne Hasser Englands, die törichte Gedanken über unsere Weltmachtspläne, über Kriege mit Großbritannien, über Kolonieeroberung haben. Aber sie sind gering an Zahl und ohne Einfluß. Vielleicht hätten wir besser das Wort Weltmacht und Weltmachtspolitik in bezug auf Deutschland vermieden; es ruft falsche Vorstellungen hervor. Es erweckt den Schein, als wollten wir von heute auf morgen die englische oder russische Politik nachahmen, als bildeten wir uns ein, eine Seemacht ersten Ranges werden zu können.

Von all dem ist ja aber bei allen vernünftigen Leuten nicht die Rede. Wir wollen weder ein Industriestaat, noch ein Kolonialstaat, noch eine Seemacht wie England werden; wir wollen ein Kontinental- und Militärstaat bleiben, wir wollen unsere Landwirtschaft nicht wie England preisgeben.

Aber wir wollen unseren Handel und unsere Industrie so weit ausdehnen, daß wir leben und eine wachsende Bevölkerung unterhalten können; wir wollen unsere Kolonien verteidigen, womöglich irgendwo eine deutsche Ackerbaukolonie erwerben. Wir wollen dem überspannten Raubmerkantilismus allerwärts und einer solchen Teilung der Erde durch die drei Weltmächte entgegentreten, welche alle anderen Staaten ausschließen und zugleich ihren Handel vernichten möchte. Nur um dieses bescheidene Ziel zu erreichen, brauchen wir heute so nötig eine große Flotte, wie Preußen von 1650—1870 eine zahlreiche Landarmee brauchte, um nicht erdrückt zu werden. Auch sie war viel kleiner als die der Großmächte, aber um so viel besser. Das Gleiche hoffen wir von unserer Flotte. Wir wollen gegen die möglichen und drohenden Mißhandlungen auf dem Weltmeere und im Gebiete des Welt- und Kolonialhandels uns so weit stärken, daß uns die großen Mächte respektieren und unsere Unterstützung suchen, und daß die anderen mittleren und kleinen Staaten den Hort des Friedens und einen Schutz gegen Gewalt in uns sehen. Wie Friedrich der Große die anderen deutschen Staaten im Fürstenbunde gegen Österreichs Annexionslust sammelte, so muß heute das Deutsche Reich der Mittelpunkt einer Staatenkoalition werden, welche zwischen den Weltreichen von Gewicht, bei den großen Kämpfen derselben, hauptsächlich beim letzten Entscheidungskampf zwischen England und Rußland das Zünglein an der Wage sein kann. Das ist aber nur möglich mit einer stärkeren Flotte als heute. Mit ihr werden wir, nicht erobernd, sondern friedlich, aber zugleich stark und „toujours en vedette“ wieder die Balance Europas halten können, wie in den Tagen Friedrichs des Großen und Bismarcks. Es waren die Tage, in welchen wir auch die größten wirtschaftlichen Fortschritte machten. Wir werden keine solchen Tage des Einflusses und des Fortschrittes mehr erleben, wenn wir nicht auch auf den Meeren uns eine geachtete und unter Umständen gefürchtete Stellung erwerben. Mit unserer großen Flotte werden wir von den großen Weltmächten nicht angegriffen, aber respektiert werden; sie werden bald sehen, daß wir nicht den törichten Gernegroß spielen, daß wir nicht ihre Politik nachahmen wollen. Die mittleren und kleinen Staaten werden wir gewinnen, weil sie sehen werden, daß wir sie nicht bedrohen, daß wir bereit sind, ihnen ihren Besitz, vielleicht auch ihre Kolonien zu garantieren, wenn sie einen friedlichen wirtschaftlichen Bund mit uns schließen.

Eine solche deutsche Seemachtspolitik wird den heutigen Handelsneid und die feindseligen wirtschaftlichen Spannungen ermäßigen, sie wird der berechtigten internationalen Teilung der Arbeit die Türen offen erhalten. Wir werden uns nicht einbilden, durch die verstärkte Flotte, durch Kanonen und Torpedos seien Märkte und Absatz zu erwerben; das bleibt unseren Industriellen, unseren Kaufleuten und unserer Handelsmarine überlassen; sie

müssen nach wie vor das Beste für unsere wirtschaftliche Entwicklung tun. Aber draußen zwischen allen feindlichen Mächten, in barbarischen Ländern müssen sie einen festeren Rückhalt erhalten, als sie es heute haben. Und äußerstenfalls werden wir allerdings, wenn unsere Lebensinteressen und unsere Ehre bedroht ist, auch auf der See dieselben ruhmvollen Schlachten schlagen, wie unsere Väter es bei Roßbach, bei Belle-Alliance, bei Sedan, bei Metz und Orleans getan. Äußerstenfalls muß hinter unseren Kaufleuten, hinter unserer Handelsmarine draußen die ultima ratio regum stehen. Anders ist einmal die Welt nicht. Ohne Macht keine großen Staaten und keine große volkswirtschaftliche, handelspolitische und koloniale Entwicklung. Jeder brutale, überhebende, habsüchtige Machtmißbrauch für wirtschaftliche Zwecke ist verwerflich. Aber der legitime Machtgebrauch ist auf handelspolitischem Gebiete erlaubt, ja notwendig, heilsam, erziehend für die Nation und ihre berechtigten Zwecke. Die mittleren und kleinen nicht gefürchteten Staaten, die können auch heute ohne Seemacht auskommen. Wir nicht mehr; dazu sind wir zu groß geworden; wir sind mit unseren Leistungen und unserer Konkurrenz den Weltmächten zu unbequem geworden, als daß wir mit zu schwacher Seerüstung den weiteren Konkurrenzkampf mit ihnen kämpfen dürften.

Ich darf nicht mehr darauf eingehen, Ihnen im einzelnen die handels- und kolonialpolitischen Aufgaben zu schildern, bei denen wir der Flotte bedürfen. Nur das eine und andere erwähne ich noch kurz. Wir müssen um jeden Preis wünschen, daß in Südbrasilien ein deutsches Land von 20—30 Millionen Deutschen im folgenden Jahrhundert entstehe; einerlei, ob es ein Teil Brasiliens bleibt, ob es ein selbständiges Staatsgebilde wird, ob es mit unserem Reiche in nähere Beziehung kommt; ohne eine durch Kriegsschiffe stets gesicherte Verbindung, ohne die Möglichkeit eines nachdrücklichen Auftretens von Deutschland dort ist diese Entwicklung bedroht.

Wir werden mit einigen unserer nächsten Nachbarn sicher mit der Zeit in ein näheres Handels-, vielleicht auch Zollbündnis kommen. Das bedarf, was Österreich oder die Schweiz betrifft, keiner maritimen Machtmittel. Aber sobald es sich um die skandinavischen Reiche oder Holland handelte, sind wir ohne Flotte einflußlos, als handelspolitischer Bundesgenosse wertlos. Es ist jetzt in Holland viel von einem Zoll-, Handels- und Kolonialbündnis mit Deutschland gesprochen worden. Wir drängen uns nicht dazu; aber wenn die Holländer klug sind, wenn sie ihre Kolonien nicht eines schönen Tages verlieren wollen, wie Spanien, so beeilen sie sich, dieses Bündnis zu suchen. Wir würden ihnen die politische Selbständigkeit ihres Landes und ihrer Kolonien garantieren können, wenn sie unserem Zollsystem sich anschließen, uns in ihren Kolonien Stationen einräumen, für Seekabel, Kohlenniederlagen und Ähnliches gemeinsame Sache mit uns machten.

Die Offenhaltung und Ausnützung des mittel- und südamerikanischen Marktes, des chinesischen und ganzen ostasiatischen Marktes ist ohne einen Schutz der Kriegsflotte, ohne Niederlassungen, wie wir sie in Kiautschou haben, nicht möglich. Und wenn heute noch unser Absatz nach den europäischen Nachbar- und Kulturstaaten auch unendlich viel größer ist, als der nach diesen fernen Märkten und nach unseren eigenen Kolonien, das verhältnismäßige Wachstum nach letzteren war doch sehr viel stärker, und in 25 und 50 Jahren jedenfalls wird der überseeische Absatz dahin eine ganz andere Rolle spielen als heute. Schon heute ist von den 600—800 Millionen Mark Waren, die wir nach England schicken, ein großer Teil für jene fernen Märkte bestimmt; wir lassen ihn bisher noch über England gehen, weil wir draußen noch nicht fest genug Fuß gefaßt haben.

Doch genug. Deutschland kann und soll sich heute nicht mehr damit begnügen, im Schlepptau der großen Mächte, geduldet von ihnen bis auf Widerruf, seinen Welthandel auszudehnen. Es will nicht mehr die Kinder- und Schulstube der übrigen Welt sein, ein Land, das viele Millionen seiner Söhne hinaussendet, damit sie in nächster Generation aufhören, Deutsche zu sein. Sein Staat, seine Kraft, seine Wissenschaft und seine Technik, sein Handel und sein Ansehen in der Welt sind so groß, daß es mit Recht fordern kann, seine moralischen und geistigen Eigenschaften, sein Gemütsleben, seine Kunst, sein Fleiß, seine Institutionen stehen so hoch, daß es im Interesse der Kultur, der Menschheit fordern kann, auf Grund eigenen Rechts, eigener Kolonien, eigener Stationen, eigenen Machteinflusses seine Stelle in der Weltwirtschaft, neben und nach den großen drei Weltreichen, mindestens in gleicher Linie wie Frankreich zu behaupten. Das ist unmöglich ohne größere Flotte. Sie allein gibt uns dazu den Machtrückhalt, ohne welchen große Nationen das Größte nicht schaffen können.

Ihre Schaffung wird zugleich unserem politischen und nationalen Leben wieder den Schwung verleihen, der für jede große Fortschrittsepoche nötig ist. Was für die Tage Friedrichs des Großen der Erwerb Schlesiens, was für Kaiser Wilhelm und Bismarck die Gründung des Deutschen Reiches, das wird für die Gegenwart und das nächste Menschenalter Deutschlands Machtbegründung zur See sein. Es wird uns über die kleinliche Parteizerklüftung, über die kleinen wirtschaftlichen Alltagssorgen hinweg zu einheitlichem Handeln, zu einer deutschnationalen Politik großen Stils zurückführen.

Sinn und Wert
des unparteiischen Studiums der sozialen Frage.

1.

Zur 25jährigen Feier des Vereins für Sozialpolitik.

2.

Eröffnungsworte zur Generalversammlung des Vereins für Sozialpolitik in Breslau am 25. September 1899.

3.

Der Verein für Sozialpolitik und die soziale Reform.



1.

Zur 25 jährigen Feier des Vereins für Sozialpolitik[1]).

Eröffnungsrede bei der Generalversammlung am 23. September 1897 in Köln a. Rh.

Meine Herren! Ehe wir in die Tagesordnung eintreten, darf ich daran erinnern, daß wir mit unserer diesjährigen Generalversammlung zugleich das 25 jährige Bestehen unseres Vereins feiern. In den ersten Oktobertagen 1872 traten in Eisenach eine Anzahl Männer aller politischen Parteien zu einer Beratung über die wichtigsten sozialen Fragen der Zeit, Fabrikgesetzgebung, Gewerkvereine und Wohnungsfrage, zusammen. Daraus entstand unser Verein. Man darf ohne Zweifel die Epoche von 1862—75 die wichtigste Zeit unseres Jahrhunderts für unser Vaterland nennen: das neue Deutsche Reich entstand, die deutsche Volkswirtschaft reckte zum erstenmal ihre Glieder so, daß man ihre Ebenbürtigkeit neben Westeuropa erkannte; die neue soziale Schichtung der Gesellschaft war das Ergebnis der ungeheuren technischen und volkswirtschaftlichen Fortschritte; die sozialen Probleme pochten an die Pforten der Gesetzgebung; der moderne Arbeiterstand erwachte zum Selbstbewußtsein. Die Gesetzgebung arbeitete fieberhaft, aber noch steckten den Deutschen der philisterhaft kleinstaatliche Sinn, die Traditionen der alten Zeit, die einseitigen Ideale der individualistischen Aufklärung in allen Gliedern. Neue Ideale mußten sich bilden, neue soziale Ordnungen und Institutionen entstehen.

Ein Ausdruck dieser Gärung, dieses Strebens war die Bildung des Vereins für Sozialpolitik. Zwischen den Elementen, welche aus dem politischen Radikalismus und Republikanismus der vierziger und fünfziger Jahre erwachsen, utopischen und revolutionären, jedenfalls die ganze gegenwärtige Gesellschaftsordnung vernichtenden sozialen Idealen zuneigten, und denen, welche optimistisch und zufrieden alles Bestehende vortrefflich fanden, die Arbeiterfrage leugneten, in der freien Konkurrenz die Lösung aller sozialen Rätsel fanden, standen zahlreiche Denker und Politiker, Geschäftsleute und Journalisten, Menschenfreunde und Nationalökonomen, welche von Klasseninteresse, doktrinärer Parteischablone und hergebrachter nationalökonomischer

---

[1]) Tägliche Rundschau Nr. 226 vom 26. September 1897.

Lehrmeinung frei neben einem politischen an einen sozialen Fortschritt glaubten, ihn suchen wollten, mit offenem Blick für die sozialen Mißstände und Kämpfe die soziale Wirklichkeit erkennen, an das Bestehende anknüpfend für die soziale Reform eintreten wollten.

Es war stets eine kleine Gruppe von Männern; sie haben keine parlamentarische oder sonstige Partei bilden, nicht ausschließlich in den Dienst einer Partei oder eines Klasseninteresses sich stellen wollen; daher konnten sie nicht die Massen um ihre Fahne sammeln. Sie wollten nur durch ihre Tätigkeit aufklären, die Wahrheit ins Licht stellen, durch ihre Reden und Schriften, ihre Versammlungen und Publikationen in alle Parteien und Klassen eine größere Erkenntnis der sozialen Dinge hineinbringen, den berechtigten praktischen Idealen einer durchführbaren sozialen Reform die Wege bahnen. Wir haben unsere Mitglieder nie auf ein soziales Programm eingeschworen, wir haben bald in unseren Generalversammlungen nicht mehr abgestimmt. Wir haben nur vertraut, durch gute Gründe und Beweise, durch die Macht der Wahrheit und Gerechtigkeit auf weitere Kreise zu wirken.

Unser Ausschuß ist seit den 25 Jahren jährlich ein- bis zweimal zusammengetreten, hat die Schriften und Generalversammlungen vorbereitet. Solcher haben wir nur 13 bisher abgehalten. Aber in den 74 Bänden unserer Schriften haben wir unsere Gedanken und Ideale, unsere Vorschläge und Beiträge zur Erkenntnis der sozialen Wirklichkeit niedergelegt. In ihnen liegt der Schwerpunkt unserer Wirksamkeit. Es läßt sich mit wenigen Worten sagen, worauf unsere wichtigsten Schriften und daran anknüpfend unsere Verhandlungen sich bezogen haben.

Eine erste Gruppe beschäftigte sich mit der Handels-, Auswanderungs-, Währungs-, Steuerpolitik, diesen allgemeinsten Fragen der Volkswirtschaft. Hauptsächlich haben wir an den zwei großen Wendepunkten unserer deutschen Handelspolitik 1879 und 1892 die einschlägigen Fragen erörtert, 1892 bis 1894 ein großes Sammelwerk geschaffen, das die Handelspolitik aller Kulturstaaten von 1860 bis 1892 darstellt. Wir glaubten damit von dem sozialen Kern unserer Aufgabe nicht abzuschweifen. Jeder Tieferblickende weiß, wie sehr von der staatlichen Macht, dem handelspolitischen Einfluß, dem Zolltarif und den Handelsverträgen gerade auch die Lage der untern Klassen, der Arbeiter in jedem Lande abhängt. Man könnte sagen, es sei bedauerlich, daß dies in Deutschland noch nicht genug, noch nicht so wie zum Beispiel in England erkannt werde. Wir gehen einem handelspolitischen Ansturm der großen Weltreiche gegen die mittleren und kleineren Kulturstaaten entgegen, der für unsere soziale Zukunft und die Lage auch der unteren Klassen in Deutschland vielleicht für länger eine der wichtigsten Lebensfragen sein wird.

Die zweite Gruppe unserer Schriften bezieht sich auf die Unternehmung,

hauptsächlich auf die gewerblichen Unternehmungsformen. Wir haben über das Aktiengesellschaftswesen verhandelt und die damals von uns und anderen gegebenen Anregungen führten zur Reform des Aktiengesetzes im Jahre 1884. Wir haben eine Reihe von Bänden über die deutsche Hausindustrie und jetzt neun Bände über das deutsche und zwei über das österreichische Handwerk und seine Konkurrenzfähigkeit veröffentlicht, über welche wir heute noch verhandeln werden. Über die Kartelle haben wir vor einigen Jahren eine Sammlung von Berichten publiziert, dann über sie debattiert. Es gibt in der Literatur nichts Besseres darüber als unsere Schriften und was sich daran anschloß.

Neben diesen gewerblichen stehen die agrarisch-sozialen Fragen, die wir als dritte Gruppe unserer Tätigkeit bezeichnen können. Die agrarische Krisis, das Erbrecht am Grundeigentum, die Erhaltung des Bauernstandes, die innere Kolonisation, der Wucher, die ländlichen Kreditfragen, endlich die ländliche Arbeiterfrage, all das hat uns wiederholt beschäftigt. Enge schlossen sich an diese Gegenstände unserer Schriften und Debatten die über die ländliche Gemeindeverfassung an, welche die endliche Ordnung dieser wichtigen Materie in den Jahren 1891—92 vorbereiten half. Wir werden morgen zur ländlichen Kreditfrage zurückkehren und damit zu einer der wichtigsten in bezug auf die Erhaltung des Bauernstandes, des Klein- und Mittelbetriebes auf dem Lande. Die neuen Gestaltungen, die sich in dieser Richtung seit 30 Jahren in Deutschland entwickelt haben, zumal die neueste Ausbildung des ländlichen Genossenschaftswesens können in ihrer Bedeutung kaum überschätzt werden.

Die letzte und wichtigste Gruppe unserer Schriften und Debatten bezieht sich auf den engeren Kreis der gewerblich-sozialen Frage. Wir haben Schriften veröffentlicht und verhandelt über die Fabrikgesetzgebung und die Reform der Gewerbeordnung, über die Wohnungsfrage und die Gewinnbeteiligung der Arbeiter, über den Arbeitsvertrag und seine Fortbildung, über Arbeitseinstellungen und Gewerkvereine, über Schiedsgerichte und Einigungsämter, über Haftpflicht und Arbeiterversicherung, über Alters- und Invalidenkassen. Wir werden am dritten Tage unserer diesjährigen Generalversammlung zu der wichtigen Frage des Arbeiter-Vereins- und Koalitionsrechtes zurückkehren.

Aus diesem kurzen Bilde unserer Tätigkeit ergibt sich schon ungefähr, was wir gewollt und erstrebt haben. Wir wollten nie die Volkswirtschaft von Grund aus umgestalten, nie den Plan einer vollendeten sozialen Zukunft vorlegen. Wir wollten nur mit der Leuchte der Wissenschaft den Wegen der Praxis vorangehen, uns selbst und womöglich das Vaterland über das Einzelne und Konkrete der sozialen Tatsachen und der Reformen belehren, in den Kämpfen des Tages, der Interessen und Leidenschaften der Stimme der Billigkeit, der Vernunft, der Wissenschaft Gehör verschaffen.

Ist unsere Tätigkeit in diesen 25 Jahren umsonst gewesen? Hat sie Gutes und Nützliches gewirkt? Es ist bekannt, daß von rechts uns zugerufen wird, wir seien unpraktische Doktrinäre, die nur geschadet, von links, wir seien feige Vermittler, welche keine großen und neuen Ideen verbreitet hätten. Wir sind zeitweise von der sozialdemokratischen, zeitweise von der bürgerlichen Presse aufs Heftigste geschmäht worden. Das ist natürlich; ich möchte sagen, es wäre schlimm, wenn es nicht geschehen wäre. Es beweist das eben für unsere Wirksamkeit. Anderseits ist aber auch wohl begreiflich, daß dieselben Feinde, die uns heute als gefährlich oder feige angriffen, morgen uns sagten, unsere ganze Tätigkeit sei überhaupt belanglos gewesen, habe die sozialpolitischen Geschicke unseres Vaterlandes nicht irgendwie beeinflußt.

Die Sozialdemokratie hat immer wieder betont, ihre Tätigkeit, nicht unsere, habe den Stein der sozialen Reform ins Rollen gebracht. Das ist in gewissem Sinne wahr. Ihre Tätigkeit hat eine politische organisierte Macht zur Grundlage; die Sozialdemokratie vertritt ein mächtiges Klasseninteresse. Wir sind ein Häufchen Gelehrter und humaner Praktiker. So wie die Sozialdemokratie konnten und wollten wir gar nicht wirken. Aber beweist das, daß wir nicht in anderer Weise gewirkt haben?

Das Unternehmertum hat uns immer wieder der zu großen Arbeiterfreundlichkeit beschuldigt. Arbeiterfreundlich sind wir gewesen und wollen wir auch sein, sofern wir die Hebung der unteren Klassen für eine Lebensbedingung unserer Gesellschaft und unseres Staates, die zu große soziale Kluft in Gesittung und Einkommen für eine der größten Gefahren der Gegenwart ansehen. Aber wir sind deshalb nicht den Unternehmern feindlich, deren Verdienste als Führer und Offiziere der volkswirtschaftlichen Armee wir stets anerkannt haben.

In der letzten Session des preußischen Abgeordnetenhauses wurde der Vorwurf gegen uns erhoben, sogar mit Berufung auf einen Geheimen Rat — als ob das unbedingt beweise —, wir hätten keinen einzigen Baustein geliefert, welcher direkt der sozialen Reformgesetzgebung Deutschlands zugute gekommen wäre. Wir haben, da wir keine politische Partei sein wollen, natürlich auch keinen Gesetzentwurf ausgearbeitet, wie die Geheimen Räte und Parlamentarier. Aber die geistig soziale Bewegung, die von uns ausging, hat als Sauerteig die weitesten Kreise beeinflußt. Wir können ohne Überhebung sagen, daß, wenn heute eine andere soziale Gedankenwelt Deutschland durch alle Schichten hindurch beherrscht, als 1866—72, wenn heute niemand mehr Manchestermann heißen will, jedermann über die sozialen Pflichten und Rechte des Staates anders denkt, als damals, wenn die Grundzüge unserer Arbeiterversicherung, unserer Arbeiterschutzgesetzgebung, unseres ganzen modernen sozialen Rechtes doch eigentlich von keiner Partei mehr

ernstlich bestritten werden, — diese zwar nicht Folge unseres Vereins, aber der großen geistigen und wissenschaftlichen Bewegung sei, deren Fäden am meisten in unserem Verein zusammenlaufen.

Man wird nun als Beweis, daß wir nicht allzu viel erreicht hätten, die Tatsache anführen, daß gerade in den letzten zwei Jahren ein Preßfeldzug, eine Hetze gegen uns entstanden sei, fast stärker und gehässiger als der, welcher der Gründung unseres Vereins in den Jahren 1872—75 folgte. Diese erneute, teils in der Natur der Sache liegende, teils auf Mißverständnissen beruhende Gegnerschaft kann aber ebensogut als ein Beweis unseres Einflusses, unserer großen Wirksamkeit aufgefaßt werden. Zunächst ist sie nur ein Beweis dafür, daß die große Umgestaltung aller volkswirtschaftlichen und sozialen Lebensformen noch lange nicht abgeschlossen ist, daß die großen sozialen Gruppen und Interessen, die sich gegenüberstehen und bekämpfen, heute wieder mal etwas schroffer zusammengestoßen sind und bei diesem Stoß auch gegen uns ausholten. Aber die Angriffe gegen uns sind nur eine unerhebliche Nebenerscheinung des Kampfes, sie beweisen über unsere Wirksamkeit nur, daß wir Mitbeteiligte sind; sie beweisen am wenigsten, daß die soziale Reform, die wir vertreten, dauernd ins Stocken komme.

Ich sage, die Angriffe auf uns seien eine unerhebliche Nebenerscheinung: die übertriebene Furcht vor der Sozialdemokratie hat gewisse Kreise veranlaßt, nach einem angeblich Schuldigen zu fahnden, den man ungestraft hauen könne. So wurde der Kathedersozialismus der Prügeljunge für kurzsichtige Praktiker und Journalisten sowie für einige ehrgeizige und unbefriedigte Dozenten. Da wir über und außerhalb der sozialen Klassen und ihrer egoistischen Interessen, gleichsam als ehrliche Makler zwischen den Arbeitern und Unternehmern stehen, so ist es begreiflich, daß in den Momenten heftiger Erregung von beiden Seiten gegen uns gewettert wird, weil wir beiden nicht schmeicheln, ihnen auch unangenehme Wahrheiten sagen. Wir machen uns daraus nicht viel, sondern kompensieren die übertriebenen Vorwürfe, die in einem Teil der großbürgerlichen und agrarischen Presse gegen uns erhoben werden, mit denen der sozialdemokratischen und schließen aus den Doppelangriffen, daß wir auf dem rechten Wege seien.

Die ganze sozialpolitische Reaktion der letzten Jahre ist aber auch kein Beweis, wie ich schon sagte, daß wir, daß die Träger der sozialen Reform in Deutschland überhaupt geschlagen, daß die großen geistigen und sittlichen Kräfte, auf denen sie beruht, im Zurückgehen begriffen seien. Diese Reaktion ist nichts als eine vorübergehende Wellenbewegung, wie sie zum Wesen der geschichtlichen Entwicklung gehört. Nach jedem großen epochemachenden Fortschritt der Gesetzgebung kommen Jahre der Ermattung, des Kritisierens, des Mißvergnügens. Wie der großen Stein-Hardenbergschen Agrarreform

von 1807—1811 die Reaktion von 1816 folgte, aber weder die Gesetzgebung von 1811 ganz beseitigte, noch ihren späteren Ausbau hinderte, so hat die sozialpolitische Reform der 80er Jahre, welche uns die Arbeiterversicherung brachte, und die von 1890/91, welche endlich die deutsche Arbeiterschutzgesetzgebung einen großen Schritt vorwärts führte, naturgemäß die widerstrebenden Interessen aufgerüttelt. Sie suchen aus allen Tonarten zum Rückzug zu blasen und zu kritisieren. Das ist ihr gutes Recht; soweit sie mit ihrer Kritik recht haben, kann diese nur der sozialpolitischen Reform zugute kommen. Die Bescheidenen verlangen nur eine „Verdauungspause", ehe weiter vorangeschritten werde. Anders als durch solche Kritik, durch solche Rede und Gegenrede, durch solche Kämpfe hindurch vollzieht sich keine Reform. Dem Wellental der Reaktion wird aber schon der Wellenberg des weiteren Fortschritts folgen. Der Druck belebt die Kräfte, er zeugt neue und stärkere, sofern es sich überhaupt um eine große historische, in Jahrzehnten sich vollziehende Notwendigkeit handelt. Und daran zweifelt doch keiner, der unsere Zeit versteht, daß wir erst noch den größten sozialen Änderungen entgegengehen: das 19. Jahrhundert wird das soziale sein. Wie die Technik jetzt größere Änderungen als seit 3000 Jahren erlebte, so wird auch die soziale Struktur der Gesellschaft größeren Wandlungen als seit lange entgegengehen, und das muß geschehen im Zusammenhang mit der Hebung des Wohlstandes und der Kultur der Massen. Aus dem gärenden Kampfe der Gegenwart wird und muß ein neuer höherer Zustand des sozialen Friedens hervorgehen; es wird, wenn ich ein Bild gebrauchen darf, ein sozialer Baum erwachsen, der seine Wurzeln in den intellektuellen und moralischen Fortschritten des ganzen Volkes, seine Blätter und Äste in den verbesserten sozialen Institutionen, seine Blüten und Früchte in der höheren Gesittung und dem breiteren Wohlstand der Massen haben wird.

Ob in den Kämpfen, die zu diesem Ziele führen, der Verein für Sozialpolitik weiterhin eine erhebliche Rolle spielen wird, wage ich nicht zu entscheiden. Das hängt von zufälligen Umständen, von Persönlichkeiten und Konstellationen aller Art ab. Aber daß die geistige Bewegung, die er inauguriert hat, fortdauern wird, das weiß ich sicher. Ja, ich möchte sagen, sie werde mit ganz anderer Kraft als bisher künftig weiterwachsen, wenn anders die Entwicklung unseres Vaterlandes eine gesunde bleibt.

Die Gründe, die mich bei dieser Überzeugung leiten, darf ich gleich nachher anführen. Vorerst nur noch eine Zwischenbemerkung darüber, daß dem Verein und den deutschen Nationalökonomen, die sich in ihm verkörpern, jetzt oft vorgeworfen wird, sie seien ganz andere seit 1872 geworden.

Gewiß hat die Zusammensetzung unseres Vereins mannigfaltig gewechselt und gewiß sind wir selbst, die seit 1872 mitwirkten, mannigfach andere ge-

worden. Es wäre schlimm, wenn wir nichts gelernt hätten seit 25 Jahren. Aber der Grundcharakter des Vereins hat sich doch nicht wesentlich verschoben, weil die Bedingungen, unter denen er entstand, heute noch ähnliche sind wie 1872.

Die Männer, welche den Verein mit uns begründeten und die heute nicht mehr sind, Roscher und Hildebrand, Gneist und Nasse, Sybel und Konstantin Rößler, Ernst Engel und Franz Duncker, Held und Wedell-Malchow, auch spätere einflußreiche Teilnehmer, die schon im Grabe ruhen, wie Reitzenstein und Dannenberg, sie haben alle sozialpolitisch einen ähnlichen Standpunkt vertreten, wie die heutige Majorität des Ausschusses. Nasse, unser vieljähriger verdienter Vorsitzender, dessen wir heute in besonderem Maße gedenken, wurde neuerdings von unserem schroffsten Gegner als sein Freund und Gesinnungsgenosse in Anspruch genommen. Und eben dieser Nasse hat in einer seiner Eröffnungsreden betont, wie falsch es sei, dem Verein vorzuwerfen, er stelle Theorien auf, welche die Grundlagen der sozialen Ordnung in Frage stellten und den sozialen Frieden gefährdeten. In derselben Rede präzisiert Nasse dann die Pflichten des Vereins dahin, daß er gegenüber dem falschen Optimismus der Besitzenden, der auf einer großartigen Unkenntnis der Tatsachen beruhe, die realen Zustände aufdecke. „Die sozialen Zustände“, ruft er, „mögen sich gebessert haben, aber man übersieht, daß in der Lebensweise der höheren und niederen Klassen unseres Volkes niemals so große Verschiedenheit bestand, wie jetzt, daß heute mehr Reichtum als früher vorhanden ist, der mit bedenklichen Mitteln erworben wurde und nur privatem, zwecklosem Lebensgenuß, und dagegen weniger Reichtum, der großen öffentlichen Zwecken und der Veredelung der Betreffenden dient.

Lebte Nasse noch, so hätten wahrscheinlich die Sykophanten und Denunzianten auch diese Worte, wie ähnliche von mir aus der ersten Hälfte der siebziger Jahre, ausgegraben, um ihn damit zu einem hetzerischen Demagogen zu stempeln, ihn, der ein streng kirchlicher und innerlich konservativer Mann, aber allerdings zugleich ein überzeugungstreuer Sozialreformer war.

Von den übrigen alten Mitgliedern des Vereins, die der Generation Nasse angehören, wird man von keinem sagen können, er sei radikaler oder sozialistischer geworden, als 1872; von einzelnen wird man behaupten können, sie lehrten heute dasselbe wie damals, vielleicht fast mit denselben Worten. Die Rede, mit welcher ich 1872 unsere erste Versammlung eröffnete, kann ich heute noch unterschreiben. Das Referat, das ich damals über die Gewerkvereine erstattete, würde ich im einzelnen vielfach anders, aber doch in demselben Geiste heute vortragen. Und wenn unsere jüngeren Kollegen heute vielfach einen kräftigeren Ton anschlagen, als wir Älteren, ja, wenn einzelne dieser Herren uns Ältere bereits als etwas rückständig, wie jetzt ein beliebtes Schlagwort lautet, betrachten, so liegt das doch mehr in dem Unterschied des Alters, als der Grund-

prinzipien. Die Jugend ist immer ungeduldiger und kampflustiger, als das Alter. Auch ist natürlich, daß die jüngeren Nationalökonomen die theoretischen Probleme etwas anders formulieren. Aber in der Anerkennung der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung und in den praktischen Forderungen der sozialen Reformpolitik ist heute im ganzen keine größere Verschiedenheit in unserem Verein und in der ganzen deutschen wissenschaftlichen Nationalökonomie als 1872; im Gegenteil, die Einheitlichkeit ist viel größer. Selbst die, welche als unsere Gegner auftreten, stehen eigentlich doch auf demselben Boden, wie der Verein für Sozialpolitik in seiner Majorität.

Wenn wir trotzdem im Laufe der 25 Jahre dem ferner stehenden Publikum bald als radikal und gefährlich, bald als mit der Regierung und den Mittelparteien übereinstimmend erscheinen, so kommt es nur daher, daß die Brillen, welche wechselnde Parteistimmungen und Regierungstendenzen dem Publikum aufsetzten, in der Farbe mehrmals wechselten. In den Jahren 1872—75 griffen uns die alten Manchesterleute und der Teil des Unternehmer- und Kapitalistentums an, der politisch radikal von jenen geführt wurde, ebenso ein erheblicher Teil der alten freihändlerischen Bureaukratie, während die Konservativen, einschließlich des Fürsten Bismarck, wie ein Teil der politisch Vorangeschrittenen unsere Bewegung gerne sahen. Gegen Ende der siebziger und im Laufe der achtziger Jahre, als offiziell die Sozialpolitik und Sozialreform in die Hand genommen wurde und das Manchestertum fast ganz verschwand, hörten die Angriffe auf uns von seiten der offiziösen und Unternehmerpresse auf, die von sozialdemokratischer Seite wuchsen. Mit den sozialpolitischen Tendenzen des Zentrums hatten wir stets viel Gemeinsames, aber es trat das früher, zumal in den Tagen des Kulturkampfes, nicht hervor, da doch die meisten von uns Liberale waren. Seit den achtziger Jahren mußten wir uns nähern, da der Verein für Sozialpolitik und das Zentrum aus ähnlichen ethischen, religiösen und humanen Tendenzen arbeiterfreundlich waren und sind. Und ganz ähnlich mußten wir — die meisten von uns sind Protestanten — mit der beginnenden protestantisch-sozialen Bewegung uns sympathisch berühren. Es ist dieselbe geistig-ethische und soziale Gedankenwelt, welche in der deutschen Staatswissenschaft, im besten Teil unseres Beamtentums und unserer Geistlichen, welche in dem wiederbelebten christlichen und staatlichen Sinne wie in einem Teil des politischen Fortschrittes sich von 1880 bis zur Gegenwart immer mehr Terrain eroberte, welche in der Arbeiterschutzgesetzgebung von 1891 einen gewissen Triumph feierte.

Den Rückschlag, welcher seit 1892—1895 eingetreten ist, habe ich schon vorhin charakterisiert. Die deutschen Regierungen haben eine Schwenkung gemacht, welche die vorläufige Sistierung oder Verlangsamung der Sozialreform bedeutet. Ich lasse dahingestellt, ob das mehr eine innerliche Änderung

oder mehr eine bloß veränderte Taktik ist, welche nur im Moment die der Sozialreform entgegengesetzten Interessen schonen und für andere wichtige staatliche Zwecke gewinnen will. Einerlei, der Verein für Sozialpolitik und die Kathedersozialisten, welche bis 1893—1894 von der offiziellen, konservativen und Unternehmerpresse wenigstens geschont oder als Bundesgenossen behandelt wurden, erschienen jetzt plötzlich in denselben Organen als gefährlich, ja als Leute, denen man unternehmerfreundliche Strafprofessoren zur Seite setzen müsse.

Wir haben seither mit ungünstigem Winde von dieser Seite her zu kämpfen, während wir naturgemäß nun bei der übrigen Presse, bei der demokratischen und sozialdemokratischen sowohl als bei der Zentrumspresse eher freundlicherer Worte gewürdigt wurden. Übrigens hat von der nationalliberalen Partei nur ein Teil der Presse die Schwenkung gegen uns mitgemacht. Die konservative auch nicht in dem Maße wie die freikonservative, der der Ruhm gebührt, sich ganz um ihre Achse gedreht zu haben, sofern sie früher ganz auf unserer Seite stand, bekämpft uns jetzt am stärksten. Es ist bekannt, daß der Mitbegründer unseres Vereins, Konstantin Rößler, in früheren Jahren die besten Leitartikel der Post schrieb und dort für die soziale Reform eintrat.

Es sei ferne von mir, den Teil der Presse, der sich jetzt gegen uns gewandt hat, unbedingt verurteilen zu wollen. Jeder treibt Politik, wie er es versteht, und greift an, wen er für seinen Gegner hält. Nur etwa darum kann es sich handeln, Mißverständnisse aufzuklären, die Gegensätze, um die es sich handelt, in ihrer wahren Bedeutung und in ihrem innersten Kerne hinzustellen. Und in dieser Absicht möchte ich mir zum Schlusse erlauben, kurz noch auszusprechen, wie ich persönlich unsere sozialpolitische Lage und ihr gegenüber die Aufgabe unseres Vereins auffasse.

Die sozialen Kämpfe der Gegenwart entspringen den ungeheuren Veränderungen, welche durch die moderne Technik und die allgemeine Volksbildung sowie durch die veränderten religiös-sittlichen und politischen Anschauungen in der Schichtung der Gesellschaft und in den Beziehungen der sozialen Klassen untereinander und zur Staatsgewalt entstanden. Der politische Einfluß, das soziale Ansehen, das wirtschaftliche Einkommen der verschiedenen Klassen mußten ganz andere werden als früher. Neue aristokratische Klassen kamen empor; der Mittelstand war stark bedroht, er versteht sich jetzt wieder emporzurichten. Die unteren Klassen erhielten zu einem großen Teil eine andere Tätigkeit, eine andere Stellung; zuerst vielfach tief herabgedrückt, hat jetzt eine Elite derselben sich in jeder Beziehung emporgehoben und verlangt mit Recht entsprechend ihrer größeren Leistungsfähigkeit mehr Einfluß und Einkommen. Alle diese Verschiebungen können nur durch lange politische und soziale Kämpfe hindurch wieder in bestimmten Institutionen zur Ruhe kommen. Den Kämpfen müssen die verschiedensten Kompromisse folgen, die in ihrer

Gesamtheit einen neuen höheren Friedenszustand der Gesellschaft darstellen werden. Alle edlen und guten Menschen hoffen mit Recht, daß die neuen Institutionen bessere und gerechtere als früher sein, einem großen Teil der Menschen Anteil an den höheren Gütern der Kultur verschaffen werden.

Mitten in diesen Kämpfen sind wir begriffen. Jeder, der ganz am Alten festhalten will, der diese Kämpfe und ihre Notwendigkeit nicht begreift, ist unfähig, in unserer Zeit bestimmend und leitend mitzureden. Die aber, welche ihre Notwendigkeit begreifen, stehen ihnen doch verschieden gegenüber. Die einen sehen in erster Linie auf diese Notwendigkeit, sie begrüßen mit Freude den frischen fröhlichen sozialen Kampf und Krieg, hoffen einseitig und optimistisch auf die Siege der bisher Bedrückten, auf die Siege der Demokratie und der Massen. Sie glauben, daß ohne weiteres daraus bessere soziale Zustände und Einrichtungen erwachsen werden. Die anderen leugnen nicht, daß wir heute Kämpfe sozialer Art haben müssen, daß der Kampf „der König und Vater aller Dinge" sei. Aber sie betonen ebenso stark, daß jedes gesittete Volk in erster Linie eine Friedens- und Rechtsgesellschaft darstelle, daß der Kampf auch ein blinder, roher, zerstörender, die Gemeinheit und die Leidenschaft zur Herrschaft bringender sein kann. Sie glaubten nicht, daß die Organisation der sozialen Klassen gegeneinander mit ihrem Haß, mit ihren Mißverständnissen sicher Gutes schaffe. Sie täuschen sich darüber nicht, daß es stets höhere Klassen geben, und daß diesen die Führung der Gesellschaft bleiben muß. Sie erwarten nicht, daß die Demoralisierung von Staat und Gesellschaft, so heilsam und unvermeidlich, ja so segensreich sie innerhalb gewisser Grenzen heute ist, allein uns die vollkommenen sozialen Einrichtungen bringen werde. Noch weniger glauben sie, daß je auf die Dauer andere Mächte, als Moral und Religion, Sitte und Recht, andere Prinzipien, als Billigkeit und Gerechtigkeit, die Leitung der Gesellschaft werden übernehmen können. Ich für meinen Teil rechne mich dieser Gruppe zu, und die meisten Mitglieder des Vereins für Sozialpolitik, denke ich, werden derselben Ansicht sein.

Immerhin, darüber, ob zunächst im einzelnen Lande der soziale Kampf oder die Tendenz auf friedliche Reform überwiegen werde, darüber wird man auf Grund allgemeiner Vorstellungen, wie auf Grund konkreter Betrachtung über Land und Leute verschiedener Ansicht sein können.

Je schwächer in einem Lande die staatlichen Gewalten, die überlieferten sittlichen und rechtlichen Bande sind, desto mehr wird man in ihm auf erschütternde soziale Kämpfe, die eventuell bis zur Revolution gehen, gefaßt sein können. Wir in Deutschland haben eine stärkere monarchische Gewalt, als irgend ein anderer Staat; wir haben ein über den sozialen Klassen stehendes integres Beamtentum, wie kein anderes Volk, das in der Hauptsache heute

noch, gottlob, regiert; wir haben im vorigen und in diesem Jahrhundert große segensvolle soziale Reformen bereits durchgeführt. Wir haben noch einen stärkeren und einen gebildeteren Mittelstand, als die meisten gerade der vorangeschrittensten Kulturstaaten. Wir sind das Volk mit der besten allgemeinen Volksschule, mit einem trefflichen technischen Bildungswesen, ein Volk des ernsten Denkens, der stärksten religiösen Empfindungen. Wenn irgend ein Volk, so sind wir bestimmt, mehr durch innere Umbildung und friedliche Reformen, als durch heftige soziale Kämpfe und gewalttätige Revolution zum Ziele zu kommen. Aber auch für uns ist die Voraussetzung dazu, daß nicht einseitige Klasseninteressen die Leitung in Staat und Volkswirtschaft an sich reißen, daß die mehr außerhalb des Kampfes stehenden Elemente das Übergewicht behalten.

Diese Elemente zu stärken, für sie die geistigen Waffen zu liefern, das scheint mir heute die praktische Aufgabe der Staats- und Sozialwissenschaft und unseres Vereins für Sozialpolitik. Das Übergewicht der Gesamtinteressen über die egoistischen Klasseninteressen gilt es zu erhalten.

Damit kann natürlich nicht gemeint sein, die legitime Geltendmachung der Klasseninteressen beseitigen und unterdrücken zu wollen. Die sozialen Klassen, hauptsächlich die Unternehmer und Arbeiter müssen im freien heutigen Staate über ihre Interessen sich verständigen, sich in der Presse und in Vereinen äußern, sich organisieren dürfen, soweit sie damit in den Schranken des Rechtes und der Sitte bleiben. Aber da jede solche Organisation, jeder solcher Kampf einseitig macht, erbittert, leicht zu extremen Wünschen, Forderungen und Theorien führt, ja die Leidenschaften unter Umständen maßlos steigert, so müssen hiergegen starke Gegengewichte vorhanden sein. Und es ist viel besser, wenn sie nicht bloß durch die Staatsgewalt repräsentiert sind, sondern auch durch eine starke öffentliche Meinung, durch eine gesunde Presse, die nicht von den kämpfenden Klassen abhängt, durch geschulte, geklärte Anschauungen aller Gebildeten und aller unbeteiligten Kreise, durch eine Literatur und Wissenschaft, welche weder einseitig im Dienste des Kapitals, noch der Arbeiter steht.

Da liegt die Aufgabe unseres und ähnlicher Vereine. Wir müssen über den Klassen stehen, die Extreme, die Leidenschaften, die gegenseitige Verhetzung bekämpfen. Es geschieht am besten, wenn wir die sozialen Fragen, wie es der jetzige Vizepräsident des Staatsministeriums, Dr. von Miquel, bei der Begrüßung unseres Vereins einmal formulierte, friedlich studieren, sie nur messen nach dem Maßstab der allgemeinen Wohlfahrt. Wir sind stolz darauf, rief Nasse in der letzten Versammlung, der er präsidierte, daß es bei uns nicht üblich ist, für den eigenen Geldbeutel oder für das Geldinteresse der Erwerbs- und Standesgenossen zu reden.

Diese unparteiische Sachlichkeit müssen wir uns bewahren, dadurch sind

wir unangreifbar und unentbehrlich. Indem wir über den Klassen stehen, wirken wir dahin, daß die Kämpfenden sich wieder verstehen, der Unternehmer den Arbeiter und dieser jenen, daß sie aufhören, die Gegner sich stets vorzustellen als von schlechten, gemeinen Motiven beherrscht, als moralisch verwerfliche, hassenswürdige Persönlichkeiten. Das ist das Gift, das zu beseitigen ist. Beide Teile müssen verstehen lernen, daß und warum ihre momentanen Interessen auseinandergehen, daß und warum sie also in den Schranken der Sitte und des Rechts miteinander kämpfen; sie müssen im Kampfe wieder sich erinnern lernen, daß ihre großen und in der Zukunft liegenden Interessen doch auch gemeinsame seien. Beide Teile müssen begreifen, wieviel edle und ideale Motive, wie viele treffliche Persönlichkeiten bei der Gegenpartei zu treffen seien.

Ein französisches Sprichwort sagt: tout comprendre c'est tout pardonner. Unsere Schriften und Verhandlungen müssen dieses Verständnis erzeugen, so daß trotz aller Kämpfe immer wieder die Verständigung möglich wird. Sie kann nie über Prinzipien, sie kann stets über konkrete praktische Einzelfragen gelingen. Sie muß zwischen den Bürgern desselben Staates gelingen, wenn er nicht durch die Kämpfe zerstört werden soll.

Meine Herren! Unsere Interessenkämpfe sind, das kann niemand bestreiten, seit den letzten Jahren immer derber, realistischer, sie sind teilweise brutal geworden. Die demagogischen Künste haben sich ausgebildet; sie sind nicht etwa bloß von der Sozialdemokratie angewandt worden. Ich will darüber nicht sentimental jammern. Ein solch derber Realismus kommt immer zeitweise; er schadet nicht allzuviel — unter der einen Voraussetzung, daß die entgegengesetzten idealen und zentralen Kräfte stark genug bleiben, den zentrifugalen die Wage zu halten. Ich meine die Liebe zu unserem großen deutschen Vaterland, das lebendige Staatsgefühl, das doch wohl heute stärker ist als seit Jahrhunderten, die Hochhaltung unserer nationalen Institutionen, die Gefühle der Pflicht und Gerechtigkeit gegenüber dem weniger begünstigten Teile unseres Volkes, welche das Fundament aller gesunden Staatsordnung sind. Quid respublicae, remota justitia, quam magna latrocinia. Dies große Wort Augustus' gilt auch heute noch.

Unser Verein steht heute wie 1872 zwischen dem radikalen Umsturz und der blinden Reaktion, den ruhigen, gesetzmäßigen sozialen Fortschritt verteidigend, die möglichen und billigen Reformen fordernd. Bleiben wir bei dieser Fahne! Die Welle des Rückschritts, die heute wohl schon wieder zurückebbt, wird überwunden werden. Unsere Sache wird zuletzt so sicher siegen, als in der Entwicklung der Menschheit die höheren Gefühle über die niedrigen, der Verstand und die Wissenschaft über die Leidenschaften und Interessen immer wieder gesiegt haben!

2.

Eröffnungsworte zur Generalversammlung des Vereins für Sozialpolitik in Breslau am 25. September 1899[1]).

Meine Herren! Ehe ich den Vertretern der Provinz, der Stände und der Stadt, die die Güte haben wollen, uns zu begrüßen, das Wort erteile, erlauben Sie mir einige allgemeine Worte zur Einleitung. Ich werde mich bemühen, so kurz wie möglich zu sein. Ich habe schon öfters bei derartigen Gelegenheiten über Ziele und Zwecke unseres Vereins gesprochen, hauptsächlich vor zwei Jahren in Köln, bei unserem 25 jährigen Jubiläum, und ich muß fürchten, mich zu wiederholen, wenn ich ausführlicher werde. Ich wende mich auch weniger an die alten als an die zahlreichen neuen Mitglieder, die wir hier zu begrüßen die Freude haben, und an die Gäste, die uns die Ehre schenken, an der Versammlung teilzunehmen.

Also nur ein paar Worte über die Frage, was der Verein für Sozialpolitik und seine Mitglieder wollen, was sie sind, was sie erstreben. Und da möchte ich sagen: Wir sind ein Verein, der in erster Linie aus Gelehrten besteht. Fast die sämtlichen Nationalökonomen Deutschlands und Österreichs sind Mitglieder des Vereins, aber es sind daneben Beamte, Handelskammersekretäre und humane Praktiker, die unseren Ideen nahestehen, zugleich Mitglieder; es sind diejenigen, die sich besonders in unserem Sinne für volkswirtschaftliche und soziale Fragen interessieren. So wie sich die Dinge nun seit über 25 Jahren gestaltet haben, verfolgen wir zwei scheinbar getrennte Ziele. Wir sind einmal eine Art Publikationsgesellschaft, d. h. wir sammeln wissenschaftliche Beiträge und Untersuchungen über die großen praktischen, volkswirtschaftlichen und sozialen Fragen der Gegenwart und publizieren sie in regelmäßiger Schriftenfolge. Und wir streben durch sie wie durch unsere Generalversammlungen und unsere Debatten die unparteiische Wahrheit zutage zu fördern, gegenüber dem Kampfe der Klassen und Parteien die Billigkeit und Gerechtigkeit zum Ausdruck zu bringen, der friedlichen sozialen Reform die Wege zu bahnen.

Wir haben bis heute 87 Bände von Schriften herausgegeben, meist von erheblichem Umfange. Wir haben jetzt für die Fragen, die wir diesmal er-

[1]) Soziale Praxis. IX. Jahrgang Nr. 1 vom 5. Oktober 1899, Spalte 1.

örtern, wieder sieben Bände über das Hausiergewerbe und vier umfangreiche Bände über Hausindustrie und Heimarbeit veröffentlicht; es sind zusammen 180 bis 190 Bogen, an 3000 Druckseiten, die wir der Öffentlichkeit übergeben.

Nur dadurch, daß die Seminare unserer sämtlichen deutsch-österreichischen Hochschulen in enger Verbindung mit unserem Verein stehen, daß in diesen Seminaren viele fähige Arbeiter vorhanden sind, die uns unterstützen, und daß zahlreiche Praktiker, Handelskammersekretäre, Referendare und Assessoren, Privatgelehrte usw., die früher darin waren, noch immer mit uns in Verbindung stehen, ist es möglich geworden, daß wir, so oft wir eine große Frage in Angriff nehmen, über ein Dutzend oder mehr, teilweise über 30 bis 50 Mitarbeiter verfügen, die einen erheblichen Teil ihrer Zeit und Kraft für uns einsetzen, die fähig sind, unparteiisch zu beobachten und unparteiisch alles einschlägige Material zu sammeln und es wissenschaftlich zu verarbeiten, zutreffende Darstellungen daraus zu fertigen. Meine Herren, wir wissen wohl, daß diese Beiträge auch ihre Lücken und Unvollkommenheiten haben, wir wissen, daß sie keine abschließenden wissenschaftlichen Urteile über die großen Fragen der Zeit geben; das ist Sache der Wissenschaft und der großen öffentlichen praktischen Debatten. Sie wollen das wissenschaftliche Urteil nur fundieren. Wir wissen auch, daß sie mit den großen öffentlichen Enqueten, wie sie die Staatsregierung machen kann, die Hunderttausende kosten, in gewisser Beziehung nicht verglichen werden können; aber wir hoffen, daß wir mit unseren Arbeiten die öffentlichen Enqueten ergänzen, sie vorbereiten, daß wir die Staatsregierungen anregen zu weiteren Enqueten. Das, was wir geben, sind wissenschaftliche Beiträge zur unparteiischen Aufhellung wichtiger schwebender Tagesfragen, und selbst unsere Gegner, auch unsere heftigsten Gegner, haben immer anerkannt, daß wir mit dieser Tatsachensammlung und -veröffentlichung im ganzen ein gutes Werk vollziehen. Ich möchte hinzufügen: Tatsachen sammeln und richtig beschreiben, ist gewiß nicht das Höchste in der Wissenschaft und für die Praxis, aber es ist doch notwendig und wertvoll. Lotze sagte einmal, wenn ich das hier wiederholen darf: Tatsachen sammeln und gut mitteilen, sei immer etwas Erhebliches, und es gering schätzen, weil es in der Wissenschaft höhere Aufgaben gebe, gezieme nur jenen hesiodischen Toren, die niemals einsehen, daß halb oft besser sei als ganz. Etwas Halbes gut machen, meint er, sei besser als etwas Ganzes schlecht machen. Lassalle hat in ähnlichem Zusammenhange den Ausspruch getan: Der Stoff ohne den Gedanken habe immer noch einen relativen Wert; der Gedanke ohne materielle Unterlage habe nur die Bedeutung einer Chimäre; und ich glaube, diese beiden großen Männer haben damit den Wert solcher Materialsammlung richtig erkannt.

Aber wir wollen doch nicht bloß Material sammeln, wir wollen es kon-

densieren, wir wollen es verwerten, wir wollen es nach unserer Art interpretieren. Wir wollen mit diesem Material der Sozialreform dienen, die wir auf unsere Fahne geschrieben haben, und wir glauben durch die Schlußfolgerungen, die wir an das Material knüpfen, in unserer Art dem Vaterlande und den großen öffentlichen Interessen zu dienen, wenn auch das, was wir aus dem Material schließen, vielfach ein anderes ist, als was andere Kreise daraus folgern.

Wenn ich nun noch ein Wort darüber sagen darf, über den Wert, den unsere Schlußfolgerungen, unsere Deduktionen aus diesem Material haben, so, glaube ich, überhebt sich der Verein für Sozialpolitik nicht; er erklärt seine Mitglieder nicht für besser, für klüger, für sachverständiger oder gar für praktischer als unsere Gegner, die anders urteilen, wenn wir behaupten, wir hätten ein gutes Recht mit unseren Schlüssen, mit unseren daraus abstrahierten Theorien gehört zu werden. — Ich glaube, wir können sagen: die Mitglieder unseres Vereins haben, soviel sie in anderem ihren Gegnern nachstehen mögen, zwei kleine bescheidene Vorzüge: wir sind fast alle seit Jahren und Jahrzehnten ausschließlich damit beschäftigt, wir sind seit unserer Jugend darauf eingeschult, das volkswirtschaftliche und soziale Leben zu beobachten und richtige sozialpolitische Schlüsse daraus zu ziehen. Und ferner — was vielleicht noch wichtiger ist — wir sind alle oder fast alle an den großen Fragen, um die in der Öffentlichkeit sozialpolitisch gekämpft wird, sehr wenig beteiligt. Wir kämpfen nicht für unser Einkommen, wir kämpfen nicht für unser Vermögen, wir kämpfen nicht für unsere persönlichen wirtschaftlichen Interessen, und eben deswegen können wir die Vermutung für uns haben, weniger von unseren Leidenschaften, unseren Gefühlen im Urteil beeinflußt zu sein; wir können unparteiischer sehen; wir sind weniger festgenagelt auf bestimmte Formeln der Parteidoktrin, des Klasseninteresses als diejenigen, die uns gegenüberstehen. Man mag uns sagen: Ihr seid deshalb auch oft unpraktisch; ihr habt leicht Reformen vorschlagen; ihr zahlt sie nicht, erfahrt sie nicht am eigenen Leibe. Mag sein; ich betonte schon: unsere Gegner mögen andere Vorzüge besitzen, wie wir unsere Schwächen haben. Aber kein Unparteiischer wird leugnen, daß jahrzehntelange Einschulung und Uninteressiertheit, wie wir sie auch vom Richter verlangen, Dinge seien, die richtige Urteile befördern, die unparteiische Schlüsse erleichtern.

Sobald man das zugibt, so ist auch klar, warum wir mit unseren Schlüssen gegenüber den großen sozialen Klassen, die sich heute in der Gegenwart bekämpfen, leicht in einen gewissen Gegensatz kommen. Wir stehen zeitweise den Unternehmern, zeitweise den Arbeitern dissentierend gegenüber mit unseren Ansichten; wir kommen zu anderen Schlüssen, wir fordern andere Reformen als sie. Wir sind naturgemäß auch zeitweise mit den großen politischen

Parteien in einem gewissen Gegensatz, der freilich häufig gewechselt hat. Die Parteien, die uns heute bekämpfen, haben uns in früheren Jahren sehr nahe gestanden. Dieser Gegensatz ist natürlich: Es kann ohne Streit und Kampf kein Fortschritt stattfinden. Es muß der Kampf der Ideen durch allerlei Kontroversen, Argumente, Strömungen hindurch zur Wahrheit führen. Aber wir bemühen uns, diese Kämpfe so leidenschaftslos wie möglich zu führen, und wir werden das am ehesten können, wenn wir uns klar sind, welche Vorzüge und Schwächen wir, welche unsere Gegner haben; wir werden darum am leichtesten sehen, wo es sich um gegenseitige Mißverständnisse handelt, wo sie, wo wir recht haben.

Ich möchte nun noch ein Wort über unser Verhältnis zu Unternehmern und Arbeitern sagen. Ich glaube, die sämtlichen Mitglieder unserer Vereinigung können sich rühmen, daß sie den Wert und die Bedeutung unserer Großunternehmer, unserer führenden Geschäftsleute, vor allem die praktischen Spitzen der deutschen Volkswirtschaft voll und ganz verstehen und anerkennen. Wir haben nie einen Zweifel unter uns darüber aufkommen lassen, daß die Unternehmer die Offiziere unserer Volkswirtschaft sind, und wir haben stets betont, daß darunter viele sind, die wir als die genialsten, klügsten, sachverständigsten und patriotischsten Mitbürger anzuerkennen haben. Wir haben auch nie einen Zweifel darüber gehabt, daß ein Teil dieser Unternehmer, besonders die fähigsten, uns in praktischer Lebenskenntnis sicher überlegen sind. Aber dadurch, daß sie im Kampfe des Tages stehen, daß sie für ihre Interessen kämpfen — und kämpfen müssen, was wir vollständig verstehen —, kommen sie durch die jahrelange praktische Beschäftigung in bestimmter Richtung doch fast stets zu der nicht immer zutreffenden Anschauung, ihr Geschäftsinteresse und das Wohl des Vaterlandes seien identisch. Natürlich gibt es auch unter ihnen Ausnahmen; es gibt vereinzelte, sehr hochstehende Unternehmer, die nicht an diese Identität des Privat- und des Gesamtinteresses glauben. Aber sie sind doch selten, müssen nach ihrer Lebensbeschäftigung selten sein. Oft ist nun aber auch das Interesse der großen Geschäfte, ja der Kartelle, der großen wirtschaftlichen Verbände mit dem Staatsinteresse eins; aber nicht immer; es können die Gesamtinteressen, die geistigen und sittlichen Interessen, die Arbeiterinteressen da und dort mit den Unternehmerinteressen kollidieren: — und dann werden wir uns auf die andere Seite schlagen, dann kommen wir unter Umständen in einen gewissen Konflikt mit ihnen. Wir werden in der Regel bei Beurteilung der großen sozialpolitischen Fragen nicht so, wie die Unternehmer, auf das Nächstliegende, auf heute und morgen sehen; wir werden eher die ferner liegenden Folgen ins Auge fassen, und schon damit ist ein gewisser verschiedener Gesichtswinkel gegeben und eine gewisse verschiedene Beurteilung in manchen großen Fragen.

Und, meine Herren, ich glaube, ganz ähnlich ist es mit den Arbeitern. Daß wir die deutsche Arbeiterbewegung anerkennen, daß wir ihr vielfach sympathisch gegenüberstehen, ist allgemein bekannt. Ich kann sagen, trotzdem, daß wir die Gefahren und Irrlehren der Sozialdemokratie klar einsehen und bekämpfen, haben wir ein Verständnis für die Arbeiterbewegung, ihre Notwendigkeit, ihr Recht. Wir wissen, daß ein Teil der Arbeiterführer mit zu den fähigsten, idealsten und tüchtigsten Persönlichkeiten der Nation gehört und daß die ganze Aufwärtsbewegung des Arbeiterstandes eines der schönsten Blätter in unserer neuen deutschen Geschichte ist. Wir wissen aber auch, daß in den sozialen Fragen der Gegenwart die Einsicht in das Mögliche häufig den Arbeitern fehlt, daß die gärenden Massen noch wirr durcheinander wirbeln, daß unbestimmte Hoffnungen und Leidenschaften an Stelle klarer Einsicht stehen, daß selbst die Arbeiterführer sich den erregten Gefühlen der ungeschulten Massen oft unterordnen, statt sie zu führen und zum Erreichbaren und Vernünftigen hinzuleiten. Und deshalb ist es selbstverständlich, daß wir Gelehrte über die möglichen sozialen Reformen anders urteilen, und ebenso, daß wir glauben, wir seien fähig, von unserem Standpunkte aus die Arbeiterinteressen richtiger zu beurteilen, als die Arbeiter selbst. Das ist das notwendige Ergebnis aus den verschiedenen Standpunkten, den die Arbeiter und den wir einnehmen.

Es ist überhaupt verständlich, daß die Leute im praktischen Kampfe des Tages, die Arbeiter wie die Unternehmer, mit einer großen Wucht für ihre Interessen kämpfen, und ich verdenke es ihnen auch nicht, wenn sie mit einer gewissen Leidenschaft auftreten. Große Bewegungen können nicht ohne Anknüpfung an große Interessen und ohne eine gewisse Erregung starker Gefühle, ja Leidenschaften gemacht werden. Wir aber, wir Gelehrten, wir wollen an diesen Leidenschaften nicht teilnehmen, wir wollen die leidenschaftslosen, ruhigen, objektiven Beobachter und Beurteiler bleiben, und damit ist zugleich, wie ich glaube, unsere Aufgabe bezeichnet, unser Recht auf Existenz, auf Wirkung bewiesen. Indem wir den Tageskämpfen immer mehr nur von fern zusehen, indem wir nicht persönlich an ihnen beteiligt sind, mögen wir im einzelnen dies oder jenes übersehen, dadurch in Kleinigkeiten und Nebenfragen irren, aber im großen und ganzen, glaube ich, können wir sagen, spricht die Wahrscheinlichkeit dafür, daß wir die großen Linien der Bewegung in Vergangenheit und in Zukunft mit einer gewissen Objektivität, mit einer gewissen Klarheit übersehen und daß wir deswegen auch befähigt sind, praktische Ratschläge für die Wege der Reform zu erteilen.

Und, meine Herren, weil wir nicht vom Tage leben, weil wir auf die Zukunft wirken wollen, schreckt uns auch die Tatsache nicht ab, daß zeitweise unsere Aktien einmal ungünstiger stehen, daß unsere Ideen nicht stets in gleich-

mäßiger Vorwärtsbewegung begriffen sind, daß Hindernisse praktischer Art sich uns in den Weg stellen, daß gewisse politische Parteien uns zeitweise bekämpfen. Objektive Ideen und praktische Tagesinteressen bekämpfen sich stets. Bald siegen die letzteren, zumal in den Tagen matten, materialistischen Treibens; bald gewinnen aber auch wieder die großen Ideen an Kraft, an Einfluß und drängen die egoistischen Interessen zurück. In der Gegenwart ist der Wind für soziale Reformen kein besonders günstiger, und er ist auch seit unserer letzten Versammlung in Köln kaum günstiger geworden, obwohl man ja dieses Frühjahr nach den Reichstagsverhandlungen meinte, es sei wieder mehr Sympathie und Interesse für sozialpolitische Fortschritte und Reformen vorhanden als in den letzten Jahren. Ich glaube, die Mitglieder des Vereins denken über die heutige Lage immer noch etwas pessimistisch. Vor allem werden viele unter uns es beklagen, daß eine Veränderung der Strafgesetzgebung in bezug auf das Koalitionsrecht schwebt, die ihnen als unheilvoll und ungerecht erscheint, sowie sie isoliert geplant ist. Ich habe aber von dieser Frage nicht zu sprechen. Andere Fragen stehen auf der Tagesordnung. Wir werden heute sprechen über die Heimarbeit und ihre gesetzliche Regelung, morgen über die Lage des Hausierhandels und dann über die Fragen des Detailhandels. Auch das sind Fragen von größter Tragweite; es sind solche, die gerade jetzt vielleicht eher eine Förderung erlauben, als wenn wir diesmal wieder über das eigentliche Industriearbeiterrecht, das Koalitionsrecht usw. sprechen wollten.

Worüber wir auch immer verhandeln, wir halten an der Überzeugung fest, die uns einst zusammengeführt hat, daß die Wissenschaft das Recht hat und eine Pflicht erfüllt, wenn sie ihre Stimme in den sozialen Kämpfen erhebt, wenn sie festhält daran, daß in den ungeheuren Umwandlungen unseres öffentlichen Lebens nicht der Faustkampf zwischen den wirtschaftlichen Interessen, sondern das ruhige Maßhalten, die Vernunft, die Billigkeit, die Humanität und Gerechtigkeit entscheiden sollen. Wir werden uns also bemühen, objektiv und gerecht zu sein gegen alle Klassen, wir werden daran festhalten, daß eine festgefügte Staats- und Gesellschaftsordnung unter einer energischen erblichen Monarchie der beste Pfeiler einer gesunden Entwicklung ist. Wir werden vor jedem sozialistischen Experiment, vor jeder Revolution warnen und ihr entgegentreten, aber wir betonen auch, daß ohne eine große dauernd festgehaltene soziale Reform, ohne tiefgreifende Maßregeln zugunsten der unteren Klassen, ohne Anerkennung der Gleichberechtigung der unteren Klassen auf dem Markte wir den allergrößten Gefahren entgegengehen. Auf diesem Standpunkte stehen wir noch, und wir kämpfen dafür, weil wir wissen, daß unsere Prinzipien entweder siegen oder daß die Zustände immer trauriger und gefährlicher werden, daß ohne soziale Reform unsere ganze Zukunft, die

Zukunft des Vaterlandes, vielleicht die Zukunft unserer ganzen Kultur bedroht ist. Und wir werden für diese Ziele eintreten, ob wir nun im Augenblick von dieser oder jener Seite verdächtigt, verfolgt und in übertriebener Weise angegriffen werden.

Ich will nicht sagen, daß wir von der großen Masse der Nation, vom größeren Teil unserer Presse überhaupt oder übertrieben angegriffen werden. Das wäre sehr unrichtig. Es ist eigentlich nur ein kleiner Teil der extremen großkapitalistischen Presse, der einen regelmäßigen Feldzug der Feder, der Verdächtigung und Denunziation gegen die Professoren, gegen die Doktrinäre, gegen unseren Verein und seine Leiter führt. In diesem Feldzug mag einzelnes berechtigt sein. Wie ich schon vorhin betonte, ist es natürlich, daß gewisse Interessen unseren Standpunkt nicht teilen; es ist auch natürlich, daß allerlei Mißverständnisse mit unterlaufen, daß einzelne Übertreibungen, die auf unserer Seite vorkommen, richtig gestellt werden. Aber im übrigen muß ich den Standpunkt dieser extrem großkapitalistischen Presse doch als einen unberechtigten zurückweisen. Er stellt die Dinge so dar, als ob alle soziale Reform zu sistieren wäre, weil sie nur den Sozialdemokraten zugute komme, er wiederholt immer wieder das unklare, dehnbare Schlagwort: Kampf gegen den Umsturz, und versteht darunter eine grundsätzliche Bekämpfung der berechtigten und unberechtigten Arbeiterinteressen; es ist ein Standpunkt, der mit den Arbeitern erst verhandeln will, wenn sie ihre Führer und Prinzipien abgeschworen hätten. Das ist eine Zumutung, die wir für falsch halten. Keine große Partei kann ihre Führer und ihre Prinzipien ohne weiteres abschwören. Wir stehen auf dem Standpunkte, daß das unheilvolle Tendenzen seien, die selbst denen nicht richtig dienen, welche dahinter stehen, die mehr auf Mißverständnisse und persönliche Gereiztheit gewisser Artikelschreiber, als auf die viel höher stehende Gesinnung ihrer Auftraggeber zurückgehen.

Ich persönlich möchte sagen: mir ist jede feste monarchische Regierung willkommen, die die wirkliche Umsturzgefahr bekämpft, jede ernstliche Umsturzbewegung bändigt, niederhält und bestraft; aber ich wünsche nicht, daß man Millionen von Arbeitern, mit denen man sich über viele praktische Einzelfragen verständigen kann, in ihrem Rechte beschränkt, ihr Vereinsleben erschwert, weil sie Zukunftspläne haben, die anderen Parteien und Klassen nicht gefallen und von denen jeder Vernünftige doch weiß, daß sie niemals realisiert werden. Ich hoffe auch, daß die Regierung nach ihren bewährten Traditionen solchen extremen Preßstimmen niemals folgen wird. Täte sie es jemals, so entstünden daraus Gefahren, die ich kaum für minder groß schätzen möchte als die Gefahren, die von den Sozialdemokraten drohen. Unser Königtum und unser Beamtentum erschienen, wenn die Pläne dieser sozialpolitischen Reaktionäre durchgeführt würden, dann nur als die Mandatare der Groß-

kapitalisten und derjenigen großen Grundbesitzer, die neuerdings ihrer Leitung folgen, die an die Stelle ihrer alten vornehm aristokratischen Traditionen kapitalistische Bestrebungen gesetzt haben. Wir liefen Gefahr, in eine kapitalistische Klassenherrschaft einzumünden, von der wir gottlob jetzt noch weit entfernt sind. Wir liefen die Gefahr, daß der preußische König dann nicht mehr in aller Welt als der „roi des gueux", als der König der Schwachen und Armen gepriesen würde. Wir liefen Gefahr, daß er ein „roi des riches", ein König der Millionäre werden würde, und das wäre sehr zu beklagen; das würde den Glauben an die Monarchie aufs tiefste erschüttern. Wir stünden dann vor einer geldaristokratischen Regierung und Herrschaft, die Treitschke bekanntlich als die schlechteste aller Regierungsformen bezeichnet. Aber, wie gesagt, davon sind wir nach meiner Überzeugung noch weit entfernt. Ich bin sicher, der gute Genius unseres Volkes wird uns davor bewahren, und unser Verein wird an seinem Teile daran mitzukämpfen haben, daß unsere soziale Politik in den Bahnen bleibt, die das Deutsche Reich von 1881—1891 beschritten hat. Der Verein für Sozialpolitik will im großen und ganzen nichts anderes als an diesen Bahnen festhalten!

3.

Der Verein für Sozialpolitik und die soziale Reform.

I.[1])

Durch alle Zeitungen gehen dieser Tage die Berichte über die Tagung des Vereins für Sozialpolitik in München während des 23.—25. September. Da ist es wohl am Platz, ein Wort über diesen Verein, seine Entstehung und Wirksamkeit für weitere Kreise zu sagen.

Er ist entstanden aus den geistigen und politischen Strömungen der gärenden, großen Zeit von 1860—1875. Als damals das Deutsche Reich sich gebildet hatte, unsere Volkswirtschaft einen riesenhaften Aufschwung nahm, die Arbeiter als selbstbewußte Partei und Klasse sich zu fühlen begannen, als zugleich die großen sozialen Mißstände, die Westeuropa seit einem Menschenalter kannte, nackter und offener auch in Deutschland hervortraten, die Kämpfe um den Arbeitslohn und Arbeitsvertrag, um das Koalitionsrecht und das Arbeitervereinsrecht, um Genossenschaftswesen und Hilfskassenwesen die Öffentlichkeit mit unmittelbarer und gewaltiger Anschaulichkeit beschäftigten, da boten der liberale Individualismus, die alten Manchestertheorien so wenig als die feudal-konservativen Lehren mehr eine ausreichende Lösung der schwebenden Probleme. Das Schlagwort „freie individualistische Konkurrenz" reichte nicht mehr aus. Die, welche dem Staat große soziale Pflichten zuwiesen, die, welche bei aller individueller Freiheit die Arbeiter in Berufsvereine organisieren wollten und zugleich alle die, welche auch auf dem Markt, im Getriebe der Konkurrenz, vor allem im Kampfe des Schwachen mit dem Starken große sittliche Prinzipien anerkannt wissen wollten, sie traten zusammen in unsern Verein, um im Gegensatz zum Sozialismus wie zum Manchestertum die Fahne der sozialen Reform, des gemäßigten sozialen Fortschrittes zu erheben. Längst hatten in Deutschland die fähigsten Vertreter der Staatswissenschaften gegen die Theorie protestiert, daß die Volkswirtschaftslehre allein aus dem Streben des einzelnen nach dem größtmöglichen Gewinn abzuleiten sei, daß es nur auf die Produktion von möglichst viel Gütern ankomme. Jetzt stellte man, wie Brentano in seiner Münchener Eröffnungsrede betonte, die sittlichen Zwecke des Menschen, das größtmögliche leibliche und sittliche Wohlbefinden der Menschen wieder in den Mittelpunkt;

[1]) Der (rote) Tag, Nr. 441, vom 6. Oktober 1901.

das Wirtschaftsleben erschien wieder als eine Funktion von Gesellschaft und Staat. Ein lang vorbereiteter Umschwung in der deutschen Staatswissenschaft erhielt sichtbaren Ausdruck in der Gründung des Vereins für Sozialpolitik. Er setzte sich zusammen aus der Mehrzahl der deutschen Gelehrten der politischen und ökonomischen Wissenschaften. Sein Hauptätigkeitsgebiet aber wurden die praktischen und brennenden Fragen der Sozialpolitik. Und eben deshalb schlossen sich ihm bald die Geschäftsleute und Beamten an, viele Männer aus allen praktischen Kreisen und solche, welche Sinn, Interesse und Herz für die Hebung der unteren Klassen, für die großen sozialen Probleme des Tages hatten.

Es entstand ein wissenschaftlicher Verein, welcher aber doch den sozialen Fragen des Tages zugewandt war; ein Verein, der periodisch die sozialpolitisch Fühlenden und Forschenden zu Gedankenaustausch versammeln, aber nach seiner Zusammensetzung doch unmittelbar praktische Politik nicht treiben, zur politischen Partei nicht werden wollte. Er konnte seine geistige Freiheit, seine wissenschaftliche Unabhängigkeit nur bewahren, wenn er Männer aller Parteien und wirtschaftlichen Richtungen zu Worte kommen ließ. Er mußte sich begnügen, das, was seine Mitglieder als einzelne oder in Gemeinschaft in Vergangenheit und Gegenwart erforscht hatten, mit dem praktischen Leben und den großen sittlichen und idealen Aufgaben der Zeit in die richtige Beziehung zu setzen, die öffentliche Meinung immer wieder auf die soziale Reform hinzuführen, immer wieder den oberen Klassen, nicht in allgemeinen Phrasen, sondern durch Vorführung der möglichen Verbesserung der Institutionen zu zeigen, daß ihre Kultur und Größe auf tönernen Füßen stehe ohne Hebung der unteren.

Der Verein hat seither 97 Bände Schriften und Untersuchungen publiziert, mit ihnen und mit den Debatten auf seinen Generalversammlungen alle großen inneren Fragen Deutschlands von 1872—1901 begleitet, beleuchtet und beeinflußt. Aber was er damit bewirkt habe, ist strittig; viele zweifeln, daß er nötig und heilsam gewesen, daß er ein notwendiges Element des sozialpolitischen Leben in Deutschland gebildet, daß er seine Ziele erreicht habe.

Ich möchte sagen, er habe direkt und sichtbar vielleicht wenig, indirekt, unsichtbar, für die Umbildung der öffentlichen Meinung Deutschlands im ganzen Gebiete der Staatsauffassung, der Volkswirtschaft, der sozialen Fragen sehr Großes gewirkt. Es ist natürlich, daß ein nicht agitierender, keine Tagespresse besitzender, wesentlich sozialpolitische Publikationen schaffender, nur alle zwei Jahre sich versammelnder wissenschaftlicher Verein, welcher gegen rechts und links sich wendet, welcher sich nicht auf bestimmte soziale Klassen und ihre egoistischen Wirtschaftsinteressen stützt, den Besitzenden ihre Pflichten einschärft, was niemand gern hört, auch den Arbeitern ihre Fehler und

ihre Utopien vorhält, nicht im Sturm die Gesellschaft und ihre Institutionen wandeln kann. Wer nur auf die Wirkung wissenschaftlicher Argumente rechnet, nur auf die Macht der Wahrheit und die Forderungen der Gerechtigkeit pocht, der wird im rechten Glauben an die Macht der Ideen immer wieder sich sagen, daß sie zuletzt das Unwiderstehlichste, das Mächtigste auf dieser Erde seien, daß alle Geschichte zuletzt den Sieg der großen Fortschrittsideen dokumentiere. Aber er wird auch einsehen lernen müssen, daß gar oft die Zeit noch nicht reif für die erhoffte Reform sei, daß Trägheit und Dummheit, Egoismus und Klasseninteresse sich den neuen Ideen lange und zähe widersetzen, daß oft ein Kampf von Generationen für das Bessere notwendig sei, daß meist nur langsam, auf Umwegen, indirekt das Gute zum Siege gelange, wenn eine von langer Hand vorbereitete geistige Saat endlich in die Ähren schießt.

Wir hofften freilich im Anfang mehr. Jede neue Organisation und Schöpfung wird ja mit gewissen Illusionen an ihr Werk gehen. Wie wäre sie sonst handlungsfähig?

Als der Verein für Sozialpolitik im Jahre 1872 gegründet wurde, konnte er viel wahrscheinlicher als heute darauf rechnen, mit seinen Reformgedanken auf die Regierungen und die öffentliche Meinung, auf die Presse und die politischen Parteien rasch und direkt zu wirken. Die Nation war von den vierziger bis sechziger Jahren gewöhnt, auf die Männer der Wissenschaft, auf Dahlmann, Droysen, Max Duncker, Gneist und andere zu hören. Und, was wichtiger war, die politischen Parteien waren viel stärker als heute von politischen und staatswissenschaftlichen Idealen beherrscht. Der volkswirtschaftliche Kongreß hatte 1856—70 die höhere Beamtenschaft, wie alle Parteien mit seinen für die damalige Zeit berechtigten, aber einseitigen Theorien erfüllt. Warum sollte der Verein für Sozialpolitik nicht hoffen, rasch Ähnliches zu erreichen?

Und doch liegt der Unterschied auf der Hand. Der volkswirtschaftliche Kongreß hatte keine Sozialdemokratie neben sich gehabt; er hatte im Kampf für die liberal-volkswirtschaftlichen Tagesforderungen zugleich die wirtschaftlichen Interessen des eben politisch zur Macht kommenden höheren Bürgertums gefördert, ja, er war bald in ihrem Dienste aufgegangen. Ähnliches konnten die Sozialpolitiker nicht, ohne ihren wissenschaftlichen Beruf aufzugeben. Und dazu kam nun, daß die Stellung der Regierungen, der Presse, der Parteien zu allem, was Theorie, Wissenschaft, Staats- und Wirtschaftsideale betrifft, eben damals nach und nach eine so ganz andere wurde. Auf die Zeit des hochgespannten Idealismus, die uns das Deutsche Reich gebracht, folgte eine Epoche des nüchternen praktischen Geschäftslebens, der materiellen Interessen, des Geldverdienens, des Tanzes um das Goldene Kalb. Bismarck,

der so viel unter den falschen Idealen der Konservativen wie der Liberalen gelitten, predigte den Parteien immer wieder: verfolgt praktische wirtschaftliche Interessen. Die Mahnung war nicht falsch gegenüber den fortschrittlichen und feudalen Ideologien jener Tage; sie wurde aber nur zu rasch und zu allgemein befolgt. Die großen Gedanken und Prinzipien traten zurück oder verschwanden aus den parlamentarischen Körperschaften, wie die großen Vertreter der Wissenschaft. Ein immer größerer Teil der Zeitungen kam in die Hände von Geldmächten oder von kapitalkräftigen Parteiführern, welche nun den Schwerpunkt der Preßtätigkeit in die Vertretung von wirtschaftlichen Klasseninteressen legten. In den Regierungskreisen machten vielfach jetzt die Leute Karriere, die man für praktisch hielt, die ohne zu viel Theorie mit den Parlamenten fertig wurden.

Ich will nicht im einzelnen ausführen, wie 1870—1900 die meisten politischen Parteien zu Gruppen mit einseitigen wirtschaftlichen Klasseninteressen wurden, wie in der einen Partei mehr, in der anderen weniger die Theorie und der Idealismus zurücktrat gegenüber dem Kampf für ihre materiellen Interessen, wie bei Konservativen und Nationalliberalen die Freunde sozialer Reform seltener wurden, wie bei dem Zentrum trotz aller Neigung für Sozialreform doch zunächst der Kulturkampf und das kirchliche Interesse vorherrschte, wie bei den Sozialdemokraten zwar natürlich manche Forderungen ähnlicher Art wie im Verein für Sozialpolitik aufgestellt wurden, wie diese aber durch einen einseitigen Klassenegoismus übertrieben wurden, wie das stete Pochen auf die nahe gänzliche Revolution von Staat und Gesellschaft die übrigen Klassen abschreckte, ja jede Sozialreform erschwerte.

Sicher ist durch diese große innere Veränderung unseres Parteilebens der Einfluß sozialer Reformideen geschwächt, aufgehalten, gehindert worden. Aber vorhanden war er immer und nahm, wenn nicht an der Oberfläche, so doch in den Tiefen zu.

II.[1])

Werfen wir einen kurzen Blick auf die seit 1870 einsetzenden sozialen Reformanläufe, die etwa 1875—78 begannen, während von 1867—75 eine ganz überwiegend liberale, manchesterliche, bourgeoisfreundliche Strömung der Politik vorgewaltet hatte. Wir haben zwei solcher Anläufe zu konstatieren, stehen vielleicht im Beginn eines dritten.

Die erste Reformepoche (1878—90), welche durch die großen Arbeiter-Versicherungsgesetze charakterisiert wird, verdankt ihren Ursprung dem erwachenden Gewissen der Regierungen gegenüber der sozialdemokratischen Um-

---

[1]) Der (rote) Tag, Nr. 443 vom 8. Oktober 1901.

sturzgefahr. Die Initiative geht auf den Fürsten Bismarck zurück, auf sein sozialethisches Pflichtgefühl, das er neben manchesterlichen Neigungen in stärkster Weise hatte. Die Grundgedanken dieser Versicherungsgesetze sind der sächsisch-preußischen Bergwerksverfassung des 16.—18. Jahrhunderts entnommen, auf welche einzelne Großunternehmer und Beamte hinwiesen.

Die fast riesengroßen Hindernisse, welche dieser Reform gegenüberstanden, zu überwinden, dazu gehörte eine seltene Kombination von Glücksumständen. Die Arbeiterschaft, hauptsächlich die Sozialdemokratie, stand ihr feindlich und mißtrauisch gegenüber; der liberal modernisierte Zeitgeist, der eben geglaubt hatte, nun für ein Menschenalter die Klinke der Gesetzgebung zu beherrschen, kaum minder. Das Gros der Unternehmer, das schwere Lasten auf sich nehmen sollte, das in den meisten anderen Ländern bis heute sich gegen Ähnliches sträubt, war auch nicht ohne weiteres dafür. Nur die Riesenkraft Bismarcks, die Humanität der besseren deutschen Großindustriellen und die wissenschaftlichen Strömungen, die ihren Kern in unserem Verein hatten, überwanden die Hindernisse. Und auch so gelang die Durchführung Bismarck nur, indem er zugleich den Arbeitgebern das Sozialistengesetz, die Schutzzölle und eine retardierende Haltung in der Arbeiterschutzgesetzgebung konzedierte. Dadurch wurde er, der von 1848—75 als der bittere Feind der Bourgeoisie gegolten, nun ihr Heros, den sie verehrte, der aber damit zugleich den bittersten Haß der Arbeiterschaft auf sich zog.

Wir, die Freunde der Sozialreform, welche der Fürst Bismarck noch bis 1875 als Bundesgenossen angesehen hatte (hatte er mir doch noch 1875 gesagt, er sei auch Kathedersozialist, habe nur bisher keine Zeit dafür gehabt), rückten dadurch von ihm ab. Wir hatten jedenfalls 1880—90 nicht entfernt so viel Einfluß, wie es etwa 1872—78 geschienen hatte. Immer haben wir die 1880—90 stark anwachsende Unterströmung befördert, welche in der öffentlichen Meinung und im Reichstag, in der Presse und der wissenschaftlichen Literatur immer mehr betonte, die Arbeiterversicherungsgesetzgebung möge noch so segensreich sein, aber sie erschöpfe die soziale Reform nicht; sie müsse durch zahlreiche andere Institutionen, vor allem durch eine richtige Ordnung des Arbeiterschutzes und des Arbeitervereinswesens ergänzt werden.

Mit dem Rücktritt Bismarcks setzte ein neuer Anlauf der Sozialreform in Deutschland 1890—95 ein: das Sozialistengesetz fiel, die Arbeiterschutzgesetzgebung wurde endlich ernstlich ausgebaut, die Fabrikinspektion verwirklicht, das Gewerbegerichtsgesetz erlassen. Ging die Initiative zu all dem von unserem Kaiser aus, folgten wir mit der Schutzgesetzgebung teilweise englischem, schweizerischem, österreichischem Vorbilde, die ganze sozialpolitische Aktion jener Jahre ist doch nur verständlich, wenn wir annehmen, daß die wissenschaftlichen Ideen, welche 1860—90 über soziale Dinge in Deutschland

gereift waren, zu einer gewissen Macht geworden waren. Es ist bekannt, daß der Erzieher des Kaisers, Dr. Hintzpeter, von ihnen erfüllt ist, daß sein volkswirtschaftlicher Lehrer, Professor Held, einer der führenden Männer des Vereins für Sozialpolitik war. Die neuen Minister Dr. Miquel und Freiherr von Berlepsch standen ebenfalls diesem Gedankenkreis nahe; die sozialpolitischen Führer des Zentrums Dr. Hitze, Dr. von Hertling hatten sich mit dem Geiste der Schriften des Vereins erfüllt. In dem eben gegründeten evangelisch-sozialen Kongreß führten teilweise dieselben Männer das Wort wie im Verein für Sozialpolitik. Die Unternehmerwelt hatte bis 1890 unter dem Drucke der Bismarckschen Herrschaft ihre geringe Neigung zu sozialer Reform nicht so betont wie von 1895 an; von 1890—95 wirkte der kaiserliche Wille in ähnlicher Richtung auf sie wie auf das Beamtentum, die Presse und sonstige Kreise. So können die ersten Jahre der Regierung Kaiser Wilhelms als besonders arbeiterfreundlich, als soziale Reformjahre gelten. Das Arbeitervereinswesen entwickelte sich wie nie zuvor.

Leider sollte der günstige Wind für die Sozialreform nicht allzu lange dauern. Der Egoismus der Klasseninteressen kam dabei nicht auf seine Rechnung: die großen politischen Parteien, hauptsächlich Konservative und Nationalliberale, fanden von 1895—96 an, es müsse jetzt eine Verdauungspause in der sozialen Reform eintreten; andere Aufgaben seien wichtiger; andere Klassen als die Arbeiter müßten jetzt begünstigt werden.

Die sozialreformatorisch angehauchten Minister Berlepsch, Böttlicher, Caprivi mußten weichen. Der neue Reichskanzler, Fürst Hohenlohe, war in seiner innersten Seele ein Manchestermann aus alter Zeit.

Bald waren im Reichstag fast nur noch Zentrum und Sozialdemokraten für erhebliche soziale Fortschritte zu haben. Mit ihnen allein konnte nicht regiert werden; sie bildeten weder eine Majorität, noch waren sie eine unbedingt sichere Grundlage für die anderen inneren und äußeren großen Kulturaufgaben Preußens und Deutschlands. Man brauchte für die Militär-, Seemachts- und Finanzfragen gerade die Parteien, die sich jetzt der sozialen Reform abgeneigt zeigten. Darin liegt der Schlüssel für die Stockung und Verlangsamung derselben 1896—1901. Wenn man sich erinnert, wie auf jeden großen Reformanlauf solche Rückschläge erfolgen, weil die Verteidiger des Alten aufgerüttelt, zum Kampf veranlaßt werden, weil die berechtigten und die unberechtigten, aber verletzten Interessen sich wehren, der wird eine einzelne Stockung derart nicht zu tragisch nehmen; sie kann sogar nützen, indem sie die Reformfreunde anstachelt und sammelt. Wir werden sagen können, es habe in der letzten Zeit den Anschein genommen, als ob ein dritter Anlauf zu sozialen Reformen sich vorbereite: das Gesetz zum Schutze der Arbeitswilligen, das in Wahrheit die Koalitionsfreiheit bedrohte, ist gefallen, wesent-

lich, weil die Regierungen einsahen, ein solches Knebelgesetz zugunsten einer, zu ungunsten einer anderen sozialen Klasse vertrage sich nicht mit einer populären Macht- und Flottenpolitik. Die Versicherungsgesetze wurden verbessert. Eine Novelle zum Gewerbegerichtsgesetz, aus der Initiative der arbeiterfreundlichen Majorität des Reichstags hervorgegangen, hat auch die Zustimmung des Bundesrates gefunden, so sehr einige übereifrige Journalisten der extremen Großindustriellen dagegen wetterten.

Immer steht es dahin, ob diesen schwachen Ansätzen bald weiteres folgen wird. Es hängt von unserer ganzen inneren und äußeren Politik, von den leitenden Persönlichkeiten und vielen Zufällen, von der Entwicklung unseres Parteilebens und der Klassenorganisationen ab. Es hängt hauptsächlich davon ab, ob und wie die Kapitalistentrusts die Regierung, die Presse, die Parlamente und die Arbeiterverbände beherrschen und lahm legen. Wie aber auch in allernächster Zeit die sozialen Kämpfe, die Reformanläufe und die Kompromisse zwischen sozialen und anderen politischen Zielen sich gestalten werden, die Tatsache wird bleiben, daß die ungeheure technische und gesellschaftliche Umbildung die sozialen Dinge eher noch mehr als bisher in den Mittelpunkt der öffentlichen Interessen rücken wird, daß die gesunde Neuordnung der volkswirtschaftlichen Produktion und Verteilung gelingen oder zu furchtbaren Katastrophen führen muß. Und gegenüber der Genußsucht und Habsucht der Individuen, gegenüber dem Haß und der Kampforganisation der Klassen ist auf ein gutes Ende nur zu rechnen, wenn die führenden Völker Europas in ihrem Kern noch eines großen geistigen und sittlichen Aufschwungs fähig sind. Ob sie das sind, ist Glaubenssache. Ich glaube daran. Ich nehme an, daß der Zeit gehässiger sozialer Kämpfe ein besserer sozialer Friedenszustand folgen werde, daß die idealen Mächte und die sittlichen Kräfte Herr werden über allen Materialismus unserer Tage. Unsere alte Moral und unsere alten Sitten, unser altes soziales Recht und unsere alten sozialen Institutionen sind notwendig in Auflösung begriffen; das neue Recht, die neuen Gesellschaftseinrichtungen können nur unter Gärung und Kämpfen entstehen.

Die gesunde Neuordnung wird gelingen, wenn zur richtigen Einsicht und Erkenntnis die richtigen Führer kommen, wenn die großen sozialen Ideale sich abklären zu sittlichen Kräften und gerechten Institutionen.

Alle guten Elemente des Volkes müssen dazu mitwirken, Staat und Kirche, obere und untere Klassen, Wissenschaft und Praxis. Der Verein für Sozialpolitik ist in dieser großen Bewegung nur ein kleines, aber doch kein ganz unwichtiges Element, wenn er fortfährt, unbeirrt von allen Angriffen, die von rechts und links kommen, der wissenschaftlichen Wahrheit und Erkenntnis auf sozialem Gebiete und ihrer Verbreitung zu dienen. Er hat eben zwei der wichtigsten sozialen Fragen, das Wohnungswesen und die Zukunft unserer

Handelspolitik durch acht Bände von Schriften und eine Generalversammlungs=debatte zu beleuchten gesucht. Er beginnt eben zwei neue Enqueten über die Arbeiten der Seeschiffahrt und über die wirtschaftlichen Krisen. Seine größte Wirkung besteht nicht in dem, was er direkt schafft, sagt, verhandelt, sondern in den Anregungen, die von ihm auf alle Teile und alle Klassen unseres Volkslebens ausgehen.

Man kann keinen Roman und keine Zeitung lesen, kein Theaterstück sehen, ohne zu spüren, daß die Gedanken, die er nicht allein, aber hauptsächlich vertritt, langsam aber sicher durch alle Poren unseres Volkskörpers sickern.

Deutschland und Österreich-Ungarn [1]).

Ihre früheren Kämpfe und Bündnisse, ihre heutige Interessengemeinschaft und gegenseitigen Sympathien.

Es war das historische Schicksal Brandenburg-Preußens und Österreich-Ungarns, daß sie, von 1640—1866 öfter und länger verbündet und in den größten Fragen der europäischen Politik zusammenwirkend, doch über ihre Stellung und ihren Einfluß in Deutschland immer wieder zeitweise kämpfen mußten; es war die Erfüllung ihres Schicksals, daß sie nach den Auseinandersetzungen von 1866 und 1870, nach der Gründung des Deutschen Reiches in immer engere und bessere Verbindung kamen. Ihre Interessengemeinschaft wuchs immer mehr, weil die alten Streitpunkte begraben waren und auf dem wachsenden Welttheater mit seinen großen Kämpfen das Zusammenhalten beider Reiche immer nützlicher wurde. Das dreißigjährige Bündnis von 1878 hat mit der letzten europäischen Krisis seinen Höhepunkt erreicht, hat seine Stärke den übrigen Mächten gezeigt, Europa den Frieden diktiert.

Der Große Kurfürst von Brandenburg (1640—1688) stand die größere Hälfte seiner langen Regierung auf österreichischer Seite. Und als 1689 bis 1714 die kriegerischen Würfel darüber geworfen wurden, ob Frankreich ganz Europa und die damaligen Kolonien beherrschen sollte, da standen die preußischen Truppen neben den österreichischen auf Seite der Westmächte (Holland und England) gegen Frankreich und halfen zugleich die Türken aus Ungarn zu vertreiben und Österreich-Ungarn bis 1718 auf den Höhepunkt seines territorialen Umfanges zu heben. Auch unter Friedrich Wilhelm I. (1713 bis 1740) sehen wir Preußen noch überwiegend auf österreichischer Seite; aber gerade weil es unter diesem sparsamen Finanzreformer und Militärreorganisator so sehr erstarkte, so mußte unter Friedrich II. (1740—1786) der Rückschlag erfolgen. Karl VI. und Maria Theresia hatten übersehen, daß nun eine bedeutsame, reindeutsche, protestantische Kriegsmacht neben ihnen stand, die man nicht bloß ausnützen und dann wieder schroff behandeln dürfe. Mit den drei Schlesischen Kriegen, dem Erwerb Schlesiens und Westpreußens, mit den Heeres- und Finanzeinrichtungen des Philosophen von Sanssouci war der deutsche Dualismus vollendet und sah man schon, daß das junge Preußen neben dem katholischen Österreich und seinem Völkergemenge der eigentlich

---

[1] Neue Freie Presse (Wien) Nr. 16035 vom 11. April 1909.

deutsche Staat der Zukunft sei. Freilich verstanden Maria Theresia und Josef II. die großartigen inneren Fortschritte des preußischen Rivalen fast einzuholen; aber eines hatten sie — nach der Natur ihres Staates — nicht vermocht, ihren Ländern dieselbe Einheit, dasselbe zentralistische Gefüge zu geben, wie es Preußen 1713—1786 erreicht hatte.

Der Kampf mit der französischen Republik und Napoleon I. ließ aber Preußen und Österreich nicht nur 1792—1815 den Hader vergessen, sondern schuf zwischen beiden ein Bündnis, das bis 1848/49 dauerte. Die Heilige Allianz, die Unterordnung Preußens unter Metternich und Kaiser Nikolaus von Rußland, ist kein Ruhmesblatt für Preußen. Die zwei preußischen Herrscher, die damals die Träger der Freundschaft mit Österreich waren, Friedrich Wilhelm III. und IV., waren viel unbedeutendere Fürsten als Friedrich der Große und der Große Kurfürst. Man wird heute zweifeln können, ob Preußen nicht einen großen Fehler beging, als es mit Österreich 1792 gegen Frankreich zog. Aber nachdem Napoleon sich fast mehr gegen die kontinentalen Staaten als gegen Frankreichs Hauptfeind, nämlich England, gewendet hatte, wurde die preußisch-österreichisch-russische Allianz notwendig; und ihre Folge war die Zeit von 1815—1848. Die falsche Reaktionspolitik Metternichs machte Preußen wenigstens in der Hauptsache nicht mit. Und wenn es sich dann auch noch 1850 vor Österreich in Olmütz demütigte, gerade die Ereignisse von 1848—1853, der Versuch Österreichs, in den Zollverein einzutreten und so Preußen dessen Leitung zu entreißen, mußten zum Kampfe von 1861—1870 führen, der erst ein handelspolitischer war, 1864 und 1866 ein politisch-kriegerischer wurde. Indem Bismarck Österreich einen anständigen Frieden anbot, jede Landforderung vermied, schuf er für die Zukunft die Möglichkeit eines neuen Bündnisses auf viel natürlicherer Basis.

Österreich-Ungarn war durch seine ganze große Geschichte, durch seine Stellung in Italien und an der unteren Donau, durch sein vielsprachiges Völkergemisch, durch seine großen Aufgaben gegenüber der Türkei eine europäische Macht, welche nicht in ein einheitliches Deutsches Reich eintreten konnte. Ein solches Reich war aber für Preußen und die übrigen deutschen Staaten eine Lebensbedingung (1848—1870) geworden; in der Zeit der Eisenbahnen, der neueren Technik, der neuen Industrie, in dem Zeitalter der letzten großen Aufteilung der Erde war Deutschland für immer um seinen legitimen Einfluß, um seine große wirtschaftliche und Kulturentwicklung gebracht, wenn es nicht 1848—1870 gelang, zur vollen Einheit zu kommen. Sie war unglaublich schwer herzustellen; nur einer titanischen Natur, wie Bismarck, konnte sie gelingen; alle anderen europäischen Staaten mußten sie bekämpfen, so weit sie irgend konnten. Als der damalige Prinz von Wales

die Katastrophe von Sedan hörte, soll er gerufen haben: „Dafür werde ich mich dereinst rächen!" Aber absolut unmöglich wäre der Bau des deutschen Reichsgebäudes geworden, wenn man 1850—1870 die ein Viertel deutsche und drei Viertel nichtdeutsche europäische Macht Österreich-Ungarn hätte einbeziehen wollen. Das politische Kunststück gelang nur durch die drei Kriege mit Dänemark, Österreich und Frankreich, durch die russisch-preußische Allianz und die Unfähigkeit der damaligen englischen Ministerien.

Aber während dann im darauf folgenden Menschenalter die russisch-preußische Allianz erkaltete, das Verhältnis Deutschlands zu Frankreich lange ein gespanntes blieb und Großbritannien auf Deutschlands Machtaufschwung, seine Industrie, seine Schiffahrt, seine Kolonien immer scheeler sah, wurden naturgemäß die deutsch-österreichischen Beziehungen immer bessere. Niemals hat sich dies deutlicher gezeigt als in dem Moment, da Rußland über Österreich herfallen wollte und in Berlin anfragte, wie man sich dort dazu verhalten würde. Bismarck antwortete sofort, auf dem Wege nach Wien würde die russische Armee neben der österreichischen auch der deutschen begegnen. Der Angriff unterblieb auf diese Antwort. Man war mit 1878—1885 in ein ganz neues Zeitalter der Weltgeschichte eingetreten. Von 1500—1866 hatte es sich um die Ausbildung der europäischen Großmächte, ihre gegenseitige Abgrenzung und darum gehandelt, ein völkerrechtliches Gleichgewicht zwischen ihnen herzustellen, das das Aufsteigen jeder einzelnen unter ihnen zu einer alles beherrschenden, die anderen bedrohenden Weltmacht hinderte. Erst Spanien, dann Frankreich hatten derartiges versucht. Sie waren von den anderen Großmächten daran gehindert worden. Von 1866 bis heute, hauptsächlich von 1878 an, haben Rußland und Großbritannien, in gewisser Weise auch Frankreich sich aus europäischen Großmächten zu Weltmächten von ungeheurem Umfang entwickelt. Sie — vor allem Großbritannien — bekamen damit ein gefährliches Übergewicht. Aber die russische Gefahr, die seit 1885 Europa bedrohte, ist im Augenblick gebannt durch den japanischen Krieg, durch die Revolution und durch den Übergang in konstitutionelle Staatsformen. Das französische Kolonialreich und die französische Republik entfalten zur Zeit nichts das Gleichgewicht Europas Bedrohendes, Aggressives. Nur die englische Politik der Gegenwart, die anderen Staaten das Maß ihrer Rüstungen vorschreiben will, eine Anzahl europäischer Mittelstaaten in halb englische Dependenzen verwandelte, ist für den Weltfrieden mehr und mehr eine gewisse Gefahr geworden. Die Erhaltung eines völkerrechtlichen Gleichgewichtes der gesamten Großstaaten untereinander erscheint nur gesichert, wenn die zwei europäischen Zentralmächte ihre auswärtige Politik noch viel mehr als früher in volle Übereinstimmung bringen und als geschlossene Macht auftreten, wenn zugleich Rußland, Italien, die Vereinigten Staaten und

Japan in relativer Selbständigkeit sich behaupten. Großbritanniens Machtminderung erstrebt keine andere Macht, aber alle anderen Staaten haben alle Ursache, das jetzt bestehende Gleichgewicht zu erhalten, von dem der Weltfriede und die aufsteigende Kultur der ganzen Erde abhängt. Preußen und Österreich haben schon im 17. und 18. Jahrhundert zusammengestanden, wenn das europäische Gleichgewicht bedroht war; jetzt haben sie in viel höherem Maße das Bedürfnis zum Zusammenschluß.

Die Pläne eines ewigen Weltfriedens sind heute utopisch. Aber erreichbar ist ein Völkerrecht, ein System von Bündnissen und Schiedsverträgen, das hindert, was stets bisher in der Alten und Neueren Geschichte den Fortschritt bedrohte, das Aufsteigen eines einzelnen großen Reiches zu einer für alle anderen bedrohlichen Welt-, Handels- und Seeherrschaft, die Proklamierung einer imperialistischen Politik, welche eventuell mit Flotten und Kanonen statt mit loyaler Konkurrenz den internationalen Wettbewerb des Weltmarktes entscheiden, den Export, die Schiffahrt, die Kolonien der anderen Staaten bedrohen und vernichten will. Die heutige englische Regierung ist von derartigen Extremen gewiß frei, aber sie kann die chauvinistischen Pläne der englischen Heißsporne in der Presse, im Parlament und in der Industrie kaum mehr meistern. Das immer festere deutsch-österreichische Bündnis ist hiergegen das beste Mittel.

Deutschlands Macht und Reichtum ist von 1866 bis heute außerordentlich gewachsen; aber auch Österreich-Ungarns Finanz- und Heerwesen waren seit hundert Jahren niemals in so günstiger Verfassung. Beide Reiche zusammen halten den größeren Teil Europas in Schach. Die Gegensätze der beiden Reiche sind begraben. Man will von Wien aus Deutschland nicht mehr dirigieren, wie 1815—1866. Deutschland hat heute, außer seinen eigensten Lebensinteressen, keinen wichtigeren Beruf als die Erhaltung und Stärkung der habsburgischen Monarchie. Kein vernünftiger Mensch in ganz Deutschland denkt heute an die Möglichkeit der Einverleibung Deutsch-Österreichs; man weiß heute allgemein, daß sie uns schwächen statt stärken würde, daß sie Europa des starken Walles berauben würde, der uns gegen Rußland, den Balkan, die einseitige Herrschaft Englands im ganzen östlichen Mittelmeergebiet schützt. Und das wird in absehbaren Generationen nicht anders werden.

Und zu dieser großen vitalen Interessengemeinschaft kommt die tausendjährige Bluts- und Rassengemeinschaft, die Rechts-, Literatur-, Kunst- und Kulturgemeinschaft des heutigen Deutschen Reiches mit Deutsch-Österreich. Es gibt nicht zwei andere große Reiche, die eine solche Gemeinschaft besäßen. Der Engländer und der Nordamerikaner sind durch den Ozean und eine rasch wachsende Kulturdifferenzierung getrennt. Der frühere Gegensatz zwischen Katholizismus und Protestantismus schwächt sich im Verhältnis Deutschlands

zu Österreich täglich mehr ab; das Gemeinsame der christlich-deutschen Kultur wird immer wichtiger. Die allgemeinen wirtschaftlichen Lebensbedingungen, die Gesetzgebung, die gesamten Institutionen sind ähnliche, gehen denselben Entwicklungsgang, bei aller Verschiedenheit im einzelnen. Die beiderseitige Wirtschaftsentwicklung stört sich an keinem Punkte; ihre Konkurrenz auf drittem Markte enthält nirgends eine erhebliche Bedrohung der Interessen des Verbündeten. Eine noch größere staatsrechtliche und volkswirtschaftliche Verbindung ist wohl denkbar, etwa ein ewiges völkerrechtliches Bündnis und ein Zollverein. Aber im ganzen scheint mir dazu die Zeit doch noch nicht reif zu sein. Überstürzungen in dieser Richtung könnten schädlich wirken. Nur eines scheint mir für das Auswachsen der sympathischen Bande zwischen beiden Reichen in nächster Zeit sehr dringlich wünschenswert. Das Zurücktreten, die bessere Bekämpfung des Nationalitätenhaders in Österreich-Ungarn. Es ist zu verletzend für jeden Deutschen, wie seine Landsleute heute, zum Beispiel in Böhmen, mißhandelt und an die Wand gedrückt werden. Voraussetzung für diese Besserung freilich ist, daß die Stimmungen und die politische Beurteilung der Nationalitäten- und Rassenfragen überhaupt und überall andere, vernünftigere, billigere werden als bisher.

Das 18. Jahrhundert und noch die Zeit bis 1850 hatte bei der Staatenbildung und -ordnung von oben herab die Rassen-, Sprach- und Nationalgemeinschaften so ziemlich ganz ignorieren zu können geglaubt. Es war natürlich mit dem Erwachen des Volksbewußtseins, mit dem Herabsickern einer gewissen Volksbildung bis in die unteren Schichten, mit den jämmerlichen Kleinstaatszuständen in Deutschland und Italien gegeben, daß die neue Botschaft, die Losung, die „Nationalität“ müsse die Grundlage aller politischen Bildungen werden, wie eine Befreiung wirkte. Überall weckte sie neue Kräfte, belebte sie die schlummernden, hob die unteren und mittleren Klassen empor, erzeugte große politische Wirkungen. Wo es ging, wie in Italien und in Deutschland, gab die Agitation für den Nationalstaat das Schwungrad für große staatliche Neuorganisationen ab. Aber bald mußte man doch einsehen, daß gleiche Rasse, Sprache, Nationalität nur die eine, ich möchte sagen, die Naturseite der Staatenbildung ausmache. Man sah bald, wie verschieden nationale Elemente doch auch heute noch Spanien, Frankreich, Großbritannien umfassen. Kein patriotischer Schweizer kommt auf den Gedanken, aus dem französischen, italienischen und deutschen Teil der Schweiz drei besondere Staaten zu machen; kein Kanadier wollte je den englisch und den französisch redenden Teil trennen. Noch weniger haben je die verschiedenen nationalen Bestandteile der Vereinigten Staaten solchen Widersinn ernstlich erörtert. Kleine Nationalitäten- und Stammessplitter von einer halben bis sechs Millionen können heute keine großen Kulturstaaten bilden.

Österreich-Ungarn wäre zu einem politischem Chaos und zur Unkultur, zur Beute für alle Nachbarn verurteilt, wenn jeder seiner Stämme einen Staat für sich bilden wollte. Die Zukunft gehört den großen Staaten; und wo die nationale Einheit, die gewiß ein großes Glück, aber keineswegs unentbehrlich ist, fehlt, müssen die verschiedenen Rassen- und Sprachenelemente sich eben vertragen und politische Formen ausbilden, wobei die verschiedenen Sprachen und Stämme in lokalen und autonomen Verbänden gewisse Funktionen und selbständige Betätigungskreise erhalten, aber doch loyal der staatlichen Zentralgewalt sich unterordnen. Auch die heutigen großen Nationen sind einstmals diesen Weg gegangen. Es gibt keinen anderen Weg zur höheren Kultur und zur politischen Macht.

Als jetzt die serbische Krise den österreichisch-ungarischen Staat bedrohte, war ja die große Majorität der Völkerschaften des Reiches hinter der festen und entschlossenen Regierung. Und dadurch wurde auch für das Deutsche Reich die gleiche Festigkeit um so leichter. Aber es ist klar, daß der Wert des österreichisch-ungarischen Bündnisses für Deutschland geringer wird, sobald die Monarchie als vom Nationalitätenhader bedroht, eventuell gelähmt erscheint. Wer in Österreich das Bündnis schätzt und befestigen will, muß dementsprechend handeln.

Wir wollten diesen Punkt nicht verschweigen. Um so weniger, als bei allem jetzigen Jubel in beiden Reichen über die Einigkeit, bei aller Steigerung der gegenseitigen Sympathien durch den jetzigen Erfolg wir uns darüber klar sein müssen, daß dieser Erprobung des Bündnisses weitere, ernstere Proben folgen werden. Die gemeinsamen Feinde beider Reiche werden aus dem jetzigen großen Erfolge derselben gewiß neue Impulse des Angriffes schöpfen.

Auch der, welcher die heute ausgelösten geistigen und Gemütsimponderabilien in der Verstärkung der gegenseitigen Sympathien mit Recht hoch einschätzt, wird gut tun, immer doch im Auge zu behalten, daß das letzte Fundament des Bündnisses die reale Interessengemeinschaft ist. Und diese wurzelt zwischen Staaten immer in den großen internationalen Machtfragen, deren Verschiebung und Umbildung. Das höchste Machtinteresse für Deutschland und Österreich-Ungarn wird in absehbaren Zeiten immer dasselbe bleiben: ohne die riesenhaften Ausdehnungssphären, wie sie England, Rußland und Frankreich haben, müssen sie wenigstens ihre Industrie, ihren Export, ihre Schiffahrt auf friedlichem Wege ausdehnen können, müssen sie sicher sein, daß nicht aus dem jetzigen Gleichgewichtssystem der Mächte eine sie bedrohende neue Weltherrschaft sich erhebt. Sie haben die beiden besten Landheere der Welt, die vereint stark genug sind, jeder anderen Koalition die Spitze zu bieten. Und sie können sich nicht verbieten lassen, daneben eine Flotte zu schaffen, stark genug, ihre Küsten und ihren Handel zu schützen.

Graf Posadowsky als Sozialpolitiker[1]).

Bei der Unhandlichkeit unserer offiziellen gedruckten Parlamentspapiere hat sich seit langem die Notwendigkeit herausgestellt, die Reden unserer erheblichen Staatsmänner gesondert, mit kurzen Anmerkungen versehen, herauszugeben. Und es ist ein gutes Zeichen unseres erwachenden politischen Interesses, wenn Derartiges von unseren großen Verlagsbuchhandlungen ausgeht. Und ebenso ist es natürlich, daß dann der Sammler, resp. der wissenschaftliche Herausgeber, nicht bloß die Parlamentsreden, sondern auch die auf Synoden, Handelstagen usw. gehaltenen Reden hinzufügt. Dieser Aufgabe hat sich Johannes Penzler[2]) in trefflicher Weise unterzogen. Es liegen bis jetzt die ersten zwei Bände vor, die von 1882—1902 reichen. Ihre Anzeige würden wir verschoben haben, bis das ganze Werk vorliegt, wenn nicht die Arbeit von Prof. Wiese[3]) uns heute veranlaßte, der vorzüglichen Publikation schon heute zu gedenken. Der Gegenstand des Penzlerschen Werkes ist viel umfangreicher, er umfaßt auch die Finanz- und Handelspolitik; Wiese behandelt nur die Sozialpolitik. Vielleicht ist später Gelegenheit, auf die beiden erstgenannten Gebiete der Posadowskyschen Tätigkeit näher einzugehen.

Die Veranlassung zu Wieses Buch über Posadowskys Sozialpolitik gaben die deutschen organisierten, nicht sozialdemokratischen Arbeiter, welche nach dem Rücktritt des Grafen von seinem Amte eine populäre Darlegung seines Lebens und Wirkens, vor allem als Sozialpolitiker, wünschten. Dieser Aufgabe ist L. v. Wiese in zweckentsprechender Weise gerecht geworden. Die heranwachsende Generation wird den Staatssekretär, der 1897—1907 die deutsche Sozialpolitik leitete, in dem wahrheitsgetreuen Bilde kennen lernen, das dieses Büchlein zeichnet. Und wir älteren Sozialpolitiker, die seit 1872 auf der Schanze standen und sie verteidigten, auf welche Graf Posadowsky von 1899 und 1900 an trat und ihr bester amtlicher Verteidiger wurde, werden zugestehen, daß es wenige erfreulichere Bilder aus dem preußisch-deutschen Beamtenleben gibt, sowie daß es mit sachkundiger Hand und mit gerechter Objektivität gezeichnet ist.

---

[1]) Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reich. 33. Band, 3. Heft, S. 1241—1245. (1909.)

[2]) Graf Posadowsky als Finanz-, Sozial- und Handelspolitiker. 1907 und 1908.

[3]) Graf Posadowsky als Sozialpolitiker. Köln 1909.

Nach einem kurzen Rückblick auf die Bismarcksche und die Berlepsch-Bötticherſche Ära der deutschen Sozialpolitik, wobei die letztere nach meiner Empfindung vielleicht ein klein wenig zu schlecht wegkommt, wird die Zeit des Sieges von Stumm und Genossen (1895—1899) geschildert (Kap. I), und nun die Biographie von Posadowsky bis 1897 erzählt (Kap. II). Wir lernen den streng konservativen und positiv christlichen Landrat mit seiner Rechtlichkeit und Pflichttreue, mit seinem Fleiß und seiner Sachlichkeit kennen; wir sehen ihn in die parlamentarische Tätigkeit und in die wichtige Stellung als Landeshauptmann von Posen eintreten, wir sehen ihn endlich bei Abgang Herrn von Maltzahns in das wichtige Amt des Reichsschatzsekretärs eintreten; der Kaiser, der ihn persönlich kannte und schätzte, zog ihn den vorgeschlagenen Herren v. Huene, Schraut, Aschenborn vor. Wie die meisten preußischen Minister, brachte Posadowsky in dieses und in das noch bedeutsamere Amt des Staatssekretärs des Innern nicht eine spezielle Fachvorbereitung mit, sondern in erster Linie die reifen praktischen Erfahrungen der durchlaufenen Amtskarriere.

Damit hängt es nun auch zusammen, daß Posadowsky eine so große Wandlung in volkswirtschaftlichen und sozialen Fragen während seiner Ministertätigkeit durchmachte. Er war teils scheinbar, teils wirklich als der starke ostelbisch-agrarische Mann ins Amt gekommen, der nach der damals vorherrschend konservativ-agrarischen Meinung der Reichstagsmajorität die Sozialdemokratie zertreten, der Landwirtschaft helfen sollte; er wurde von Stumm und Genossen mit Beifall begrüßt. Und er schied als offenkundiger Gegner dieser Richtung, als Gönner der christlich-organisierten Arbeiter aus dem Amte, dessen Gerechtigkeit auch die Sozialdemokraten anerkannten, geschmäht von denselben Agrariern, Industriellen und Konservativen, die ihm einst Hosianna zugerufen hatten. Die Erklärung dieses Umschwungs bildet den eigentlichen Kern des Wieseschen Buches. Wiese sucht vor allem eine psychologische Erklärung zu geben. Er weist nach, wie der tiefe, sittlich religiöse Ernst, die starke Staatsgesinnung Posadowsky stets von denjenigen trennte, die ihn 1897—1900 fälschlich als den ihrigen ansahen, die ihn 1904—1907 mehr und mehr haßten und angriffen. Das ist gewiß richtig. Aber ich möchte hinzufügen, daß andere Momente mitspielten. Bis zur Übernahme des Reichskanzleramtes durch Bülow waren die leitenden Männer im Staatsministerium und im Bundesrat wirklich für die törichte Zuchthausvorlage gewesen; man war von einer neuen Ausnahmegesetzgebung gegen die Sozialdemokratie nicht weit entfernt. Bülows weiter Blick, der die anderen entwickelteren europäischen Staaten besser kannte, für die sozialen Möglichkeiten ein richtigeres Augenmaß hatte, erkannte sofort, welch ungeheurer Fehlgriff mit der Vorlage geschehen war: in einem Augenblick, da man sehr große

Mittel für die Flotte wollte, hatte man dem ganzen Liberalismus und der Arbeiterschaft ins Gesicht geschlagen. Er stellte das Fallenlassen dieser Vorlage als Bedingung seines Eintritts in das Amt. Er hat von da an, während seiner ganzen Amtstätigkeit, mit Posadowsky, wie nach dessen Abgang, an einer arbeiterfreundlichen Politik festgehalten, sich stets dem Wunsche nach Ausnahmegesetzen gegen die Sozialdemokratie versagt.

Mag das nun mit dem Umschwung in Posadowskys Urteil zusammengefallen sein oder diesen befördert haben, den letzten Grund für denselben sehe ich neben den großen persönlichen Eigenschaften des Staatssekretärs in seiner Beamtenlaufbahn, in dem geistig-sittlichen Horizonte, den bedeutende Beamte in großen verantwortlichen Stellungen haben resp. erwerben; in der Beamtentätigkeit an hoher Stelle muß der Betreffende immer Neues lernen, sich selbst korrigieren, während Parlamentarier und Parteimänner, wenigstens die auf gewisse Interessen eingeschworenen und von ihnen abhängigen, nur selten und viel weniger diese Bildsamkeit haben. Das gilt vor allem für die Parteimänner, die dem praktischen Geschäftsleben entstammen, wie zum Beispiel Stumm. Sie haben natürlich andere erhebliche Vorzüge vor dem Beamten voraus; sie kennen bestimmte Teile des praktischen Lebens besser als jeder Beamte, aber dafür oftmals das übrige praktische Leben um so weniger; sie halten zu leicht und zu oft ihre speziellen wirtschaftlichen Interessen für die Staatsinteressen, haben viel seltener die Fähigkeit gerechter Erfassung der ihnen gegenüberstehenden Klassen- und Wirtschaftsinteressen, sowie der neutralen Gesamtinteressen. Sie mögen als Individuen so patriotisch fühlen, so uneigennützig denken, so edle Familienväter, so gute Gemeinde- und Kreismitglieder, so opferbereite Reserveoffiziere usw. sein. Für die Regierungsgeschäfte fehlt ihnen doch oft der weite Horizont und diejenige höhere Lebenserfahrung, die mit der Geschäftskenntnis der ganzen Staaten- und Sozialwelt sich verknüpft.

Daß deshalb jederzeit bisherige Beamte zu Ministerstellen besser passen als Geschäftsleute mit parlamentarischer Erfahrung, will ich nicht damit behaupten. Unter den preußischen Finanz- und Handelsministern von 1835—1890 waren viele ungenügende ältere Beamte, die besser Oberpräsidenten geblieben wären, während der Geschäftsmann von der Heydt sehr Großes leistete. Wer als Beamter zu alt in gehorchenden Stellungen wird, verliert die Fähigkeit, umzulernen und in größerem Stil zu handeln. Bismarck ist der große Staatsmann geworden, obwohl er in seiner Jugend mehr als Rittergutsbesitzer wie als Beamter sich fühlte; aber er hat doch auch nur durch seine Beamtenlaufbahn (1850—1862) die junkerlichen Vorurteile und Marotten abgestreift, die er früher hatte; er hat sich von dem politischen Credo seiner konservativen Parteifreunde damals gründlich befreit. Und welcher politisch

und historisch Gebildete sieht heute nicht ein, daß er mit seinen älteren feudal-konservativen Anschauungen Preußen 1862—1870 nicht zu seiner Höhe geführt hätte.

Und einen ähnlichen Wandel auf Grund ähnlicher Ursachen sehe ich bei Posadowsky. Was Bismarck in Frankfurt, St. Petersburg und Paris an schiefen romantischen Vorurteilen wie die Gerlachs und an engen ostelbischen feudalen Anschauungen wie die Stahls abstreifte, das gelang Posadowsky durch seine ersten Ministerjahre in Berlin: er lernte die Industrie, die Arbeiterwelt, die großen sozialen Umbildungen der Neuzeit überhaupt jetzt erst kennen und verstehen; und da er ein großzügiger Mann war, da ihn Parteibande als Beamtenminister nicht einschränkten, so stieg er vom ostelbischen Agrarier in die reine höhere Luft der Staats- und Gesamtinteressen empor. So wurde er in der Tat ein Minister großen Stils in den wirtschaftlichen und sozialen Fragen der Gegenwart. Seine Größe zeigt sich gerade in seiner Umbildung, in der Tatsache, daß er aus einem Minister gegen die Sozialpolitik ein solcher für dieselbe, aus einem von Herrn Bueck begönnerten Minister ein Gegner des Zentralverbandes der Großindustriellen wurde.

Die einzelnen Phasen seiner Tätigkeit als Staatssekretär des Reichsamtes des Innern hier nun an der Hand von Wieses Buch in allem Detail zu verfolgen, kann nicht unsere Aufgabe sein. Es handelt sich um das III. und IV. Kapitel desselben. Das erstere (III.) reicht bis 1900, das zweite (IV.) von da bis 1907; im ersteren tritt er noch mehr im Sinne der Konservativen auf, im letzteren verfolgt er eine fortschreitende Sozialpolitik. Im Mittelpunkt des ersteren steht die Reform der Invalidenversicherung; es schließt mit dem Scheitern der Zuchthausvorlage. Im letzteren spielen der beginnende Kinder-, Frauen- und Heimarbeiterschutz, die Entwürfe zu den Gesetzen über Arbeitskammern und Berufsvereine die vorherrschende Rolle. Die Darstellung stützt sich auf die fortlaufenden Berichte der Sozialen Praxis und die Reichstagsverhandlungen. Die eindrucksvollsten Reden Posadowskys sind in ihren Hauptstellen wörtlich angeführt; und mit Recht; sie geben das beste Bild der Persönlichkeit: wir bemerken stets die gleichen Züge: vollendete Beherrschung eines riesengroßen Materials, geschickte Gruppierung desselben, objektive, gerechte Abwägung aller mitwirkenden politischen, volkswirtschaftlichen und sozialen Elemente und Ursachen, und das Ganze durchleuchtet von dem Geiste idealer, sittlicher Wärme, von dem Glauben an einen Fortschritt des Guten. Die Versenkung in das große Verwaltungsdetail zeigt stets zugleich alle möglichen und wahrscheinlichen Schwierigkeiten; man glaubt oft, daß die Gewissenhaftigkeit des verantwortungsreichen Beamten die Entschlußkraft des Staatsmannes etwas hemme; man vermißt ab und zu den Optimismus, ohne den große Entschlüsse nicht oder nur schwer gelingen.

Aber im ganzen gehören diese Reden zu den bedeutendsten und wirkungsvollsten, die in deutschen Parlamenten im letzten Jahrhundert gehalten wurden.

Es ist natürlich, daß das Büchlein von Wiese weder näher auf die anderweite amtliche Tätigkeit Posadowskys (zum Beispiel auf seinen Einfluß auf unsere neueste Handelspolitik), noch überhaupt auf sein Verhältnis zum Reichskanzler, zum Kaiser, zu den einzelnen politischen Parteien, — auch nicht auf die Ursachen seines Abganges eingeht. All das gehörte nicht zum Zwecke, dem die Schrift dient, und vieles, ja das Wichtigste aus diesen Gebieten ist heute auch noch nicht so offenkundig, daß man Abschließendes darüber sagen könnte.



Die preußische Wahlrechtsreform von 1910 auf dem Hintergrunde des Kampfes zwischen Königtum und Feudalität[1]).

Inhaltsverzeichnis.

I. Das preußische Junkertum in Geschichte und Gegenwart. Gegenwärtige Lage (Anfang März) der inneren Politik in Preußen-Deutschland. Landesherr und Junker in Preußen von 1415—1858. Bismarck und die Junker. Ära Caprivi-Hohenlohe. Der heutige junkerliche Einfluß in der Regierung und seine Gefahren; die politische Erziehung des Junkertums und der anderen Parteien. — II. Die preußische Wahlrechtsreform von 1910, ihr Fall und die Notwendigkeit neuer Reformen. Die parlamentarischen Schicksale der Vorlage Bethmann Hollwegs. Die Notwendigkeit einer Wahlrechtsreform in Preußen: Die Stellung Bethmanns früher und jetzt, die zur Reform zwingenden Tatsachen. Die einzelnen Verbesserungsvorschläge der Regierung und deren Würdigung. Vernichtung der Bethmannschen Pläne durch den Bund von Konservativen und Zentrum. Vergeblicher Vermittlungsversuch des Herrenhauses. Hoffnung auf eine Verjüngung und innere Wandlung des Junkertums zugunsten einer ruhigen Entfaltung preußisch-deutscher Macht.

I.

Die innere Lage Preußens ist im Augenblicke (Anfang März) noch beherrscht vom Rücktritt des Fürsten Bülow, von der Auflösung des Blocks, das heißt des Zusammenwirkens der konservativen und liberalen Parteien (ohne Zentrum und Sozialdemokraten) und von der gegenseitigen Verärgerung dieser bürgerlichen Parteigruppen über die Reichsfinanzreform, welche die Konservativen mit dem Zentrum und nicht, wie es Bülow geplant, mit den Liberalen zustande brachten. Diese Verärgerung erschwert jetzt nicht bloß die Stellung des neuen Ministerpräsidenten Herrn v. Bethmann Hollweg, sondern auch die Möglichkeit, eine halbwegs befriedigende Reform des Wahlrechts zum Abgeordnetenhause durchzusetzen. Sie wäre auch Bülow, wenn ihm geglückt wäre, den Block zu erhalten, nicht leicht gefallen, denn die Majorität des Herrenhauses und des Abgeordnetenhauses widerstreben jeder bedeutenderen Änderung des bestehenden konservativ-plutokratischen Wahlrechtes. Immer

---

[1]) Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reiche. 34. Band, 3. Heft, S. 1261—1279. (1910.)

wäre dem Ansehen eines erprobten, seit zehn Jahren von Erfolg zu Erfolg schreitenden, eminent klugen und in der Behandlung der Parlamente sehr geschickten Taktikers vielleicht eher die Überredung oder Überwindung des Landtages gelungen; vielleicht auch ihm nicht ohne einen Herrenhausschub und ohne die Neuwahl der Abgeordneten unter starkem Regierungsdruck. Für seinen Nachfolger ist die Einlösung dieses königlichen Versprechens doppelt schwierig. Das Versprechen wurde von Bülow im Ministerrate nicht ohne Schwierigkeiten durchgesetzt, um die Liberalen an den Block zu fesseln, um zu zeigen, daß er mit dem Block eine gerechte Parteiregierung über den Parteien und sozialen Klassen anstrebe. Ob er weiter gegangen wäre, als die jetzige bescheidene Vorlage, weiß man nicht; hätte er es getan, was vielleicht denkbar ist, so hätte er wahrscheinlich sein Ziel nicht ohne ernste parlamentarische Kämpfe erreicht.

Die konservative Partei ist zu liberalen Konzessionen heute weniger bereit als vor einem Jahre. Sie hat gegenwärtig das Gefühl, den Ministerpräsidenten, der mit einer Wahlrechtsreform eine Karte gegen sie ausspielte, beseitigt zu haben; sie erwartet, daß der neue Minister ihr gefügiger sei. Man munkelt, daß sie hoffe, ihren geschickten, klugen Führer Herrn v. Heydebrand bald auf dem Ministerstuhl v. Moltkes sitzen zu sehen. Ihre Politik in der Reichsfinanzreform war diktiert nicht sowohl von der Abneigung gegen die Erbschaftssteuer als von der Erwartung, daß sie mit dem Kampf gegen sie und Bülow ihre Parteigenossen besser zusammenschweiße als durch großzügiges Eintreten für die Finanzpläne der Bundesregierungen. Das ist ja der dunkle Punkt aller heutigen Parteileitungen in Staaten ohne große Parteivergangenheit und Parteidisziplin! Jede Parteileitung soll für die großen Zwecke des Staates sich einsetzen und doch zugleich die Partei zusammenhalten, was sie meist nur kann durch Nachgiebigkeit gegen kurzsichtige Velleitäten und Klasseninteressen der Parteigenossen. Die Liberalen haben bei der Finanzreform in ähnlicher Weise gesündigt. Unsere gesamten deutschen Parteien sind noch zu jung und politisch zu unerzogen, um über solche Schwäche hinwegzukommen.

Der jetzige Ministerpräsident ist der von Bülow dem Kaiser vorgeschlagene, vom Kaiser berufene Nachfolger. Er ist weitaus der beste und fähigste unter den beim Kanzlerwechsel möglichen Kandidaten. Er ist ein konservativer Beamter, aber kein feudaler, kein extrem agrarischer; nach den Traditionen seiner Familie (sein Großvater war ein großer Rechtshistoriker, Bonner Professor, Freund Niebuhrs), nach seiner umfassenden wissenschaftlichen Bildung ist er ein ganz moderner Mensch; ein Führer der süddeutschen Volkspartei sagte zu mir: „Man kann mit ihm reden, man kann mit ihm unterhandeln.“ Wäre er ein Junker, so hätte er unter irgendwelchem Vorwand die Wahlreform

verschoben. Daß er sie in so homöopathischer Verdünnung vorlegte, hatte ich auch nicht erwartet. Ich hatte gehofft, er werde versuchen, ähnliche Wege zu wandeln, wie die im ganzen so gelungene sächsische Reform. Aber darin hat er recht, eine solche weitergehende Vorlage wäre zunächst glatt in beiden Häusern durchgefallen, nur eine liberale Minorität des Abgeordneten- und Herrenhauses wäre dafür gewesen. Und dann war die weitere Frage, ob er den Kampf fortsetzen und siegen werde? Gelingt die jetzige Reform in dem allerdings ungewöhnlich bescheidenen Umfang, so ist der Kuchen wenigstens angeschnitten. Später kann und wird weiteres folgen.

Bethmann hat in seiner ersten großen Einführungsrede die Alternative für Preußen so gestellt: königliche Regierung über den Parteien oder parlamentarische Regierung. Bis tief in das Lager der gemäßigten Liberalen und Freikonservativen hat er damit Zweifel und Achselzucken heraufbeschworen. Ich glaube allerdings, sehr weite Kreise der Gebildeten und politisch Sachkundigen geben Bethmann recht, daß wir heute noch nicht reif für eine parlamentarische Regierung seien, daß unsere Parteien vorher etwas ganz anderes werden müßten; ebensoviele glauben überhaupt nicht an eine nahe Umbildung unserer Parteien zur Regierungsfähigkeit; sie sehen, falls wir derartiges versuchten, zunächst nur eine Junkerregierung und, wenn diese verbraucht ist, ein sozialdemokratisches Experiment vor sich; sie glauben daher, eine unparteiische königliche Beamtenregierung sei das für uns zunächst und für lange Gegebene. Aber wie dem auch sein mag: im Augenblicke handelt es sich darum, ob Bethmann mit seiner Berufung auf das königliche Regiment recht hat oder seine Gegner, die im jetzigen Zustande nur eine Junkerregierung und keine königliche sehen. In ganz Deutschland wird die Phrase wiederholt: „Preußen muß von der Herrschaft der kleinen Gruppe ostelbischer aristokratischer, rückständiger Großgrundbesitzer befreit werden; das sei der Zweck, das Ziel, das die Wahlrechtsreform zu erfüllen habe, sonst tauge sie nichts."

In dieser Phrase ist Wahres und Falsches wunderbar gemischt und zu einem Knäuel von Schiefheiten und Halbwahrheiten zusammengebunden. Ich habe nun seit fünfzig Jahren die führenden Männer dieses preußischen Junkertums ziemlich nahe beobachtet, habe viele, habe ihre Vorzüge und Mängel genauer kennen gelernt; ich bin aber im Grunde ein süddeutscher Liberaler geblieben, und mein Urteil ist wesentlich davon bestimmt, daß ich den großen Teil meiner wissenschaftlichen Studien der preußischen Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte widmete. Deshalb glaube ich ein objektives Urteil in dieser Frage zu haben.

Die ganze preußische innere Geschichte von 1415 bis heute hat ihren weitaus wichtigsten Inhalt in dem Kampfe der Monarchie und des von ihr geschaffenen Beamtentums mit dem Junkertum. Ein Teil der Territorien, aus

denen der Staat sich bildete, hatte von 1400 bis 1700 fast mehr die Form ständischer Adelsrepubliken als die monarchischer Fürstentümer, wie ja fast alle Länder des europäischen Nordostens, von England, Skandinavien bis Rußland, Böhmen, Ungarn usw. Einzelne Länder wurden ganz, wie Polen, andere zeitweise, wie Schweden, durch ein kurzsichtig-egoistisches Adelsregiment vernichtet oder zurückgeworfen. Wieder andere sind, wie England und Ungarn, mit ihrer Adelsherrschaft emporgekommen. Es hing davon ab, ob der Adel des betreffenden Landes patriotisch, weitsichtig, politisch fähig war oder nicht, ob ein kräftiges, großes Fürstengeschlecht mit dem Adel um den Vorrang kämpfte, ob dem Fürstentum die Bildung eines tüchtigen Beamtentums gelang, ob und inwieweit die Aristokratie die Rechts- und Steuergleichheit anerkannte, die großen Ämter im hohen Stile zu führen mehr erstrebte, als dem Genuß, dem Besitz, dem Kleinherrentum auf der Scholle, der Mißhandlung der städtischen Interessen nachzugehen.

In Brandenburg waren die Hohenzollern mit vieler Mühe, mit Hilfe fränkischer und sächsischer Ritter, Geistlicher und Beamten von 1411—1640 soweit Herr über ihren Adel geworden, daß sie die Kraft hatten, sehr gegen den Wunsch ihrer heimischen Junker Cleve-Mark, Ostpreußen, Pommern und Magdeburg zu erwerben. Und mit Hilfe dieser Erwerbungen haben dann der Große Kurfürst und Friedrich Wilhelm I. die Stände und die Adelsrechte soweit beseitigt und eingeschränkt, daß der Militär- und Beamtenstaat, der aufgeklärte zentralistische Despotismus über dem zu Boden geworfenen Ständetum möglich geworden ist. Die widerspenstigen Junkerfamilien zwang Friedrich Wilhelm I., ihre Söhne Offizier werden zu lassen; den Schulenburgischen, Alvenslebenschen und Bismarckschen Familien wirft er in seinem Testament vor, sie seien die schlimmsten seiner ungehorsamen Vasallen, die nach dem Kondominat strebten. Seine Nachfolger ermahnt er, ihnen den Daumen auf die Augen zu halten und mit ihnen nicht gut umzugehen. Die eiserne harte Faust des Soldatenkönigs hat den Adel so erzogen, das heißt ihn auf der einen Seite zu Paaren getrieben, auf der anderen in dem Dienste des Heeres und der Verwaltung so mit Staatsgesinnung erfüllt, daß nun Friedrich II. die Großmacht mit ihrer Hilfe herstellen konnte, daß er dem Adel auch wieder große Rechte, wie die Landratswahl, unbedenklich einräumen konnte. Er sagte bekanntlich: es gebe auf der Welt wohl einen reicheren, aber kaum treueren und tapfereren Adel; „diese Rasse ist so gut, daß sie auf jede Weise erhalten werden muß." Die von ihm begonnene Begünstigung des Adels hatte zur Folge, daß nach seinem Tode die Junker wieder in die alte Stellung zu kommen suchten. Einiges erreichten sie auch. Aber der einzige ganz liberale König Preußens, Friedrich Wilhelm III. (1797—1840), rief zum Schmerze des ostelbischen Adels die liberalen Minister, den Rhein-

länder Stein und den Hannoveraner Hardenberg, und mit ihnen schuf er den bürgerlichen Rechtsstaat. Als aber Hardenberg altersschwach geworden war, gelang es der feudalen Reaktion, nicht bloß die Verfassung zu hindern, sondern auch eine zeitgemäße Reform der Landgemeinde- und Kreisordnung. Sie setzte die ganz feudal-reaktionäre kreis- und provinzialständische Verfassung (1823—28) durch, die das preußische Verfassungsleben für 50 Jahre lahm legte, die politische Bildung des Adels hinderte und nur deshalb erträglich bis 1872—75 blieb, weil das liberale Beamtentum (1823—28) als Gegengewicht gegen die falsche Privilegierung des Adels die weitgehendste Einschränkung der Befugnisse der Kreis- und Provinzialstände durchsetzte. Kreis- und Provinzialstände hatten 1823—72 in der Hauptsache kein Besteuerungsrecht. Der romantisch-feudale Sohn Friedrich Wilhelms III., Friedrich Wilhelm IV., war ganz anderer Art als sein Vater; er war der echte Schüler der romantisch-feudalen Reaktion der Marwitz usw. Und doch konnte er nie den Mut finden, einem seiner romantischen Freunde je die Zügel der Regierung anzuvertrauen; er sah doch bis 1848, daß seine liberalen Beamtenminister, wie Arnim und Bodelschwingh, fähiger seien, den Staat zu regieren. Mit ihnen hat er die ständische Verfassung von 1847 beraten, die im ganzen sein persönlichstes Werk ist, d. h. seinen phantastischen Jugendträumen von 1815 bis 1840 entspricht; die Verfassung wäre viel besser, haltbarer ausgefallen, wenn er dem Rat der Minister gefolgt wäre. Die Revolution von 1848 hat dem König dann eine liberale Verfassung abgerungen, aber innerhalb derselben suchte er nun in jeder Beziehung wieder den Adel zu bevorzugen. Durch eine Art Staatsstreich wurde Mitte des Jahres 1849 das Dreiklassenwahlsystem auf den Rat Hansemanns oktroyiert — als Kopie aus der rheinischen Gemeindeverfassung. Es war immerhin den damaligen Verhältnissen nicht unangemessen; es war eine Brücke von dem feudal-reaktionären absoluten Staate zum halb bürgerlichen, halb aristokratischen Verfassungsstaate. Der leitende Minister Friedrich Wilhelms IV. (vom Dezember 1848—58), Manteuffel, hatte den König dadurch zu Danke verpflichtet, daß er ihm die Krone gerettet hatte. Es war diesem aber jetzt ebenso schwer, wie vorher Arnim und Bodelschwingh, mit dem König auszukommen. Denn Manteuffel war in seinem innersten Herzen mehr zentralistischer Bureaukrat als Feudaler, er kam bald mit der Hofkamarilla, den frommen und feudalen Generalen der Umgebung des Königs und dem extrem-reaktionären Minister des Innern v. Westphal so in Gegensatz, daß es 1852—58 gleichsam zwei Regierungen in Berlin gab. Die Ärgerlichkeit dieser Zustände machte aus dem stockkonservativen Prinzen von Preußen, dem späteren Kaiser Wilhelm, fast einen Liberalen. Die Bevorzugung unfähiger Adliger war 1840—57 so schlimm im Offizierkorps, daß der Feldmarschall Manteuffel mir oft erzählte, wie er

1850—67 als Chef des Militärkabinetts die Armee von ihnen reinigen mußte. Er sagte oft: „Das war meine größte politische Tat; ohne diese Reinigung wären die Siege von 1864, 1866 und 1870 nicht erfolgt; das Offizierkorps war Anfang der fünfziger Jahre viel schlechter als 1806."

Im Haß gegen die liberale Hardenbergsche Gesetzgebung, im Bann der feudalen Romantik ist auch Bismarck groß geworden. Aber sein Realismus, sein politisches Genie und seine Erfahrungen in Frankfurt, Petersburg und Paris befreiten ihn bald von den feudalen Torheiten seiner Jugend und seiner konservativen Freunde. Nachdem er die kindlich liberale Staatsauffassung, welche Preußens Machtstellung durch Versagung der Militärreform heben wollte, durch seine starke innere und äußere Politik überwunden hatte, nachdem er Preußen drei schöne Provinzen erworben und das Deutsche Reich gegründet hatte, sah er die Notwendigkeit eines Bundes der Krone mit dem Liberalismus ein und regierte 1867—1878 im Geiste der antifeudalen Reform. Durch diese Tat hob er die Monarchie zu einer Höhe, wie sie sie kaum im 18. Jahrhundert gehabt; er schuf damit wieder eine wahrhaft königliche Regierung über den Parteien; er hatte gleichmäßig über die Velleitäten des Liberalismus wie des Feudalismus Herr zu werden gewußt. Ein Teil der Junker, voran die „Kreuzzeitung", ersparte ihm damals keine noch so empfindliche Schmähung. Erst als die Liberalen für ihre Unterstützung zu hohen Preis forderten, ließ er auch sie wieder fallen und regierte nun wieder (1879 bis 1890) mit Zentrum und Konservativen. Und in dieser Zeit ließ er leider den Minister des Innern, Herrn v. Puttkamer, über die Ernennung der sämtlichen Landräte, Regierungspräsidenten und Oberpräsidenten so schalten, daß das von 1810—1870 überwiegend liberale oder politisch indifferente Beamtentum eine stark feudal-reaktionäre Richtung bekam.

Seine Mißstimmung aus der Jugendzeit gegen liberale Geheimräte und Minister hatte ihn nie ganz verlassen. Er hat stets das tüchtige preußische hohe Beamtentum unterschätzt; er traf im Ministerium neben sich noch zahlreiche bornierte liberale Minister und Geheimräte, die ihn ärgerten. Das war auch eine der Ursachen, daß er die besten Beamten seinerzeit nicht als Ministergehilfen zu gewinnen vermochte. Dabei war sein Wunsch, die übermäßig geschäftige, in alles sich mischende Bureaukratie durch Selbstverwaltung zurückzudrängen, ganz berechtigt. Es bleibt ein Ruhmestitel für ihn, daß er Fritz Eulenburg als Minister des Innern und Gneist die großen Selbstverwaltungsreformen im Kreise und in der Provinz in den siebziger Jahren durchführen ließ, daß er 1872 nicht zögerte, den Widerstand der feudalen Reaktion im Herrenhaus durch einen Pairsschub zu brechen. Aber wie er das doch auch nur zögernd tat, so blieb sein Mißtrauen gegen das ältere Beamtentum stets vorhanden und blieb ein Verhängnis. Dieses Mißtrauen

hat ihn dazu verführt, in der Zeit von 1880—1890 eine junkerliche Umbildung der inneren Verwaltung zu gestatten, die nun noch viele Jahre nachwirkte und welche die Hauptschuld bis auf den heutigen Tag daran trägt, daß der Glaube im Lande sich festsetzte, wir hätten in Preußen ein Junkerregiment.

Dieser Glaube war gewiß nicht ganz ohne Grund. Wer die Instruktionen Puttkamers über Annahme von Regierungsreferendaren in der inneren Verwaltung, über die weitere Karriere derselben usw. kennt und unparteiisch urteilt, ist erfüllt von dem Schaden, den sie angerichtet haben. Als der 1890 mit Caprivi eintretende liberale Minister des Innern, Herrfurth, nach zwei Jahren abtrat, sagte er zu Miquel, aus dessen Munde ich es weiß, er habe die feudale Cliquenwirtschaft trotz aller Mühe nicht beseitigen können. Hohenlohe hat als Ministerpräsident gegenüber den renitenten feudalen Landräten und Regierungspräsidenten einmal den Plan erwogen, einige Dutzend Landräte und Präsidenten auf einmal abzusetzen und seinen Sohn zu diesem Zwecke zum Minister des Innern zu machen. Er meinte, er könnte als großer süddeutscher Standesherr den Haß des östlichen Adels wohl ertragen; nach ihm werde nie mehr ein preußischer Ministerpräsident dazu den Mut haben. Er konnte den Plan nicht durchsetzen, dieser verwandelte sich in die Außerdienststellung einiger Beamten, die als Abgeordnete gegen den Kanal gestimmt hatten und dafür nach einigen Jahren eine um so glänzendere Karriere machten. Daß Hohenlohe diesen Plan nicht durchführen konnte, ist wohl doch ein Glück. Selbst Schwerin hat 1858—1859 als Minister des Innern sich einer ähnlichen Massenabsetzung, welche die Liberalen forderten, widersetzt. Wir sehen in Frankreich die schlimmen Folgen des Umstandes, daß jeder Ministerwechsel einer so großen Zahl Präfekten die Stellung kostet. Eine langsame, in der Stille sich vollziehende Veränderung, wie sie Manteuffel im Offizierskorps vornahm, ist vorzuziehen. Unter Umständen freilich ist auch solche Gewaltkur nicht zu vermeiden.

Ich plaudere hier mit dem Erzählten einige weltkundige Geheimnisse aus dem hohen Beamtentum aus, nicht aus Liebe zu sensationellen Nachrichten, sondern nur als Beweis, daß die vorhin erwähnten Klagen nicht ganz unbegründet waren. Ich möchte aber ebenso sehr meine Überzeugung aussprechen, daß es seither viel besser geworden ist. Ich könnte die Personalreferenten aus dem Ministerium des Innern nennen, welche einst die Schuld trugen, aber auch die neueren, die mit jenen Puttkamerschen Grundsätzen ganz gebrochen haben. Und deshalb gehört heute der Vorwurf des preußischen Junkerregiments, der vor allem gegen die Landräte sich richtet, mehr der Vergangenheit als der Gegenwart an.

Freilich haben wir im Osten noch heute viel konservative Landräte und Regierungspräsidenten, und manche mögen dem Bunde der Landwirte näher

stehen als der Regierung. Aber dafür überwiegt in den mittleren und Westprovinzen der liberale oder neutrale Charakter. Eine möglichst große Zahl Mitglieder der ländlichen Aristokratie aber in den Staats- und Heeresdienst zu ziehen, ist richtig, ist ein notwendiges politisches Erziehungsmittel für diese Aristokratie. Denn für Dutzende, ja Hunderte gilt, was neulich ein hoher preußischer Beamter sagte: „Wir kommen fast alle konservativ ins Amt, und nach zwei Jahren hat uns die Logik der Tatsachen liberal gemacht.“ Die staatswissenschaftliche Bildung der Beamten ist sehr im Wachsen. In der Schule der Selbstverwaltung — im Kreise und in der Provinz — lernen die Beamten die verschiedenen Interessen kennen, lernen abwägend, gerecht darüber zu stehen. In gewissem Sinne hat die neue Provinzial- und Kreisverfassung allerdings die Macht und den Einfluß des Junkertums gesteigert, aber sie hat auch den Erfolg bedeutsamer amtlicher Schulung der Aristokratie gehabt. Und überall in der Selbstverwaltung sieht der Junker kluge liberale Bürgermeister neben sich, mit denen er auskommen, paktieren muß. Mögen heute noch da und dort einseitige Junker im Beamtentum vorkommen — eine Junkerherrschaft haben wir nicht. Männer wie Bethmann, Tirpitz, Delbrück, Dernburg, Sydow, Wermuth sind von jedem Verdacht einseitiger Junkertendenzen frei; Moltke mag konservativ sein, für die Reform der Selbstverwaltung im liberalen Sinne hat er viel Stimmung.

Was uns also not tut, ist Schutz gegen den Rückfall in Puttkamersche Zeiten, und dazu ist gewiß eine modernere Zusammensetzung des Abgeordnetenhauses erwünscht, eine Verstärkung der liberalen Elemente sowie der Sozialdemokraten. Die Rettung vor den Gefahren der Sozialdemokratie liegt in starker politischer Mitarbeit ihrer Führer. Die teilweise Berechtigung der Demokratisierung unserer Wahlen in Staat und Selbstverwaltung liegt für mich nicht darin, daß ich damit sofort ein höheres Niveau dieser Vertretungskörper kommen sehe, sondern darin, daß man heute auf die Dauer nicht gut anders regieren kann, als durch Erweckung politischer Interessen in den breiten Schichten des Volkes. Mit den Interessen, mit der Teilnahme an der Selbstverwaltung, mit der Erfüllung politischer Pflichten wächst dann auch die politische Urteilsfähigkeit, der politische Sinn, die Staatsgesinnung. Der Schwerpunkt unseres politischen deutschen Lebens liegt heute im Reiche und in den Selbstverwaltungskörpern. Und gerade weil wir im Reiche das allgemeine Stimmrecht haben, halte ich es für gut, wenn es im Staate nicht auch Platz greift. In den Vereinigten Staaten finden sogar die Kongreßwahlen nicht nach gleichem Wahlrecht statt. Der Fanatismus der Gleichmacherei ist überall vom Übel. Gewiß hat es einzelne Schwierigkeiten, wenn im Reiche und im Staate die Regierungen nicht den gleichen Majoritäten gegenüberstehen. Aber diese Schwierigkeiten sind doch nicht allzu groß.

Unser deutscher Osten ist so grundverschieden vom Südwesten, daß es falsch sein muß, ihn nach dem Rezept von Baden, Württemberg und Hessen regieren zu wollen. Wir müssen uns als Bundesstaat darauf beschränken, die Einheitlichkeit für das Notwendige herbeizuführen, sonst aber Verschiedenheit zu dulden.

In West- und Süddeutschland ist keine erhebliche, keine einflußreiche, politisch ins Gewicht fallende Grundaristokratie. Und die Kapitalaristokratie hat noch in keinem Lande der Welt große politische Pflichten übernommen; sie erzeugt nicht leicht große politische Talente. Deshalb haben die süddeutschen Staaten und das westliche Preußen eine viel stärkere und reinere Beamtenherrschaft und Beamtenallmacht als der Osten. Es ist nicht erwünscht, auch im Osten durch Ausschaltung der Grundaristokratie zu ganz gleichen Resultaten zu kommen. Das Ziel einer gesunden Politik kann nicht sein, unsere östlichen Rittergutsbesitzer aus dem Beamtentum, dem Heere, der Selbstverwaltung zu vertreiben, sondern nur, sie politisch auf die Höhe zu heben, daß sie über den engen Horizont ihres Rittergutes und Kreises sich erheben. Und das geschieht heute vielfach. Einer unserer Magnaten sagte mir unlängst: „Vom 18. bis zum 30. Jahre war ich Offizier in Potsdam, dann mußte ich meine Güter übernehmen; ich habe blutwenig gelernt; meine Söhne werden ganz anders gelernt haben“ Und der Mann hat eine große staatswissenschaftliche Bibliothek jetzt noch im Alter gesammelt.

Knapp hat einmal darauf hingewiesen, daß der etwas beschränkte Horizont vieler unserer Junker mit dem großen Vorzug zusammenhängt, daß sie seit Jahrhunderten in harter Arbeit auf der Scholle sitzen geblieben, nicht in der Stadt lebende Rentenbezieher geworden sind, wie der Adel vieler anderer Länder. Darin liegt eine große Wahrheit. Viel körperliche Kraft, starke Energie, bodenständige Gesundheit, unerschütterlicher Patriotismus steckt im größeren Teil dieses Junkertums. Es ist ein unentbehrliches Element Preußens. Wichtiger, als daß man den Junkern rasch Wahlrechte und Wahleinfluß nehme, ist, daß Königtum und gebildetes Beamtentum die Herrschaft über sie behalte. Dazu gehört allerdings auch ein liberaleres Wahlrecht als wir es jetzt in Preußen haben. Die jetzigen Kämpfe werden dazu beitragen, dem fortgeschritteneren Teil des Junkertums die Augen darüber zu öffnen, daß, je länger sie jeder vernünftigen und billigen Reform widerstreben, desto größere Konzessionen sie zuletzt machen müssen. Die Weisheit aller Reformpolitik besteht darin, daß man nicht zu spät kommt. Allerdings auch darin, daß man im rechten Moment kommt. Ob der jetzige Moment ganz der richtige für das Gelingen einer preußischen Wahlrechtsreform war, kann man bezweifeln.

II.

Die vorstehenden Zeilen hatte ich Anfang März für die Osternummer der „Neuen Freien Presse" geschrieben, wo sie (27. März) erschienen sind. Mannigfach aufgefordert, sie der Vergessenheit durch Wiederabdruck im Jahrbuch zu entreißen, tue ich dies hiermit, füge aber einige Worte hinzu. Der im März geschriebene Artikel hatte den Zweck, in einer liberalen Zeitung dem liberalen Publikum die Schwierigkeit der Reform im jetzigen Momente zu zeigen, das nichtpreußische Publikum aufzuklären darüber, daß der Ministerpräsident Bethmann Hollweg zwar im Augenblick keine erhebliche Reform durchsetzen könne (wie das auch nicht seinem Wesen entspräche), wie aber doch auch diese bescheidene Änderung als Anfang einer Besserung Wert haben könne, und wie man ihren innersten Kern nur verstehe auf dem Hintergrunde des jahrhundertelangen Kampfes um die Vorherrschaft zwischen Königtum und Adel in Preußen.

Damals hatte die erste Lesung im Abgeordnetenhause stattgefunden, die zweite stand vor der Tür, aber man übersah noch nicht die ganze Tragik, die sich an das weitere Schicksal der Vorlage knüpfen werde. Seither hat sich ihr Kreislauf vollendet. Durch ein Handelsgeschäft der Konservativen mit dem Zentrum war die Vorlage ganz wesentlich verschlechtert ins Herrenhaus gekommen. In ihm fand sich der linke Flügel der Konservativen und der rechte der neuen (liberalen) Fraktion zu einer gewiß anfechtbaren Korrektur zusammen, von der man aber hoffte, sie werde es den Freikonservativen und Nationalliberalen im Abgeordnetenhause ermöglichen, dem so geänderten Entwurfe zuzustimmen. Ich hatte wegen Krankheit an den ersten Debatten im Herrenhause nicht teilnehmen können, stimmte zuletzt schweren Herzens dem so durch den Antrag Schorlemers abgeänderten, an das Abgeordnetenhaus zurückgehenden Entwurf zu, um wenigstens einen kleinen Schritt vorwärts nicht zu hindern. Hier ist die Fassung des Herrenhauses in einem Hexensabbat von neuen Anträgen und gegenseitigen Vorwürfen begraben worden. Aber umsonst ist der Kampf nicht gewesen. Und eben weil der Streit über kurz oder lang wieder beginnen wird, möchte ich zu der Regierungsvorlage und der Stellung der Parteien zu ihr noch einige Worte der Erläuterung für weitere Kreise hinzufügen.

Ich beginne mit ein paar Sätzen über die Notwendigkeit der preußischen Wahlrechtsreform. Die Schwäche des Regierungsstandpunktes lag mit darin, daß Zweifel entstehen konnten, ob die Krone und die Minister die Vorlage gemacht hatten, bloß um ein formales Versprechen einzulösen, das unter anderen Voraussetzungen gemacht worden war. Die Konservativen lieben es jetzt, Fürst Bülow als den Schuldigen darzustellen, der seinen Block be-

festigen wollte, daher leichtsinnig ein Versprechen der Krone veranlaßt habe. Die „Kreuzzeitung" schreibt: „Die Liquidation ist beendet, die neue Firma muß zeigen, was sie will." Das soll heißen: eine neue Regierung ist an das Wort der alten nicht mehr gebunden. Das ist ein Satz, den ein Theoretiker der parlamentarischen Regierungsweise schreiben durfte, aber nicht ein Verteidiger des Königtums. Die „Kreuzzeitung" verriet mit diesen Worten, daß ihr nicht sowohl die königliche Regierung, als der Einfluß der Konservativen am Herzen liegt.

In Wirklichkeit hat freilich Bethmann Hollweg noch vor wenigen Jahren jede Reformbedürftigkeit des preußischen Wahlrechts geleugnet, und seine Einführungsrede klang fast ebenso sehr wie eine Verteidigung des bestehenden als wie eine Betonung der Notwendigkeit der Änderung. Und doch ist sicher ein so ernster gewissenhafter Staatsmann wie er, heute von dieser überzeugt und wird den Versuch wiederholen. Warum? Weil Preußen als Staat mit dem reaktionärsten Wahlrecht Europas auf die Dauer die größte politische Gefahr läuft, mit dem Wahlrecht, wobei nur 32,8 % der Wähler zur Wahlurne zu bringen sind.

Jede Verfassung braucht die Zustimmung, die innere Teilnahme der großen Majorität des Volkes; kein Recht der Krone, der Regierung ist auf die Dauer haltbar, wenn nicht der größere Teil der Bürger innerlich, mit Herz und Geist auf ihrer Seite ist. Über Augenblicksbewegungen kann jede starke und kluge Regierung Herr werden; keine kann dauernd der Zustimmung, des Beifalls der großen Majorität der Regierten entbehren. Die demokratische Strömung unserer Zeit mag zu einem erheblichen Teil übers Ziel schießen; sie ist eine Macht, der man gewisse Konzessionen machen muß, weil sie einen sehr berechtigten Kern hat. Das Dreiklassenwahlrecht setzt 82,3 % der Wähler in die dritte Klasse und erklärt sie so für eine quantité négligeable. Die politische Bildung bleibt damit zurück; ein Teil der Bürger verfällt in politischen Stumpfsinn, ein anderer hält sich für verletzt, wird extremen Parteien zugetrieben. Das preußische Klassenwahlrecht steht nicht so sehr weit von dem französischen Wahlrecht ab, das 1830 und 1848 zur Revolution führte, und ebensowenig vom englischen, das 1832, 1867 erst zu den großen Wahlreformen führte. Wer diese großen historisch-politischen Tatsachen verkennt, ist blind; wer an verantwortlicher Stelle verkündet, das heutige preußische Wahlrecht sei vollendet gut, macht sich mitverantwortlich für künftige große Katastrophen. Wer sagt, es habe 1849—1900 gut gewirkt, es habe ebensogut fortschrittliche als konservative oder mittelparteiliche Majoritäten geliefert, behauptet nur einen Teil der Wahrheit, aber nicht die ganze; er behauptet einen Vorzug, der wohl in der Vergangenheit bestand, heute unter ganz veränderten Verhältnissen nicht mehr besteht. Auch wer die Einführung

des Reichstagswahlrechts für Preußen bekämpft, wie ich, muß, wenn er über historische Bildung verfügt, eine maßvolle Reform des Dreiklassensystems wünschen.

Auf diesen Standpunkt hat sich die preußische Regierung gestellt, und man muß Bülow wie Bethmann danken, daß sie so viel Weitblick und Mut hatten. Daß zunächst beide Häuser des Landtags große Schwierigkeiten machen würden, war klar. Deshalb konnte man nur mit bescheidenen Vorschlägen kommen; man durfte nicht gleich den ganzen Hochdruck, über den eine Regierung nur im äußersten Fall verfügen kann, anwenden. Was beschloß das Staatsministerium?

Die Regierung hatte vor ganz kurzer Zeit die Zahl der Wahlkreise um zehn vermehrt, um die schlimmsten Fehler der bestehenden Wahlkreiseinteilung zu beseitigen. Diese Frage, so sehr sie weiterer Änderung bedarf, jetzt mit anzufassen, wäre unpolitisch gewesen, hätte die ganze Aktion unendlich erschwert, noch vielmehr die Leidenschaften heraufbeschworen. Sie muß auch angefaßt werden, aber getrennt von dem Wahlgesetz.

Im übrigen wollte sie organisch verfahren, d. h. möglichst am bestehenden System, d. h. an der Basierung des Wahlrechts auf die Steuerzahlung der Wähler, an der gleichen Verteilung der Wahlrechte an drei Klassen, deren jede gleichviel Steuern zahlt, festhalten: es ist das System, das den Hauptsteuerzahlern, denen der ersten Klasse, ein 20—100- und mehrfaches, den Wählern der mittleren Abteilung wenigstens ein doppeltes bis fünffaches Wahlrecht, wie denen der dritten Abteilung gibt. Das System tritt da in seiner Eigenart am deutlichsten hervor, wo in der ersten Abteilung nur ein bis zwei, in der zweiten nur 10—20, in der dritten Abteilung 80—150 Wähler sind. Im Osten erscheint es noch heute als das natürliche — einige sagen das gottgewollte — System, daß der Gutsherr allein so viel Einfluß habe wie seine sämtlichen Bauern in der zweiten, seine Tagelöhner in der dritten Abteilung. Den Verteidigern dieses Zustandes erscheint schon das Einrücken des Pfarrers oder einiger Großbauern in die erste, einiger Tagelöhner in die zweite Abteilung als falsch, ungerecht. Die konservativ-feudalen Verteidiger des Systems haben sich die Theorie zurecht gemacht: es garantiere eine gesunde Mittelstandspolitik; denn die zweite Abteilung, in der der Mittelstand stimme (in der Stadt die Leute mit etwa 3000 Mk. Einkommen, auf dem Lande die mit etwa 1400 Mk.), gebe entweder durch Zutritt nach oben oder nach unten den Ausschlag. Diese Argumentation wäre doch nur richtig, wenn alle Wahlberechtigten gleichmäßig zur Wahl kämen; es pflegen aber meist in der dritten Abteilung nur wenige, in der zweiten ein Teil, in der ersten fast alle abzustimmen; so gibt überwiegend die erste und nicht die zweite Abteilung den Ausschlag. Es bestehen jetzt 4115 Bezirke mit ein bis zwei Wählern erster Klasse.

Als beabsichtigte Milderung dieses Systems hatte die Regierung zwei wichtige Änderungen vorgeschlagen: 1. die Maximierung, d. h. die Nichtanrechnung der Steuern über 5000 Mk., und 2. die Versetzung einer Anzahl Steuerzahler von der dritten in die zweite, und von der zweiten in die erste Abteilung auf Grund bestimmter Eigenschaften der Bildung, der Erfahrung, der Betätigung im öffentlichen Leben. Damit sollte die erste und zweite Wählerabteilung eine wesentlich reichere und weniger einseitige Besetzung erhalten. Nach der Statistik handelte es sich bei der Maximierung um 13000 reiche hierdurch betroffene Wähler, die hauptsächlich in einer Anzahl städtischer Wahlkreise durch diese Schranke etwas eingeschränkt, andern Wählern einen etwas größeren Wahleinfluß geben sollten.

Außerdem hatte die Regierung die Beseitigung der indirekten Wahl vorgeschlagen: das Gesetz von 1849 hatte entsprechend den damaligen Bildungs- und Verkehrsverhältnissen die Urwähler an ihrem Wohnort Wahlmänner wählen zu lassen verordnet, die dann gemeinsam in freier Weise, als Vertrauensmänner der Wählerschaft, sich über einen Abgeordneten einigen sollten. Ich habe seit 1864 viele preußische Wahlen als Urwähler und Wahlmann mitgemacht: die Wahlmänner sind heute Puppen in der Hand der politischen Parteien, die bei ihrer Wahl auf einen von der Partei bestimmten Kandidaten verpflichtet werden. Die Einrichtung hat nun die Folge, bei den Urwählern das Interesse zu mindern; am künftigen Abgeordneten hat jeder ein Interesse, am gewählten Wahlmann fast niemand: also geht man nicht zur Wahl. Mit Recht betonte Minister von Moltke, eine wesentliche Belebung des politischen Interesses und eine ganz andere Sicherung der Fühlung zwischen dem Volke und der Volksvertretung werde eintreten. Die konservativen Gegner dieser Bestimmung wollen teils diese Belebung nicht, teils gehören sie Gegenden und Verkehrsverhältnissen an, wo heute noch die Zustände nicht viel anders sind als 1849, wo deshalb das Zwischenglied zwischen Urwähler und Abgeordnetem vielfach noch angezeigt ist. Daß mit der Beseitigung der indirekten, der Einführung der direkten Wahl die politische Agitation zunimmt, ist richtig. Das fürchtet man bis in die mittleren Parteien hinein. Man übersieht nur, daß ohne Agitation auch das politische Interesse und Verständnis nicht wachsen kann. Als ich mit dem Präsident Hadley von der amerikanischen Yale-Universität einmal die Schattenseiten der dortigen Demokratie besprach und er die großen Mißstände der beispiellos erregten Präsidentenwahl zugab, fügte er bei: „Und doch ist diese Aufrüttelung in einem freien Lande nötig. Nur diese Agitation bringt ins ganze Volk bis in die untersten Klassen Interesse und Verständnis für die Verfassung, für die großen Fragen des Landes. Es ist unglaublich, was die Leute dabei lernen."

Hatte die Regierung bei dem Zugeständnis der direkten Wahl so ein großes zeitgemäßes Entgegenkommen gezeigt, so lehnte dagegen der Entwurf die wichtigste Forderung des Liberalismus und des Zentrums, die geheime Wahl, ab und blieb bei der öffentlichen Stimmabgabe, um nur nicht zu weit vom bestehenden Recht sich zu entfernen, um jedenfalls die Konservativen zu befriedigen, auf die die Regierung mit ihrem Entwurf am sichersten rechnete. In der Forderung der öffentlichen Stimmabgabe liegt sicher ein gewisser vornehmer Idealismus: wer Wahlrechte ausübt, soll auch den Mut seiner Überzeugung haben. Anderseits ist im tiefsten Kämmerlein der Anhänger der öffentlichen Wahl natürlich die Hoffnung lebendig, und sie gibt den Ausschlag, daß die aristokratischen herrschenden Kreise so besser die Führung behalten. Die „gottgewollten" Abhängigkeiten sollen wirken, nicht durch das künstliche Mittel der geheimen Wahl beseitigt werden. Und doch hat die neuere Gesetzgebung geheime Wahlen für die Landgemeinden, die Kreistage, die Provinziallandtage auch in Preußen angeordnet. Der Idealismus, der öffentliche Wahl fordert, ist gänzlich unrealistisch; er überschätzt die Möglichkeit mannhafter freier Stimmabgabe, er unterschätzt den unheilvollen Terror der Partei- und Arbeiterführer, der wählenden Kunden auf die Geschäftsleute, der Arbeitgeber auf ihre Leute usw. Die heutigen psychologischen und sozialen Verhältnisse fordern die geheime Wahl, garantieren mit der geheimen Wahl nicht bloß freie Entschließungen, sondern auch vernünftigere. Die englischen Gewerkvereine haben, seit sie über alle wichtigen Fragen jedes Mitglied schriftlich, also geheim, zu Hause abstimmen lassen, eine gute und vernünftige Leitung bekommen, während die frühere öffentliche Abstimmung in der Versammlung unter dem Druck der Demagogen überwiegend unheilvolle Beschlüsse zeitigte.

Auf alle übrigen Punkte der Vorlage, die in zweiter Linie stehen, muß ich mir — der Kürze wegen — versagen, einzugehen.

Man wird von jedem eigentlichen Parteistandpunkt aus an der Regierungsvorlage manches auszusetzen finden; man wird leicht tadeln können, daß die Regierung nicht durch stärkere Bearbeitung und Beeinflussung der Parteiführer ihrem Plane eine halbwegs günstige Aufnahme sicherte. Das wird der objektiv Urteilende aber jedenfalls sagen müssen: gegenüber den Reden, Plänen und Verabredungen hauptsächlich der beiden führenden Parteien und ihrer Führer steht die Regierungsvorlage als ein durchdachtes, nach gerechter Ausgleichung und besonnenem Fortschritt strebendes Werk musterhaft da. Überall spürt man durch die Reden der Abgeordneten und Parteiführer, daß in erster Linie die Berechnung der zu gewinnenden und zu verlierenden Sitze steht, daß die Vorlage nicht genügend im großen historischen Zusammenhang unserer Entwicklung beurteilt wird. Auch die Vorzüge der

Vorlage werden nur zerpflückt. Der glückliche Gedanke, daß, wenn man die Steuerzahlung als Grundlage belasse, nur dadurch ein billiges Gegengewicht zu schaffen sei, daß man Bildung und politische Erfahrung als ebenbürtig mit dem Geldbeutel zulasse, wird fast von allen Seiten verständnislos angegriffen, als neues Privilegium, als Steigerung des Beamteneinflusses verhöhnt und lächerlich gemacht. Ein gut Teil der Debatten und der Anträge ist bemüht, die vernünftigen Reformgedanken der Vorlage, wie die Maximierung, nicht offen anzugreifen, aber durch kleinliche Änderungen zugunsten der besitzenden Klassen etwas einzuschränken; der spätere Verfassungshistoriker wird diese Versuche des Abhandelns nicht als Zeichen einer großzügigen und gerechten Beurteilung preisen können. Und das Ungeheuerliche tritt in die Erscheinung: die Konservativen wollen eigentlich überhaupt keine Änderung, die Zentrumsleute wollen das allgemeine gleiche Wahlrecht des Reichstags; aber die beiden fallen sich gerührt in die Arme; sie vereinigen sich über indirekte Wahl, geheime Wahl der Wahlmänner, öffentliche der Abgeordneten, Verstümmelung der Maximierung. Und dann sind die Konservativen über sich selbst gerührt, daß sie angeblich ein großes Opfer gebracht, ein Stückchen geheimen Wahlrechts konzediert hätten, das Zentrum, daß es, auf alle seine Ideale verzichtend, die indirekte Wahl annehme für das in Wirklichkeit gleichgültige halbe Stückchen geheimen Wahlrechts. Beide Parteien freuen sich, dem Ministerium ein Schnippchen zu schlagen, seine Vorlage ins volle Gegenteil zu verkehren. Beide Parteien sind im innersten Herzen froh, daß so das letzte Resultat ihres klüglich ausgesonnenen Kompromisses das sein werde, dem Zentrum im katholischen Westen, den Konservativen im Osten ihre politische Herrschaft zu erhalten. Über den Ministerpräsidenten und den Minister des Innern geht man ebenso wie über die Mittelparteien zur Tagesordnung über. Sie haben zu gehorchen; sie sollen sehen, wer die Macht hat.

Aber die Rechnung war ohne den Wirt gemacht. Herr von Bethmann Hollweg unterschrieb den Schein nicht, auf den Herr von Heydebrand und Herr Herold die wenigen Worte geschrieben hatten: Laudabiliter se subjecit. Er erklärte den unfreundlichen Machenschaften der beiden herrschenden Parteien gegenüber nicht schon im Abgeordnetenhause, ihre Projekte seien unannehmbar, weil er die Vorlage nicht bereits in diesem Stadium begraben wollte, weil er noch die Hoffnung hatte, im Herrenhaus eine wesentliche Korrektur herbeizuführen, eine solche, der die beiden Mittelparteien, die Freikonservativen und die Nationalliberalen, zustimmen könnten. Mit ihrer Zustimmung glaubte er am Ende doch den verstümmelten Plänen das Placet der Regierung aufdrücken zu können.

Bei der Zusammensetzung des Herrenhauses war natürlich auch hier keine große Stimmung für eine Wahlrechtsreform. Aber einmal ist dort das

Zentrum als Partei nicht vorhanden; und dann ist ein erheblicher Teil der Rechten (die Standesherren, die früheren Minister und hohen Beamten, der modernere Teil des Adels) realpolitischer und einer Verständigung mit der Regierung immer geneigter als die Konservativen des Abgeordnetenhauses. Sehr häufig gelingt es hier klugen Realpolitikern, den rechten Flügel der Liberalen und den linken der Konservativen zu gemeinsamem Beschluß zu einigen. Das war auch jetzt der Fall. Freilich um den Preis, daß man in der Hauptsache die Beschlüsse des Abgeordnetenhauses akzeptierte und nur für die Städte, die großen Wahlbezirke, im Amendement Schorlemer die Bildung etwas größerer Urwahlbezirke in Aussicht nahm, was die Besetzung der ersten und zweiten Abteilung etwas reichlicher machte, auch von den rheinischen Großindustriellen gewünscht wurde; eine Maßregel mit zweifelhaftem Erfolge; sie konnte da und dort den plutokratischen Charakter des Wahlrechts steigern, statt ihn zu mindern.

Die Hoffnung, daß die beiden herrschenden Parteien derartiges im Abgeordnetenhaus annähmen, war irrig. Der Ministerpräsident zog am 28. Mai die Vorlage zurück.

Scheinbar bleiben die Konservativen und das Zentrum Sieger. Aber nur scheinbar. Die Konservativen täuschen sich darin, daß Herr von Bethmann Hollweg nun auf eine Wahlreform verzichten werde, sich zum negotiorum gestor der Konservativen hergeben werde. Das wäre ein moralisch-politischer Selbstmord des Ministerpräsidenten; dazu ist er viel zu klug, zu vornehm und zu weitsichtig. Er muß mit einer neuen Vorlage kommen; und sie wird wahrscheinlich weiter gehen als die jetzige. Wenn Herr von Bethmann freilich nicht mit dem entschlossenen Mut an die Aufgabe herantritt, eventuell auch gegen die Konservativen (wie einst Bismarck) zu handeln, so überläßt er besser die Aufgabe einem neuen Ministerpräsidenten.

Die Zentrumsleute haben auch nicht große Ursache, ihres Sieges froh zu sein; sie wollten sich den Konservativen verpflichten, aber sie mußten dazu ihre Prinzipien verleugnen; sie haben den Scheinerfolg, daß bei der Wahlmännerwahl geheim, durch verdeckte Stimmzettel abgestimmt werden sollte, erreicht; aber die Wahl der Abgeordneten durch die Wahlmänner sollte doch öffentlich bleiben: § 25. „Die Stimmen der Wahlmänner werden zu Protokoll abgegeben." Das Zentrum bleibt mit den Konservativen vor ganz Deutschland dafür verantwortlich, daß sie beide den großen Fortschritt der Vorlage, die direkte Wahl des Abgeordneten durch die Wähler, zu Fall gebracht haben. Das Zentrum kann ja seinen populär-demokratischen Anhängern viel bieten; so hat es, trotz aller Wünsche ihres populären Teils, gegen die Erbschaftssteuer gestimmt, um Bülow zu stürzen. Aber solche Zumutungen haben eine Grenze.

Konservative und Zentrum haben manches gemein; aber sie sind anderseits durch vieles auch weit getrennt. In den Wahlrechtsfragen steht zuletzt das Zentrum den Liberalen und Demokraten näher als den Konservativen und Feudalen. Und der Masse des deutschen Volkes wird eine Herrschaft der Konservativen über Königtum, Beamtentum, Parlament und Volk nicht schmackhafter durch eine Versicherungsgesellschaft zu gegenseitigem Vorteil, die unter der Firma Heydebrand und Herold im Handelsregister eingetragen wird, wie Schiffer scherzend diese Gemeinschaft nannte.

Der erste Teil meiner Ausführungen hat gezeigt, daß ich den politisch-sozialen Wert unserer preußischen Grundaristokratie wohl zu schätzen weiß. Ich will sie durch keine ultrademokratische Wahlreform ausschalten, ich beklagte es tief, wenn sie aus Heer und Beamtentum verschwände. Aber eine vernünftige Wahlreform wird auch nicht dieses Ergebnis haben, so wenig als die von ihnen einst gefürchtete und vielfach bekämpfte liberale Kreisordnung von 1872. Eine Reform des Wahlrechts wird unseren Adel in seinen besseren Elementen nur nötigen, noch mehr als bisher durch persönliche Eigenschaften sich die Führerstellungen zu verdienen, die er jetzt als selbstverständliches Privileg und Herrenrecht glaubt fordern und einnehmen zu dürfen. Die Reform wird, wenn sie gelingt, zu seinem eigenen Segen ausschlagen. In dem Maße, als der preußische Adel lernt, daß es nicht mehr gelingen kann, wie bis 1660, wie 1823—1858 das Königtum zu beherrschen, sondern ihm und den Gesamtinteressen zu dienen, wird er den größten Beruf einer großen Aristokratie erfüllen.

Aber immerhin, der Weg bis dahin kann und wird ein schwieriger sein. Er geht an Abgründen und Gefahren vorbei. Nicht ohne Sorge sieht der Patriot in die Zukunft. Die Wahlrechtsreform aber muß kommen. Wenn die Monarchie mit einem gebildet-gemäßigten, über den Parteien und Klassen stehenden Beamtenministerium sie nicht durchführt, so wird die demokratische Flut sie in die Hand bekommen. Nur diese beiden Möglichkeiten stehen zur Wahl. Tertium non datur. Das alte Wort, das auch Lassalle der Reaktion entgegenschleuderte, kommt einem unwillkürlich in Erinnerung:

Flectere si nequo superos, Acheronta movebo.



Der deutsche Reichskanzler[1]).

(Die innere Lage des Reiches.)

Man wird die innerpolitischen Zustände und Kämpfe in Deutschland nur richtig beurteilen, wenn man davon ausgeht, daß zwei große Tendenzen miteinander ringen.

Auf der einen Seite steht der hergebrachte herrschende monarchische Beamtenstaat, der nicht bloß die Volkssouveränität, sondern auch die parlamentarische Regierung glatt ablehnt, der die eigentliche Führung, die Initiative den vom Monarchen gewählten Ministern ausschließlich vorbehält, der öffentlichen Meinung, den Parlamenten und Parteien wohl einen gewissen, aber im ganzen doch nur bescheidenen Einfluß gestattet. Dieser Standpunkt beruft sich darauf, daß Preußens und Deutschlands Größe so entstanden sei, daß dieser Zustand dem positiven Staatsrecht entspreche, daß die bedrohte Lage des Reiches im Zentrum Europas dieser monarchisch-zentralistischen Führung bedürfe, daß unsere Parteien nicht reif zu einer anderen Art der Regierung seien, daß unsere sozialen Klassenkämpfe nur ohne Gefahr seien, solange eine solche unparteiische Beamtenregierung über den Klassen und Parteien bestehen bleibe.

Ich glaube, daß in diesen Argumenten viel Wahrheit liege, und ich bin geneigt, anzunehmen, daß von den historisch gebildetsten und welterfahrensten Männern in Deutschland sehr viele so denken. Aber ich bin mir auch bewußt, daß die so Denkenden weder die öffentliche Meinung noch die politischen Parteien, am wenigsten die sozialen Klassen beherrschen. Die Majorität des Volkes ist anderer Meinung.

Die sozialen Klassen und die organisierten Interessen (wie sie auch heißen: Bund der Landwirte, Zentralverband deutscher Industrieller, Hansabund, Sozialdemokratie) betrachten ihre Interessen als den Kern des Volks- und Staatsinteresses; alles Beamtentum ist ihnen als Bureaukratie verdächtig. Seit den Tagen Friedrich Wilhelms IV. hat man sich in Preußen gewöhnt, über Beamtenregierung zu schimpfen, die Weisheit, den politischen Verstand des praktischen Geschäftsmannes in den Himmel zu erheben gegenüber der Weltunkenntnis des Beamtentums. Kein Minister empfiehlt irgendeine Gesetzesvorlage,

---

[1]) Neue Freie Presse (Wien) Nr. 16804 vom 4. Juni 1911.

ohne zu versprechen (ob er daran glaubt oder nicht), durch sie werde die Macht der Bureaukratie eingeschränkt.

Die Ideale der politischen Parteien stehen viel höher als die der sozialen Klassen und Interessenverbände; aber auch sie müssen einseitig sein; sie können nicht anders, als sich auf Klasseninteressen stützen, auch wenn sie jeden Tag einen Eid nach dem andern schwören, sie verträten keine Klasseninteressen, sondern politische Ideen. Und die politischen Parteien wollen nicht bloß ihre Ideale in der Gesetzgebung ganz oder teilweise anerkannt wissen, sie streben nach Macht, nach Einfluß, nach Patronage, zuletzt nach Ministerstellen. Parlamentarische Ministerien, gebildet aus der jeweiligen Parlamentsmajorität, haben sich in England seit lange bewährt; man hat sie in vielen Ländern nachgeahmt; sie gelten bei vielen Liberalen, noch mehr bei der eigentlichen Demokratie als das große politische Heilmittel, ohne daß man sich näher darüber unterrichtet, unter welchen Bedingungen sie in England gut gewirkt haben, ohne zu fragen, wie viel Unheil die Einrichtung in anderen Ländern gestiftet hat.

Die Wünsche nach parlamentarischer Regierung treten in Deutschland freilich in mannigfach modifizierter Weise auf: Die Konservativen sind im ganzen mit dem bestehenden Zustand zufrieden, weil sie davon ausgehen, unliebsame Minister stürzen zu können, weil sie in der Hauptsache den Offiziers- und Beamtenstand aus ihren Reihen ergänzt sehen, weil ihre Parteiführer, wenn sie mit dem einen oder anderen Minister nicht zufrieden sind, ihm im Parlament milde und grobe Rüffel erteilen. Die Liberalen erstreben parlamentarische Ministerien mit der Hoffnung, daß die Wahlgesetze zu ihren Gunsten geändert werden, bei Wahlen die Regierung für sie eintrete. Die Sozialdemokraten hoffen auf ihre künftige Majorität. Im Hintergrund steht bei allen Parteien doch der Gedanke des Parteisieges und des Parteiministeriums.

Regierung, Beamtenschaft, alle Parteien und Klassen in Deutschland sind aber jedenfalls darüber einig, daß eine andere als eine ehrlich konstitutionelle Verfassung und Verwaltung nicht denkbar sei; aber welche Dosis monarchischen Beamten-, Partei- und Klasseneinflusses in dieser konstitutionellen Regierung heilsam und wünschenswert sei, darüber tobt der Streit. Bismarck und Kaiser Wilhelm I. haben die monarchische Beamtenregierung wieder zu Ehren gebracht; davon zehren wir noch. Die drei Reichskanzler Caprivi, Hohenlohe, Bülow haben bei aller Verschiedenheit sonst und bei manchen kleinen Konzessionen an andere Standpunkte am Prinzip dieser Art der Regierung festgehalten, und Bethmann Hollweg hat sich ebenso zu einer monarchischen Regierung über den Parteien und den sozialen Klassen bekannt.

Der theoretische Streit über parlamentarische oder Beamtenministerien, der

für beide Arten der Regierung mancherlei Gründe anführen kann, soll hier nicht vorgeführt werden. Diese Gründe, aus den verschiedensten Verhältnissen und Zeiten abstrahiert, entscheiden nicht. In jedem Staate ist es die Wucht überlieferter Verhältnisse, sind es einzelne große Führer, Staatsmänner, Parteiführer, sind es ihre Erfolge und die großen Ereignisse des Tages, welche die Entwicklung nach der einen oder anderen Richtung hin weitertreiben.

Als Bismarck abging, war er derjenige, der dem Kaiser General Caprivi als Nachfolger, als entschlossenen Mann der Tat, empfahl. Bismarck dachte damals an die Möglichkeit von sozialistischen Arbeiteraufständen. Caprivi war weder Diplomat und Staatsmann noch Kenner der inneren Verwaltung, er war ein ehrlicher, ehrenfester Charakter. Er nahm einen liberalen Jugendfreund als Chef seiner Kanzlei. Er versuchte nach allen Seiten eine Politik der Ehrlichkeit und Wahrhaftigkeit zu befolgen, entfremdete sich dadurch die politischen Parteien. Aber er war nicht ohne Verdienst: die liberalen Handelsverträge von 1892/94 retteten Europa vor einem allgemeinen Hochschutzzollkrieg aller Staaten untereinander. Nicht eigentlich diese Verträge und die Mißgunst des Bundes der Landwirte haben Caprivi dann gestürzt, sondern die Gunst der Witterung. Sie hatte 1893—1895 überreiche Ernten, beispiellos billige Getreidepreise zur Folge; die Landwirtschaft kam in große Not. Die Agrarier forderten und erhielten ihr Opfer: Caprivi und sein Minister des Auswärtigen Marschall mußten gehen. Man sah nun mit Erstaunen in Preußen, daß Kammermajoritäten zwar nicht bestimmte Personen auf die Ministerstühle bringen, aber viel dazu beitragen können, sie von denselben zu entfernen.

Der Fürst von Hohenlohe als Nachfolger war die eigenste Wahl des Kaisers: er war preußischer Assessor, bayrischer Ministerpräsident, deutscher Botschafter in Paris, elsaß-lothringischer Statthalter gewesen, hatte sich überall als kluger Staatsmann bewährt; er war der Onkel des Kaiserpaares, er war süddeutscher Standesherr, der sich nicht vor dem preußischen Junkertum fürchtete. Aber er war ein alter, vorsichtiger Herr, der nicht reden konnte, im Parlament nur kurze Erklärungen ablas. Die öffentliche Meinung verhöhnte ihn bald: „Auf dem Dache sitzt ein Greis, der sich nicht zu helfen weiß."

Dieser Eindruck war ganz falsch. Hohenlohe hat zwar den anderen Ressortministern, zumal Miquel, eine zu große Selbständigkeit eingeräumt; er hat aber doch in den Hauptfragen die Politik Preußens und Deutschlands nach seinen Intentionen geleitet. Einer der besten und genauesten Kenner seiner Person sagte mir mal: „Sagen Sie, was Sie wollen, auf keinem anderen europäischen Staatswagen sitzt ein besserer Kutscher." Die feudal-agrarische und die soziale Reaktion, die Caprivi, Marschall, Berlepsch und Bötticher gestürzt hatten, hat er mehr oder weniger zum Stillstand gebracht, wenn er

ihr zuerst auch einige Konzessionen machte. Er war innerlich im ganzen ein liberaler Mann. Er hat ernstlich an eine große Reinigung der feudal-agrarischen Färbung unseres hohen Beamtentums gedacht. Er wollte bei der sogenannten Kanalrebellion eine Hekatombe von reaktionären Landräten und Regierungspräsidenten opfern, erhielt aber nicht die nötigen Vollmachten dazu. Auf seinen kaiserlichen Herrn hatte er viel mehr Einfluß, als man es nach außen merkte. Er schrieb dem Kaiser jeden Abend einen Brief über alle wichtigen Fragen. Dennoch: er war zu alt geworden, er mußte gehen. Sein Abgang und die Wahl Bülows war in der Hauptsache der Initiative des Kaisers entsprungen. Auch die Wahl Miquels und Posadowskys hat diesen Ursprung gehabt. Und das waren doch auch Minister ersten Ranges.

Die beiden Vorgänger Bülows hatten es je nur auf ein Lustrum ihrer Amtstätigkeit gebracht; er vermochte sich die doppelte Zeit zu halten. Er war der Sohn eines der besten deutschen Diplomaten und einer Hamburger Mutter; erst Offizier, hat er dann im auswärtigen Dienste die großen Höfe Europas, die Staatseinrichtungen in Ost, Süd und West kennen gelernt; ein Mann von umfassender Bildung, seltener Belesenheit, einer der besten Redner der Gegenwart, ohne jedes Vorurteil, mit starkem Wirklichkeitssinn hat er Deutschland, seine Parteien, seine Fürsten während seiner Reichskanzlerschaft zusammenzuhalten und zu führen verstanden. In der äußeren Politik hat er den Frieden erhalten, in der inneren die Sozialreform mutig fortgeführt; die neuen Handelsverträge und die Zollreform hat er zustande gebracht, dabei die Konservativen für sich gewonnen, ohne zu extreme Konzessionen an den Schutzzoll zu machen, wie sie zuerst im Reichskanzleramt geplant, von dem Bunde der Landwirte gefordert wurden. Den Kaiser hat er lange richtig zu behandeln gewußt; er hatte zuletzt den Mut, ihm die volle Wahrheit zu sagen. Als dann die Konservativen, undankbar wie stets die politischen Parteien gegenüber Beamtenministern sind, ihn bei der Reichsfinanzreform im Stiche ließen, fiel er hierdurch sowie durch seinen Konflikt mit dem Zentrum und durch gewisse höfische Intrigen. Es war eine seiner besten Taten, daß er die Wahl Bethmann Hollwegs zu seinem Nachfolger durchsetzte.

Bethmann ist der erste Reichskanzler und, mit Ausnahme Manteuffels (1850—57), der erste preußische konstitutionelle Ministerpräsident, der der inneren Verwaltung entstammt; er war Landrat, Regierungspräsident, Oberpräsident, Minister des Innern, Staatssekretär des Reichsamtes des Innern, ehe er ins Reichskanzlerpalais einzog. Er kann daher nicht dieselbe Kenntnis anderer Staaten haben, wie sie sein Vorgänger besaß; er überläßt die auswärtige Politik im ganzen mehr als dieser seinem Staatssekretär des Auswärtigen, v. Kiderlen-Wächter, dessen große Fähigkeiten längst bekannt waren, dessen Weg zur Ministerstellung noch Bülow angebahnt hatte. Bethmann

steht durch Erziehung, Karriere, Verwandtschaft der ostdeutschen Grundaristokratie näher als Bülow. Auch seine wichtigste Charaktereigenschaft, vorsichtiges, ernstes Abwägen vor allem Handeln, hält ihn mehr und sicherer in hergebrachten Bahnen als jenen. Dafür sind seine staatsrechtliche und staatswissenschaftliche Bildung, seine große Diensterfahrung in der Verwaltung natürlich größer als die Bülows. Er ist Fachmann der inneren Politik, er ist zum Gesetzgeber geschaffen; das große Arbeiterversicherungsgesetz, wohl das größte, das je den Reichstag außer dem Bürgerlichen Gesetzbuch beschäftigte, ist wesentlich sein Werk, wenn er jetzt auch die Verteidigung Delbrück überlassen mußte. Die Kehrseite seiner Gesetzgebungstätigkeit liegt darin, daß er als Fachspezialist mehr wie als Volkspsychologe seine Aufgaben anfaßt. Er hat vielleicht nicht so viel Wirklichkeitssinn, nicht so starkes Empfinden für Volksseele und öffentliche Stimmung, wie es Bülow besaß; er mißt bei seinen Entwürfen nicht so ab, wie sie wirken, wie sie verstanden werden. Sein preußisches Wahlgesetz fiel, weil es zu künstlich war, zu ungewohnte Dinge vorschlug, deren Erfassen, deren Verständnis den Parteien und der öffentlichen Meinung nicht gelang; selbst die, auf deren Zustimmung er gehofft, versagten vielfach. Ich habe ihn in diesen Blättern schon einmal einen Fabius Cunctator genannt, was in der Presse weites Echo fand.

Jedenfalls ist er ein vornehmer, edler Charakter, ein Mann des höchsten sittlichen Adels; er ist einer der gebildetsten Männer der Gegenwart, ein philosophischer Idealist, ein glänzender Redner, der bei großen Gelegenheiten die weitesten Kreise zu fassen weiß. So bei seiner Rede über den Modernisteneid und jetzt wieder bei seiner Rede in Heidelberg bei dem fünfzigjährigen Jubiläum des deutschen Handelstages: schöner und wahrer ist nie über die Notwendigkeit geredet worden, kaufmännischen Geist mit politischer Hingebung ans Ganze zu verbinden. Und hinter seiner Mahnung an den heutigen Papst und seinen Staatssekretär, nicht zu weit in der Reaktion zu gehen, stand das ganze deutsche Volk, auch das katholische, mit wenigen Ausnahmen.

Was er als Staatsmann künftig noch leisten wird, wie einst das Urteil in der Geschichte über ihn lauten wird, die Frage, inwieweit die Kraft kühnen festen Wollens seinen übrigen hohen Eigenschaften gleichkommen wird, all das liegt in der Zukunft Schoß. Selbst den in seiner Nähe Stehenden, den ihn täglich Beobachtenden, ist heute ein Urteil schwer. Von Ihrer Schriftleitung dazu aufgefordert, ein solches über ihn abzugeben, fällt mir das Wort Rankes ein, wie wenig die Mitlebenden wirklich die zeitgenössischen Staatslenker und führenden Geister zu kennen pflegen. Ranke sprach dies Wort im Gedenken an die Erkenntnis aus, welche ihm aus den Archivstudien erwuchsen, und ich möchte daher auch sagen: nur der künftige Historiker, der Bethmann in den

Archiven kennen lernt, wird ihn ganz gerecht beurteilen können. Die Zeitgenossen haben häufig die jahrelang geschmäht und verkannt, die nachher als die Besten und Größten erkannt wurden, und haben solchen zugejubelt, die nachher vor dem Richterstuhle der Geschichte nicht bestanden.

Für heute wird man nur provisorisch und mit allerlei Reserven eine Bilanz seiner staatsmännischen Tätigkeit ziehen können.

Er war sicher weitaus der beste Nachfolger, der für Bülow zu finden war. Sein Ziel, eine Regierung über den Parteien zu führen, ist für das heutige Preußen und Deutschland das richtige. Von seinen gesetzgeberischen Akten ist die preußische Wahlreform mißlungen, die Kodifikation und Reform unserer Versicherungsgesetzgebung aber wird in einer Weise gelingen, die natürlich nicht alle Wünsche befriedigt, die aber einen großen Fortschritt bedeutet.

Im übrigen bewegen die Geister heute die zwei großen Probleme aus dem Westen und dem Osten des Reiches am meisten: die elsaß-lothringische Verfassungsfrage und die Fortführung der deutschen Kolonisationspolitik in der Provinz Posen. Ich kann mich nicht vermessen, diese zwei Fragen hier zu erschöpfen. Beide sind sehr kompliziert und werden, von der Parteien Haß und Gunst hin und her gezerrt, immer dunkler statt heller. Ich versuche nur mit einigen Aphorismen mein persönliches Urteil über sie anzudeuten.

Als 1814/15 Preußen von den einst polnischen, durch die erste, zweite und dritte Teilung Polens preußisch gewordenen Landesteilen nur einen sehr kleinen Teil, den, welcher Ost- und Westpreußen mit Schlesien verbindet, zurückforderte und ihn erhielt, während die übrigen neun Zehntel des ehemaligen polnischen Reiches bei Rußland und Österreich blieben, war das weise Einsicht in die Schwierigkeit der Assimilierung; man wollte von den polnisch-deutschen Grenzgebieten nur, was für die Existenz und Verteidigung des Staates unerläßlich war. Man regierte dann die Provinz Posen mit äußerstem Entgegenkommen, befreite den polnischen Bauernstand unter viel günstigeren Bedingungen als den deutschen, baute Chausseen, gründete Schulen; Adel und Klerus wurden um so größere Preußenfeinde. Man versuchte, deutsche Rittergutsbesitzer, Standesherren, Prinzen zum Ankauf in Posen zu veranlassen; es geschah besonders 1830—40 in großem Umfang, änderte aber an der Stimmung der Provinz wenig, da die großen Güter mit polnischem Personal verwaltet wurden. Die Aufstände von 1830, 1848 und 1863 zeigten, wohin man steuerte. Alle Stetigkeit in der deutschen Polenpolitik hatte gefehlt, bis Bismarck eingriff; eine systematische deutsche Kolonisationspolitik, die Schaffung deutscher Bauerndörfer in festem geographischen Zusammenhang, in dem begrenzten Teil der Provinz, der bei Aufstand oder Krieg sicher in deutschen Händen sein muß, begann; nur kurz unterbrochen in der Aera Caprivi. An eine Verdrängung der Polen hat nie jemand

für den größeren Teil der Provinz gedacht. Die Kolonisation hat jetzt 20 bis 25 Jahre gedauert; die Sachverständigen gedenken in nochmal der gleichen Zeit die notwendige Sicherung der Provinz durch deutschen Bauernbesitz zu Ende zu führen und dann mit der Versöhnung der polnischen Untertanen Preußens zu beginnen.

Große Schwierigkeiten des Ansiedlungswerkes sind eingetreten. Die Bodenpreise sind anormal hoch geworden; die polnische Taglöhner- und Kleinbauernbevölkerung, geführt und gefördert durch die klerikalen Genossenschaften, hat mit ihrem Landhunger fast mehr als der Ankauf durch die Ansiedlungskommission dazu beigetragen. Polnische Güter waren von letzterer wegen der Ächtung jedes an einen Deutschen verkaufenden Polen nicht mehr zu erhalten. Das Enteignungsgesetz sollte über diese Schwierigkeiten weghelfen. Die deutschen Rittergutsbesitzer fingen an, Taglöhner- statt Bauernkolonisation von der Ansiedlungskommission zu fordern. Um die deutschen Stimmen auf den Kreistagen zu erhalten, hat man von den erkauften Gütern — außer den Bauernkolonien — Restgüter in größerer Zahl gebildet, die, mit polnischen Arbeitern betrieben, das Deutschtum nicht so stärken, wie die neugebildeten deutschen Bauernkolonien. Man sah auch mehr und mehr, daß die Latifundien der deutschen Prinzen und Standesherren mit ihren polnischen Taglöhnern und der Abwesenheit ihrer Eigentümer das Deutschtum nicht förderten.

Als Bülow und der Landwirtschaftsminister v. Arnim abgegangen waren, als das Enteignungsgesetz jahrelang nicht angewendet wurde, als der früher angehäufte Landvorrat immer mehr dahinschwand, entstand 1910—11 erst der Verdacht, dann die immer lauter werdende Klage, daß die Regierung in der Ansiedlungsfrage ihren Kurs geändert habe. Vergeblich suchte der neue Landwirtschaftsminister Herr v. Schorlemer zu beruhigen; er versicherte, der Kurs bleibe der alte. Alle Handlungen der Regierung aber scheinen dem zu widersprechen. Alle nationalen Parteien griffen die Regierung an, nur Zentrum, Polen, Fortschritt und Sozialdemokraten jubelten. Man fürchtet, die Regierung handle aus Wahlrücksichten, aus Rücksichten auf das Ausland so. Ihre Erklärungen entbehren der Klarheit und Begreiflichkeit.

Ich muß mich bei solchen Gelegenheiten immer der Worte Friedrichs des Großen erinnern, der sagte: Wenn eine Regierung unter zwei verschiedenen Wegen einmal auch den ungünstigeren gewählt hat, Konsequenz auf dem eingeschlagenen Wege ist immer besser als unsicheres Schwanken zwischen verschiedenen Wegen. Ich kann daher auch nur in dem jetzigen Wandel der Polenpolitik eine große Schädigung des Ansehens des jetzigen Ministeriums sehen, wenn es nicht bald durch Taten beweist, daß man noch auf dem alten Wege sei. Ich fürchte, die Regierung habe auch hier die Wirkung ihrer Maßnahmen auf das ganze deutsche Volk nicht richtig eingeschätzt.

Immer gebe ich die Hoffnung noch nicht ganz auf, daß die Regierung sich rechtfertigen könne. Vielleicht bereitet sie große Ankäufe von deutschen Standesherren- und Prinzenlatifundien vor, von denen sie jetzt noch nicht sprechen darf. Und daß der jetzige ausgezeichnete, sehr charaktervolle Präsident der Ansiedlungskommission noch nicht sein Amt niedergelegt hat, kann als ein Zeichen gedeutet werden, daß die öffentliche Meinung nicht vollständig und richtig orientiert sei.

Sind mir so Bethmanns Wege in Posen zweifelhaft, so glaube ich, daß er in der elsaß-lothringischen Verfassungsfrage mit Mut und Weitblick das Richtige ergriffen hat, und daß er da auch zu seinem Ziele kommen wird. Jedenfalls wird der neue rechtliche Zustand besser sein als der alte, wenn man auch an dem neuen manches anders haben möchte.

Elsaß-Lothringen war bis jetzt eine Art deutschen Vasallenstaates; es soll jetzt drei Stimmen im Bundesrat erhalten, wodurch es ebenbürtig neben die anderen deutschen Staaten tritt. Das wollten die Konservativen nicht; auch der Bundesrat selbst war ursprünglich dagegen, Bethmann Hollweg von Anfang an dafür. Er hat die übrigen Bundesstaaten bewogen, hier dem Reichstag und dem Wunsche des Landes nachzugeben. Man hat es ihm sehr verdacht; die Art, in der man nachgab, verletzte das preußische Selbstgefühl. Aber nur so kann Elsaß-Lothringen Reichsland bleiben und zugleich ebenbürtiger Bundesstaat neben den übrigen Staaten werden. Es ist ein hochherziges Vertrauen, das nichts schaden kann, aber wahrscheinlich viel nützen wird.

An die Stelle des 1877 geschaffenen, 1879 mit viel größeren Kompetenzen ausgestatteten Landesausschusses tritt ein Zweikammersystem; die erste Kammer wesentlich als Organ der kaiserlichen Regierung, die zweite aus direkten Wahlen mit gleichem Wahlrecht hervorgehend. Man wollte zuerst das direkte Wahlrecht durch Pluralstimmen modifizieren. Das soll jetzt fallen. Diese ganze Änderung ist ein kühner Schritt auf der Bahn liberaler, ja fast demokratischer Verfassung; es entspricht den ganzen süddeutschen Zuständen und Anschauungen sowie den elsässischen Traditionen. Die Konservativen sehen mit starkem Mißtrauen auf dieses Experiment, werden deshalb hauptsächlich gegen das Gesetz stimmen. Das Zentrum hofft gute Geschäfte dabei zu machen. Sicher läßt sich nicht im voraus sagen, was die Resultate sein werden. Der Reichskanzler ist nicht davor zurückgeschreckt, das Verfassungsgesetz gegen die Konservativen mit den Stimmen aller übrigen Parteien, einschließlich der Sozialdemokraten, zustande zu bringen.

Ein solcher Schritt wird Bethmann von den Konservativen sehr verdacht; aber er zeigt damit, daß es ihm ernst ist mit seiner Regierung über den Parteien, daß er nicht der exekutive Diener einer einzigen Partei ist, sondern die Mehrheit nimmt, wo er sie findet.

Wenn auch in anderen Kreisen da und dort ausgesprochen wurde, es wäre besser, das elsässische Verfassungsgesetz scheiterte jetzt ganz, so wird dabei übersehen, daß der jetzige Verfassungszustand zur Unerträglichkeit geworden ist. Es ist eine unwürdige Notabelnwirtschaft, gemischt mit zynischem Radikalismus und deutschfeindlichem Katholizismus. Das jetzige Verfassungswerk ist wohl vorbereitet, lang überlegt; die Verfassung von 1879 war ein Machwerk ohne Überlegung aus dem Stegreif, ohne und gegen den Rat und die Ansichten der damaligen elsaß-lothringischen Regierung, rasch unter dem Druck von Gelegenheitsursachen zusammengezimmert.

Bismarck und der Oberpräsident v. Möller hatten sich so gezankt, daß die Sache nicht mehr ging. Möller war ein Oberpräsident und Staatsmann ersten Ranges. Er hatte öfters Befehle Bismarcks nicht ausgeführt, weil er sie für falsch hielt. In den ersten Jahren gelang es ihm stets wieder, den Reichskanzler in Berlin persönlich zu überzeugen, daß er recht gehabt. Als seine Gesundheit die Reisen nach Berlin nicht mehr gestattete, fehlte die Möglichkeit des Ausgleichs. Da setzten einige der elsaß-lothringischen Abgeordneten in Berlin in kürzester Zeit beim Reichskanzleramt und im Reichstag das Gesetz von 1879 durch. Möller wurde gar nicht gefragt, ebensowenig der zum Statthalter ausersehene Feldmarschall v. Manteuffel, aus dessen Munde ich diese Vorgänge kenne.

Das ganze war ein Sieg der Notabeln, eine Auslieferung der Landesverwaltung an sie. Um zu regieren, mußte man sie streicheln und verwöhnen. Es ging eine Zeitlang, je nach der Person des Statthalters, des Staatssekretärs und der Unterstaatssekretäre, je nach der Möglichkeit, den Notabeln und den Katholiken entgegenzukommen. Je mehr man das tat, wie vor allem Herr v. Koeller als Staatssekretär, desto mehr Ruhe hatte man im Moment, desto mehr verschlechterte sich aber die Gesamtsituation, desto weniger machte die Germanisierung Fortschritte, desto bedenklichere Erscheinungen traten auf.

Daher die Notwendigkeit der Reform. Es ist ein Verdienst der jetzigen Reichsregierung, sie erkannt zu haben. Der Vorschlag Koellers, die Reform den Elsaß-Lothringern zu überlassen, hieße den Bock zum Gärtner setzen. Es ist höchste Zeit, daß etwas geschieht. Das Gelingen des Verfassungsgesetzes wird die Stellung und das Ansehen des Reichskanzlers und des Ministers Delbrück wesentlich befestigen.

Ich füge in Anmerkung aus meinen Straßburger Erinnerungen folgendes bei: Die neue Verfassung von 1879 bedeutete den Sturz Möllers, an dessen Stelle als Minister der Chef der elsaß-lothringischen Abteilung im Reichskanzleramt, Herzog, treten sollte. Als Kaiser Wilhelm bald darauf nach Straßburg kam, stand ich bei dem großen Empfang im Statthalterpalais

dicht neben dem älteren Baron Zorn v. Bulach und dem Kaiser und hörte, wie der erstere dem Kaiser für die Verfassung dankte, aber hinzufügte: „Daß Eure Majestät uns aber unseren bisherigen Oberpräsidenten Herrn v. Möller nehmen, ist uns allen schmerzlich"; da antwortete der Kaiser: „Daß ich ihn entlassen muß, kann niemandem so schmerzlich sein wie mir; aber man hat mich ja dazu gezwungen."

Als bald darauf Manteuffel als Statthalter eingetroffen war, besuchte er mich sofort, da Ranke ihn an mich gewiesen hatte, und ich bin die drei Jahre, die wir noch zusammen dort waren, in nahe Beziehungen zu ihm getreten. Gleich bei der ersten Unterredung klagte er, daß er mit einer Verfassung regieren solle, über die man ihn nicht gefragt, und mit einem Minister, den er nicht gewählt, der ihm wörtlich seine zu haltenden Reden vorschreiben wolle. Man warf ihm bald und so lange er dort war, vor, daß er einseitig die Notabeln und den katholischen hohen Klerus begünstige. Er sprach oft mit mir darüber, und er betonte stets, welch leidenschaftlicher Protestant er sei, wie aber die Situation, in die man ihn gesetzt, ihn nötige, mit Notabeln und Klerus sich zu stellen.

Mein Urteil ist, daß die Verfassung von 1879 eine falsche, verfrühte Maßregel war, daß es sich bitter rächte, daß man Möller dabei nicht zu Rate gezogen hatte. Über Manteuffels Berufung zur Statthalterschaft erzählte man sich damals in Berlin die, wenn nicht ganz wahre, so doch gut erfundene Anekdote. Bismarck soll gesagt haben: „Den Manteuffel muß ich hier los werden, er ist Kandidat für den Reichskanzlerposten; blamiert er sich in Straßburg, so ist's auch mit dieser Kandidatur aus; geht es gut, so bin ich ihn für eine Anzahl Jahre hier los und habe die Genugtuung, den rechten Mann hingeschickt zu haben." — Ich füge (1. Juni) diesen 21.—23. Mai niedergeschriebenen Zeilen nur die Tatsachen bei, daß seither das Versicherungs- und das elsaß-lothringische Verfassungsgesetz angenommen sind, und daß Bethmann durch ein Telegramm an den Ostmarkenverein sich zur Festhaltung der bisherigen Kolonisationspolitik bekannte.

Das erwachende Verständnis für Aristokratie und Bureaukratie in der radikalen und sozialistischen Literatur[1]).

Ich habe infolge meiner historischen Studien seit Jahrzehnten eine gewisse Sympathie für die demokratischen Strömungen der Gegenwart; aber sie ist verbunden mit der scheinbar dem widersprechenden Erkenntnis, daß alle großen und gesunden Staatsbildungen in erster Linie auf starken, zentralen, meist monarchischen Gewalten sowie auf der richtigen Ausbildung erst aristokratischer, dann bureaukratischer Einrichtungen beruhten. Daß ich deshalb von unseren feudalen Konservativen ebenso wie von den radikalen Geistern und Parteien als verdächtiger Kompromißmensch angegriffen werde, habe ich stets nur als eine richtige Quittung von Seite derer angesehen, die über den Teilen und Einzelelementen der historischen Entwicklung das Ganze nicht sehen.

Ich habe seit meiner reiferen Entwicklung nie gezweifelt, daß kein Zeitalter soviel demokratische Einrichtungen ertragen könne nnd notwendig habe, wie die Gegenwart unserer hochentwickelten Kulturstaaten: unsere Volksbildung, unsere Presse, unser hoher Volkswohlstand wie unsere allgemeine Wehrpflicht, unsere konstitutionellen Verfassungen und die Gefahren der heutigen Klassenherrschaft haben uns dahin gedrängt: wir können nicht mehr leben ohne Teilnahme der großen Massen am öffentlichen Leben, ohne Heranziehung derselben zur Selbstverwaltung, ohne weitgehende Konzessionen an das Stimmrecht und das Organisationsrecht der unteren Klassen.

Aber daneben sind mir die Grundgedanken des demokratischen Systems, die man unter dem Begriff der Volkssouveränität zusammenfaßt, teils lächerliche, teils kindische Utopien: so der Glaube, daß die Massen und die unteren Klassen sich mehr als die oberen durch Weisheit und Tugend auszeichnen, daß ihre Entscheidungen fähig seien, große Staaten richtig zu lenken, daß alle Beamten jährlich gewählt werden müßten, daß über Krieg und Frieden das ganze Volk entscheiden solle; ich glaube weder an den unbedingten Vorzug des Einkammersystems, noch an den des allgemeinen, direkten Kopfwahlrechts. In großen Massenversammlungen, ja selbst in vielen Parlamenten

[1]) Internationale Monatsschrift für Wissenschaft, Kunst und Technik. Nr. 1, Oktober 1911.

habe ich stets wesentlich die eine Gefahr gesehen, daß Gefühl und Leidenschaft den Verstand, die Sachkenntnis, die Fähigkeit zu weitsichtigen, sachgemäßen Entscheidungen überwiegen.

Ich betrachte es nun als einen großen Fortschritt, daß langsam, aber sicher in den besseren, in den gebildetsten Teilen der Demokratie selbst die Einsicht in die genannten Schwächen und Grenzen aller demokratischen Einrichtungen erwacht ist. Als Herr und Frau Webb in ihrer Geschichte und Darstellung des englischen Gewerkvereinswesens den Nachweis geliefert hatten, daß diese Verbände zu ihrer Gesundung in dem Maße kamen, als sie die anfänglich vorhandenen urdemokratischen Einrichtungen abstreiften und in sich selbst eine Arbeiteraristokratie und eine Arbeiterbureaukratie schufen, welche die Arbeitermassen leiten, stimmte ich ihnen in meinem Jahrbuche XXV (1901) lebhaft zu. Und mit ähnlichen Empfindungen möchte ich heute ein paar Worte über ein lehrreiches und geistvolles Buch eines deutschen, radikalen Gelehrten, Robert Michels, sagen, den seine bisher geäußerten Anschauungen zurzeit verhindert haben, ein deutsches Katheder zu erlangen [1]).

Robert Michels, der Neffe des bekannten Handelskammerpräsidenten Michels in Köln, der Schwiegersohn eines Halleschen Universitätshistorikers, jetzt Professor in Turin, war bisher der wissenschaftlichen Welt wesentlich als sozialistischer und demokratischer Heißsporn bekannt. Von dem oben genannten Buche könnte man fast versucht sein zu sagen, es stelle seine Umwandlung aus einem Saulus in einen Paulus dar. Und doch wäre es falsch, zu behaupten, er verleugne hier seine radikale Vergangenheit. Er verbindet nur seine bisherigen Ideale mit dem ihm aufgegangenen historischen und psychologischen Verständnis, daß die europäische Demokratie in eine Krisis eingetreten sei, daß überhaupt alle ausreifende Demokratie zu einer demokratischen Aristokratie und Bureaukratie hinführe.

Er geht von dem Nachweis aus, daß alle direkte Massenherrschaft mechanisch und technisch unmöglich sei, daß alle demokratischen Bildungen Führerschaften erzeugten, daß die Entstehung von Führern eine notwendige Arbeitsteilung darstelle, daß zumal für die Zeiten starker politischer Kämpfe kriegführende Parteien die nötige Befehlskonzentration wie Entschlußfähigkeit nur durch eine Art militärischer Unterordnung unter ihre Führer erhalten. Er schildert das Führungsbedürfnis, das Verehrungsbedürfnis der Massen, die Heiligsprechung der sozialistischen Führer nach ihrem Tode, die massen- und individual-psychologischen Folgen, welche Rednertalent, Berühmtheit, Willenskraft nach sich ziehen. Er zeigt dann, wie zwischen den Führern und den

---

[1]) R. Michels, Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie. Philos-soziol. Bücherei XXI. Verlag von W. Klinkhardt. 8°, 401 S. 1910.

Geführten wachsende Bildungsunterschiede entstehen, wie die Routine der Herrschaftsmittel sich ausbilde, wie die Inkompetenz der Massen die Unentbehrlichkeit der Führer in steigendem Maße erzeuge.

Er schildert weiter den Herrschaftscharakter der sozialdemokratischen Führer, besonders der deutschen, und zeigt, wie wenig die Erwartung, daß die immer wieder nach kurzer Zeit von der Demokratie in Bewegung gesetzte Wahlmaschine stets andere Führer emporhebe, sich bestätige, wie die lebenslängliche Erneuerung der Mandate gerade hier zur Regel werde, während die deutschen Minister durchschnittlich nur 4½ Jahre amtierten. Die Dankbarkeit der Massen, die Unersetzlichkeit der Führer, die Einsicht in die Schäden alles Wechsels, die Übung der Führer, sich, ihre Freunde und Söhne wechselsweise zu empfehlen, hätten an diesem Erfolge ebenso teil, wie die Treue an den ergriffenen Prinzipien und die gemeinsamen Schicksale. Und zu den ideellen Momenten komme bei der deutschen Sozialdemokratie die Gewohnheit, viel mehr als in andern Ländern ihre Führer, Sekretäre, Redakteure nicht glänzend, aber auskömmlich zu bezahlen. Unbezahlte Arbeit, wie in den älteren Aristokratien, sei hier nicht möglich oder sogar schädlich. Jedenfalls gebe dieser Umstand der deutschen Sozialdemokratie einen ganz anderen Charakter, als der entsprechenden Partei in Holland, Frankreich, Italien, die durch die reichsten Männer der Partei unentgeltlich geleitet würden, deren unbemittelte Führer durch fette Ämter immer wieder in andere Lager sich locken ließen.

Michels verkennt dabei gar nicht die Schattenseite des wachsenden Beamtenheeres der Partei, die vor allem in der finanziellen Macht der oberen Führer liege: „In der Hand der Partei-Bureaukratie liegen die Presse, der Schriftenverlag und -vertrieb, die Aufnahme von Rednern in die Listen der bezahlten Agitatoren. Alle diese Einnahmequellen kann sie unliebsamen Konkurrenten oder unzufriedenen Elementen aus der Masse jederzeit sperren und sperrt sie nötigenfalls auch tatsächlich. Die Machtkonzentration in den marxistischen Parteien ist offensichtlicher als die marxistische Kapitalskonzentration im Wirtschaftsleben." „Byzantinismus und Kadavergehorsam entstehen notwendigerweise auch in der Arbeiterpartei."

Ein weiteres Hauptmittel, die Macht der Führer zu stärken, sieht Michels in der Presse. Mit dem Wachstum der Partei, mit ihrer Ausdehnung auf gewerkschaftliche und genossenschaftliche Tätigkeit wachse die Ohnmacht der Massen der leitenden Minorität gegenüber. Die Bemühungen, durch Dezentralisation dieser Herrschaft der Führer entgegenzuwirken, scheitern naturgemäß an dem nur durch Zentralisation erhaltbaren Machtbedürfnis der Partei. Auch aus allen Kämpfen der Führer untereinander gehe immer wieder der Sieg der leitenden Männer hervor.

Eine psychologisch historische Untersuchung, die nebenbei auf den Bona-

partismus eingeht, sucht den Nachweis der historischen Notwendigkeit zu führen, welche alle Demokratie zur Oligarchie dränge. Und diese Untersuchung ergänzt dann Michels durch die soziale Analyse der Führerschaft, hauptsächlich in der deutschen Sozialdemokratie, wobei mit schlagender Sachkenntnis hauptsächlich die der Bourgeoisie entstammenden den Arbeiterführern proletarischer Abstammung entgegengesetzt werden.

Michels schildert zuletzt alle Versuche der Bekämpfung der neu entstandenen Führerschaft innerhalb der Demokratie; er weist nach, wie das Referendum, der französische Syndikalismus und der Anarchismus die natürlichen, aber gänzlich resultatlosen Anläufe seien, in denen die Demokratie versuche, ihrem notwendigen Schicksale zu entrinnen.

Und was ist nun die Synthese, zu der der Verfasser kommt? Sie ist vom Standpunkt des Radikalismus ganz pessimistisch. Er fragt: Ist es unmöglich, daß eine demokratische Partei, trotzdem sie unrettbar der Oligarchie verfällt, dauernd eine demokratisch revolutionäre Politik verfolgt? Er antwortet: Sie kann vielleicht in erschöpfendem Kampfe eine bestehende andere Oligarchie, zum Beispiel die der feudalen, der Mittelklassen verdrängen; aber die Regel wird sein, daß die Demokratie auf dem Wege zur Macht, je größer die Partei, ihre Kadres, ihre Führerschaften werden, desto vorsichtiger wird; sie verliert ihre revolutionäre Energie; sie geht auf in der Organisierung ihrer Bureaukratie, ihrer Hierarchie, in der Füllung ihrer Kassen, sie verfällt der Furcht, durch eine energische, wagemutige Taktik alles aufs Spiel zu setzen; die Organisation wird aus einem Mittel zum Selbstzweck; die Partei verliert mit der Entwicklung ihres Ruhebedürfnisses ihre revolutionären Giftzähne, sie wird zu einer konstitutionellen Oppositionspartei. Ihr Haß gilt nicht mehr den Gegnern ihrer Weltanschauung, sondern den Inhabern der Stellen, die ihre Führer selbst haben wollen.

Michels erinnert an Mommsens Wort, daß jede Demokratie stets sich selbst vernichte. Er zitiert Rousseaus Ausspruch: A prendre le terme dans la rigueur de l'acception, il n'y a jamais existé de véritable démocratie et il n'en existera jamais. Il est contre l'ordre naturel que le grand nombre gouverne et que le petit soit gouverné. Den Satz, daß die Demokratie das Grab der persönlichen Freiheit sei, gibt er durch die Antithese zu: „Wo die sozialistische Theorie darauf ausgegangen ist, die persönliche Freiheit mit Garantien zu umgeben, ist sie entweder im Uferlosen des Individualanarchismus geendet oder hat sich in Vorschlägen ergangen, die das Individuum zum Sklaven machen würde." Er ruft Alex. Herzen dafür an, daß alle sozialen Kämpfe nur die Bemühung der Niedrigen darstelle, die Plätze der Geizigen zu erhalten, und daß sie dann selbst geizig würden.

Und doch hat er neben all diesen Verzweiflungsaussprüchen eine Hoffnung, die sich mit Recht an eine vernichtende Kritik von Marx und den Marxisten

anschließt. Er sagt, sie haben eine ökonomische Doktrin von großer Anziehungskraft geschaffen, aber sobald sie sich auf staats- und verwaltungsrechtlichen sowie auf psychologischen Gebieten bewegen, fehlt ihnen jede elementarste Ahnung. Ich habe öfters ähnliches über Marx und die Marxisten gesagt. Marx weiß, sagt Michels, zuletzt nichts anderes als die Diktatur des Proletariats. Marx denkt sie sich als etwas Vorübergehendes. Sie wäre in Wirklichkeit die dauernde Diktatur einiger oligarchischer oder gar eines einzigen Führers, eines Cäsars oder Napoleons.

Indem er so den Marxismus schroff ablehnt, glaubt er doch im älteren französischen Sozialismus von St. Simon, Fourier, Considérant und in Männern, die sich, wie er glaubt, ihnen anschließen, wie Gaetano Mosia, Velfredo Pareto, Taine, Gumplowitz den Rettungsanker zu finden. In der Formel Considérants, die er als demokratisch-pazifistischen Sozialismus bezeichnet, findet er das Wort der Erlösung: das Ziel ist nicht die Beherrschung der Gesellschaft durch die niederen Volksklassen, sondern die Regierung und Organisation der Gesellschaft im Allgemeininteresse mittels der hierarchischen Intervention einer mit dem Grade der Entwicklung steigenden Anzahl von Staatsbürgern.

Michels endet mit der richtigen Erkenntnis, daß das Problem des Sozialismus nicht ein solches der Ökonomie, sondern der Psychologie, der Verwaltungstechnik, der Verfassung sei. Schade, daß ihm seine großen Studien in der heutigen, hauptsächlich ausländischen sozialen Tagesliteratur nicht Zeit gelassen haben, sich in die deutschen Rechts-, Wirtschafts-, Verfassungs- und Verwaltungs-Historiker und Nationalökonomen zu vertiefen, die seit ein bis zwei Generationen schon zu dieser Erkenntnis gekommen sind. Ich glaube, wenn er auch nur die einschlägigen sozialen Kapitel meines Grundrisses der allgemeinen Volkswirtschaftslehre gelesen hätte, so würde er gesehen haben, daß eine große Entwicklung der deutschen Staatswissenschaften ihm bisher unbekannt blieb, und daß man zur Lösung der von ihm erörterten Probleme vor allem beginnen muß mit den Fragen: wie kann die Menschheit zu Staatsgewalten kommen, die über Parteien und Klassen stehen, wie hat nach und nach eine Gerechtigkeit übende Gerichts- und Staatsgewalt sich gebildet, welche verschiedenen Spielarten der Aristokratie, der Oligarchie, der Demokratie hat es bisher gegeben, und welche aufsteigenden Entwicklungslinien deutet die welthistorische Ausbildung dieser Tendenzen und Institute an.

Immer bleibt das Buch von Michels ein anziehendes, lehrreiches: es ist mit dem Mut geschrieben, der nicht davor zurückschreckt, die eigenen bisherigen Ideale zu prüfen, zu negieren; es zeigt einen eleganten Schriftsteller und einen Gelehrten, der noch eine Zukunft vor sich hat, so wenig er hier die einseitigen Parteiphrasen und Parteiurteile seiner radikalen Vergangenheit schon ganz abgestreift hätte.



Die einhundertzehn Sozialdemokraten im deutschen Reichstage[1]).

Die sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten hatten 1881—1903 an Zahl von 12 auf 81 zugenommen. Bei den Wahlen von 1907 gelang es Bülows Staatskunst, sie auf 43 zu beschränken. Bei den Nachwahlen stiegen sie auf 52. Bei den Neuwahlen 1911 war jedenfalls wieder auf eine bedeutende Zunahme zu rechnen. Und doch waren die meisten Philister und Alltagsseelen ganz überrascht von den 110; jeder weitsichtige Politiker freilich hatte derartiges seit dem Sturze Bülows erwartet. Die, welche ihn gestürzt, welche die Erbschaftssteuer zu Fall gebracht, zumal die, welche diese schon halb gebilligt hatten, dann aber meinten, daß der Fall der Steuer auch den Reichskanzler stürzen helfe, tragen die eigentliche Verantwortung für die 110 Sozialdemokraten. Auf 60—80 mußte man jedenfalls rechnen. Das Plus ist falscher Parteipolitik und der der offenen und heimlichen Gegner Bülows auf das Konto zu schreiben.

Reinster Jubel über die 110 herrschte bei der Masse der Sozialdemokraten. Nicht bei ihren klügeren Führern. Ich weiß sicher, daß einer ihrer weitsichtigsten sagte: „Achtzig wären besser gewesen; wir wären stärker, wenn die dreißig unbedeutendsten der Gewählten durchgefallen wären." Die Ursache dieses Urteils liegt auf der Hand. Die Sozialdemokratie ist heute im Begriff, sich eine nach Hunderten und Tausenden zählende Aristokratie und Bureaukratie, letztere zum Teil mit ganz erheblichen Gehalten, auszubilden. Es ist die in jeder Demokratie eintretende Phase, von der Mommsen einmal sagte, daß sie jede Demokratie mit der Zeit vernichte. Ich glaube nicht, daß Mommsen da ganz recht hatte. Aber sicher ist, daß diese Bewegung mit erheblichen Gefahren für die Partei verbunden ist, und daß diese um so größer werden, wenn die Entwicklung zu schnell geht, wenn die Erziehung der führenden Kräfte zu Intelligenz und Charakter nicht den äußeren Erfolgen um vieles voraus ist.

Der Schrecken, den die 110 in regierenden und bürgerlichen Kreisen verbreiteten, ist begreiflich, wenigstens wenn man die politischen Massen in ihrem Urteil niedrig einschätzt. Was zeigen aber die 110 wirklich? Nicht

---

[1]) Neue Freie Presse (Wien) Nr. 17106 vom 7. April 1912.

daß die organisierte Sozialdemokratie plötzlich die doppelte und dreifache Stimmenzahl und Macht habe wie 1907, sondern nur, daß sehr breite Schichten des Mittelstandes und der unteren Klassen mit der Reichsregierung unzufrieden sind, daß sie die Art der Reichssteuerreform und den Sturz Bülows mißbilligen. Mag die Sozialdemokratie an Stimmenzahl gewachsen sein und noch weiterhin etwas wachsen; von den 13—14 Millionen Wahlberechtigter, von den 11—12 Millionen abgegebener Stimmen, die wir heute haben, wird auch in aller Zukunft die organisierte Sozialdemokratie für sich allein nicht leicht sehr viel mehr als 1,5—2 Millionen aufbringen. Von einer Möglichkeit einer rein sozialdemokratischen Majorität im Reichstage kann keine Rede sein, wenn nicht unglaublich falsch regiert wird. Wir können bei einer guten Wahlparole und geschickter Leitung unserer Geschicke ebensogut wie 1907 wieder eine Reduktion der sozialdemokratischen Stimmen bei der nächsten Wahl erleben.

Die Sozialdemokratie als politische Partei ist gewiß eine großartige politische Vereins-, Kassen- und Machtorganisation. Sie steht über den meisten anderen deutschen Parteiorganisationen. Aber sie ist gegenüber unserer festfundierten, mit enormen Machtmitteln ausgestatteten Reichs-, Staats- und Beamtenorganisation, gegenüber unserer Heeresverfassung, gegenüber allen anderen erhaltenden Elementen und Organisationen unseres deutschen Vaterlandes doch nur eine mäßige Kraft. Sie ist in sich selbst keine Einheit, so geschickt sie auch darnach strebt. Sie hat in sich die große Gefahr, daß der Radikalismus die Notwendigkeit einer aristokratisch-bureaukratischen Führung nicht begreift, den hervorragenden Charakteren auf die Dauer die Führung nicht läßt; sie begreift nicht, daß sie, wie einst der fortschrittliche Liberalismus, nur im Bunde mit anderen nahestehenden Elementen wirklich große Erfolge erzielen kann. Seit sechs bis sieben Jahren erweitert sich die Kluft zwischen der politischen Partei und den freien Gewerkschaften. Es ist ein Zeichen unglaublicher Borniertheit oder Ohnmacht der Führer, daß die Partei sich jetzt weigerte, die Anstandspflichten des Präsidiums gegenüber dem Kaiser zu erfüllen, denen ihre Genossen in den Einzelstaaten nachkommen. Es ist eine ebenso große Dummheit in ihrer Führung, daß sie jetzt im Ruhrgebiet einen Streik begann, den sie heute schon verloren hat, den sie nur im Verein mit den christlichen Gewerkschaften beginnen durfte.

Von einem künftigen Siege der Sozialdemokratie in Deutschland, so daß sie unsere Staats- und Wirtschaftsverfassung nach ihren doch zum größeren Teil utopischen Idealen umgestalten könnte, kann nach meinem Urteil in aller Zukunft nicht die Rede sein; und ich hoffe, daß vier Fünftel der deutschen Nation, Regierungen und Volk, ebenso denken und jeden Versuch dazu im Keime ersticken würden. Ich zweifle nicht daran, daß ein erheblicher Teil

der ausgereifteren Führer der Sozialdemokratie ebenso denkt, wenn sie auch die Sonntagsideale vergangener Tage äußerlich noch nicht abschwören können und wollen. Ich bin ganz sicher, daß jeder ernstliche Anlauf zu solcher Revolution eine für die Sozialdemokratie vernichtende Reaktion zur Folge hätte, die zugleich ein gut Teil unserer gelungenen Sozialreform in Frage stellen könnte, wie sie unsere Industrie mit Ruin bedrohte.

Für ebenso unmöglich aber halte ich die Hoffnungen gewisser ultrakonservativer Kreise, gewisser Großgrundbesitzer und Großunternehmer, ein „starker" Mann in der Regierung könnte mit Ausnahmegesetzen, Staatsstreich und Gewalt die ganze heutige Sozialdemokratie, die ja nur das Erzeugnis einzelner Theoretiker und Agitatoren sei, wieder beseitigen. In solcher Auffassung sehe ich eine gänzlich unhistorische Verkennung der ganzen politischen und sozialen Gegenwart. Die Sozialdemokratie ist doch nur ein Glied in der geistigen und materiellen ungeheuren Umbildung unserer gesellschaftlichen Zustände; sie enthält große Verirrungen und utopische Hoffnungen, die man bekämpfen muß, die aber durch den Prozeß der Geschichte nach und nach selbst zurücktreten werden. Das zeigt sich schon in dem Unterschied von Marx und Liebknecht sen. zu dem den Generalstreik abschwörenden Bebel, in dem Unterschied der heutigen Führer zu den Revisionisten, die deren Erbe antreten werden. Mit jedem Jahr ruhiger politischer Entwicklung, mit jedem Jahr praktischer Mitarbeit der Sozialdemokratie an der laufenden Staatsverwaltung verliert sie einen oder zwei ihrer revolutionären Giftzähne. Wird sie doch darum von den viel kleineren, aber viel radikaleren sozialistischen Parteien unserer Nachbarn häufig als eine zahme, patriotische Philisterpartei gescholten, die Marx und die Revolutionsideale verleugne. Sie enthält heute schon und wird es künftig noch mehr enthalten, viel des Berechtigten und Gesunden, das man nicht mehr auszumerzen wünschen kann, das sich mit den besten Idealen und Traditionen des deutschen Staatslebens teils deckt, teils verträglich ist. Wie oft hat man den Staat Friedrichs des Großen einen sozialistischen genannt! Wie hat man unsere Stein-Hardenbergsche Agrarreform als sozialistisch verdächtigt; ebenso unsere Eisenbahnverstaatlichung, unsere Arbeiterversicherung!

Nein, mit der gewaltsamen Vernichtung der Sozialdemokratie ist es nichts. Sie muß, so wie sie geworden ist, ertragen und eingefügt werden in unseren Staats- und Gesellschaftsorganismus; man muß lernen, sie zu verstehen, wie sie lernen muß, die anderen Parteien und Elemente unseres Volks- und Staatslebens zu begreifen. Man muß ihren falschen Idealen stets mit Energie entgegentreten, aber das schließt nicht aus, daß man im übrigen sich mit ihr über Einzelfragen, über einen Modus vivendi bezüglich der täglichen kleinen Notwendigkeiten des politischen und wirtschaftlichen Lebens verständigt.

Eine Partei, welche über 80 bis 110 Sitze im Reichstage verfügt, welche Tausende ihrer Mitglieder in die Selbstverwaltungsämter entsendet, kann von den Regierungen und den anderen Parteien nicht mehr behandelt werden, als existierten sie nicht, als seien sie nicht gleichberechtigt. Vollends wenn ihre Mitarbeit in Kommissionen, in der lokalen Verwaltung ganz überwiegend als eine nützliche betrachtet werden muß; als eine nützliche von den Urteilsfähigsten heute für die Selbstverwaltung, als eine noch nützlichere für die politische Erziehung der Sozialdemokratie selbst angesehen wird. Mögen ihre Führer teilweise denen der anderen Parteien noch so unangenehm sein, das Wesentliche der neueren Entwicklung ist doch, daß ein steigender Teil dieser Führer durch harte Lebensschule und lange praktische Erfahrungen gemäßigter und versöhnlicher geworden ist. Niemand kann sich heute der Erkenntnis verschließen, daß nur durch die Herrschaft dieser Führer über die Masse der Arbeiter diese in den Bahnen vernünftiger Forderungen gehalten werden können, daß die Arbeitermassen durch sie allein wieder diszipliniert und halbwegs leidlich und friedlich in das Ganze von Staat und Volkswirtschaft eingefügt werden können. Einstens sind die revolutionären Zünftler auch nur durch die Herrschaft der Meister, die man sie endlich aus ihrer Mitte wählen ließ, wieder vernünftig und lenkbar geworden; sie sind aus Revolutionären, welche sie hundert Jahre lang waren, für mehrere hundert Jahre konservativ, ja überkonservativ geworden.

Es wird mir eingeworfen werden: jedes Paktieren mit der Sozialdemokratie bedeute Anerkennung der demokratischen Republik oder des Kommunismus. Eine fast kindliche Auffassung! Bedeutet denn das Paktieren eines Protestanten mit dem Zentrum in einer Gesetzgebungsfrage Anerkennung aller päpstlichen Forderungen? Alle Politik besteht aus Kompromissen verschiedener prinzipieller Standpunkte. Warum soll die Anerkennung einer Lohnmindestforderung Kommunismus sein, wenn begrenzte Hunderttausende von Staats- und Kommunalbeamten auf feste, amtlich geregelte Gehalte gesetzt sind!

Mit keinem Wort wird mehr Mißbrauch getrieben, als mit dem Wort Kommunismus, wie schon Bismarck es aussprach. Jeder nennt so, was ihm nicht paßt. Die Politiker und Praktiker, die den Mechanismus des Marktes, der Preisbildung, wie sie sich 1770—1870 gestalteten, wie es der individualistischen Naturlehre der Volkswirtschaft entsprach, allein genauer kennen und für das allein Normale halten, verurteilen alle die neueren Organisationen wachsender wirtschaftlicher Vergesellschaftung, die ihnen unbequem sind, als Kommunismus, und sie nehmen fälschlich häufig an, daran seien hauptsächlich sozialistische Arbeiter schuld, während diese sogenannten „kommunistischen" Neueinrichtungen fast mehr von den Regierungen und den Unternehmern ausgingen: so die staatliche und kommunale Bankorganisation, alle Verstaat-

lichungs- und Kommunalisierungstendenzen, alle Kartelle und Trusts; das alles sind Anläufe zur wachsenden Vergesellschaftung, können als kommunistischer Tendenz verdächtig angeklagt werden.

Ich will dabei nicht stehen bleiben, wohl aber noch einen Blick werfen auf die heute im Mittelpunkte der Tagesinteressen stehende Frage der Lohnbildung, des Koalitions- und Streikrechtes, der Entscheidung der Lohnhöhe durch Schiedsgerichte oder gar Staatsorgane.

Das ältere Recht hat lange Zeiten hindurch alle Lohnverabredungen und Arbeiterkoalitionen verboten, dann sie 1824—1875 mehr oder weniger zugelassen, weil die individualistische wirtschaftliche Freiheitslehre alle Schranken der Preisbildung beseitigen wollte. Von da bis heute sind die Arbeitseinstellungen und Aussperrungen von kleinen, lokalen, unbedeutenden Streitigkeiten zu einem Umfange angewachsen, daß sie als Katastrophen der Volkswirtschaft und des Staatslebens erscheinen. Der revolutionäre Syndikalismus Frankreichs träumt davon, durch den Generalstreik die ganze heutige wirtschaftliche Organisation zu beseitigen. Unterdessen haben überall Versuche eingesetzt, am weitestgehend in den englisch-australischen Kolonien, durch Schiedsgerichte die strittigen Fragen des Arbeitsvertrages zu lösen. Doch stehen dem eine Menge bestehender Markttraditionen, die Abneigung der Unternehmer zu Unterhandlungen und vollends zur Übertragung derartiger Kompetenzen an Staatsorgane im Wege, zumal wenn die staatlichen Schiedssprüche Zwangskraft haben sollen. Und nicht bloß dies; noch mehr steht die Schwierigkeit des Problems und die Schwierigkeit, die rechten Personen und Kompetenzen hierfür zu finden und festzustellen, dieser Entwicklung hemmend und verlangsamend entgegen. Und doch hatte schon Rodbertus prophezeit, es werde bald eine Zeit kommen, in der man jeden für verrückt halte, der das Recht für jedes Individuum oder für Gruppen von solchen beanspruche, beliebige gesellschaftliche Funktionen einzustellen.

Das bisherige freie Koalitions- und Streikrecht ist erst zu beseitigen, wenn die Schäden des jetzigen Rechtes mehrmals so furchtbar klar zutage treten, wie in den neunziger Jahren in Australien und jetzt in England, und wenn die theoretischen und praktischen Anschauungen über Preisbildung und Preissetzung durch Schiedsgerichte und Staatsorgane sich weiter umgebildet haben werden. Aber wir sind dieser Umbildung doch sehr nahe: Unternehmer und Arbeiter werden einsehen, daß sie beide, wie die ganze Volkswirtschaft ungeheuer gewinnen, wenn sie bei verschiedener Ansicht über normale gerechte Löhne sich nicht die Schädel einschlagen und die ganze Volkswirtschaft lahmlegen, sondern die Entscheidung sachverständigen Richtern übertragen, selbst auf die Gefahr hin, daß diese Entscheidungen einmal unrichtig oder zufällig wären, wie die jetzigen Zufallsentscheidungen durch die Markt- und Machtkämpfe der Organi-

sationen es ja auch oft sind. Unternehmer und Arbeiter werden das einsehen, wenn sie begriffen haben, daß die ganze alte Preislehre falsch war, die einen normalen Preis nur da sah, wo er durch Wert- und individuelles Feilschen der Anbietenden und Nachfragenden entstanden war. Ich habe in meinem Grundriß der „Allgemeinen Volkswirtschaftslehre" (II, §§ 173—175) gezeigt, wie zu allen Zeiten neben den Marktpreisen von Behörden und Interessentengruppen gesetzte Taxpreise vorkamen. Wo sie richtig gemacht wurden, haben sie natürlich auch Angebot und Nachfrage entsprechend berücksichtigt, und dann haben sie sich bewährt. Solche Taxpreise haben in den letzten vierzig Jahren auf vielen Gebieten der Volkswirtschaft wieder sehr zugenommen; sie passen natürlich nicht überall hin und sind — wo sie die eine Hälfte der Interessenten allein feststellt, wie das meist bei den Kartellpreisen geschieht — nicht immer richtig. Aber sie haben noch eine große Zukunft überall da, wo es gelingt, gute gemischte Organe dafür zu schaffen. Am dringlichsten sind sie heute für die Lohnfragen und was damit zusammenhängt. Es wird vielleicht noch ein ganzes Menschenalter dauern, bis die nötigen Einrichtungen sich voll durchgekämpft, die Anschauungen sich umgebildet, das Mißtrauen gegen derartiges sich ganz gelegt hat.

Dann werden aber auch nicht mehr konservative Zeitungen Lohnfestsetzungen durch Schiedsgerichte und Mindestlöhne als Kommunismus bezeichnen, wie es jetzt geschehen ist. Dann werden Streiks und Aussperrungen von selbst aufhören. Dann werden die Wahnvorstellungen über die möglichen revolutionären Folgen des Generalstreiks verschwinden. Dann wird das heutige Recht gemeinsamer Arbeitseinstellung von selbst obsolet werden. Dann haben sich die Hoffnungen von Rodbertus erfüllt! Dann wird die deutsche Sozialdemokratie etwas anderes sein als heute!

Das alles seien vage Zukunftsträume, werden die Schwarzseher rufen. Gewiß sind es Erwartungen, deren Eintreffen niemand mit absoluter Sicherheit voraussagen kann, schon weil Krieg, Revolution und andere große Völkerschicksale eingreifen können, und weil jedes glückliche Gelingen großer Reformen, neben günstigen allgemeinen Bedingungen, abhängt von der Klugheit, der Weitsicht und der Charakterstärke der leitenden Staatsmänner und Parteiführer. Aber deshalb kann man doch eine Reform, wie ich sie schilderte, für möglich halten; sie kann bei uns so gut gelingen, als es einst dem römischen Patrizierstaate gelang, die Plebs, die auch staatsartig fest in sich organisiert war wie die heutige Sozialdemokratie, dem Patriziat ebenso feindlich gegenüberstand, doch zuletzt ihrem Staatswesen versöhnlich einzufügen. Aus dieser Einfügung und Versöhnung ist erst die wahre Größe des römischen Staatswesens hervorgegangen.

Demokratie und soziale Zukunft[1]).

Wir leben in einer Epoche der größten geistigen und materiellen Veränderungen, in einer Zeit von technisch wirtschaftlichen, sozialen, politischen und Verfassungsumwälzungen, wie sie die Menschheit eigentlich seit einigen tausend Jahren nicht gesehen hat. Daher die stets erneute Frage: wohin geht die Reise? Daher in jeder denkenden Menschenseele der Versuch, das Ideal der neuen Zeit zu bestimmen, an der sich vollziehenden Umwertung so vieler Werte vernünftig teilzunehmen. Daher das Heer von Zukunftstheorien in Religion, Sitte, Recht, Staat, Volkswirtschaft, Völkergemeinschaft. Alle Temperamente, alle Bildungs- und Berufsschichten, alle Parteien und Klassen nehmen daran teil, jede von ihrem Standpunkt aus; fast jede in ihrer Art in einzelnen Punkten berechtigt, in anderen Verkehrtes erhoffend. Der konservative Realpolitiker sieht überwiegend das Bleibende, der sanguinische Idealist das Kommende; jeder macht daraus nach Welt- und Menschenkenntnis, nach historischer und sonstiger Bildung seine Zukunftstheorie; die meisten verstehen die Ideale der anderen nicht. Aber der Mann der Wissenschaft hat die Pflicht, in das Verständnis aller dieser Theorien einzudringen, so absurd die extremen derselben sein mögen. Und es ist der Mühe wert, sie verstehen zu lernen, sie zu analysieren nach Persönlichkeit, Bildungselementen, Zeit und Ortsverhältnissen, aus denen sie entstanden sind.

Unter den sozialpolitischen Führern und Schriftstellern der deutschen Gegenwart nimmt Friedrich Naumann eine hervorragende, wenn auch keine leitende Stellung ein. Er ist einer der größten und am liebsten gehörten politischen und sozialen Redner unserer Tage; Sachse von Geburt, Prediger von Beruf, schwungvoller Idealist von Temperament hat er sich vom theologischen Studium und von Pfarrhaus und Kanzel hinüber entwickelt zum Volks- und Parlamentsredner; er wollte eine nationalsoziale Partei gründen, was ihm mißlang; aber es ist ihm gelungen, die fortschrittlich-manchesterlichen Parteipolitiker mit solch starkem Tropfen sozialen Öls zu salben, daß die Vorfahren der heutigen Volkspartei ihre heutigen Nachfahren kaum mehr erkennen würden. Er ist auch ein so glücklicher Tagesschriftsteller, daß er in weitesten Kreisen gern

[1]) Soziale Praxis und Archiv für Volkswirtschaft XXII. Jahrg., Nr. 6, vom 7. November 1912. Sp. 145–151.

gelesen wird; und er hat seine Leser in der Hütte der Arbeiter, in den Studierstuben der akademischen Jugend, in dem Boudoir der Millionärsfrau wie in den Kabinetten der Geheimräte und Minister. Ich hörte mal aus dem Munde eines preußischen Staatsministers ein begeistertes Lob einer seiner Schriften.

Man pflegt ihn gewöhnlich zu charakterisieren als ein Bindeglied zwischen dem Kathedersozialismus und der Sozialdemokratie; doch hat er bei dem Verein für Sozialpolitik nicht mehr als einige Gastrollen gegeben, und von den meisten politischen Idealen der Sozialdemokratie trennt ihn ein tiefer Abgrund. Er glaubt noch an die Monarchie; unseren Kaiser weiß er in dithyrambischem Schwunge zu preisen. Er ist in gewissem Sinne ganz Realpolitiker neben all seinem Idealismus; er lebt seit mehreren Jahrzehnten so ganz der Tagespolitik, daß er das Parteileben genau kennt, für alle führenden Persönlichkeiten einen guten Blick hat. Die Schilderungen, die er von den Führern der Sozialdemokratie gibt, sind lebensvoll und zutreffend. Und doch fehlt ihm so vielfach das innere, das historische Verständnis unserer deutschen politischen und wirtschaftlichen Zustände. Seine persönlichen politischen Ideale geben allem, was er denkt, predigt, schreibt, doch noch mehr die Farbe als seine realistische Lebenskenntnis.

Das Zukunftsideal, das ihn erfüllt, ist ein Deutsches Reich von 80 Millionen Seelen, das von einer demokratischen Reichstagsmehrheit parlamentarisch regiert wird. Um dahin in zwanzig Jahren zu gelangen, rechnet er auf eine kapitalistische Industrialisierung aller deutschen Lande, auf den vollen Sieg des Freihandels, auf eine riesenhafte Industrieproduktenausfuhr, auf eine allgemeine Verbreitung des bäuerlichen Kleinbetriebs. Diese Entwicklung denkt er sich durchgeführt durch eine fortschrittlich-sozialistische Majorität, welcher die Demokratisierung aller unserer Institutionen, die Versöhnung von Bourgeoisie und Arbeiterschaft und die Gewinnung des Kaisers für diese Politik gelinge. Die Sozialdemokratie brauche nur endlich einzusehen, daß sie durch Zustimmung zu einer großen Politik nach außen, durch Eintreten für Heer, Flotte und Kolonien regierungsfähig werde: „es ist die größte Torheit der Demokratie, daß sie sich bisher die Wucht dieses lebendigsten aller politischen Gedanken hat entgehen lassen." Sobald diese Mauserung der Sozialdemokratie vollzogen sei, werde Kaiser Wilhelm II., der im Grunde seines Herzens arbeiterfreundlich sei, der die Konservativen innerlich nicht liebe, zum Bunde mit der Demokratie bereit sein.

In diesem Bilde Deutschlands, vom heutigen und zukünftigen Deutschen Reiche, fehlt das meiste, was aus der Zeit vor 1866—1870 stammt. Bismarck habe das Reich gegründet auf Monarchie und allgemeines Wahlrecht; dieser deutsche Staat sei eine wirtschaftlich-fortschrittliche, antikonservative

Gründung; das 1870 siegreiche System sei militärisch-kapitalistisch. Nicht Nationalideen, sondern die preußische Militärmonarchie habe das Reich geschaffen; napoleonische Volkssouveränitätsgedanken hätten mitgewirkt. Unser jetziger Kaiser, mit seiner starken Persönlichkeit, sei der Mann, als modern demokratischer Cäsar aufzutreten. An die Stelle der Marxschen Diktatur des Proletariats habe die persönliche Diktatur des Kaisers zu treten, die den Industrialismus zum Besten der Demokratie durchführen werde.

Ich glaube kaum, daß Naumann heute noch diese seine Ideale ganz so formulieren wird; aber widerrufen hat er sie, so viel ich weiß, nicht. Wie dem aber sei und wie sehr auch einzelne Teile dieses Zukunftsbildes bei verschiedenen Parteien und Klassen Zustimmung fanden und noch finden, in seiner Totalität ist es nicht mehr als ein Traum, der sehr wenig Aussicht auf Verwirklichung hat.

Unsere Sozialdemokratie wird in absehbarer Zeit keine Millionen und Milliarden für Heer und Flotte und für eine kühne aktive Auslandspolitik verwilligen. Unser Kaiser ist keine cäsaristische Imperatorennatur. Das Bild, das sich Naumann von ihm macht, ist so falsch wie das, was er einst von Bülow zeichnete, in dem er vor 1908 nur den schwachen Kanzler sah, der mit dem Zentrum regieren wolle. In seinem Bilde von Deutschland sieht Naumann von den Einzelstaaten so ziemlich ab; er überschätzt die Möglichkeit, sie alle, einschließlich Preußens, durch eine sozialistisch-demokratische Reichstagsmajorität und einen eben solchen Reichskanzler abzuzwingen. Er entwirft in seinem Buche „Demokratie und Kaisertum“ von der agrarischen, der industriellen und der katholischen Aristokratie ein ziemlich richtiges Bild; er betont auch, wie mit raschen Schritten in der Arbeiterschaft eine neue Aristokratie entstehe; aber er vergißt ganz die geistige Aristokratie, die vom 17. bis 19. Jahrhundert die deutschen Staaten geschaffen hat und die heute noch regiert: das Beamtentum. Die deutschen Territorialstaaten bis 1866 erscheinen ihm nur als agrarische Großunternehmungen der Fürstenfamilien, womit ihre ganze Entwicklung in falsches Licht gestellt, karikiert wird.

Sein politisch-konstitutionelles Denken entbehrt der breiten historischen und rechtsvergleichenden Grundlage: er hält die Bildung einer demokratischen Reichstagsmehrheit, die eine Demokratisierung Deutschlands ohne weiteres durchführen, den Kanzler zum Organ der Reichstagsmajorität machen könne, für leicht möglich und für ganz sicher segensreich. Daß wir in Deutschland nicht das bequeme englische Zweiparteiensystem, das abwechselnd regiert, hätten, daran sei nur das böse Zentrum schuld. Mehr oder weniger hofft er doch auch für uns auf ein solches, jedenfalls auf eine absolute Herrschaft der Reichstagsmehrheit, die er sich nur als eine rein demokratische denken kann; die Zunahme der Bevölkerung und der Industrie müsse sie bringen. Die

tieferen, ernsten Untersuchungen über den englischen Parlamentarismus von Gneist an scheinen keinen Eindruck auf ihn gemacht zu haben. Und doch ist es eine unumstößliche Wahrheit, daß dieses System in England nur so lange ganz gut wirkte, als es keine soziale Frage gab, keine sozialen Reformen durchzuführen waren, als die aristokratischen Führer beider Parteien große Grundbesitzer mit ähnlichen Grundanschauungen über alle großen politischen Fragen waren. Wenn in unseren deutschen Parlamenten eine feudal-industrielle Partei mit einer demokratisch-sozialistischen in der Leitung abwechselte, so bedeutete das ein wechselndes Klassenregiment, bald zugunsten der besitzenden, bald zugunsten der nicht besitzenden Klassen. Dieser Wechsel würde uns zu Grunde richten. Darum bedürfen wir ein fürstliches Beamtenregiment über den Klassen und Parteien. Alles Große, was wir politisch geleistet haben, ist durch dieses geschaffen, obwohl es natürlich auch seine Schattenseiten hat. Aber sie sind jedenfalls nicht so groß wie die einer ultra-demokratischen Verfassung. In reichen großen Kulturstaaten bringt eine solche Bestechung, Käuflichkeit der Armen durch die Reichen, sie erzeugt unter demokratischen Formen eine skrupellose Plutokratie, welche macht, was sie will. Die zwei großen heutigen demokratischen Republiken, Frankreich und die Vereinigten Staaten, nähern sich bedenklich solchen Zuständen. Allerdings sieht Naumann auch die Schattenseiten der Demokratie, wenigstens der alten bürgerlichen Demokratie, wie wir sie in Deutschland bis 1870 hatten, die mit ihrem abstrakten Ideal der freien individuellen Persönlichkeit dem Staat und den Fürsten, der Kirche und dem Adel, dem Militär, dem Unternehmer, ja dem Nationalitätsgedanken negativ gegenüberstand, sie nörgelnd kritisierte und bekämpfte. Er meint aber, die heutige Demokratie, die aus dem freiesten geistigen Leben hervorgehe, die an die Volkssouveränität glaube, die Majorität des allgemeinen Wahlrechts zur Herrschaft bringe, komme über diese alten negativen Eigenschaften hinaus, zumal wenn eine demokratische Verfassung nicht bloß im Reich, sondern auch in Staat, Provinz, Kreis und Gemeinde eingeführt sei. Die demokratische Selbstverwaltung fehle uns noch so sehr.

Naumann hat mit gewissen Wünschen in dieser Richtung nicht unrecht. Aber er verkennt doch das Wesen der freien Selbstverwaltung, das er in erster Linie in der Verbreiterung des Wahlrechts und in Majoritätsbeschlüssen sieht. Eine gute Selbstverwaltung setzt natürlich ein entsprechendes Wahlrecht voraus; aber in ihrem Kerne beruht sie darauf, daß sie den durch Bildung und Einkommen dazu fähigen Bürgern bis in den höheren Arbeiterstand herein unbezahlte Ämter und Ehrenpflichten auferlegt, durch welche sie die Verwaltung und den Staat kennen lernen, durch sie staatliche und kommunale Zwecke begreifen und achten lernen. Die englische Selbstverwaltung ist aus dem von der Krone ernannten Friedensrichter erwachsen. Die preußische

Städteordnung hat so Wunderbares dadurch gewirkt, daß sie neben den besoldeten den unbesoldeten Stadtrat setzte, daß sie die laufende städtische Verwaltung nicht sowohl dem Stadtparlament zu Majoritätsbeschlüssen übergab, sondern Hunderte von Bürgern in kleinen städtischen Ausschüssen zur Erfüllung von Amtsgeschäften heranzog. Das Fassen von Majoritätsbeschlüssen in Provinzial-Departements, Gemeindevertretungen allein erzieht nicht zur gesunden Selbstverwaltung. Da ich auf diesem Standpunkt stehe, erscheinen mir die Urteile und Ideale Naumanns in bezug auf Demokratisierung der Selbstverwaltung zu einem erheblichen Teile als verfehlt.

Die rein wirtschaftlichen Ideale Naumanns kulminieren in der Verherrlichung des technischen Fortschritts, im Kampfe gegen den östlichen Großgrundbesitz („das Land der Masse"), in dem Glauben an die Siege des Kapitalismus und Industrialismus, in der Erwartung, daß der Freihandel wieder bei uns siege, in der Hoffnung auf eine zunehmende Arbeiterorganisation, wobei er aber auf die Gewerkschafts- und Genossenschaftsorganisation den Schwerpunkt legt, nicht auf die politische Organisation der Sozialdemokratie, endlich und vor allem auf den fortschreitenden Sieg der Großindustrie und ihrer Zusammenfassung in Kartellen. — Ich habe von diesen wirtschaftlichen und sozialen Idealen Naumanns eben in meinem Jahrbuch (B. 36 Heft 4) im Anschluß an die Neubearbeitung seiner „Neudeutschen Wirtschaftspolitik" (1911) eingehender geredet und will mich daher hier kurz fassen.

Seine sozialen und wirtschaftlichen Erörterungen und Ideale, so wenig ich ihnen in vielen Punkten entweder überhaupt oder in dem von ihm verlangten Tempo folgen kann, stehen doch nach meiner Auffassung höher als seine verfassungsgeschichtlichen Ausführungen. Auf wirtschaftlichen Gebieten hat er viel gesehen und gearbeitet. Hier handelt es sich viel mehr um Gegenwartsfragen, die er beherrscht. Da ist die Abwesenheit einer historischen Staatsauffassung und staatsrechtlichen Bildung viel weniger eingreifend und bestimmend als in den ganz großen politischen Fragen; ich will nicht sagen, daß er nicht auch in diesen da und dort einen klaren weiten, realistischen Blick zeige, wie zum Beispiel in den Heeres-, Flotten- und Kolonialfragen; aber im ganzen versagt er in diesen doch mehr als in den wirtschaftlichen Tagesfragen.

Auf dem ganzen Boden dessen, was man heute soziale Reform nennt, steht Naumann den Tendenzen, die unsere Wochenschrift verfolgt, ziemlich nahe; sie wird ihn da stets als wertvollen Mitkämpfer hochschätzen. Ein gut Teil seiner sozialen Gedanken stammt aus der Lektüre von den Schriften Brentanos und seiner Schule, wie er es selbst angedeutet hat. Auch ich selbst kann ihm, wenn auch entfernt nicht in allem, doch in vielem, was er über die heutigen sozialen Probleme, so über das Gewerkschafts- und Genossenschafts-

wesen, über die Sozialdemokratie und ihre Behandlung durch die übrigen Klassen sagt, mehr oder weniger zustimmen. Auf diesen Gebieten liegt auch die Kraft, die Schönheit, die Sprachgewalt, die Anschaulichkeit seiner Reden. Auch seinem begeisterten Lobe des deutschen Unternehmertums habe ich nicht zu widersprechen, zumal wo er von dessen technischen, kaufmännischen, organisatorischen Leistungen redet. Es ist ein Zeugnis seiner Unbefangenheit und seines Weitblicks, daß er, als Arbeiterfreund, das Unternehmertum so einschätzt. Nur soweit er in diesen Männern und ihren Organisationen in gewissem Sinne auch die politischen Führer Deutschlands, unter Ausschaltung unseres Beamtentums und unserer ländlichen Aristokratie, sieht, habe ich ernstliche Fragezeichen zu machen. An manchen Stellen spricht er von dieser unserer industriellen Aristokratie so dithyrambisch, daß man sich fast fragen könnte, warum der Zentralverein der deutschen Industriellen ihn nicht zum Ehrenmitglied ernenne.

Aber Scherz beiseite; wenn er den Kapitalismus und die Kartelle als das herrschende Zentrum der deutschen Volkswirtschaft, als den „Riesenbau“ feiert, dem „nur ein Unterbau der organisierten Arbeiter anzufügen sei“, wenn er eine freilich gesetzlich geordnete, neu gebildete Gesamtorganisation der Riesenaktiengesellschaften, Kartelle und Trusts gleichsam als einen Ersatz der Staats- und Reichsgewalt hinstellt, so kann ich solchen Phantasien nicht folgen. Er sagt, neben dieser neuen Organisation bleibe der Staat ein Großgeschäft, das man zur Erzeugung einiger Imponderabilien nötig habe, wie Heer, Verfassung, Recht, „ein Großgeschäft neben anderen, von dem es sich frage, ob es für alle Zeit das größte sein würde“. Ist das nicht Wasser auf die Mühle der Herren Bueck und Tille? Ist da nicht seine phantastische Ader mit ihm durchgegangen? Ist das nicht die Lehre von der Pensionierung der Staatsgewalt zugunsten der Kapitalmagnaten?

Den Weg zu dieser Zukunft, in welcher der Staat ein Nebengeschäft für Imponderabilien geworden ist, denkt sich Naumann sehr einfach. Er sieht nur eine einfache Alternative vor sich. Entweder gehen wir in nächster Zeit einer Reihe schlechter Jahre entgegen. Dann muß eine demokratische Antikornzoll-Liga entstehen und wird die bestehenden Regierungen beseitigen. Dabei werden die Fertigindustrie, die Exportindustrie die Führung erhalten, mit der siegreichen Demokratie die Herrschaft an sich reißen. Oder wir werden eine lange Reihe weiterer Aufschwungsjahre erhalten; dann wird die ungezügelte Herrschaft der Kartelle in solche Mißbräuche verfallen, daß die bestehenden Gewalten selbst die Arbeitermassen zu Hilfe rufen müssen, um die Mißbräuche zu beseitigen; dabei wird aber ebenso eine kapitalistisch-demokratische Verfassung der Volkswirtschaft entstehen.

Ich sage: weder der eine noch der andere Fall muß eintreten. Wenn sie

eintreten, und zwar mit den Folgen solcher Umwälzungen, so ist mir das Wahrscheinlichere, daß entweder eine militärische Diktatur oder die jetzige Monarchie mit dem Beamtum die Führung dabei hätte. Daß es dabei zu einer Art Pensionierung der Staatsgewalt kommen sollte, ist mir das Allerunwahrscheinlichste. Kommt es dabei förmlich zur Revolution, so kann vorübergehend eine sozialdemokratische Diktatur sich bilden. Sie wird aber rasch wieder verschwinden. Das viel Wahrscheinlichere ist, daß der bestehende Beamten- und Militärstaat, der allein Ruhe und Frieden und weitere Blüte der Volkswirtschaft garantieren kann, Herr über die Kartelle und die Arbeiterorganisationen wird und bleibt.

Der wichtigste Grund derartiger Zukunftsgedanken bei Naumann scheint mir stets darin zu liegen, 1. daß er von den Marxschen Gedanken des Klassenkampfes und seiner umwälzenden Folgen in übertriebener Weise beeinflußt ist, daß er in Anwendung dieser Marxschen Kategorien seiner Phantasie die Zügel schießen läßt; 2. daß er von dem heutigen Staats- und Verwaltungsmechanismus, von der Kraft und Bedeutung unseres Beamtentums ganz unzureichende Vorstellungen hat, und 3. daß er zwar glaubt, den negativ-liberalen Vorstellungen über Demokratie entronnen zu sein, daß er aber hier doch noch in dem Banne der alten demokratischen Vorstellungen der Jahre 1840—1870 lebt, demokratischen Formen eine Wunderkraft zuschreibt und für die Grenzen, innerhalb welcher heute in unseren alten großen Kulturstaaten Demokratisierung heilsam sein kann und deshalb in dubio günstig wirkt, keine ausreichende Vorstellung hat.

Gewiß hat er recht, daß in unseren heutigen Kulturstaaten eine starke Tendenz der Demokratisierung kommen mußte. Alle großen Staatsmänner des 19. Jahrhunderts haben dies erkannt und danach gehandelt, von Napoleon I. bis zu Bismarck, von Stein und Hardenberg bis zu Bülow, von Sir Robert Peel und Gladstone bis zu Lloyd George. Die Ursachen sind einfache. Sie liegen natürlich nicht darin, daß alle Menschen von Natur gleich wären; noch weniger darin, daß in den unteren Klassen, in den Arbeitern, Kleinbürgern und Kleinbauern mehr politisches Verständnis zu finden wäre als in den oberen Klassen; auch nicht darin, daß die bisher regierenden Stände vorwiegend schlechte Kerle seien, daß nur korrupte egoistische Männer in die leitenden Stellen kämen, daß umgekehrt die unteren Klassen von Tugend und Weisheit trieften, also unendlich besser zu regieren fähig seien. Wohl aber darin, daß allerdings die von alters her allein und ohne rechte Kontrolle regierenden Aristokratien, Bureaukratien, Fürstenhäuser notwendig da und dort nicht mehr ausreichen, teilweise entartet sind, daß es keine Menschen gibt, die ohne Kontrolle nicht in Mißbräuche verfallen. Unsere Zeit hat in der Presse ein Organ der Kontrolle geschaffen, das früher fehlte; es hat die unteren

Klassen durch Schulbildung, Presse, Vereinswesen, Selbstverwaltung, allgemeine Wehrpflicht, technische Fortschritte emporgehoben, wie es nie früher die unteren Klassen erlebten. Der Jahrhunderte alte politische Schlummer der Mittel- und unteren Klassen ist beseitigt. Sie sind erwacht und verlangen mit Recht eine Teilnahme am Staatsleben, die ihren Eigenschaften entspricht. Die oberen Klassen können nicht mehr regieren ohne Einrichtungen, die ihre Tätigkeit offen legen, diese zu beaufsichtigen gestatten. Das Mißtrauen gegen die vorhandenen oder möglichen Mißbräuche der Regierenden ist in einer Weise erwacht, daß kein Staat ohne Selbstverwaltung, ohne Parlamente, ohne die Möglichkeit, für die Talente und großen Charaktere in den Mittel- und unteren Klassen, an dem Ämterwesen, der Volksvertretung, der Selbstverwaltung Teil zu erhalten, bestehen kann. Denn jeder Staat muß das Vertrauen der großen Majorität des Volkes haben und es sich immer wieder neu erwerben. Er kann nicht mehr bloß durch Gewalt bestehen.

Auf diesen großen Veränderungen der letzten zwei Jahrhunderte beruht die Notwendigkeit einer Demokratisierung unserer öffentlichen Institutionen. Es handelt sich nun aber darum, die Vorbedingungen und Grenzen zu erkennen, innerhalb deren diese Demokratisierung sich halten muß, wenn nicht der politische Unverstand der Massen schädlich sein soll. Denn es gibt keine Einrichtungen, es dahin zu bringen, daß die ganze Masse des Volkes gleiches politisches Verständnis erhalten könnte, daß die natürlichen egoistischen Motive der Menschen nicht immer wieder gewalttätig in das öffentliche Leben einzugreifen suchten. Seit Jahrtausenden arbeitet das Verfassungsrecht aller Kulturvölker deshalb daran, die Teilnahme an der Staatsgewalt zu einer kompliziert abgestuften zu machen. Auch heute ist die Demokratie wahnwitzig und unmöglich, welche sämtlichen Bürgern gleichen Anteil an der öffentlichen Gewalt, an allen Ämtern geben will.

Wir fragen, was die Erfahrung über die Grenzen aller Demokratisierung sage.

Wie wir schon bemerkten, können kleine, gegen das Ausland gesicherte Staaten in der Demokratisierung weiter gehen als große, von starken Feinden umgebene. Schon Rousseau betonte, nur in einem Kleinstaate wie Genf seien seine Ideale möglich. Ein kleiner Arbeiterverein von 100 Personen wird ganz gut ultra-demokratisch sich regieren können, die Ämter reihum gehen lassen, der Generalversammlung alle wichtigen Entscheidungen anvertrauen können. Die heutige deutsche Sozialdemokratie hat aus sich heraus eine Aristokratie und Bureaukratie geschaffen, die sie mehr oder weniger beherrscht. Jede ganz große Versammlung von Hunderten und Tausenden ist vom Zufall, von einzelnen Rednern, von Gemütserregungen, statt von Einsicht und Verstand beherrscht. An der Souveränität ihrer Volksversammlungen sind die antiken Republiken zugrunde gegangen; die modernen haben die

einst den Volksversammlungen überlassenen Entscheidungen den Parlamenten, Ministerien, Königen und Präsidenten übertragen.

Die moderne großstaatliche Demokratie kann keine wichtigen politischen Dinge in ihrer Masse richtig beurteilen; sie muß damit zufrieden sein, Führer, Vertreter, Delegierte zu wählen, die ihr Vertrauen haben, die für sie handeln. Diese Führer müssen sich dieses Vertrauens würdig zeigen, müssen die Masse aufklären, erziehen, aber sie dürfen der Masse und deren Leidenschaften nicht blind folgen.

Im Staate wie in der Volkswirtschaft können nicht die Massen regieren und befehlen; sie können nur indirekt auf die Befehlenden wirken; aber sie müssen im gewöhnlichen Laufe der Dinge in der Regel teils der Staatsgewalt, teils den Unternehmern, teils den selbstgewählten Führern gehorchen. Jede Volkswirtschaft und jeder Staat hört auf, richtig zu funktionieren, wenn die Massen ihren Führern nicht mehr gehorchen. Und das ist heute häufig der Fall; da liegt die Gefahr der anarchisch-demokratischen Zustände. Gewerkschaften, die gute Führer haben, denen gehorcht wird, sind von Segen; Gewerkschaften mit kurzsichtigen leidenschaftlichen Führern, mit solchen, denen im entscheidenden Augenblick nicht gehorcht wird, sind vom Übel für die Arbeiterinteressen wie fürs Gesamtwohl. Der augenblickliche Kampf um die Verfassung der sozialdemokratischen Partei ist die Revolte der Masse gegen die gewählten Führer, die Revolte der Leidenschaft gegen die ruhige Vernunft.

Die Lehre von der Volkssouveränität ist ein Unding, so wie sie bisher meist aufgefaßt wird: jede jeweilige Majorität des Volkes, des Parlaments könne beliebig das Eigentum neu verteilen, sie dürfe und solle die oberen Klassen von der Volksleitung ausschließen. Sie ist dann in Wirklichkeit nichts als die Klassenherrschaft der Arbeiter. Es entständen Zustände, denen gegenüber unser alter deutscher Beamtenstaat, trotz aller Fehler, noch ein Muster der Gerechtigkeit und der Vernunft wäre. Solche Zustände könnten sich nur ganz vorübergehend halten; sie würden in dem Maße auch unwahrscheinlicher, als die Sozialdemokratie fortfährt, in sich selbst eine Aristokratie und Bureaukratie auszubilden, als diejenigen Arbeiterführer zurücktreten, die durch Lungenkraft, heiße Leidenschaft, blinden Glauben an die Revolution riesige Massenversammlungen fanatisieren, aber keine große Partei mit weitem Blicke leiten können.

Bekommt die Sozialdemokratie einstens ausschließlich Führer und Beamte wie Bebel und Vollmar, wie Auer und Bernstein, und folgt diesen die Masse, so ist die Gefahr für unser Staatsleben und unsere Volkswirtschaft so ziemlich beseitigt. Es wird aber noch lange dauern, bis dieser innere Erziehungsprozeß vollendet sein wird. In der Zwischenzeit können revolutionäre Aus-

brüche und unterdrückende Reaktionen kommen und diesen Prozeß stören; aber wir wollen hoffen, daß sie ihn nicht dauernd hindern werden.

Ist er erreicht, dann werden die Arbeiter gelernt haben, daß sie nicht allein regieren können. Naumann spricht in seinen Schriften den Arbeitern die Regierungsfähigkeit in den wirtschaftlichen Dingen ab, will sie ihnen aber in der Politik einräumen. Das ist sein Irrtum.

Im übrigen bleibt er einer der bedeutenden Propheten und Führer in das gelobte Land einer besseren sozialen Zukunft. Aus einem Propheten des Evangeliums ist er einer der Propheten der sozialen Reform geworden. Wer als Prophet sich fühlt, muß mehr verheißen, als das harte historische Schicksal bringen kann.

Ohne idealistische Illusionen gibt es kein Prophetentum! Sollte die Menschheit deshalb wünschen, daß es keine Propheten mehr gebe?

(Oberbozen, 30. August—2. September 1912.)

Krieg oder Frieden?[1])

So fragt man sich jetzt jeden Abend und jeden Morgen, wenn man die neuesten Depeschen liest. Wird die Flamme von dem Balkan übergreifen auf die großen Mächte? Gehen wir zunächst dem österreichisch-russischen und dann dem allgemeinen europäischen Krieg entgegen?

Es wäre nicht meines Amtes, hier zu prophezeien. Ich glaube persönlich, es wird der europäischen Diplomatie nochmals gelingen, den Sturm zu beschwören. Aber ich bin nicht unbedingt sicher, ob man sich darüber freuen soll; denn der Sturm wird doch bald wieder kommen. Gewiß wäre ein europäischer Krieg mehrerer Großmächte ein ungeheurer wirtschaftlicher Schaden, den man kaum ausdenken kann. Die künftigen Sieger und Besiegten hätten vom rein wirtschaftlichen Standpunkt der Gegenwart alle Ursache, ihn möglichst zu vermeiden. Und die Friedensschwärmer, auch gewisse Parteien meinen, eben deshalb solle man jeden Krieg vermeiden; und er sei bei einigem guten Willen vermeidbar.

Ob dem so ist, das ist die Frage. Ob der Eigensinn der Regierenden überhaupt an den Kriegen schuld sei, ob es heute schon möglich sei, durch Schiedsgerichte alle Kriege zu vermeiden, darüber möchte ich als Wirtschafts- und Entwicklungshistoriker ein Wort sagen.

Es wäre gewiß wahr, wenn nicht die politische, die Staaten und Wirtschaftswelt in ewiger, zeitweise sehr schneller Umbildung begriffen wäre, und wenn alle Menschen so klug, so weitsichtig, so rasch über alle diese Umbildungen orientiert wären, daß sie deren Notwendigkeiten und Folgen einsähen. Und wenn zugleich allwissende Vermittler mit unwiderstehlicher Überredungskunst vorhanden und fähig wären, die großen weltgeschichtlichen Interessengegensätze der Völker und der sozialen Klassen rasch auszugleichen. Dem ist aber nicht so.

Die alte und die neue Ideenwelt, die alten und die neuen Interessen stehen sich in der weiten Welt der Wirklichkeit bis jetzt immer zunächst so gegenüber, daß sie zuletzt, wenn kein anderer Ausgleich gefunden wird, die Kräfte messen müssen, im Innern der Staaten und noch mehr im Verhältnis der Staaten untereinander.

Wer etwas von der wirtschaftlichen Entwicklung und von der Ausbildung staatlicher Gewalten weiß, der hat erkannt, daß zwar zahlreiche Kriege aus

[1]) Neue Freie Presse (Wien), Nr. 17451, vom 23. März 1913.

falschem Ehrgeiz, aus religiösem Wahn, aus egoistischen Interessen von Fürsten und Handelsherren hervorgingen, daß all das aber mehr nur den Anstoß, die äußere Veranlassung bot, hinter denen die wirklichen treibenden Ursachen standen.

Die menschliche Kultur ging aus von kleinen Stämmen einiger tausend Seelen, die in ewigem Kleinkrieg sich befehdeten und sehr häufig sich vernichteten. Stammesbündnisse wurden da und dort darüber Herr; öfter noch erobernde Nomaden- und Kriegerstämme, denen die Bildung großer Reiche gelang. Folgte der Vereinigung in große Staaten nicht die innere kulturelle, so fielen diese aber bald wieder auseinander. Und die nun entstehenden Kleinstaaten bekriegten sich nicht ganz so, wie die älteren Stämme, aber doch so, wie zum Beispiel die italienischen Staaten untereinander nach dem Untergang der Staufer. Die unendlichen Schwierigkeiten, kleine Staaten mit etwas höherer wirtschaftlicher Kultur, mit Schiffahrt und Handel durch Bündnisse zu einen, wurden wohl vereinzelt in der Weltgeschichte auch friedlich überwunden: im alten Griechenland, im italischen Städtebund, den Rom leitete, im deutschen Zollvereine. Aber alle solche Bundesverträge waren doch so lose gefügt, daß sie die großen internationalen Gefahren der Interessengegensätze selten bestanden, nicht leicht in Einheitsstaaten übergingen; auch dem Zollverein gelang es, in das Deutsche Reich überzugehen nur im Zusammenhang mit den Kriegen von 1864 und 1866. Im Mittelalter hatten Papst und Kaiser für lange eine Art schiedsrichterliche Obergewalt über die romanisch-germanischen Staaten gehabt. Sie hatten zugleich vom 8. bis zum 13. Jahrhundert dafür gesorgt, daß die abendländische Staatenwelt nicht den eindringenden Arabern, Normannen, Ungarn und Mongolen erlag. Als ihre Macht vom 13. Jahrhundert an verblaßte, entstand, sagt Ranke, der in Europa *notwendige Krieg aller gegen alle* für lange Zeiten. Und als in späterer Zeit an die Stelle von Kaiser und Papst ein recht unvollkommenes, stets verletztes Völkerrecht und die Idee des europäischen Gleichgewichts sich setzte, mußten diese ideellen Einheitstendenzen noch mehr und noch öfter versagen.

Das innere Gesetz des Wachstums der Bevölkerung, der Produktion, des Handels läßt absolute Ruhe der Beziehungen der Staaten untereinander nicht zu; sie wäre nur zu erkaufen durch Stillstand und Stagnation aller Staaten. Die Länder der Barbarei und Halbkultur können meist nur durch die Herrschaft von Kulturstaaten dem Fortschritt, der friedlichen Kultur erschlossen werden. Oft dringen Handel und Kapital, technischer Fortschritt und höhere Lebensform versuchsweise in die rohen Länder ein, sind aber bald so bedroht, daß nur die Unterwerfung unter höhere Rassen den Fortschritt sichern kann. Alle kleinen, später auch die großen Kulturstaaten haben eine

natürliche Tendenz, ihre Grenzen hinauszurücken, an Meere und große Ströme zu kommen, Handelsniederlassungen und Kolonien draußen in der Welt zu erwerben. Und da stoßen sie stets auf fremde Völker, mit denen sie sich ab und zu vertragen, häufiger aber kämpfen müssen. Wirtschaftliche Entwicklung und staatliche Expansion, Handelsfortschritt und Machtsteigerung sind meist unlöslich verbunden, auch da, wo der oberflächliche Blick nur Machtfragen sieht.

Man hat oft gesagt, im 17. und 18. Jahrhundert, in der Zeit des Merkantilismus und der Ausbildung der heutigen Nationalstaaten, hätten wirtschaftliche, Handels- und Kolonialkriege die ältere Epoche der Religionskriege verdrängt. Der Zug Gustav Adolfs nach Deutschland habe mehr als die Rettung des Protestantismus die wirtschaftliche Herrschaft über die Ostsee zum Zwecke gehabt. Der achtzigjährige Kampf der Vereinigten Niederlande gegen Spanien, der zunächst der freien Fahrt nach Indien, dem Erwerb der Molukken galt und dann der Eroberung Brasiliens, hat diesen Freistaat geschaffen und bis 1672 zur ersten und reichsten Seemacht Europas gemacht. Diese Suprematie zu brechen, war das Ziel der Cromwellschen Navigationsakte, wie der meisten Seekriege Englands, das nach Büsch' Ausspruch aus dem Jahre 1797 von 1653—1797 nicht weniger als 66 Jahre in den blutigsten Kämpfen zur See zubrachte. Es hat zuletzt im Revolutionszeitalter vor allem mit Frankreich um die Weltseehandelsherrschaft gekämpft, es hat die Flotten aller anderen Staaten vernichtet, es hat ihnen die besten Kolonien weggenommen, es hat so seinen Handel und Wohlstand riesenhaft gesteigert. Einige seiner früheren Kriege dienten eigentlich nur dem freieren Schmuggelhandel in den spanisch-westindischen Kolonien.

Frankreichs Kriege von 1496—1789 zielten auf die Ausweitung in Europa; es wollte sich in Italien festsetzen, seine Grenzen nach Spanien, Deutschland, den Niederlanden ausdehnen und zugleich ein zweites Frankreich in Ostindien und in Nordamerika gründen. Das waren damals nicht an sich falsche Tendenzen, aber sie mußten in der Hauptsache daran scheitern, daß zu Großes, zu Verschiedenes auf einmal erstrebt wurde. Dafür konnten auch die großen Mittel der zentralisiertesten Militärmonarchie nicht ausreichen.

Österreichs große Kriege im 17. und 18. Jahrhundert dienten dem Schutz des eigenen Landes und Mitteleuropas gegen die Türkeneinfälle, der politischen Zusammenfassung der von heterogenen Stämmen bewohnten Donaulande und der Erhaltung des europäischen Gleichgewichtes. Seine Stellung als europäische Macht zwischen Frankreich, Rußland und der Türkei war schon damals eine europäische Notwendigkeit und hat sich deshalb auch während der Kriege von 1792—1815 so unverändert erhalten.

Der preußische Staat stellt die Vereinigung einer Anzahl deutscher Territorien durch Erbrecht dar; er bewies aber seine Notwendigkeit und sein Recht

auf eine gewisse Ausdehnung durch die Kriege des Großen Kurfürsten und Friedrichs des Großen. Mit diesen Kriegen wurde er im Zentrum Europas der bestregierte Beamten- und Militärstaat, der durch seine Wucht Napoleon I. niederwarf und 1864, 1866 und 1870 das Deutsche Reich zu gründen fähig war. Er allein hat es verhindert, daß Deutschland nicht geteilt wurde zwischen Österreich, Rußland, Schweden und Frankreich, so wie Polen das Schicksal der Teilung erlebte.

Nach Epochen häufiger, sich rasch folgender Kriege bedarf die Kulturwelt wieder längerer Ruhe. So im 18. Jahrhundert nach der Kriegszeit von 1689—1713; so im 19. Jahrhundert nach den Revolutions- und Napoleonischen Kriegen von 1792—1815. Die Friedensschlüsse von 1814 und 1815, so unvollkommen sie waren, hatten ein gewisses Gleichgewicht der großen Staaten hergestellt. England war der eigentlich gewinnende Teil gewesen. Es war an Kolonien, Seeherrschaft und Macht so gewachsen, daß es begreiflich ist, wie es dazu kam, zunächst an einen ewigen Frieden zu glauben, von 1830—1870 für Selbständigmachung seiner Kolonien, Verminderung der Flotte, der Steuern und Zölle zu schwärmen. Ausdehnungen anderer Mächte an der Peripherie berührten damals das europäische Gleichgewicht nicht; so der Zug Frankreichs nach Algier 1830, die Ausdehnung Rußlands im Kaukasus, die Erwerbung von Texas und dem Westen des Kontinents durch die Vereinigten Staaten in den vierziger Jahren, als England dort heimlich die Annexion vorbereitete.

Nach der Mitte des Jahres rückten drei sturmbringende Fragen in den Vordergrund: die Herstellung der deutschen und der italienischen Einheit und die europäische Türkenherrschaft, die seit der Befreiung der Griechen von der Türkenherrschaft als Anachronismus erschien; Konstantinopel war in den Gesichtskreis russischer und griechisch-orthodoxer Wünsche getreten. Daher die russisch-türkischen Kriege 1828, 1854, 1878, der italienische Feldzug 1859, die deutschen Kriege 1864, 1866 und 1870. So bedeutungsvoll die Einheit Italiens und Deutschlands wurde, so sehr sie gewisse Machtverhältnisse verschob und Eifersucht auslöste (der Krieg von 1870 entsprang dem falschen Verlangen Frankreichs, das für die italienische Einheit Nizza und Savoyen erhalten hatte, nun auch ein Stück Deutschlands am Rhein zu bekommen), zunächst fügten sich die anderen Mächte in die beiden natürlichen und berechtigten nationalen Einheitsprozesse. Das Wichtigste war, daß England 1864, 1866 und 1870, so schwer es ihm wurde, doch nicht in die deutsche Einheitsbildung hemmend eingegriffen hatte. Ein geistreicher Historiker, Kollege von mir, pflegt zu sagen: „Als England 1862—1864 nicht für die amerikanischen Südstaaten, 1864 nicht für Dänemark eintrat, gab es seine alte Weltherrschafts- und seine Faustrechtspolitik auf; es hätte durch das

Eingreifen damals den wunderbaren Aufstieg der Vereinigten Staaten und Deutschlands bis heute hindern können."

Aber Großbritannien tat anders; es führte unter Disraelis Leitung die Rückkehr zu einer großen Eroberungs- und Kolonialerwerbungspolitik aus. Es steigerte seine Herrschaft 1880—1912 von etwa 27 auf über 30 Millionen Quadratkilometer, von 300 auf über 400 Millionen Einwohner. Frankreich und Rußland folgten England auf diesem Wege. Langsam, zögernd und bescheiden auch einige andere Staaten. Neue Macht- und internationale Konkurrenzfragen entstanden, daneben Fragen der Erhaltung des eigenen Absatzes in der Fremde, der draußen angelegten Kapitalien. Es vollzog sich so in den letzten 30 Jahren die Teilung Afrikas, die letzte große Teilung der Erde überhaupt, unter die bestehenden Mächte, d. h. unter die, welche am raschesten, geschicktesten, skrupellosesten zugriffen. Damit war eine ganz neue Weltlage, die tiefgreifendste Veränderung der Machtverhältnisse, der Wirtschaftsbeziehungen unter den Staaten geschaffen. Die koloniale Merkantilpolitik schien wiederhergestellt. Imperialismus wurde die Losung allerwärts! Steigende militärische Rüstungen, Flottenbau und Schutzzollsystem, die man mehr oder weniger 1840—1870 überwunden glaubte, wurden wieder notwendige Hilfsmittel, um in die neu entstehenden Handels-, Kolonial- und sonstigen Ausdehnungsrivalitäten, in den neuen Kampf um Raum für die Menschen, Raum für das zinstragende Kapital und Raum für den gewinnbringenden Absatz einzugreifen.

Immer gelang es, bei allen zunehmenden gegenseitigen feindlichen Tendenzen und Rüstungen einen erheblichen Teil der auftauchenden Interessen- und Wirtschaftskonflikte friedlich zu lösen. Man grenzte die Interessensphären ab, wirkte in diesem oder jenem mit dem Gegner zusammen, um ihn nicht allein handeln zu lassen. England und die Vereinigten Staaten vertrugen sich. Rußland und England einigten sich über Persien, Deutschland und Frankreich über Marokko. Die Festsetzung der Deutschen in Afrika hatte man in den achtziger Jahren (später auch die in China) geduldet; so duldet man jetzt wieder die Besetzung von Tripolis durch Italien und den Losbruch der Balkanstaaten gegen die Türkei. Aber in steigendem Maße wuchs doch die Spannung: jede der großen Mächte hatte dies und jenes, was gegen ihr Interesse war oder schien, mit dem Gefühle eingesteckt: dem nächsten Schritte gegen mich muß ich mit den Waffen entgegentreten.

Und die wachsende internationale Spannung wird durch zwei Umstände gesteigert: 1. durch die steigende Demokratisierung der Verfassungen und die Verstärkung der öffentlichen Meinung, selbst in autokratisch regierten Staaten, und 2. durch die Tatsache, daß neben den leitenden Regierungen die großen Geld- und Spekulationsmächte einen wachsenden Einfluß auf Krieg und Frieden bekommen haben.

Selbst in Rußland haben panslawistische Strömungen, haben Sympathien mit den glaubens- und stammesverwandten Südslawen heute einen großen, die Kriegstendenzen der Militärpartei steigernden Einfluß. In England steht den liberalen und demokratischen Friedensfreunden eine starke populäre Strömung imperialistisch-konservativer Art gegenüber. In Deutschland trieft die Sozialdemokratie von Kriegsfeindschaft, aber gegen Rußland zu marschieren erklärt sich Bebel jeden Tag bereit. In Frankreich hat neben aller Friedensliebe des rentenbeziehenden Bürgertums der gegen Deutschland hetzende Chauvinismus eine bedenkliche Höhe erreicht.

Die großen organisierten Geld-, Kapital- und Trustgewaltigen haben vielleicht in den demokratisch-republikanischen Staaten den größten Einfluß auf die Politik. Aber überall spricht ihre Macht mit; sie sind die Geldgeber für den Krieg; die Hautefinance der Gläubiger- und Rentnerstaaten beherrscht die Schuldnerstaaten. Freilich nur, wer hinter die Kulissen sieht, ermißt die großen Einflüsse dieser Art.

So liegen heute die Kriegs- und Friedensaussichten. Sie werden beherrscht von den kompliziertesten Ursachen der inneren und der auswärtigen, der Macht- und der Wirtschaftspolitik, von den keineswegs einheitlichen Anschauungen und Hoffnungen der Regierungen wie der Völker. Mit falschen und mit ungefälschten Würfeln wird gespielt. Mit Bluff wird gearbeitet wie mit ernsten Drohungen. Sentimentale und idealistische Massengefühle und klare realistische Einsicht und Willensenergie stehen teils sich begrenzend, teils sich verstärkend gegenüber. Edle Menschen und ängstliche Philisterseelen kämpfen für die Friedenserhaltung neben den großen berechtigten Wirtschaftsinteressen. Auch die weitsichtige realistische Staatsleitung ist so weit ganz im Recht, für den Frieden zu wirken, als sie dazu nicht durch Ängstlichkeit bestimmt wird, als sie dabei nicht die großen, prinzipiellen, unantastbaren Grundlagen des eigenen Staates schädigt oder gar preisgibt.

Hier liegt meo voto der entscheidende Punkt. Mit dem wachsenden Verständnis der Staaten und Volkswirtschaften für einander wird es gewiß möglich werden, viel mehr noch als bisher durch eine gute Diplomatie sowie durch gerechte Schiedssprüche alle die *kleineren* Interessengegensätze der Staatenwelt friedlich aus der Welt zu schaffen. Das ist das Berechtigte an den Friedenshoffnungen der Idealisten, der Demokratie, derjenigen Geschäftswelt, die nicht durch einen Krieg gestört sein will. Aber das gilt nur für die *kleineren* Konflikte und Interessengegensätze.

Für die *großen* Lebensfragen einer Nation, eines Staates muß die Regierung wagen, auch zu kämpfen, wenn sie wirklich bedroht sind. Eine Regierung, die das nicht tut, stellt sich ein Unfähigkeitszeugnis aus; sie verweist damit die Nation auf den Niedergang, auf das kommende Ende. Wohl kann sie einer ungünstigen Machtkonstellation einmal ausweichen, wenn sie

sicher ist, bald eine für ihren Sieg günstigere zu schaffen. Wohl kann sie falsche Prätensionen, zum Beispiel die einer Weltherrschaft, aufgeben, wenn sie sieht, daß sie doch unter allen Umständen unhaltbar ist. Wohl kann sie falsche Eroberungen aufgeben, die mit dem modernen Zeitgeist und dem Völkerrecht unverträglich sind. Aber schon in solchen Fällen doch nur, wenn sie vergeblich für die Erhaltung ihrer bisherigen Macht gekämpft hat.

Im ganzen muß jedes Volk, das an sich selbst glaubt, sich eine Regierung schaffen, die fähig ist, Kriege zu wagen und wenn möglich zu siegen — sofern die Existenz des Staates, die Zukunft des Volkes, die gesunde Entwicklung der Kultur, der Volkswirtschaft in Frage gestellt ist. Sie muß den Krieg wagen, solange irgendeine Hoffnung des Sieges, der Selbsterhaltung vorhanden ist.

Werfen wir von diesem Standpunkt aus einen Blick auf die heutige Weltlage und die heute hauptsächlich für Krieg und Frieden in Frage kommenden Mächte.

Von Großbritannien droht keine Verschärfung der Kriegsgefahr. Es hat in seinen Millionen indischer Mohammedaner eine dringliche Veranlassung, die Türkei zu schonen. Seine Verstimmung über die deutsche Flotte hat wesentlich nachgelassen. Es sieht wohl auch ein, daß es zwischen 1899 und 1903 vielleicht noch ohne zu große eigene Gefahr die deutsche Flotte vernichten konnte; jetzt muß es sich mit ihrer Existenz abfinden und kann es, da sie wirklich ihre Spitze nicht gegen England richtet.

In Frankreich dagegen steigt die Neigung, sich gegen Deutschland zu wenden. Und daher die Möglichkeit der Benützung jeder schwierigen internationalen Lage. Es wäre aber eine unsagbare Torheit, wenn die französische Regierung bei dieser Gelegenheit sich Elsaß-Lothringen wieder holen wollte; es wäre ein Rückfall in die verhängnisvollsten Fehlgriffe Ludwigs XIV., Napoleons I. und Napoleons III. Frankreich ist ein reiches, blühendes Land alter Kultur. Die Gefahr, vor der es steht, ist, ein bloß behäbiger Rentnerstaat zu werden. Ohne selbst volkswirtschaftlich bedeutend fortzuschreiten, wird es der Gläubiger aller kapitalsbedürftigen Volkswirtschaften und Staaten. Aber eine volkswirtschaftliche und politische Großtat gelang ihm seit 1870: die Gründung eines zweiten jugendlich frischen Frankreich im nahen Nordafrika; das kann ihm die eigene Verjüngung bedeuten. Aber es stört diese größte Aufgabe des Landes, wenn es sich in andere Verwicklungen und Kriege stürzt, um ein kleines Grenzland zurückzugewinnen, das Ludwig XIV. gewalttätig annektierte, das heute in der Hauptsache noch deutsch ist. Es ist eine falsche Sentimentalität, wie es eine solche wäre, wenn etwa Italien die italienischen Grenzstriche zurückforderte, die es an Frankreich unter Napoleon III. abtreten mußte.

Das offizielle Rußland sieht ein, wie falsch es wäre, wenn es mit Österreich-Ungarn Krieg anfinge, weil seine siegreichen Vasallenstaaten auf dem Balkan im Rausch über ihre Erfolge so viel fordern, daß weder die habsburgische Monarchie, noch Italien und Rumänien, noch die Türkei, noch das übrige Europa ihnen alles konzedieren können, was sie begehren. Die Slawophilen und gewisse Teile des russischen Hofes und des hohen Militärs setzten zunächst eine große Rüstung durch. Man konzedierte sie, weil Rußland zu jeder Kriegsrüstung schon wegen der ungeheuren Entfernungen viele Monate braucht. Nun steht man kriegsbereit und soll das Schwert wieder in die Scheide stecken. Wenn aber einigermaßen der gesunde Menschenverstand siegt, so wird Rußland nicht zum Kriege schreiten. Es hat im Augenblick so große innere Aufgaben, die Einlebung in die neue Verfassung, die Durchführung der riesenhaften Bauernreform und inneren Kolonisation, die volkswirtschaftliche Neuordnung Turkestans; es hat alle Ursachen, seine Staatsschuld nicht durch weitere auswärtige Anlehen übermäßig zu erhöhen; sein Verhältnis zu China und Japan, zu Persien nimmt die Kräfte in Anspruch; es muß auf Englands Stimmung Rücksicht nehmen, da es seine Politik auf ein Zusammenarbeiten mit ihm eingerichtet hat. Selbst ein siegreicher Krieg mit Österreich-Ungarn kann ihm nicht viel bringen; ein Sieg Österreichs würde ihm ungeheuer schaden. Die russische Besitznahme Konstantinopels wäre mehr eine Befriedigung von Eitelkeit und Sentimentalität als ein reeller Vorteil. Einen freieren Zugang zum Mittelmeer muß Rußland bei England durchsetzen; die unnötige Unterstützung der Balkanstaaten bringt ihm die Erfüllung dieses Wunsches nicht.

Die österreichisch-ungarische Monarchie kann ruhig zusehen, wie die Dinge weitergehen. Will Rußland den Krieg, so ist es gerüstet, und die einsichtigsten Politiker glauben, es werde siegen. Die neuen christlichen Balkanstaaten sind auf ein gutes Einvernehmen mit Österreich angewiesen. Daß die neue Abgrenzung dieser Staaten im Einverständnis mit Österreich und nicht gegen seine wichtigsten Lebensinteressen erfolge, dafür tritt nicht nur die Wiener Regierung, sondern auch Italien ein. Irgendeinen Versuch, sich selbst auszudehnen, hat Österreich richtigerweise nicht gemacht. Es hat die denkbar größte Mäßigung vor und nach Ausbruch der Balkankrisis sich auferlegt. Ihm verdankt es Europa mit am meisten, wenn der Friede zwischen den großen Mächten erhalten bleibt.

Sollte er zuletzt doch unmöglich werden, so kann Österreich-Ungarn getrost das Schwert ziehen. Es hat dann das vollste Recht dazu. Und der Historiker wird ihm zuversichtlich dann zurufen: Du tust recht!

Denn der Krieg hat auch seine Ehre,
Der Beweger des Menschengeschlechts!

Droht ein russischer Krieg gegen Österreich-Ungarn und Deutschland?[1])

So fragte in den letzten Wochen jedermann; die verschiedensten Antworten schwirrten durch die Luft. Etwas Bestimmtes wußte niemand zu sagen.

Daß Rußland an seiner westlichen Grenze gewaltig rüstet, ist weltkundig; daß gewisse russische Elemente Galizien in russischem Interesse zu unterwühlen suchen, ist gerichtskundig. Daß die letzten französischen Anlehen an Rußland gegeben wurden mit der Weisung, ernst zu machen mit antiösterreichischen und antideutschen Vorbereitungen, zweifelt niemand. Ebensowenig daran, daß der russische Panslawismus mit den letzten Veränderungen auf dem Balkan nicht zufrieden ist, daß das alte Ziel der russischen Politik, freie Durchfahrt durch die Dardanellen und die Besitznahme von Konstantinopel, noch immer im Herzen von Volk und Regierung schlummert. Der Deutschenhaß ist im Steigen. Aber — Rußland versichert, es müsse nur die Rüstungen der anderen Staaten wett machen; der russische Kaiser und Sasonow dächten nicht an Krieg. Die Eingeweihten versichern, die französischen und russischen Rüstungen würden erst in zwei oder drei Jahren fertig. In der Diplomatie weiß jedermann, daß ein russischer Krieg mit dem Ziele „Konstantinopel" die russisch-englischen, mit so vieler Mühe hergestellten Abmachungen bedrohen oder zerreißen würde. Kurz, das Ende der Überlegung ist: „Nix G'wiss's weiß mer net."

Das Eine bleibt: Rußland rüstet in kolossalem Umfang; es will sein Gewicht verstärkt in die Wagschale der Völkerstreitigkeiten werfen. Deutschland und Österreich-Ungarn haben alle Ursache, auf der Hut zu sein, wenn auch für die nächste Zeit die Gefahr viel geringer ist, als die Zeitungsnachrichten über die russischen Rüstungen es erscheinen ließen. Da ist es vielleicht am Platze, einige allgemeinere Betrachtungen anzustellen über die Ursachen, die heute und in der Vergangenheit im Zusammenhang mit der Staatenbildung und mit den Versuchen zu völkerrechtlicher Friedensarbeit doch immer wieder zu Kriegen führten.

Seit es etwas größere, kultivierte, gefestigte, auf national einigermaßen zusammengefaßte Volksgruppen basierte Staaten gab, bildete sich auch das völkerrechtliche Ideal aus, sie sollten sich gegenseitig friedlich respektieren: Ich

---

[1]) Neue Freie Presse (Wien) Nr. 17827 vom 12. April 1914.

erinnere, was das Altertum betrifft, nur an die großen Prinzipien des Scipionischen Hauses, die römische Herrschaft auf Italien einzuschränken, einen friedlichen Staatenbund der Mittelmeerstaaten herzustellen. Diese große, schöne Idee wurde überrannt von der römischen Händler- und Kapitalisten-partei, die die Weltherrschaft der Römer und des römischen Kapitals anstrebte und erreichte. Das römische Weltreich hat dafür einem riesenhaften Gebiet Frieden und Gedeihen für Jahrhunderte und die vollendete Ausbildung der Rechts- und Wirtschaftsinstitutionen gebracht, auf denen unsere westeuropäische Zivilisation noch heute ruht.

Auch später sehen wir immer wieder Anläufe zu der Idee einer friedlichen Völkergemeinschaft sich ausbilden. Die römische Kirche hat solches im Abendland versucht, später erstrebte das Völkerrecht im Gleichgewicht der größeren europäischen Staaten derartiges. Immer aber haben vor und nach 1500 die kräftigeren, rascher vorangekommenen Staaten über dieses Gleichgewicht hinweg zu einem Übergewicht oder gar zu einer Weltherrschaft gestrebt. Und als seit 1500 die europäischen Staaten über unseren Erdteil hinaus Handelseinfluß und Kolonien erwarben, war dies für die führenden Staaten Veranlassung und Mittel, noch kräftiger sich über ihre Nachbarn zu erheben.

Sie strebten nun nach der Doppelaufgabe, sich im Innern zu konsolidieren, ihre Volkswirtschaft zu höheren Formen zu führen, so ihre Nachbarn durch ihren Handel zu beherrschen, eventuell zu Hause ihre Grenzen auszudehnen und daneben in den anderen Weltteilen mit den Stützpunkten ihres Handels Kolonien zu erwerben, teils als Ackerbaukolonien für ihren Bevölkerungsüberschuß, teils als Plantagenkolonien mit einer unfreien Eingeborenenbevölkerung. Diese überseeische Ausdehnung war notwendig, um auf die Höhe der heutigen menschlichen Kultur zu kommen. Aber sie hat noch mehr als das erstgenannte Ziel zu unendlich viel Mißbrauch und Klassenherrschaft, zu Kriegen, zu Störungen des europäischen Gleichgewichts geführt. Hauptsächlich die Spanier, die Holländer, die Franzosen, zuletzt die Engländer kamen so empor, strebten nach einer Art Welthandelsherrschaft und mit ihr nach einer Vergewaltigung der anderen europäischen Staaten, denen so große Ziele nicht gelangen. Sie mußten in anderer Weise versuchen, zur Großstaatsbildung zu kommen. Österreich-Ungarn kam zu ihr durch den Kampf gegen die Türken, Preußen durch die Notwendigkeit, Deutschland nach Ost und West durch eine Vereinigung einer Anzahl Territorien und ein einheitliches Kriegsheer zu schützen. Wo die Kleinstaaterei sich erhielt, wie in Italien, dem größeren Teil Deutschlands, blieb die wirtschaftliche und politische Kultur zurück. Daher überall gewisse Ansätze zu größeren Staatenbildungen, zur Grenzhinausschiebung, was immer wieder das Gleichgewicht störte, ohne die Tendenz steter Neubildung dieses Gleichgewichts aufzuheben. Jede Störung desselben erschien immer mehr als

ein gewisses völkerrechtliches Unrecht. Die großen wie die kleinen europäischen Staaten konsolidierten sich vom sechzehnten bis achtzehnten Jahrhundert immer mehr. England gliedert sich Schottland und Irland an; Polen verschwindet durch die politische Unfähigkeit seiner Aristokratie als selbständiger Staat ganz. Die Zeit von 1792—1815 bringt nochmals ganz große Veränderungen. Mit den Friedensschlüssen von 1814—15 tritt nun Ruhe ein. Es nimmt fast den Anschein an, die europäische Staatenwelt sei jetzt für immer festgelegt. Großbritannien hat die unbestrittene Welthandelsherrschaft. Erst von 1860 an zeigen sich wieder große Veränderungen. Die letzte Teilung der Erde, von England (Disraeli) und Rußland ausgehend, und ein ungeheurer technischer Fortschritt leiten eine ganz neue Epoche ein. Die beginnende Nationalitätenbewegung führt zur staatlichen Einheit von Deutschland und Italien.

In der Zeit vor 1792 und seit 1860 sind es wesentlich nur zwei Ursachen, die es gegenüber der überlieferten Verteilung Europas für die einzelnen Staaten als einigermaßen berechtigt erscheinen lassen, nach einer innereuropäischen Änderung zu streben: einerseits die militärische Schutzlosigkeit gewisser Grenzen, die vom Standpunkte der Staatssicherheit als einer Korrektur, einer Verstärkung bedürftig erschienen, anderseits die Nationalitätenfrage, welche für große Kulturnationen die vollste Berechtigung hat, für kleine Splitter von Rassen- und Sprachgruppen, für Nationen ohne große Kulturmission überwiegend zu falschen Ansprüchen geführt hat.

Eine halb bewußte, halb unbewußte Übereinkunft innerhalb der europäischen Staatenwelt hat von diesem Standpunkte die erstrebten und die mißlungenen Versuche der Neubildung beurteilt und bewertet. Es ist nun vor allem merkwürdig, von diesem Standpunkte aus die französische Staatsbildung und ihre Weltmachtsbestrebungen zu überblicken.

Frankreich gelangt 1460—1700 durch seine Monarchie, seine Beamten, sein Heer, seine Zentralisation auf den Höhepunkt seiner Macht. Und diese Macht sucht es nun damals, wie später unter Napoleon I., ja in gewisser Beziehung auch noch unter Napoleon III., dazu zu benützen, zugleich seine europäischen Landesgrenzen auf Kosten aller seiner Nachbarstaaten hinauszurücken und Holland sowie England als Kolonial- und Welthandelsmacht zu überholen. Es hat von 1500 ab immer wieder größere Teile Spaniens, Italiens, Deutschlands, Belgiens und Hollands einverleibt, und es hat daneben in Ost- und Westindien, in Kanada und im Mississippigebiet ein großes französisches Kolonialreich teils gegründet, teils zu gründen versucht. Aber die Folge war, daß England in immer neuen Kriegen das zu hindern suchte, und daß immer neue große Koalitionen der europäischen Staaten Frankreich zu Lande entgegentraten: Frankreich verblutete sich daran, der Ruin seiner Finanzen führte endlich zur Revolution, in der England ihm dann auch

den Rest seiner Kolonien nahm. Napoleon I. versuchte, den zweihundertjährigen Kampf mit England um die Welthandelsherrschaft wieder aufzunehmen und zugunsten Frankreichs zu beendigen. Er unterlag, weil er mit diesem Zweck, ähnlich wie die französischen Könige früher, eine unnatürliche Einverleibungspolitik deutscher und anderer Nachbargebiete betrieb, und die Staaten, die ihm gegen England hätten helfen können, zu sehr mißhandelte und ausraubte. Napoleon III. war in dieser Beziehung klüger und vorsichtiger als sein Oheim; aber auch er konnte dem französischen Chauvinismus zu wenig widerstehen. Er riß Savoyen und Nizza von Italien ab, spielte lange mit dem Gedanken, deutsche Gebiete zu erwerben; statt der Rheingrenze erreichte er nur seinen Sturz und den Verlust von Elsaß-Lothringen für Frankreich, das Deutschland wesentlich nur zur Sicherung seiner Grenze erwerben mußte. Der französischen Republik ist dann der Erwerb eines großen Kolonialreiches gelungen, weil sie trotz aller deutschfeindlichen Revanchegedanken im ganzen doch die falsche europäische Ausdehnungspolitik Ludwigs XIV. und der Napoleoniden aufgab.

Ich erwähne diese Ereignisse aus der französischen Geschichte, weil sie mir sehr lehrreich für die neueren russischen Expansionstendenzen erscheinen. Es will mir scheinen, daß das neuere Rußland in ähnliche Fehler verfalle wie das ältere Frankreich. Sein innerer Konsolidationsprozeß im 17. und 18. Jahrhundert verband sich mit dem Vordringen an die Ostsee und an das Schwarze Meer; dies und der Erwerb der von einer deutschen Aristokratie beherrschten, aber im ganzen von Letten bewohnten Ostseeprovinzen war Lebensfrage für den Staat. Ohne Meeresküsten blieb Rußland ein mongolisch-asiatischer Barbarenstaat. Das sah Peter der Große ein und verlegte deshalb die Residenz von Moskau nach seiner Gründung „Petersburg“. Ob die Teilung Polens, die von Rußland ausging und die Hauptteile dieses Staates an Rußland brachte, ebenso heilsam und berechtigt war, lasse ich dahingestellt. Österreich und Preußen konnten sie jedenfalls nicht hindern und nahmen deshalb lieber auch ihren Teil an polnischem Gebiet, freilich einen sehr kleinen im Vergleiche zu Rußland. Im Anfang des 19. Jahrhunderts schloß Rußland die Ausdehnung seiner Ostseelande durch die Besetzung Finnlands ab.

Im Laufe des 19. Jahrhunderts wendete sich Rußland wesentlich nach dem Osten. Es gliederte sich ungeheure Gebiete an: erst den Kaukasus, dann ganz Nordasien bis ans Japanische Meer, neuerdings besetzte es Nordpersien, erwarb ganz Turkestan. Es sind Eroberungen, die teils durch die Konkurrenz mit England und seinem asiatischen Vordringen, teils durch die Beziehungen zu China nahegelegt waren; vielfach erschienen sie nötig, um die eigene Bedrohung durch kriegerische Barbarenstämme abzuwenden. Alle

hatten die Bedeutung einer großen, riesenhaften Kulturmission. Die russische Herrschaft brachte hier überall ruhige Zustände, wirtschaftlichen Fortschritt, eine geordnete europäische Verwaltung. Gelingt die Bewässerung Turkestans, so entwickelt sich da eine der amerikanischen gleiche oder überlegene Baumwollproduktion.

Im europäischen Rußland vollzog sich im 19. Jahrhundert ein wirtschaftlicher Fortschritt ohne gleichen: Rußland wurde ein europäischer Staat mit Eisenbahnen, Banken, Großindustrie; seine Bauern wurden befreit; in neuerer Zeit begann eine innere bäuerliche Kolonisation, die eine der größten Kulturtaten der Neuzeit überhaupt ist. Rußland bemüht sich, Rechtsstaat und konstitutioneller Staat zu werden; es ist daneben der größte Beamten- und Militärstaat Europas, zwar noch behaftet mit vielen Fehlern der Vergangenheit, aber eifrig bemüht, sie abzustreifen, um nicht mehr militärische Mißerfolge zu erleiden, wie in den Türkenkriegen von 1828, 1854, 1878 und im japanischen Krieg. Die inneren Aufgaben, die in Rußland noch der Lösung harren, sind ebenso große und schwere, wie die Schwierigkeiten der Einverleibung und Organisation der neuen asiatischen Gebiete und Länder.

Um so mehr sollte man erwarten, daß eine weise Staatskunst den russischen Staat davor bewahre, sich aufs neue in die europäischen Händel mit Erweiterungsgedanken nach Westen zu mischen, wie es jetzt den Anschein hat. Man fürchtet in Skandinavien, daß Rußland im Norden Erwerbungen plane, um an der Nordsee Fuß zu fassen. Man spricht von dem Angriff auf Österreich-Ungarn; die außerrussische panslawistische Bewegung schürt und hofft auf Rußland. Frankreich ebenso. Und so gewiß Rußland berechtigte Interessen auf der Balkanhalbinsel hat, so möchte ich doch sagen, eine richtige Einsicht müßte in Petersburg an das alte Sprichwort erinnern: Qui trop embrasse, mal étreint. Zu keiner Zeit hatte Rußland mehr Ursache zur Ruhe als jetzt. Seine großen Erfolge nach Osten und seine riesenhaften Aufgaben im Innern müßten es belehren, daß Machts- und Gebietserweiterungen nach Westen ein Anachronismus sind, daß man nicht zu gleicher Zeit einen großen Teil Asiens sich angliedern und West- und Mitteleuropa bedrohen darf.

Der Kaiser und die weitsichtigeren regierenden Kreise in Rußland werden das wohl auch einsehen. Aber die absolute Monarchie, wie es Rußland doch noch in der Hauptsache ist, pflegt zeitweise Volksstimmungen und Kamarillabewegungen mehr zu erliegen als konstitutionelle Monarchien, zumal wenn auswärtige Pressionen, wie die französische, jetzt die Politik in falsche Bahnen drängen wollen.

Immer wollen wir hoffen, daß es nicht zu dem Angriff Rußlands kommt. Er könnte Rußland sehr schlecht bekommen. Der Dreibund, respektive das

feste Zusammenhalten zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn, würde sicher auch diese Probe bestehen. England kann nicht wie Frankreich einen Sieg Rußlands wünschen. Man wird dort vielleicht längst wissen, jedenfalls durch die neuesten Publikationen erfahren haben, daß der 1905 vom Grafen Witte geplante Bündnisvertrag zwischen Rußland, Frankreich und Deutschland, der seine Spitze gegen England richten sollte, wohl vor allem deshalb von Deutschland abgelehnt wurde, weil er zugleich eine Preisgabe Österreich-Ungarns von seiten Deutschlands in sich geschlossen haben würde.

Rußland müßte sich klar sein, daß seine Ausdehnung jener Größe nahe ist, die meist nur kriegerischen Barbarenstaaten etwas länger zu erhalten gelang, im übrigen stets leicht wieder zur Auflösung in seine Teile führte. Jedenfalls sind die inneren Aufgaben dieses Staates so große, daß zunächst ihre Bewältigung in allererster Linie stehen muß. Es sollte sich klar bleiben, daß es bei seiner asiatischen Mission die ganze übrige Staatenwelt mehr oder weniger, jedenfalls die öffentliche Meinung der unbeteiligten Kulturstaaten, auf seiner Seite hat. Dagegen steht ihm bei seiner Ausdehnung nach Westen nicht bloß England entgegen, sondern — von Frankreich abgesehen — das Rechtsgefühl von ganz Europa und die mehrhundertjährige Tradition der europäischen Staaten, die Grenzverrückungen in Europa aus einseitigen brutalen Machttendenzen verurteilt. Wenn man in Petersburg sagt, der Erwerb Konstantinopels sei notwendig, so könnte es Deutschland ebensogut einfallen, die Rheinmündungen zu verlangen. Und nie hat man an solches gedacht. Einseitige Macht- und Gebietsausdehnungen sollte kein europäischer Kulturstaat mehr auf Kosten der anderen anstreben; das ist der berechtigte Kern aller heutigen Friedensbestrebungen. Vor allem sollten die kleinen und schwachen Staaten von jeder solchen Bedrohung frei sein.

Dazu gehört freilich, daß sie, wie die Großstaaten, selbst das Nötige militärisch tun, um sich zu schützen. Es gehört, was Rußlands mögliche Angriffe betrifft, dazu, daß Deutschland und Österreich voll gerüstet sind. Es gehört endlich vor allem dazu, daß Österreich-Ungarn in seinem eigenen Innern endlich wieder Ruhe bekommt, daß der Nationalitätenhader beschwichtigt wird, daß eine große, starke Hand das Steuer des Staatsschiffes ergreife und leite. Wann und wie wird es dazu kommen?

Karl Marx und Werner Sombart[1]).

Wer an den Fortschritt der Wissenschaft glaubt, der wird auch zugeben, daß es einen solchen nicht geben könne, ohne daß die jüngeren an die älteren Generationen, die Schulen an ihre Führer anknüpfen. Und doch knüpft sich an die Bezeichnung eines Gelehrten als eines „Aners“ (Hegelianers, Marxianers usw.) leicht ein Beigeschmack der Geringschätzung. Man vergißt dabei, daß der Schüler falsche, aber auch richtige Methoden, berechtigte zeitgemäße Ideale und überlebte, gesicherte Wahrheiten, aber auch voreilige und falsche Theorien vom Meister übernehmen kann. Man vergißt ebenso, daß wir in der Jugend fast alle „Aner“ waren, daß viele es allerdings zeitlebens blieben, manche aber in ihren reifen Jahren ihr „Anertum“ und zwar zu ihrem Vorteil abstreiften.

Von Marx möchte ich sagen, er sei zu lange und zu sehr Hegelianer und Ricardoaner geblieben, obwohl er bedeutsamer Originalität nicht entbehrte. Er hätte das Schiefe des Hegelianismus auch sicher, ähnlich wie Ranke, Zeller und viele andere, schon 1840—1860 abgestreift, wenn er Gelehrter geworden, nicht zeitlebens flüchtiger, verbannter, mit der Existenz ringender Journalist geblieben wäre. Ricardo abzustreifen war ihm freilich nach seiner Geistesverfassung schon viel schwieriger.

Sombart ist in seiner Jugend leidenschaftlicher Marxianer gewesen. Ein gut Teil davon hat er abgestreift, an einem gewissen hält er aber fest. Die anzuzeigende Bekenntnisschrift[2]) will Zeugnis davon ablegen. In vielem stimmt sie mit den Schriften seiner letzten Jahre, hauptsächlich der fünften und sechsten Auflage seines „Sozialismus und soziale Bewegung 1905[3]) und 1908“, und zwar teilweise wörtlich überein. Aber es lohnt sich doch, hier auf seine neuere Stellungnahme zum Marxismus einzugehen. Es ist mir ein Bedürfnis, hier offen auszusprechen, was ich an Sombarts Bekenntnis berechtigt und anerkennenswert und was ich für unrichtig halte. Zunächst ein Wort über den Inhalt des prinzipiellen ersten Teils der Schrift.

---

[1]) Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reiche. XXXIII. (1909) 3. Heft. S. 1235—1241.

[2]) Sombart, W., Das Lebenswerk von Karl Marx. Jena 1909.

[3]) Vgl. über diese die Anzeige in Schmollers Jahrbuch XXX (1906) S. 830 ff. von F. Boese.

Sombart geht davon aus, daß ein Vierteljahrhundert seit dem Tode von K. Marx verflossen sei. Als er starb, habe er fast keine Bedeutung gehabt: die Sozialisten mißverstanden ihn damals; ein paar verrückte Schneidergesellen richteten ihr Gehirn an ihm vollends zugrunde, ein paar bürgerliche Nationalökonomen suchten das Nebensächliche seiner Theorien zu widerlegen, sahen den Kern nicht. Seither erst entstand der riesige praktische Einfluß und die große wissenschaftliche Marx-Literatur, hauptsächlich seit 1894, dem Erscheinen des dritten Kapitalbandes; 1894—1904 traten 280 Schriften über ihn zutage. So sei es jetzt Zeit zu fragen und eine objektive Antwort zu geben: Was hat Marx Großes geleistet für das praktische soziale Leben und die wissenschaftliche Erkenntnis?

Sombart antwortet: Marx war arm an sozialen Ideen, an politischen Gedanken, an eindringlichen warmen Tönen; aber er wußte zu schauen und donnernd zu sprechen, wie die alten jüdischen Propheten; er ist nur abstoßender als jene. In seinem Sozialismus fügt er bei: er leidet an Hypertrophie des Verstandes, er sieht nur das Böse in der Welt. Diese Einschränkung wiederholt er hier nicht. Auch kleidet er nicht mehr wie früher sein Lob in die Formel: seine Größe bestehe darin, daß er die höchste Form des damaligen Denkens (Hegel) mit der Kenntnis der höchsten Form des damaligen sozialen Lebens (Frankreich) vereinigt habe. Er fühlt wohl selbst jetzt, daß diese Formel mehr Angriff als Lob ist; sie bedeutet: die Annahme und Beibehaltung einer verfehlten Methode und die zeitliche und örtliche Beschränkung auf einen kleinen Ausschnitt des Lebens, aus der falsche Generalisationen folgen mußten.

Sombart stellt nun heute als Marx' Verdienst in erster Linie hin: die historische Auffassung der sozialen Bewegung und die Inbeziehungsetzung der ökonomischen, sozialen und politischen Erscheinungen und Vorgänge, die Erklärung der politischen Bestrebungen und Revolutionen aus Machtverschiedenheiten der sozialen Klassen; die dadurch gegebene Erklärung der Klassenbildung und des Klassenkampfes. „Sozialismus als Ziel, Klassenkampf als Weg hörten auf, persönliche Meinungen zu sein und wurden in ihrer historischen Notwendigkeit begriffen," das „Proletariat wurde zum vollen Bewußtsein seiner selbst gebracht". Es ergab sich mit Notwendigkeit das Schlagwort der Emanzipation des Proletariats. Die Herrschaft der Unternehmer mußte als das zu Beseitigende erscheinen, wenn man nicht, um vom Kapitalismus nicht erdrückt zu werden, zum unvollkommenen Kleinbetrieb zurückkehren wollte. Die Vergesellschaftung der Produktionsmittel und gemeinschaftliche Organisation, demokratischer Kollektivismus, erreichbar auf dem Wege des Klassenkampfes, das waren die notwendigen Konsequenzen.

Und hier schließt sich nun Sombart Marx noch voll und ganz an, wenn

er auch beifügt, wissenschaftlich lasse sich nicht beweisen, daß der Fortschritt nur durch Kampf, durch Sieg der Stärkeren herbeizuführen sei. Jede Hoffnung aber auf wohlwollende Menschen, auf ideologische Bureaukratie sei Torheit. Marx habe so die Grundpfeiler, auf denen sich die soziale Bewegung aufbauen mußte, errichtet. „Indem Marx sie in den Fluß der historischen Entwicklung stellte, brachte er sie theoretisch in Einklang mit den bestimmenden Faktoren der Geschichte (etwa mit allen? oder nur mit einzelnen?), begründete er hierauf die realen Bedingungen der Wirtschaft und die Charakterveranlagung der Menschen, wies er ihre ökonomische und psychologische Bestimmtheit nach, wurde er der Begründer des historischen (im Gegensatz zum rationalen) oder realistischen (im Gegensatz zum utopischen) Sozialismus."

Daneben hebt er als akzidentelle Umstände der großen Wirksamkeit von Marx hervor, daß er sein Programm eng genug faßte, um die Proletarier zu einheitlichem Bewußtsein zu bringen und anderseits nicht zu eng, so daß die Entfaltung der nationalen und sonstigen Eigenarten nicht gehemmt war (S. 22); er gibt zu, daß er seiner Theorie fiktive Werte beimischte, wie die Anrufung der Gerechtigkeit, pathetische Aussprüche gegen Ausbeutung usw., die in Widerspruch mit seinen Grundgedanken für die Bewegung der Massen nötig gewesen seien.

Im übrigen gibt er das meiste, was Marx an sogenannten Theorien aufgestellt hat, preis. Er verhöhnt Engels, daß er in dem Wertgesetz von Marx etwas Bedeutungsvolles sehe (S. 34). Die Formulierung der materialistischen Geschichtsauffassung lasse gerade bei Marx am meisten zu wünschen übrig (S. 35). Die angeblichen Entwicklungsgesetze der modern kapitalistischen Wirtschaftsepoche seien zum großen Teile heute als falsch erkannt. Er habe schon früher (1905) den Nachweis zu führen gesucht, „daß die Akkumulationstheorie, die Verelendungstheorie falsch, die Zusammenbruchstheorie unbegründet, die Konzentrationstheorie und die Sozialisierungstheorie einseitig und unvollständig seien; daß somit auch die Gesamttheorie der kapitalistischen Evolution haltlos geworden sei, die ja von jenen Einzeltheorien getragen worden sei." Von dem Rettungsversuch, wie ihn Sombart im Archiv f. soz. Ges. 7, 1894, S. 555 ff. machte, den dritten Band des Kapitals in Übereinstimmung mit den beiden ersten zu bringen und ihm einen leidlichen Sinn überhaupt zu geben, findet man in den neueren Sombartschen Schriften keine Spur mehr. All das ist versunken und vergessen; die Altäre sind vernichtet, vor denen er früher opferte.

Ich könnte so fast sagen, ich selbst behandelte in meinem Grundriß (I, § 41, 3. Aufl., S. 99) Marx nicht so gar verschieden von Sombart. Ich sage da vom Sozialismus und meine damit in erster Linie hauptsächlich Marx: „Er

hat eine eminent praktische Bedeutung erhalten, weil er zur Glaubenslehre, zum Ideal der zu politischen Rechten und zum Selbstbewußtsein gekommenen Arbeiter der Großindustrie wurde. Er wurde es, weil er auf große soziale und andere Mißstände und Mißbräuche kühn hinwies und deren Änderung forderte, an die radikalen und materialistischen Tagesströmungen sich anschloß, den rohen Instinkten der Masse teils mit verführerischen Zukunftsplänen, teils mit blendenden Geschichtskonstruktionen und philosophischen Formeln schmeichelte. Seine volkswirtschaftliche Bedeutung besteht darin, daß er den unklaren Optimismus der Freihandelsschule zerstörte, durch eine Analyse der Klassengegensätze und -kämpfe, des politischen und wirtschaftlichen Machtmißbrauchs sowie der unsicheren und kümmerlichen Lage der Arbeiter wichtige Erscheinungen und Gebiete der Volkswirtschaft fast neu entdeckte. Der Sozialismus hat mit Energie sich dem großen Gedanken der Entwicklung zugewandt, hat den Zusammenhang zwischen Recht, Staat und Volkswirtschaft wieder betont, hat die ganze bisherige Wissenschaft zu neuen Ideen, Fragestellungen und Untersuchungen angeregt." Dann betone ich allerdings ebenso scharf seine Irrtümer und Grenzen, seine politische Urteilslosigkeit, seine psychologische Unfähigkeit, seine großen Gefahren in der Hand von Schwärmern und Demagogen. Was mein Urteil von demjenigen Sombarts aber außerdem wesentlich unterscheidet, ist die verschiedene Auffassung von Klassenbildung, Klassenkampf, Klassenherrschaft. Hier stimmt Sombart auch jetzt noch fast bedingungslos Marx bei, und er glaubt, die hierauf bezüglichen Ausführungen von Marx ließen sich auch ohne die Stützen, die sie in der von ihm verworfenen Marxschen Theorie hatten, aufrechterhalten.

Das scheint mir allerdings nicht möglich. Was Sombart von Marx übrig läßt, ist nur ein unförmlicher Torso, ein Körper, dem Beine und Arme, ja das Herz ausgerissen sind. Er gibt uns jetzt ein Bild von Marx, in dem sich dieser selbst nicht mehr erkennen würde.

Darin stimme ich Sombart allerdings bei: die starke, ja die maßlos übertreibende Betonung der Klassenkämpfe durch Marx ist der Kern seiner Schriften und seiner Wirksamkeit, ist auch das relativ Berechtigte seiner Theorie. Auf diesem Gebiete hat Marx mit großem Auge geschaut, was frühere Zeiten und Zeitgenossen nicht sahen; hier hat er eine große Entdeckerrolle gespielt. Hier liegt seine Größe, während seine Theorien Kartenhäuser sind, die nur enge Köpfe, ohne historisch-psychologische Bildung, oder Anfänger ernst nehmen können. Aber die konkrete Gestaltung, die Marx dann seiner Klassenlehre gegeben, ist ganz einseitig, zum Teil grundverfehlt. Sie ruht auf einer ganz begrenzten Tatsachenprüfung, auf ungenügender psychologischer und historischer Kenntnis und mündet in eine rein utopische Zukunftstheorie. Es sind auch in ihr viel mehr „fiktive Werte", als Sombart zugibt.

Hier ist der Punkt (S. 17—22), wo Sombart reiner Marxianer geblieben ist, indem er folgert: Nach der Erkenntnis der Klassenbildung und der Klassenkämpfe sei der demokratische Kollektivismus, die Vergesellschaftung der Produktivmittel auf demokratischer Grundlage, die Emanzipation des Proletariats und sein Sieg, seine Herrschaft auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet die einzig wissenschaftliche konsequente Folgerung, die berechtigte, naturnotwendige historische Konsequenz.

Hier glaube ich bei Marx wie bei Sombart eine Summe von logischen Sprüngen, von unklaren Verallgemeinerungen zu sehen, denen aller konkrete Boden fehlt. Und ich möchte sagen, indem Sombart neuerdings einmal die Gleichberechtigung der nationalen Organisation neben der Klassenorganisation betonte, mußte er sich konsequenterweise bewußt werden, daß er sich wie von den übrigen Marxschen Theorien, so auch von dieser trennen mußte.

Die Marxsche Theorie vom Klassenkampf vergißt, daß es einen Staat und eine Staatsgewalt gibt, welche die Voraussetzung aller höheren Kultur sind, und daß diese Gewalt neben dem Schutz nach außen ihre erste und größte Aufgabe in der Friedensbewahrung nach innen hat; sie vergißt, daß es unter kultivierten Menschen nie ein unbegrenztes Faustrecht, also auch nie einen ganz freien Klassenkampf geben kann. Sie übertreibt die Tatsache, daß herrschende Klassen oft und viel die Staatsgewalt für sich mißbraucht haben, zu der unhistorischen Karikatur, daß alle Staatsgewalt in der Geschichte bisher nur den höheren Klassen diene (Sombart sagt ja selbst, Marx sehe überall nur das Böse, nirgends das Gute). Marx hat so geringe historische, rechts- und verfassungsgeschichtliche Kenntnisse, daß er von dem großen historischen Fortschritt im Sinne des Rechtsstaates, von der immer weiter vordringenden Gerechtigkeit, von den immer neu und immer erfolgreicher einsetzenden Versuchen, die staatlichen Gewalten zu einer Gesetzgebung, Rechtsprechung und Verwaltung im Sinne der Gerechtigkeit zu bringen, wie ich sie (Grundriß II, § 251—252) schilderte, gar keine Ahnung hat.

Und Sombart schließt sich ihm, wie mir scheinen will, deshalb an, weil er es für einen Vorzug hält, daß Marx alle Ethik aus der Volkswirtschaftslehre hinausgeworfen habe; er verwechselt dabei zwei himmelweit verschiedene Dinge: nämlich a) die verwerfliche Eigenschaft eines Sozialgelehrten, der vom Standpunkt eines einseitigen und veralteten Religion- und Moralsystems aus die Probleme mit dem Zwecke untersucht, Nutzen für seine einseitigen moralischen Ideale zu suchen, und b) die Eigenschaft aller großen Sozial- und Staatsgelehrten, welche die psychisch-moralischen Kräfte als den Kern ihres Problems erkennen, deren Betätigung und Wirksamkeit in Religions- und Moralsystemen, in Sitte und Recht, in allen gesellschaftlichen Institutionen untersuchen, ohne jede Vorliebe für ein einzelnes System, aber

mit dem klaren Blick dafür, daß ohne die Untersuchung dieser wichtigsten Ursachenkette jede gesellschaftliche Wissenschaft gänzlich auf dem Holzwege ist. Dieser Verwechslung macht sich heute eine ganze Reihe auch bedeutenderer jüngerer Gelehrter schuldig, in erster Linie, weil sie philosophischen Studien zu ferne stehen und deshalb die Untersuchung der geistig-moralischen Ursachenreihen verwechseln mit Velleitäten, die veralteten Moralsystemen entspringen.

Sombart spielt seit Jahren als seinen höchsten Trumpf die Bemerkung aus: Nur der Starke siege, jede soziale Klasse weiche nur der Gewalt, entschlage sich nie freiwillig ihrer Privilegien; wohlwollende Menschenfreunde und ideologische Bureaukraten seien stets einflußlos. Das ist in der Hauptsache wahr; aber das ist nicht das, worüber vernünftige Menschen streiten. Sondern die wirkliche Streitfrage ist: waren stets und stets nur Magenfrage und mechanische Gewalt das in den historischen Entwicklungsprozessen Ausschlaggebende oder auch und vielmehr ideale Vorstellungen und Hoffnungen; war das, was die großen Geister der Menschheit, die Stifter der Religionen, der Staaten, die großen Gesetzgeber und Führer der Parteien und der Klassen, die großen Philosophen und Schriftsteller lehrten und womit sie die Hunderte, die Tausende und die Millionen in ihr Gefolge zwangen und so die herrschenden und befehlenden Kräfte wurden, nicht die eigentlich beherrschende Ursache der Geschichte? Liegt die Stärke der Sozialdemokratie heute in ihren Fäusten, in ihrer Parteiorganisation oder in dem Geiste, in der moralischen Kraft ihrer Führer? Und besteht nicht die ganze Kultur der Menschheit seit Jahrtausenden auf der Kraft, welche Moral, Sitte und Recht, welche die idealen Prinzipien alles Gesellschaftslebens errungen haben? Bei der Um- und Neubildung dieser Prinzipien wie der Moralsysteme sind wirtschaftliche Individual-, Klassen-, Nationalinteressen der Rohstoff, der beachtet werden muß, dem man nicht Gewalt antun darf, der aber doch in der Hauptsache geknetet und geformt wird von jenen höheren geistigen Potenzen. Nicht einzelne ideologische Bureaukraten setzen große soziale Reformen durch, überwinden den Klassenegoismus bevorrechtigter Klassen, aber wohl geistige Bewegungen, die wie das Naturrecht, die Aufklärung, der Merkantilismus, die Theorie A. Smiths, die ganze neue Moralphilosophie, die neueren Staaten und Gesellschaften umgewandelt haben, wie es früher die großen Religionssysteme taten. ––

Zum Schluß noch ein Wort über den letzten Teil der Sombartschen Broschüre, die Marx als Schriftsteller behandelt. Er knüpft an an den Gegensatz von Natur- und Geisteswissenschaft, den er im Anschluß an einige neuere Philosophen nach meiner Meinung zu absolut hinstellt, indem er das subjektive, persönliche, dichterisch geniale Element in der Entwicklung der

Geisteswissenschaft, das er ganz richtig betont, doch zu sehr und zu einseitig als die einzige Grundlage der Geisteswissenschaft hinstellt. Alle Geisteswissenschaft ist ihm nur ein Nach- und Nebeneinanderstehen persönlicher Schöpfungen. Er kommt so zu dem Paradoxon, die Geschichtswissenschaft habe von Thukydides bis Mommsen keine Fortschritte gemacht. Was man von Menschenforschern erwarte, seien keine Leistungen, sondern Problemstellungen, ein Entdecken und Schauen von Menschen, „stärkstes Erlebnis mit großer Darstellungskraft." Die gewöhnlichen kleinen Gelehrten, wie Ricardo, Senior, Thünen, Jevons, hätten freilich diese großen Sehergaben nicht, die begnügten sich mit Abstraktionskraft und Verstandesschärfe, die, wie Roscher richtig gesagt habe, Marx ganz gefehlt habe. Dafür habe er eine wunderbare Fruchtbarkeit an neuen und schöpferischen Ideen und unerhörte Gesichte, eine seltene Kunst der Sprache und der Darstellungskraft gehabt. „Die Darstellungskraft macht zuletzt den großen Menschenforscher."

Gewiß gehört Marx zu den Gelehrten, die wie Hegel und Schelling mit großer Kraft der Anschauung, der Phantasie begabt waren. Und eine gute Dosis von Phantasie ist jedem großen epochemachenden Gelehrten nötig. Aber Sombart scheint mir mit seiner Charakteristik der Geisteswissenschaft und der Persönlichkeit von Marx doch wieder einen wahren Gedanken bis zur Paradoxie zu überspannen und aus dem Wesen des Gelehrten das zu streichen, was eigentlich seine Aufgabe ausmacht — im Gegensatz zu den ideologischen Prophetennaturen, unter die ich Marx einreihen möchte, wie ihn ja auch Sombart mit den alttestamentarischen Propheten vergleicht.

Die ganze heutige Wissenschaft ist rational, geht von der empirischen Einzelforschung aus, sucht nach feststehenden Wahrheiten, deren Summierung eben das große feste Gebäude der Wissenschaft ausmacht; die Historiker und die Philosophen des Altertums waren mehr als die heutigen Dichter und Schriftsteller; die der Gegenwart, auch Mommsen, Niebuhr, Ad. Smith, sind wirkliche Gelehrte, die bei aller Kunst der Darstellung, bei großer Phantasie doch in erster Linie die gesicherten Forschungen von Dutzenden und Hunderten zusammenfassen und dadurch wirken. Ich möchte umgekehrt wie Sombart sagen: Die heutigen Naturforscher setzen die des Altertums nicht fort, weil es damals noch kaum eine Naturbeobachtung gab, die heutigen Staats- und Moralphilosophen stehen alle auf den Schultern von Plato, Aristoteles, der Naturrechtslehrer des 16. bis 18. Jahrhunderts; auch vier Fünftel dessen, was Marx geschrieben hat, sind ja nur verständlich im Anschluß an Ad. Smith und Ricardo, an die älteren Sozialisten, wenn auch das Bedeutsamste, was er geschrieben, der eigenen neuen Anschauung entstammt.

Kurz — um statt den früher Marx zugebilligten, jetzt ihm abgestrittenen

theoretischen Verdiensten einen Ersatz zu schaffen, verfällt, wie mir scheinen will, Sombart in den Fehler, Marx als Schriftsteller ganz übermäßig zu loben, ihn ganz zum Dichter zu machen. Neun Zehntel, was er geschrieben, sind abstrus, kaum lesbar, langweilig. Daneben hat er eine anschauliche Prophetengabe, die an einzelnen Stellen Glänzendes leistet. Er hat Dinge gesehen, besser gesehen als alle vor ihm, weil er ein großer Mensch war. Aber deshalb besteht nicht alle Geisteswissenschaft in „Schauen", in „Gesichten". Sombart kehrt damit zu einem Standpunkt zurück, wie ihn Schelling predigte und damit seine Philosophie diskreditierte. Er predigt eine Art Umkehr der Wissenschaft, kaum weniger gefährlich, als die von den Orthodoxen geforderte.

Bei all dem möchte ich sagen: Marx war das Schicksal von Sombart; es ist ein anziehendes persönliches Schauspiel, wie dieser reichbegabte Geist nun seit 20 Jahren so tief und so ernst mit dem Problem ringt, gegen Marx gerecht zu bleiben und doch zuzugestehen, was falsch und unhaltbar in ihm sei.

Friedrich Engels und Karl Marx, ihr Briefwechsel von 1844—1883[1]).

Die großen Ideen und Gedankensysteme, welche wie die Reformation und das Naturrecht, die Naturwissenschaften und die moderne Philosophie, die Volkswirtschaftslehre und der Sozialismus, die europäische Kulturwelt von 1500 bis 1900 umgestaltet haben, sind naturgemäß alle bei ihrem ersten Auftreten als revolutionär empfunden worden; viele ihrer ersten Bekenner sind mit heftigen Anklagen und überstürzenden Plänen aufgetreten. Nur im Kampf der alten mit den neuen Ideen konnte der notwendige und heilsame Fortschritt sein Ziel erreichen. Daher die bekannte Erscheinung, daß die neuen Systeme vielfach himmelstürmend und übertreibend die zum Fortschritt Geneigten um ihre Fahne sammelten; nach einer bis drei Generationen aber lernte man diese Systeme als beschränkte Teilwahrheiten einreihen in den Zusammenhang der berechtigterweise die menschliche Gesellschaft ordnenden Ideen. Und nicht bloß die fortschrittlichen, auch die neuen konservativen Gedankengebäude, vor allem die größten derselben, traten zuerst übertreibend, einseitig, für praktische Verwirklichung ganz ungeeignet auf. Erst langsam wurden sie, wie die fortschrittlichen Ideensysteme, so weit eingeschränkt, daß sie mit Teilen ihrer Forderungen in der Wirklichkeit Aufnahme finden und Segen stiften konnten. Anders als durch den Kampf der Geister, durch Läuterung und Erfahrung, durch Beschränkung des zu viel Geforderten kommen wir armen Sterblichen nicht voran.

Diese Wahrheiten muß man im Auge behalten, wenn man den Sozialismus, zumal seine extremeren Formen, richtig beurteilen will. Die Gedanken von Karl Marx und Friedrich Engels haben in Deutschland und Österreich eine Bedeutung erreicht, welche die älteren sozialistischen Systeme weit hinter sich gelassen hat. Man hat gesagt, die deutsche Sozialdemokratie habe mehr Bekenner als die Sozialisten aller anderen Länder zusammen. Einige ihrer fanatischen Führer und noch mehr ihrer ängstlichen Gegner glauben noch immer, sie werde in naher Zeit die politische Herrschaft und damit die Aufrichtung einer kommunistischen Gesellschaftsordnung erreichen. Das Marxsche

[1]) Neue Freie Presse (Wien) Nr. 18065 vom 8. Dezember 1914.

System entstand 1850—1867, wurde zur Fahne der deutschen sozialistischen Arbeiterpartei 1869—1891. Aber schon Bebels parlamentarische Taktik von 1869 bis zu seinem Tode war eigentlich ein Aufgeben des schroffen Revolutionsgedankens. Seit 1890 haben die gebildeten und geistig hochstehenden Führer der Sozialdemokratie einen der Marxschen Glaubensartikel nach dem anderen fallen lassen. Der Zahl der sozialdemokratischen Reichstagswahlstimmen gehörten zu drei Vierteln Nichtsozialdemokraten an; die Zahl der Partei umfaßt noch nicht viel über eine Million Mitglieder, die der freien Gewerkschaftsmitglieder, von denen nicht ein Drittel Mitglieder der Partei sind, ist langsam auf zwei bis drei Millionen gestiegen; die Jahreseinnahme der Partei beläuft sich auf etwas über eine Million Mark, während die deutschen Gewerkschaften jährlich 80—90 Millionen einnehmen. Die politische Partei hat in sich eine Aristokratie und Bureaukratie von 5—10 000 gut bezahlten Führern ausgebildet, welche in der Partei das ultrademokratische Prinzip, ohne es zu wollen und zu wissen, ad absurdum führten. Auch die normale Entwicklung der Konsumgenossenschaften wird auf die Dauer ihre Mitglieder vom Klassenkampfideal entfernen. Kurz, die marxistische deutsche Arbeiterpartei ist in einem Auflösungsprozeß, respektive bürgerlichen Umbildungsprozeß begriffen, so sehr sie dies auch leugnet.

Und dieser Prozeß hat seine eigentliche Ursache nicht bloß in den Schriften der Revisionisten, sondern vor allem und speziell in den immer zahlreicheren Publikationen über die Geschichte, die Entstehung, die Entwicklung der Marxschen Lehren, wie sie seit dem Tode von Marx (1883) einsetzten. Eines der wichtigsten Bücher in dieser Beziehung sind die vier Bände: „Der Briefwechsel zwischen Friedrich Engels und Karl Marx 1844—1883" (Stuttgart, 1913, Oktav), herausgegeben von A. Bebel und E. Bernstein.

Auf den 1943 Seiten wird uns zum erstenmal ein ebenso intimer als unverfälschter Einblick in das Wesen des großen sozialistischen Freundespaares, in ihre Beziehungen untereinander und zur deutschen Sozialdemokratie, zu Lassalle, zu Wilhelm Liebknecht, in ihr tägliches politisches und soziales Urteil über die Zeitereignisse, über das Entstehen des ersten Bandes des „Kapitals" gewährt, daß man das Vertrauen der Herausgeber auf den Erfolg nur bewundern kann.

Freilich, sehr viel Schönes, Großes zieht bei der Lektüre an unserer Seele vorbei, zumal für Engels, der den Briefwechsel besaß und die Herausgabe anordnete. Aber auch für Marx. Wir sehen zwei selten begabte Männer, mit einer Arbeitskraft und Lernfähigkeit ohnegleichen. Engels sitzt von morgens bis abends in seinem Kontor in Manchester, lang in verantwortlicher Stellung, und arbeitet dann jeden Abend von 7—2 Uhr nachts, lernt immer wieder in ein paar Wochen eine neue Sprache, schreibt für sich und Marx Zeitungs-

artikel, verfolgt neben der politischen und sozialen die militärische und militärtechnische Bewegung, schreibt Broschüren (z. B. Po und Rhein 1859), die in ganz Europa für das Werk eines eingeweihten und begabten Generals gehalten werden. Und dabei ist er ein lebensvoller Rheinländer, der Wein, Weib und Gesang liebte, möglichst viele Fuchsjagden mitritt, um sich frisch zu erhalten, auf seinen Reisen lebensvolle Schilderungen von Land und Leuten entwarf, bis in sein Alter sich gern der Tage erinnerte, da er in Berlin als Einjähriger der Gardeartillerie das preußische Heer hochschätzen gelernt hatte. Aber fast noch mehr müssen wir über Marx' Fleiß und gelehrte wissenschaftliche Aufnahmefähigkeit staunen, ob er gesund oder krank ist. Er sitzt durch Wochen täglich stundenlang im Britischen Museum „mit der Leidenschaft einer unersättlichen Schlange die Bücher verschlingend". Einmal schreibt Marx von der Zeit einer ernsten Erkrankung: „gelesen: Carpenters Physiologie, Lord Ditto Köllikers Gewebelehre, Spurzheims Anatomie des Hirns und Nervensystems, Schwann und Schleiden über die Zellen". Wie jubelt er, als er Maurers sämmtliche Bände über deutsches Agrarwesen gefunden und durchgelesen hat, oder wenn er ihm bisher unbekannte englische soziale Enquetebände für ein paar Pfennige beim Antiquar erwirbt. Das Interesse beider Freunde umfaßt ganz Europa und die Kolonien; sie verfolgen atemlos die Tagespolitik in wirtschaftlicher, sozialer und politischer Beziehung, auf neue Krisen, auf die heißersehnte Revolution wartend, die ihren Überzeugungen den endlichen Sieg bringen soll, und teilen sich gegenseitig alles Wichtige mit. Marx muß dies schon tun, da er ganz überwiegend von der Tätigkeit als Zeitungskorrespondent lebt, wobei Engels steter stiller Mitarbeiter ist.

Beide sind sehr verschiedene Naturen und ergänzen sich so. Gefunden haben sie sich im philosophischen und sozialen Radikalismus der vierziger Jahre, in der auf Menschenkenntnis und realistischen Scharfblick wurzelnden Verachtung für den älteren Sozialismus, in dem Bewußtsein, daß sie beide zusammen eine große gemeinsame sozialhistorische Mission hätten. Beide fast mehr Männer der Tat als der Feder; aber durch ihre Verbannung, durch ihr Flüchtlingsleben doch mehr auf schriftstellerische Wirksamkeit und auf stille Beeinflussung der in Deutschland und in den anderen Staaten lebenden Gesinnungsgenossen angewiesen. Immer in Verzweiflung, daß alle diese Leute bis zu Lassalle, Proudhon, Bakunin, Mazzini usw. eigentlich für die sozialistische Mission unfähig seien, alles verderben, mit denen aber nicht ganz gebrochen werden könne, da man sie doch benützen, leiten, zum Handeln bringen müsse, wenn überhaupt etwas geschehen solle.

Engels eine durchaus erfreuliche, sonnige, warme Natur, immer liebenswürdig, opferbereit für Marx, sich ihm unterordnend als dem großen Schriftsteller und Denker, der größeren Willenskraft. Noch an seinem Grabe, 1883,

bekannte er sich bedingungslos mit den Worten zu ihm: „Wie Darwin die Gesetze der Entwicklung der organischen Natur, so entdeckte Marx das Entwicklungsgesetz der Geschichte." Marx eine kühle, kritische Verstandesnatur, von ungemessenem Selbstgefühl; nur selten und für wenige hat er einen warmen Ton übrig. Er sieht überall und in erster Linie das Schlechte, in Zuständen und Menschen, hat in der Kritik anderer fast nur verächtliche, verkleinernde, oft bissige Worte zur Verfügung. Selbst über einen Mann wie A Smith spricht er empörend als von einem ärmlichen Plagiator. („Kritik d. pol. Ökonomie", 1859, S. 149.) Oncken sagt von ihm: „Er gehörte zu jenen streitbaren Naturen, die ihren Kraftüberschuß bis in die geringsten Dinge rechthaberisch entladen." Er war eine gallige, bissige Natur, es fehlten die weicheren, die Gemütstöne fast vollständig. Seine Begabung läßt sich vielfach aus dem Briefwechsel erschließen. Er war mehr ein mathematisch-naturwissenschaftlicher als ein historischer Kopf. Er spricht sich selbst das Anschauungsvermögen mit den Worten ab (III., S. 113): „Es geht mir mit der Mechanik wie mit den Sprachen. Die mathematischen Gesetze verstehe ich, aber die einfachste technische Realität, wozu Anschauung gehört, ist mir schwerer wie der größte Knoten." Der Staat und seine Einrichtungen sind ihm ein verschlossenes Buch mit sieben Siegeln. Ein neuerer Kritiker (Jäger) sagt mit Recht: „Marx hat den Staat verloren, im Herzen vielleicht nie einen besessen." Daß der reaktionärste Minister, den Preußen 1840 bis 1890 hatte, Westphalen, sein Schwager war, hat ihn von der vollen Unkenntnis und dem Hasse gegen diesen Staat natürlich nicht befreit.

Marx' Gedankenwelt und geistige Entwicklung ist nur zu verstehen aus seiner jüdischen Herkunft heraus, aus seiner in Trier verlebten Jugendzeit, wo man damals noch in den gebildeten Kreisen überwiegend Französisch sprach, dann aus dem Studium Hegels und Feuerbachs, weiter aus der Tatsache, daß er schon 1840—1850 (22—32jährig) überwiegend in Paris und Brüssel den französischen Sozialismus und das schlechte Bourgeoisregiment Louis Philipps kennen lernte; endlich daraus, daß er 1850 bis 1883 bis zu seinem Tode wesentlich nur noch englische Eindrücke empfing, die englische Chartistenliteratur las, sich über die Einzelheiten der englischen Baumwollindustrie und die Lage ihrer Arbeiter von Engels aus Manchester berichten ließ. Da er die englische Rechtsgeschichte nicht näher kannte (es fehlten damals auch die heutigen Hilfsmittel dazu), aus der englischen Politik sich nur von den englischen Radikalen belehren ließ, so war diese Basis seiner Erkenntnis viel zu schmal, um von ihr aus die Entwicklung des Kapitalismus und der Arbeiterfrage ganz allgemein für West- und Mitteleuropa zu konstruieren. Er umfaßte nur einen Teil dieses Prozesses, die Verelendung gewisser Teile der Baumwollarbeiterschaft, und machte aus ihr

eine Tragödie, die weder der Größe noch der Lebenswahrheit entbehrte; aber es war doch ein Bild, dessen Hälfte falsch oder übertrieben war und dessen Schlußfolgerungen zum großen Teile ihre letzte Ursache nicht in den Tatsachen, sondern in der Galle des Verfassers hatte.

Das Leben von Karl Marx von 1850—1883 in London war selbst eine herzzerreißende Tragödie, wie wir hier zum erstenmal erfahren. Marx hatte den Rest seines kleinen Vermögens hingegeben, um die Schulden der „Rheinischen Zeitung" zu zahlen. In London unterstützte er vielfach deutsche Flüchtlinge, so lange er selbst noch einen Penny hatte. Seine Korrespondententätigkeit gab ihm fast nie so viel, daß er auch nur zur Hälfte davon leben konnte. Er und seine Familie hungerten Jahrzehnte für seine Überzeugung: sein Söhnchen starb infolge der Not, die Frau verkümmerte; er selbst wurde krank und kränker. Er litt an schwerem Leberleiden und periodischer Wiederkehr von monatelangen Karbunkeln, die den Körper bedeckten, bis wochenlanges Arseniknehmen endlich wieder Linderung schuf. Einen erheblichen Teil seiner Zeit war er arbeitsunfähig; jahrelang war ein großer Teil der Kleider und Haushaltsgegenstände im Pfandhaus, bis auf die der Dienstboten herab. Fünfzigjährig schrieb er an seinem Geburtstage: Ein halbes Jahrhundert auf dem Rücken und immer noch pauper! Er wäre an all dem schon in den fünfziger Jahren zugrunde gegangen, wenn sein Freund Engels ihm nicht das nötige Geld immer wieder geschickt, ihm zuletzt von 1869 an eine feste Jahresrente von etwa 7000 Mark gezahlt hätte.

So kann man von Marx sagen: In tormentis scripsit. Er blieb dabei der aufrechte Mann. Als ihn Bismarck 1867 für sich gewinnen wollte, wies er es stolz ab. Aber naturgemäß sind seine Werke von seinem Schicksal beeinflußt. Er sah im Arbeiterelend zugleich das eigene, in beiden das Unrecht der heutigen Gesellschaft, die er nun mit steigendem Haß darstellte, die er vernichten wollte, an deren Stelle er bessere Institutionen setzen zu können meinte.

Das schöne uneigennützige Verhältnis der beiden Männer zueinander aber ist ein Denkmal seltenster Freundschaft, die auf einem großen Hintergrunde, dem beiderseitigen Bewußtsein einer weltgeschichtlichen Mission, ruhte.

Auch abgesehen von Marx' Gesundheit und steter Geldnot ist das Leben desselben eine fortgesetzte Enttäuschung; es gehörte ein seltener Optimismus dazu, den Stein immer wieder vergebens bergaufwärts zu rollen. Der Kleinkrieg der Londoner Flüchtlingsschaft war aufs höchste unerbaulich, voll Enttäuschung, Narrheiten, Streitereien und Taktlosigkeiten. Ebenso die Leitung der internationalen Arbeiterassoziation. Die Herausgeber sagen, Marx drängte sich nicht an die Spitze derselben, aber sein Wissen und sein scharfes Urteil drängten ihn an die erste Stelle; ich möchte hinzufügen, seine Diktatornatur,

seine Überzeugung, diese Herde von unpolitischen Weltverbesserern turmhoch zu überragen. Um so größer sind die inneren Händel persönlicher und nationaler Art, die nicht enden und die schon allein jeden großen Erfolg dieser Assoziation hindern mußten. Immer wieder schleppt sich Marx, auch krank, in die Vorstandssitzungen, um Ordnung zu schaffen. Die innere Geschichte dieser Assoziation, wie sie aus dem Briefwechsel sich ergibt, weckt eine Idee davon, was aus der von Marx erhofften und nach seinen Gedanken einstens in seine Hand zu legenden Diktatur des Proletariats geworden wäre.

Ein erheblicher Teil des großen Interesses, den der Leser an den Briefen gewinnt, beruht auf der zu erschließenden Erkenntnis über das Urteil der beiden Freunde über die anderen führenden Sozialisten.

Vielleicht am schlechtesten kommt Lassalle weg. Die Freunde wußten, daß er schon (1848—1849) vom Kommunistenbund, in den er aufgenommen werden wollte, einstimmig wegen seines Rufes zurückgewiesen wurde; es handelte sich, wie Oncken betont, wohl um seine Tätigkeit als Anwalt und Liebhaber der Gräfin Hatzfeld; er hatte ihr ein großes Vermögen gerettet und sich damit eine große Rente geschaffen, die ihm erlaubte, als Grandseigneur von da an zu leben. Engels bezeichnet ihn als einen Menschen, dem man höllisch aufpassen müsse; er sagt, „als echter Jud von der slawischen Grenze war er immer auf dem Sprunge, unter Parteivorwänden jeden für seine Privatzwecke zu exploitieren". Als Lassalle Marx 1857 seinen Heraklit übersandte, findet er das Zeug zu dick, um es durchzulesen, er nennt es eine posthume Blüte einer vergangenen, der Hegelschen Epoche. Er spottet über den philologischen Flitterstaat, mit dem Lassalle sich drapiert, „mit der Grazie eines Kerls, der zum erstenmal in seinem Leben fashionable Dreß trägt". Immer brachen die Freunde mit Lassalle nicht ganz ab, in der Erwartung, ihn nochmals brauchen zu können. Sie verhandelten mit ihm 1860 über eine gemeinsame Wiederaufnahme der „Rheinischen Zeitung"; Lassalle machte 1861 einen Besuch in London. Das Zusammengehen zeigt sich als unmöglich; Marx schreibt: „Seine Rechthaberei, sein Stehenbleiben im spekulativen Begriff, seine Infektion mit älterem französischen Liberalismus, seine breitspurige Feder, seine Zudringlichkeit, Taktlosigkeit würde uns blamieren;" höchstens als Redakteur unter strenger Disziplin wäre er zu brauchen. Bald darauf erscheint Lassalle dem Marx als von Größenwahn befallen: „Er ist ausgemacht nicht nur der größte Gelehrte, tiefste Denker, genialste Forscher, sondern außerdem Don Juan und revolutionärer Kardinal Richelieu." Er sah in ihm einen ihn bestehlenden und verschlechternden Plagiator und einen politischen Rivalen, was sich 1863/64 natürlich noch steigerte. Erst nach seinem jähen Tod fängt Marx an, wieder milder zu urteilen. Engels blieb

stets bei harter Abweisung des Lassalleschen Tory-Chartismus; er schreibt 1865: „Subjektiv mag seine Eitelkeit ihm die Sache plausibel vorgestellt haben, objektiv war es ein Verrat der ganzen Arbeiterbewegung an die Preußen.“ Oncken hat diese Beziehungen in den „Preußischen Jahrbüchern“ (Band 155, 211—288) näher dargestellt.

Kaum erfreulicher gestaltete sich dann das Verhältnis der beiden Freunde zu den Führern der deutschen sozialdemokratischen Partei, Bebel und Wilhelm Liebknecht. Bebel wird freilich kaum erwähnt im Briefwechsel; ich füge nur bei, daß sein Besuch bei Marx Anfang der achtziger Jahre von Bebel selbst als Canossagang bezeichnet wird. Der eben erschienene dritte Band seiner „Lebenserinnerungen“ zeigt die vorausgegangenen Kämpfe. Um so häufiger wird Liebknecht im Briefwechsel behandelt. Er wird im ganzen als politisch urteilsloser und unzuverlässiger Sanguiniker und Phantast bezeichnet. Am meisten wird er verurteilt, weil er sich damals ganz an die süddeutsche föderalistische Volkspartei angeschlossen hatte, die Wiederherstellung des politischen Zustandes von Deutschland, wie er vor 1866 gewesen, auf seine Fahne geschrieben hatte. Marx ist in steter Entrüstung, daß er seinen ersten Band „Kapital“ nicht anzeige. Engels schreibt: „Er lockt mit seiner Volkspartei und seiner Restaurationswut des blinden Welfen und des biederen Kurfürsten von Hessen bei den norddeutschen Arbeitern keinen Hund vom Ofen.“ Engels freut sich, daß er ihm sein Blättchen nicht mehr schicke, es sei nicht zu lesen. Marx ist wütend, daß er sich zu seinem Kurator ernannt habe, ihm Befehle für die Leitung der Internationale schicke. Beide kennen die Fehler des Herrn v. Schweitzer wohl; aber in seinem Kampfe mit Liebknecht finden sie immer, daß er Liebknecht an politischer Fähigkeit und Klugheit turmhoch überrage. Daß Liebknecht vor allem durch seine hypernervöse Exaltiertheit immer wieder fehlgriff, dies zu verstehen war ihnen wohl versagt, weil sie ihn nicht nahe genug persönlich kannten.

Von ganz besonderem Interesse ist das jeweilige Urteil von Marx und Engels über die politischen Tagesereignisse. Dabei ist es stets ein eigenes Gemisch von großen historischen und sozialen Gesichtspunkten und vom Einflusse falscher Nachrichten, gefärbter Berichte und einseitiger Parteidoktrinen. Beide erfahren aus allen möglichen Ländern sehr viel, aber natürlich stets sehr einseitig Gefärbtes, während sie anderseits von den leitenden Männern in Berlin und Wien, in Petersburg und Washington, in Paris und London sehr unvollkommene, teilweise grundfalsche Vorstellungen haben. Sie glauben die törichtsten Nachrichten oon der Bestechung aller möglichen Staatsmänner durch Rußland; David Urquhardts vielfach ganz falsche Meldungen finden fast stets Gehör. Palmerston, Napoleon III. und seine Minister werden noch mehr heruntergerissen als die deutschen Fürsten und Staatsmänner. Von

dem alten Kaiser Wilhelm, den sie stets verächtlich den „schönen Wilhelm" nennen, sprechen sie so despektierlich, als es ja auch sein Bruder Friedrich Wilhelm IV. zeitweise getan; die meisten Zeitgenossen haben erst sehr spät seine großen Charaktereigenschaften erkannt. Auch von Bismarcks Größe haben sie keine entfernt richtige Vorstellung. Immer hat Engels eine über Marx und vollends über Liebknecht weit hinausgehende Einsicht in seine weltbewegende Rolle, wie er 1866/67 und noch mehr 1870 zeigt. Er betont, daß Bismarck Anlehen bei der Demokratie macht, daß die Mainlinie nur zum Schein, um Frankreich zu besänftigen, eingerichtet sei, daß kein Stück deutschen Bodens nach den deutschen Siegen an Napoleon kommen könne. Im August 1870 schreibt er: „Siegt Napoleon, so ist der Bonapartismus auf Jahre gefestigt, vielleicht auf Generationen. Von einer selbständigen deutschen Arbeiterbewegung ist dann auch keine Rede mehr. Siegt Deutschland, so ist der französische Bonapartismus jedenfalls kaputt, der ewige Krakeel wegen Herstellung der deutschen Einheit endlich beseitigt, die deutschen Arbeiter können sich auf ganz anderem nationalen Maßstab als bisher organisieren. Die ganze Masse des deutschen Volkes aller Klassen hat eingesehen, daß es sich eben um die nationale Existenz in erster Linie handelt, und ist darum sofort eingesprungen." Jetzt sei es unmöglich, wie Liebknecht totale Obstruktion zu predigen. Jetzt den Antibismarckismus zum leitenden Prinzip erheben, sei absurd „Bismarck tut jetzt wie 1866 ein Stück unserer Arbeit, in seiner Weise, ohne es zu wollen, aber er tut es doch." Er schafft reinen Boden; die Allianz mit Rußland wird verschwinden. Die Süddeutschen treten in den Reichstag, und damit erwächst ein Gegengewicht gegen das Preußentum. Es ist Blödsinn von Liebknecht, daß er auf den Sieg Napoleons gerechnet, der uns den neuen Rheinbund gebracht hätte. Ein Volk, das nur Hiebe und Tritte bekommt, macht auch keine soziale Revolution.

Der Briefwechsel von Engels und Marx reicht bis zum Tode von Marx 1883. Aber er hat von 1870 an, da Engels in London in der Nähe von Marx wohnte, nicht mehr dasselbe Interesse. Er bezieht sich nur noch auf die kurzen Epochen der Trennung, der Reisen; die allgemeinen Fragen treten zurück gegenüber den persönlichen. Engels hat Marx so lange überlebt, daß er die folgenden Bände des „Kapitals" fertig machen und herausgeben konnte. Er hat es auch noch erlebt, daß das deutsche Sozialistengesetz aufgehoben wurde, daß der reine Marxismus im Parteiprogramm von 1891 siegte, daß der große Aufstieg der deutschen sozialdemokratischen Partei einsetzte.

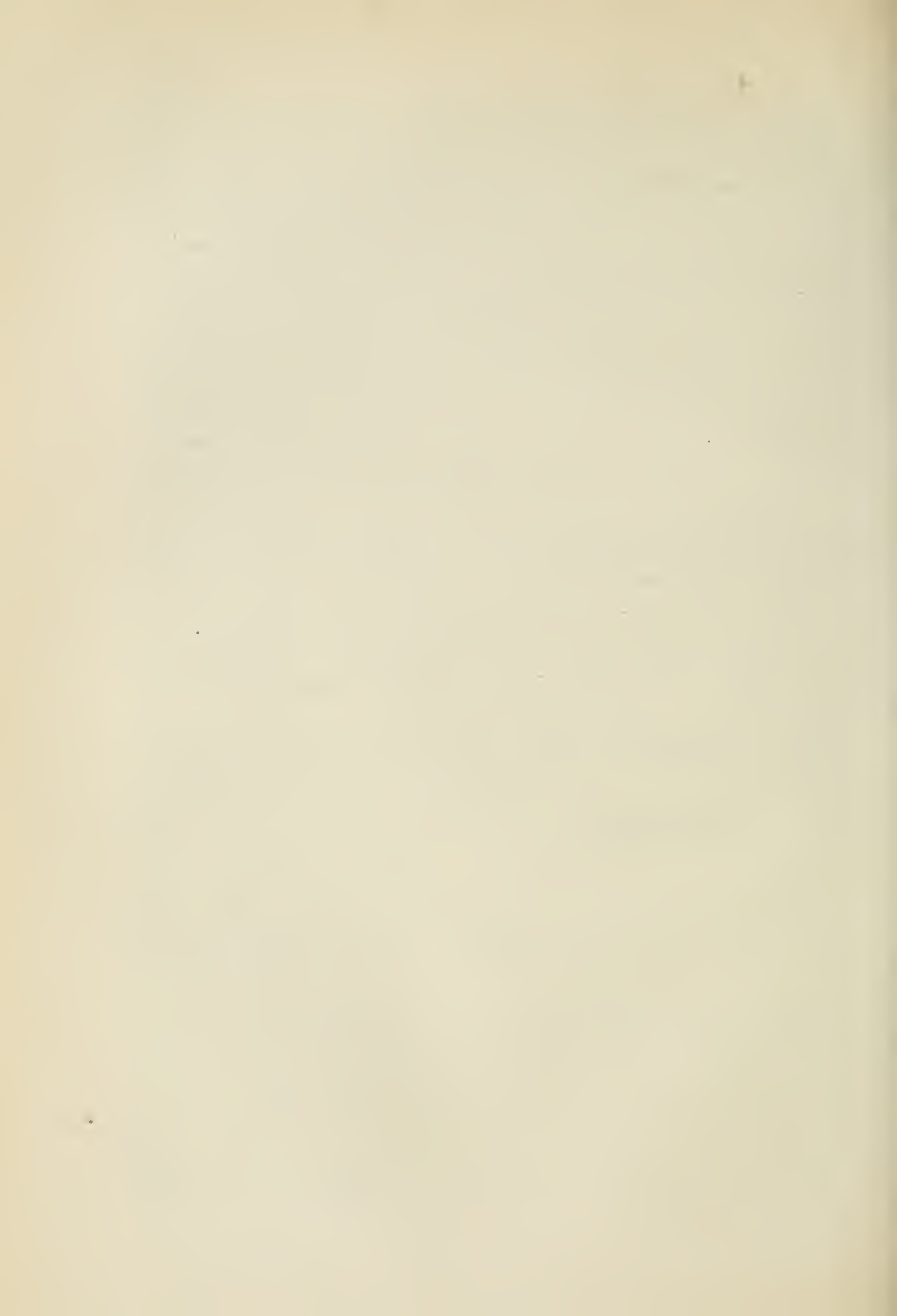
Ob er an diesen Erfolgen reine Freude empfand? Daß er nun nicht mehr an alle Lehrsätze seines Freundes glaubte, hat er selbst noch öfters ausgesprochen oder angedeutet.

Marx ist mit der Überzeugung geschieden, daß seine Lehren siegen werden,

obwohl er nach Erscheinen seines ersten Bandes, von dem er rasch weitere Auflagen und große Einnahmen erwartete, darüber sehr enttäuscht war, daß er so sehr langsamen Absatz fand. Alle Mühe Engels' für die Reklame nützte nicht viel. Auch heute wird die Zahl derer, welche die wenigen anziehenden Kapitel des Buches lasen, nach Hunderttausenden zählen, die, welche das Ganze studierten, nur nach Hunderten. Die scholastische Studierstubenkonstruktion überwiegt zu sehr.

Die Größe von Marx und Engels liegt in ihren Werken und ihrem kühnen Idealismus, in der Aufopferung ihres Lebens für die Sache der Arbeiter. Mögen sie in vielem noch so sehr geirrt, übertrieben, gefehlt haben: sie sind und bleiben die größten Apostel der sich organisierenden Arbeiterklasse. Und diese Organisation ist eine historische und soziale Notwendigkeit gewesen und ist es heute noch. Aber der Geist in ihr, der schon nicht mehr der von 1890/1900 ist, der ebenso durch Marx' Leidenschaften und Irrtümer in falsche Bahnen kam, wie durch unrichtige Behandlung derselben seitens ihrer Gegner und der Regierungen, er wird weiterhin sich wandeln. Teils durch das bessere Verständnis in den höheren Klassen für die Arbeiterinteressen, teils durch die steigende Einsicht der Arbeiter selbst. Schon sind die Gewerkschaften in Deutschland mächtiger als die politische sozialdemokratische Partei, schon wachsen neben dieser andere Arbeiterparteien heran. Es wird wie in England eine Zusammenfassung dieser Parteien gelingen. Die Idee der Revolution wird zurücktreten hinter der der Reform, die des gewaltsamen Klassenkampfes hinter der der Verständigung und des Klassenfriedens.

Sollten die Marx-Schüler wirklich so hyperkonservativ sein, sich nicht mehr, wie bisher, wandeln zu wollen, sich versteifen auf den Satz der äußersten Reaktion: Sint ut sunt aut non sint, so wird der Strom der Geschichte sie beseitigen, über sie hinweggehen.



Der Weltkrieg und die deutsche Sozialdemokratie[1]).

Seit es etwas größere Völker und Staaten gibt, zeigen sie uns überall mit höherer Entwicklung eine Scheidung nach Ständen und Klassen. Sie entsteht mit der Eroberung, den Rassengegensätzen, der Berufs- und Arbeitsteilung. Die Klassen streben nach einer gewissen Organisation, nach politischer Macht, nach Einfluß auf die Besitz- und Einkommensverwaltung. Je nach den herrschenden religiösen und sozialen Vorstellungen und Überlieferungen erscheint die bestehende Klassenordnung bald als etwas allgemein Anerkanntes, rechtlich Selbstverständliches, ja Geheiligtes, bald aber auch als Unrecht und Mißbrauch; es entstehen die Kämpfe, um sie zu beseitigen oder zu reformieren. Die heutige Klassenscheidung in den Kulturstaaten der Gegenwart geht teilweise zurück auf Jahrhunderte alte Einrichtungen, teilweise ist sie erst das Ergebnis unserer neueren Geld- und Kreditwirtschaft, unserer heutigen Produktionsweise und Technik; überall aber kommt zu den materiellen Ursachen der Volksgeist und Volkscharakter, die sittlich-religiösen Gefühle, die ganze vorhandene Ideenwelt, die überlieferten Sitten, der Einfluß von Literatur und Presse, das Eingreifen großer Männer und Parteiführer.

Deutschland mußte in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts nach seiner sozialen und politischen Geschichte, nach der riesenhaften volkswirtschaftlichen Aufschwungsbewegung von 1848, noch mehr von 1870 an, nach seinen technischen und Verkehrsfortschritten eine große Bewegung des neuen Geldarbeiterstandes erhalten. Aber daß ein Teil dieser Bewegung ausmündete in die sozialdemokratische Parteibildung, daß diese Partei von 124 700 Wahlstimmen 1871 aufstieg zu 1,7 Millionen 1893 und zu über 4 Millionen 1912, daß sie so rasch die erste und führende Arbeiterpartei aller Kulturländer wurde, daß ihre Behandlung bald die wichtigste politische Frage in Deutschland war, das erschien den meisten außer ihr Stehenden als das Überraschende. Die Tatsache ist, wie ich eben betonte, nicht bloß aus den materiellen, volkswirtschaftlichen Ursachen, nicht bloß aus der neuen deutschen Großindustrie und Technik, sondern wesentlich auch aus dem inneren geistigen Leben Deutschlands zu erklären. Der Volkscharakter, die Bildungselemente

[1]) Neue Freie Presse (Wien) Nr. 18181 vom 4. April 1915.

der Zeit, die sozialistischen Ideen, die aus Frankreich und England eindrangen, der unvermittelte Übergang von der kleinstaatlich spießbürgerlichen Epoche zu der machtvollen Reichsbildung wirkten mit. Und dann: das Land der besten Volksschule, der besten Bureaukratie, der besten Kasernen und der allgemeinen Wehrpflicht sowie der besten Disziplinierung der Arbeiter in Riesenbetrieben war kein ungünstiger Boden für die Disziplinierung der gewerblichen Arbeiter in einer großen sozialistischen Partei unter straffer Leitung weniger Führer. Der idealistische Volkscharakter, die philosophisch spekulative Neigung weiter Kreise förderten sozialistische Gedankensysteme. Der Sozialismus ist der Traum einer besseren sozialen Zukunft. Was man von 1848 bis 1875 erlebt, war so tief greifend, daß der Übergang zu einer demokratischen Republik mit kommunistischer Verfassung zuletzt auch nicht mehr als etwas Unmögliches erschien. Vom liberalen Ideal „der starken Gesellschaft und der schwachen Regierung" zu der Lehre von der Abschaffung der Staatsgewalt und der Leitung der volkswirtschaftlichen Produktion durch das arbeitende Volk war es kein allzu großer Schritt. Die Kleinstaaten und der absolute Beamtenstaat hatten die Massen nicht für praktische Politik erzogen. Ein Füllhorn neuer politischer Rechte hatte man 1866—1875 über das deutsche Volk ausgegossen. Die bestehenden politischen Parteien und ihre Führer hatten es nicht verstanden, den Arbeiterinteressen und -wünschen so weit entgegenzukommen, daß man sie in denselben hätte festhalten können. Unvermittelt hatte das Volk im neuen Reiche das ganz allgemeine Wahlrecht bekommen. Bismarck hatte starke soziale Empfindungen, seine Beziehungen zu Lassalle zeigen es; wie er Lothar Bucher, so wollte er auch Marx 1867 in seinen Dienst nehmen; 1875 sagte er zu mir, er sei eigentlich auch Kathedersozialist, habe nur bis jetzt keine Zeit dazu gehabt. Aber als er dann die sozialdemokratische Partei so ungestüm wachsen sah, gab er 1878, entsprechend seiner Neigung zu den stärksten Mitteln, das Sozialistengesetz, das die Sozialdemokratie beseitigen sollte, aber 1878—1890 sie eher förderte als hemmte. Er wollte 1890 zu weiteren Gewaltmitteln schreiten. Der Kaiser versagte. In die vom Kaiser den Arbeitern 1890 hingehaltene Hand einzuschlagen, dazu waren diese, soweit sie bereits in der festen Parteiorganisation der Sozialdemokratie steckten, im damaligen Augenblick zu verhetzt, zu wenig vorbereitet. Nur ein so kluger Politiker wie Herr v. Vollmar wollte schon jetzt einlenken und gab so den Anstoß zum „Revisionismus" innerhalb einer kleinen Zahl gebildeter sozialdemokratischer Führer. Ebensowenig konnte die den Arbeitern in gewissem Sinne entgegenkommende, in vielen Bestimmungen aber die Arbeitgeberwünsche berücksichtigende Arbeiterversicherungsgesetzgebung in den ersten 25 Jahren den sozialen Frieden schaffen. Die arbeiterfreundliche Richtung der deutschen Regierungen von 1888—1894 schlug 1895—1900

in eine eher entgegengesetzte um. Erst Fürst Bülow war klug genug, das sogenannte Zuchthausgesetz in die Versenkung verschwinden zu lassen und eine unparteiische Regierung über den beiden großen sozialen Klassen wieder zu versuchen, freilich mit dem Erfolg, daß die Scharfmacher der Industrie allerlei Minen gegen ihn legten.

Die deutsche Sozialdemokratie hatte durch ihre großen Wahlerfolge von 1890—1912 erst die Bewunderung der sozialistischen Parteien aller anderen Lande erregt; doch hielt diese von 1900 an, wie wir weiterhin sehen werden, nicht an, schlug in heftige Angriffe um, und deshalb konnte die radikale Seite der Partei auch von 1902—1914 von den Nachbarländern und den internationalen sozialistischen Kongressen her keine Stärkung erfahren. In der Selbstverwaltung gelang wohl einigermaßen durch praktisches Zusammenarbeiten eine Annäherung zwischen bürgerlichen und sozialdemokratischen Vertretern. Doch hatte dies zunächst keine sichtbaren Folgen für das Verhältnis der Sozialdemokratie zur bürgerlichen Gesellschaft und zur Regierung. Die Angst des Philisters vor den Sozialdemokraten stieg im Verhältnis zu den zunehmenden Wahlerfolgen der Partei, und der rechte Flügel der Unternehmer oder vielmehr die Hetzer unter ihren Sekretären glaubten immermehr gegen die Sozialdemokratie Sturm läuten zu müssen; man verlangte die starke Ministerhand, die diese Gefahr niederschlüge. Die Stimmen der Unparteiischen, die, über den Streitenden stehend, die angebliche Revolutionsgefahr der Sozialdemokratie leugneten, falls man sie halbwegs richtig behandelte, wurden nicht gehört.

Der plötzliche Kriegsausbruch hat nun, nicht für die Sachkenner, aber für die Masse des Volkes, die große Überraschung gebracht, daß die waffenpflichtigen Sozialdemokraten ohne Ausnahme, ohne Murren, ja begeistert zu den Waffen eilten, daß ihre Vertreter im Parlament jeden Kriegskredit bewilligten. „Die vaterlandslosen Gesellen haben sich als Vaterlandsretter erwiesen! Die keine Heimat hatten, schützen ihre Heimat ohne Besinnen mit ihrer Brust.“

So schreibt begeistert der Sozialdemokrat Anton Fendrich in seinem Schriftchen „Der Krieg und die Sozialdemokratie“. (Politische Flugschriften 1915, Heft 25 von E. Jäckh.) Er erinnert an seinen gefallenen Freund Frank, der sich im Reichstag am 4. August sofort beim Kriegsminister als Freiwilliger meldete, dessen Sitz am 2. Dezember in Erinnerung an seinen Tod auf dem Felde der Ehre mit einem Lorbeerkranz geschmückt war. Fendrich nennt den Krieg ein Weltgewitter, das mit elementarer Wirkung den Sozialdemokraten ihr Vaterland wiedergeben habe, die dünnen Verbindungsfäden internationaler Ideologie durchschlagen, einen theoretischen Intellektualismus ersetzt habe durch die Wärme und Seele patriotischer

10*

Empfindung: die Sozialdemokraten sähen jetzt, wie wunderbar unerschütterlich und leistungsfähig die kapitalistische Wirtschaftsordnung sei. Sie erkannten jetzt, sagt er, daß im Fortschritt der Menschheit nicht die Klasse, sondern das Volk der entscheidende Organismus sei. Der Krieg habe den Sozialdemokraten wie ihren Gegnern erst die Augen und Seelen über ihre wirklichen Eigenschaften geöffnet. Der Krieg werde den Sozialismus national machen, die Regierung sozialistisch handeln lernen. Die große Verinnerlichung, Vertiefung alles nationalen deutschen Lebens, die mit dem Kriege eingesetzt habe, werde eine bessere Zukunft heraufführen. So Fendrich.

Viele ähnliche sozialdemokratische Aussprüche ließen sich anführen: es sei nur erinnert an den, daß die Arbeiter auf einmal sähen, daß sie heute mehr zu verlieren hätten als ihre Ketten; dann an den, daß bei einem Siege unserer Feinde die Arbeiter am schlimmsten daran gewesen wären. Es handelt sich darum, ruft Wolfgang Heine, daß Deutschland ein Vasallenstaat Rußlands werden sollte. Ein Arbeiter schreibt, unsere Niederlage wäre der Zusammenbruch unserer Versicherung, die Zertretung unseres Arbeiterschutzes, der Ruin der tariflichen Arbeitsregelung, die Herabdrückung der Lebenshaltung. In unzähligen Feldpostbriefen zeigen die im Felde stehenden Sozialdemokraten, daß in der Tat ein ungeheurer Stimmungsumschwung eingetreten ist.

Aber wird er vorhalten? Geht er so tief und ist er so allgemein, daß wir von dem Kriege an in der Tat eine ganz neue Epoche der deutschen sozialen Entwicklung werden datieren können? Eine ganz sichere Antwort ist darauf heute wohl nicht zu geben. Aber eine große Wahrscheinlichkeit spricht dafür; vor allem, wenn wir siegen, was ich sicher annehme; und wenn die deutschen Bundesregierungen das gute Wort des Reichskanzlers wahr machen, daß aus der jetzigen großen Einheit der Nation auch eine Zeit weitgehender sozialer Aussöhnung und ehrlicher Zusammenarbeit von Regierung und Arbeitern hervorgehen werde. Natürlich muß man von rechts und links andere Töne anschlagen als bisher. Der Kaiser erklärte, er kenne keine Parteien mehr, nur noch Deutsche. Der konservative Herr v. Heydebrand meinte, man werde bei künftigen Kämpfen nie vergessen, wie man draußen im Schützengraben gemeinsam kämpfen und sich achten gelernt habe. Die zwei Gewerkschaftsführer Legien und Bauer ermahnten ihre Genossen, bei allen künftigen Kämpfen die revolutionären Klagen und hohlen Phrasen zu unterlassen (der Berichterstatter des „Vorwärts" überhörte freilich diese Worte).

Aber trotz der tiefstgehenden heutigen Erschütterung und Umwandlung der Volksseele in weitesten Kreisen, der Zweifel über die dauernde Wirkung wäre natürlich, wenn allein die großen Ereignisse des letzten Halbjahres auf die

Sozialdemokratie gewirkt hätten, wenn nicht das innere Wesen derselben seit den letzten 25 Jahren sich längst zu wandeln begonnen hätte.

Die deutsche Sozialdemokratie von heute ist eine gänzlich andere als die von 1900 und 1890, noch mehr als die von 1865 und 1875. Auf dem Jenenser Parteitage 1913 rief der Genosse Fischer: „Wo ist der Genosse, der heute noch an den Zusammenbruch der kapitalistischen Gesellschaft glaubt, wo ist das sozialdemokratische Tagblatt, das heute noch im marxistischen Geiste redigiert wird? Vom Revolutionarismus ist nichts mehr übrig als eine sehr gezwungen klingende revolutionistische Phrase."

Zwei getrennte Seelen wohnten von Anfang an in der deutschen Arbeiterbewegung, eine kleinbürgerlich-radikale, gewerkschaftliche und eine revolutionär-sozialistische. Die letztere schien bei der Vereinigung des lassallischen und marxistischen Flügels 1875 ganz die Oberhand zu gewinnen und das Sozialistengesetz von 1878, vor allem seine Puttkamersche harte Ausführung auch gegenüber den Gewerkschaften, schweißte die beiden Teile noch mehr zusammen. Die revolutionär-marxistische Führung siegte mit der Aufhebung des Sozialistengesetzes 1890 und in dem damaligen Programm. Aber daß die Gewerkschaften sich gleich damals eine eigene Spitze in der Generalkommission gaben und die Gewerkschaften für politisch neutral erklärten, belebte den Gegensatz auch sofort von neuem, und er hat sich trotz aller Bemühung, die Vereinigung zu erhalten, seither weiter gesteigert: die freien Gewerkschaften treiben praktische Gegenwartspolitik, die politische Partei utopistische Zukunftspolitik; die letztere will die erstere beherrschen, und bei den Gewerkschaften ertönte deshalb bald der Ruf: „Wir wollen nicht die Hausknechte der Partei sein!"

Auf dem Kölner Parteitage 1893 machten die Führer der Partei den Versuch, die Gewerkschaften ganz unter die Parteileitung zu bekommen. Man hat diesen Parteitag den letzten Sieg des Marxismus genannt. Von da beginnt der fortschreitende Kampf der Revisionisten unter Vollmars, Schippels, Bernsteins, Heines Führung gegen die marxistische Leitung. Es war ein Zeichen der Zeit, daß sich die Partei 1894/95 viel zu gespalten zeigte, um ernsthaft die Agrarfrage anfassen zu können. Nach dem Frankfurter Parteitage 1894 will Bebel in seiner Erbitterung über die Schwächlichkeit der Partei von der Leitung zurücktreten. Die Teilnahme an den preußischen Landtagswahlen, bisher von den radikalen Führern, noch 1897 von Liebknecht und Singer als falsch bekämpft, setzt sich von 1897 an unter Empfehlung von Bebel durch; Liebknecht wünschte damals ein neues Sozialistengesetz, um dem Revolutionarismus wieder auf die Beine zu helfen. Den Gefallen erwies man ihm nicht; die Regierung versuchte es nur mit einigen bescheidenen Entwürfen der Reaktion; sie fielen durch. Man wird sagen können: der Marxismus als System war gegen 1900 in der sozialdemokratischen

deutschen Partei überwunden. Es zeigte sich, als die Partei 1898 zum erstenmal in Süddeutschland, in Stuttgart, tagte, daß die süddeutschen sozialdemokratischen Arbeiter viel maßvoller waren als ihre sächsischen und Berliner Genossen. Und das hat sich bis zu den neueren Parteitagen immer weiter gesteigert. In Lübeck (1901) mußte man den süd- und mitteldeutschen Genossen erlauben, für das Budget ausnahmsweise aus zwingenden Gründen zu stimmen. Sie taten es so reichlich, daß ein radikaler Entrüstungssturm gegen sie entstand. Auf dem Parteitage 1913 erklärten die Süddeutschen, sie ließen sich nicht majorisieren; die Entscheidung über die Budgetbewilligung müsse der Landtagspartei überlassen bleiben. Jetzt hat die Partei für den Reichsetat gestimmt.

Der große Wandel innerhalb der sozialdemokratischen Partei tritt auch darin zutage, daß die außerdeutschen sozialistischen Parteien zwar von 1890 bis 1900 in Lob und Bewunderung der deutschen Partei sich ergingen, sie in allem nachahmen wollten, daß dann aber von 1900 bis heute ein Umschlag erfolgt ist, weil auf den internationalen Kongressen die Deutschen weder für den Generalstreik, noch für den Massenstreik im Kriegsfall zu haben waren, weil Bebels energische Beteuerung seines Patriotismus, mit der er zu Hause und in der Fremde nicht geizte, die romanischen Sozialisten zu sehr verstimmte. Dr. Michels, 1907 noch ganz im Sinne der ausländischen Sozialisten schreibend, sagt: „Die deutsche Sozialdemokratie ist ein großer bureaukratischer Wahlapparat, rühmt sich ihrer bewährten Taktik, scheut aber jedes Opfer, erzieht zur Feigheit, zur organisationsfähigen Herdenqualität des Gehorsams. Die Partei wird immer weiter den Rest von Autorität verlieren, den sie noch hat." Aus der Sprache syndikalistisch-revolutionärer und romanischer Parteihetze in objektives Deutsch übersetzt, heißt das: Die deutsche Sozialdemokratie beginnt realistisch, vernünftig und patriotisch zu werden. Von da zum 4. August und 2. Dezember 1914 im Reichstag war es nur ein kleiner Schritt. Und deshalb können wir hoffen, der Krieg werde eine dauernde Wirkung auf die deutsche Sozialdemokratie ausüben; er ist eine Saat, die auf vorbereiteten Boden fiel. Und in dieser Überzeugung werden wir bestärkt, wenn wir die Elemente der deutschen Sozialdemokratie, ihre Organisation und ihr Verhältnis zu anderen Arbeitergruppen noch etwas näher ansehen.

Wenn in der Presse und Literatur von der deutschen Sozialdemokratie die Rede ist, so ist nicht immer dasselbe gemeint. Die einen denken wesentlich an die politische Partei, die anderen an sie in Gemeinschaft mit den freien Gewerkschaften, wieder andere an alle sozialdemokratisch denkenden und bei den Wahlen so stimmenden Bürger. Die Partei als solche ist dabei der engste Begriff: es sind die, welche Beiträge an die Parteikasse zahlen:

1875 28659 Mitglieder, 1906 348327, 1910 720038 Mitglieder. Die Einnahmen der Partei sind klein wie ihr Vermögen (nicht ganz eine Million Mark); darin liegt die Schwäche der Partei. Jede Beitragserhöhung ist gefährlich, die Beiträge gehen dann rasch zurück. Ganz anders steht es mit der zweiten genannten Gruppe, den Mitgliedern der freien Gewerkschaften. Die Gewerkschaften bieten den Mitgliedern ganz anderes als die Partei, große praktische Vorteile, Streik- und andere Unterstützunge aller Art undn für alle Mitglieder. Die Zahl der freien Gewerkschaftler stieg von 0,26 Millionen 1895 auf 1,9 1908, auf 2,5 1912; ihr Vermögen betrug 1900 7,7 Millionen Mark, 1912 80,8 Millionen Mark. Sie sind damit mehr und mehr eine ganz andere Macht geworden als die Partei. Das Verhältnis von Partei- und Gewerkschaftsorganisation ist der springende Punkt im inneren Leben der Sozialdemokratie. Ursprünglich von denselben Führern und denselben sozialistischen Theorien geleitet, sind sie doch 1890—1915 in steigenden Gegensatz gekommen. Ihre gänzlich verschiedenen Lebenszwecke bedingten das, Partei und Gewerkschaften führen eine stets hadernde Ehe. Dem sanguinischen, unpraktischen, stets auf das große Los wartenden, keifenden Manne steht eine praktisch haushälterische Frau gegenüber, die Großes leistet, ihrem Manne immer Vernunft predigt: Was erreicht wird, ist ihr zu danken, wie es in so vielen Ehen geht.

Entfernt nicht alle Parteimitglieder sind Gewerkschaftsmitglieder; in der Partei stecken ein Drittel bis die Hälfte Nichtarbeiter, radikale Kleinbürger; aber auch umgekehrt treten entfernt nicht alle Gewerkschaftsmitglieder in die Partei ein; sie müßte ja sonst viel mehr als ein bloßes Drittel der Gewerkschaftsmitglieder umfassen.

Die Partei ist so mehr und mehr eine radikal-demokratische Koalitionspartei geworden. Ihre Arbeiter gehören mehr der Mittel- als der Großindustrie an; die Partei gedeiht nicht in den katholischen Gegenden; auf dem platten Lande nur da, wo die Übermacht des Großgrundbesitzes stark drückt oder wo ländliche Industrie und Heimarbeit vorherrschen, wie in Sachsen. Die ganz großen Industrien und die Staatsbetriebe wußten ihre Arbeiter im ganzen doch der Partei fernzuhalten; ähnliches gilt von den alten Handwerken, in welchen den Gesellen noch Meisterhoffnungen vorschweben, wie bei den Fleischern. Die Schwäche der Partei gegenüber den Gewerkschaften wie gegenüber den Arbeiterkonsumgenossenschaften liegt darin, daß ihr Lebenszweck nur die Agitation für ganz entfernte Zukunftshoffnungen, nicht praktische Tätigkeit für die Arbeiter ist. Immerhin ist sie, wenn auch nicht so wie die Gewerkschaften, eine Versorgungsstelle für ihre fähigeren und tätigen Mitglieder geworden, und darin liegt ein erheblicher Teil ihres Kittes. Aber es ist immer nur ein Lockmittel für den führenden Teil der Partei. Die

Parteibeamten, die ihrem allgemeinen Unterstützungsverband beigetreten sind, nahmen von 1902—1911 von 433 auf 2948 zu; darunter sind auch manche Gewerkschaftsbeamte; aber die Mehrzahl dieser ist hier nicht beigetreten. Der Kern der Partei ist so in gewissem Sinne eine einheitliche Beamtenmaschine geworden. Ihre Führer sind die, welche durch Wahl und Leistungen in der Partei an die Spitze kommen, wachsende Gehalte von 2000—8000 Mark erhalten. Unter den Führern der Partei sind einige jüdische Gelehrte, Rechtsanwälte, Fabrikanten (wie Singer); die Mehrzahl sind die großen Talente aus dem Volke, welche erst Vertrauensmänner und lokale Vorsitzende, dann Redakteure, zuletzt Parteibeamte und Parteiführer, teilweise auch wohlhabende, ja reiche Leute wurden. Der Mann, der die Partei von 1867—1913 in die Höhe führte, ist August Bebel, der preußische Unteroffizierssohn und Leipziger Drechslermeister. Er war ein echter Sohn des Volkes, ebenso proletarisch wie kleinbürgerlich fühlend, urdemokratisch und doch aristokratisch mit dem Gedanken spielend, er stamme vom berühmten Tübinger Professor Bebel aus dem 16. Jahrhundert; heute blutig revolutionär, morgen opportunistisch, heute international, morgen ganz patriotisch; ein Mann von unvergleichlicher Beredsamkeit, den selbst seine Feinde gerne reden hörten. Die Fürstin Bülow sagte mir einmal: „Ich gehe nur in den Reichstag, wenn mein Mann oder Bebel redet." Ihm verziehen die Genossen auch, daß er hauptsächlich durch Legate von Gönnern ein sehr reicher Mann geworden war. Er übertraf Lassalle und Marx weit an gesundem Menschenverstand. Er wird nie mehr ersetzt werden. Nach seinem und Singers Tode hat man nicht etwa ein großes Talent, wie Frank oder Scheidemann, auf das Präsidium des Parteitages (1913) gerufen, sondern einen braven, bescheidenen Parteibeamten. Eine teils talentvolle und teils mittelmäßige Beamtenschaft bildet jetzt das Ministerium der Sozialdemokratie. Fast höher als die Parteiführer stehen im ganzen die Führer und höheren Beamten der Gewerkschaften, zumal die Leiter der größeren Verbände, wie Schlicke an der Spitze des riesenhaften Metallarbeiterverbandes und Leipart an der der Holzarbeiter; sie verwalten Vermögen von mehreren Dutzend Millionen Mark, haben eine Drittel- bis eine halbe Million Arbeiter hinter sich; sie stehen an Organisationstalent, Macht und Einfluß fast schon ebenbürtig neben unseren großen Kartellhäuptlingen.

Von den 3—4½ Millionen Stimmen der Partei bei den letzten Reichstagswahlen werden nicht ganz eine Million der Partei, 1½ den Gewerkschaften, der Rest den sogenannten Mitläufern angehören. Die letzteren bestehen aus kleinen armen Handwerkern, Heimarbeitern, Krämern, unorganisierten Arbeitern, unzufriedenen kleinen Beamten des Staates und der großen Unternehmungen. Es sind Elemente, die vielleicht noch einmal in die Partei eintreten, die aber

auch bei jedem politischen Stimmungswechsel wieder abfallen. Auch von den um andere politische oder gewerkschaftliche Fahnen versammelten Arbeitern stimmen wahrscheinlich manche bei den Wahlen mit den Sozialdemokraten. Aber, wie gesagt, alle diese Mitläufer sind keine sichere Stütze.

Von den anderweitig organisierten Arbeitern sind seit den letzten zehn Jahren einige Gruppen fast mehr gewachsen als die Sozialdemokratie: heute gibt es 0,34 Millionen christlich, 0,76 Millionen konfessionell organisierter Arbeiter; beide zusammen machen eine Million aus, sind also heute schon so stark wie die sozialdemokratische Partei; 0,81 Millionen Arbeiter gehören unabhängigen, 0,1 fortschrittlichen, 0,23 Millionen gelben Verbänden 1912 an. Die sozialdemokratische Partei und die freien Gewerkschaften tragen mit großem Kummer diese wachsende Konkurrenz; sie nötigt sie, ihre natürlich auch vorhandenen radikalen und syndikalistischen Mitglieder im Zaum zu halten. Denn jeder Schritt nach der extrem linken Richtung kommt diesen Konkurrenzorganisationen zugute.

Für die Partei und die freien Gewerkschaften wäre es das Ideal, alle diese Gruppen zu sich herüberzuziehen und an ihrer Spitze zu marschieren, so eine einheitlich organisierte Arbeiterschaft von vier bis sechs Millionen zu schaffen. Das wird freilich in absehbarer Zeit nicht möglich sein. Dazu müßte die Partei zu viele ihrer lieb gewordenen Ideale aufgeben. Aber jeder Schritt in solcher Richtung ist ein Gewinn für die Revisionisten, für die maßvollen Elemente der Leitung. Und ein solcher kam im Februar 1915 auf Grund der heute siegenden Stimmungen zustande. Unter Teilnahme von Minister a. D. v. Berlepsch und Professor Francke, als Vertreter der Gesellschaft für soziale Reform, einigten sich die freien, die christlichen und die deutschen Gewerkschaften über Leitsätze, betreffend die Vereinheitlichung des deutschen Arbeitsnachweises. („Soziale Praxis" vom 18. Februar 1915.)

Mit jedem weiteren Schritt auf solcher Bahn rücken die freien Gewerkschaften weiter ab von den syndikalistisch-revolutionären Tendenzen innerhalb der deutschen freien Gewerkschaften und von den sozialistischen Parteien unserer romanischen Nachbarn; jeder weitere Schritt solcher Art zwingt auch die sozialdemokratische Partei Deutschlands zu gemäßigterem Auftreten.

Ich habe vorhin das stark übertreibende Wort Michels von 1907 angeführt, unsere deutsche Sozialdemokratie sei nur ein bureaukratischer Wahlapparat, der zur Feigheit und zum Herdengehorsam erziehe. Der Keim von Wahrheit in diesem Vorwurf liegt darin, daß die deutsche Sozialdemokratie und ihre freien Gewerkschaften allerdings mehr und mehr eine Art Bureaukratie und Aristokratie aus sich heraus geschaffen haben, weil sie ohne diesen Apparat nichts Großes leisten konnten. Sie haben aber damit nur dieselben Eigenschaften gezeigt und weiterentwickelt, auf denen auch der deutsche Staat und

sein Heerwesen, die Kommunalverwaltung, das Eisenbahnwesen, die Reichsversicherung und vieles andere beruht: Die Fähigkeit unseres Volkes zur Organisation und zur Disziplin. Die Ordnung unserer ganzen Gesellschaft und unseres Staates sowie unserer Volkswirtschaft, unseres Erziehungs- und Bildungswesens beruht auf diesen Eigenschaften. Nur wo ein Volk den richtigen Führern zu folgen fähig ist, kann Großes erreicht werden. Wenn der französische Syndikalismus heute immer wieder die Auflehnung der Massen gegen die Führer, den Elan der Massen predigt, so huldigt er dem Wahn, daß die Menschheit durch Leidenschaft, Kopflosigkeit, Unverstand und nicht durch Vorbedacht, Planmäßigkeit, Überlegung, Zucht und Ordnung vorwärts komme.

Die Webbs haben uns gezeigt, daß die englische Gewerkvereinswelt durch Ausbildung einer Arbeiterbureaukratie und -aristokratie allein zu ihren ganz großen Leistungen kam. Dasselbe gilt für die anderen Länder. Und 1910 hat das endlich auch Dr. Michels in seinem Buche „Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie" zugegeben, freilich unter Beifügung von allerlei Zweifeln. Er zitiert das Wort Mommsens, daß jede Demokratie durch Anerkennung von Führern sich selbst auf die Dauer vernichte, und das Rousseaus, daß es eine wahre Demokratie nie gegeben habe und nie geben werde. Aber Michels hofft dann doch zuletzt auf eine mögliche Vermittlung von Demokratie und Aristokratie. Alle praktische Politik beruht auf solcher.

Die soziale Politik Deutschlands nach wiederhergestelltem Frieden wird hoffentlich vernünftige Wege solch sozialer Vermittlung finden. Sie haben sich seit langem vorbereitet und werden durch die ungeheuren Ereignisse der Gegenwart und ihre Wirkung auf alle Klassen und Parteien gangbarer gemacht werden.

Man muß nur gegenseitig nicht Abschwören der bisherigen Ideale fordern, sondern mit praktischem Verstande sich auf das zunächst am leichtesten Erreichbare unter Vorbehalt der alten Ideale beschränken. Keine Partei kann ihre Ideale je ganz durchsetzen.

Von größeren Gesetzen scheint mir nach wiederhergestelltem Frieden eines über die Zentralisation des deutschen Arbeitsnachweises das erste und wichtigste zu sein; hat es einige Jahre sich bewährt, dann erst ist an die Ordnung der Arbeitslosenversicherung zu gehen.

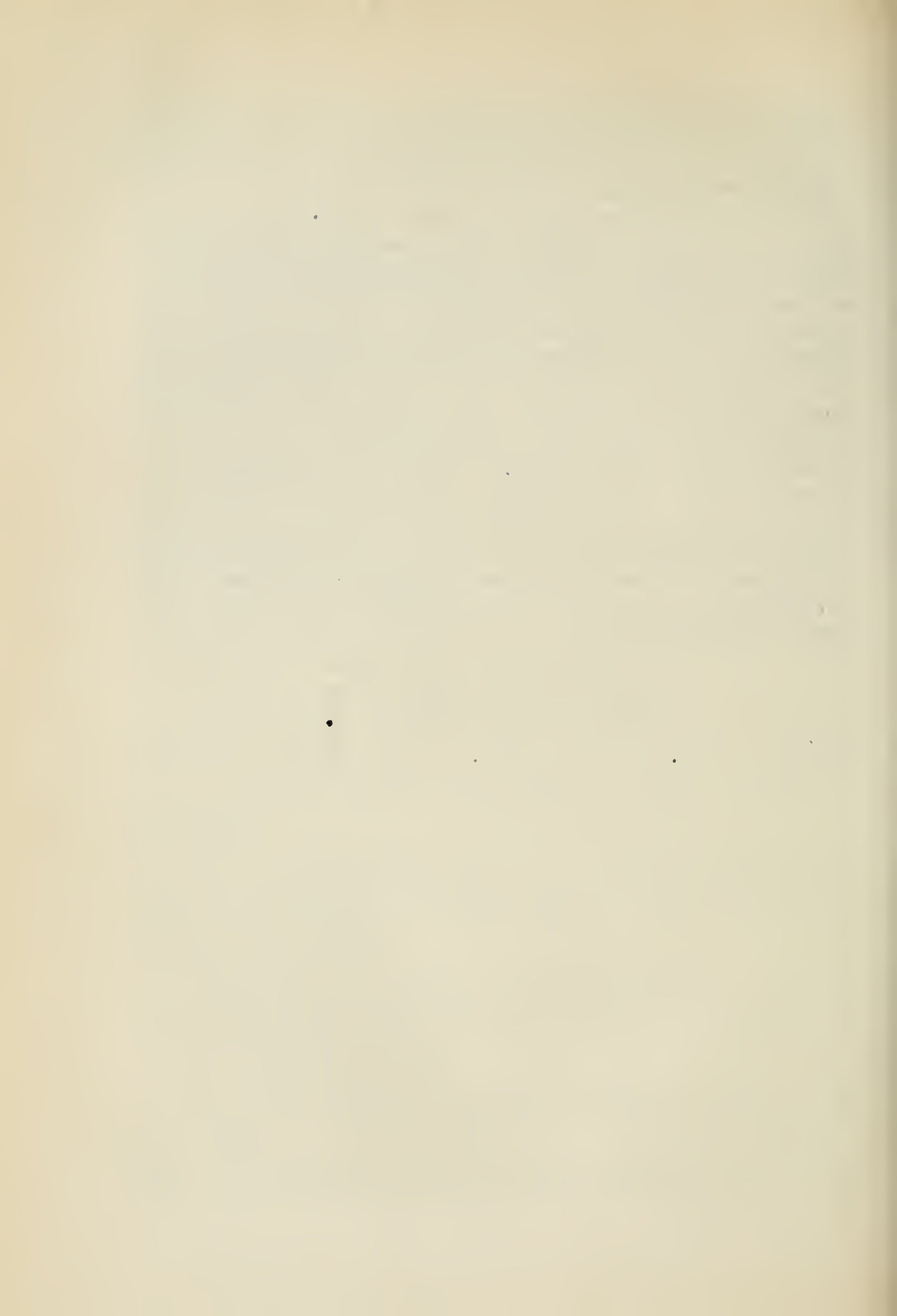
Andere wichtige soziale Materien durch große Gesetze zu ordnen, möchte ich eher empfehlen, zunächst zu vermeiden und sich darauf zu beschränken, durch kurze Novellen in bezug auf Arbeiterverbände, Streikrecht, Tarifverträge, Vereinsrecht, einige der berechtigtsten Arbeiterwünsche unter billigem Ausgleich mit den Gesamtinteressen und den Arbeitgeberwünschen zu erfüllen. So ist

zum Beispiel das Verlangen sicher berechtigt, die Unterstellung der Gewerkschaften unter das Vereinsrecht so zu deklarieren, daß in ganz Deutschland dasselbe gilt; jetzt wird im Norden die Gewerkschaft als politischer Verein behandelt, im Süden nicht.

Mit einer solchen neuen Epoche der sozialen Reform würde nicht mehr von seiten der Regierung zugegeben als das, was Kaiser Wilhelm schon im Anfang seiner Regierung versprach: die Gleichberechtigung der Arbeiter mit den übrigen Gesellschaftsklassen. Die Arbeiter würden dann auch beginnen, einzusehen, daß der Klassenkampf im Sinne der Beseitigung aller Klassengegensätze oder gar der Diktatur des Proletariats utopistische Wahngebilde sind. Sagte doch auch Wolfgang Heine neulich: „Die Klassengegensätze lassen sich nicht beseitigen, und man möchte sie kaum wegdenken, denn sie sind der ewige Antrieb zu neuem Leben in der Nation."

Klassengegensätze und Klassenkämpfe werden nie ganz verschwinden; aber die Kämpfe mehr und mehr zu ethisieren, sie in den richtigen Schranken zu halten, das heißt in den Schranken friedlichen Ringens um die öffentliche Meinung, um Reformen, das muß das Ziel sein. Die langsame Umbildung und Erziehung der öffentlichen Meinung, der sozialen Überzeugung, die nach und nach auch zu großen Reformen die Möglichkeit gibt, das ist der rechte Weg. Der Weg, der zwar

. . . Sandkorn nur für Sandkorn reicht,
Doch von der großen Schuld der Zeiten
Minuten, Tage, Jahre streicht.



Die Handels- und Zollannäherung Mitteleuropas[1]).

Inhaltsverzeichnis.

1.

Die politische Vereinigung ursprünglich getrennter Gebiete und Staaten ist meist älter als ihr Zusammenschluß zu einem einheitlichen Handels- und Zollsystem. Bis 1791 zerfiel der am meisten zentralisierte europäische Staat, der französische, in verschiedene Zollgebiete. Die Vereinigten Staaten hatten bis 1789, die Schweizer Kantone bis 1850 getrennte Zolleinrichtungen; Großbritannien und Schottland fehlte im 17., England und Irland noch im 18. Jahrhundert die Handels- und Zolleinheit; Österreich-Ungarn erhielt sie 1851, Rußland-Polen 1850, Italien 1860—1866. Auch die kanadischen, südafrikanischen und australisch-englischen Kolonialstaaten standen lange unter der einheitlichen englischen Herrschaft, ehe sie durch Handels- und Zolleinigungen zusammenwuchsen und als Gesamtstaaten wirtschaftlich sich einigten. In Deutschland ist umgekehrt der Zollverein langsam 1828—1851 entstanden, das einheitliche Reich erst 1867—1871. Aber das ist auch eigentlich die einzige erhebliche Ausnahme von der historischen Regel, daß die politische der Handelseinigung vorauszugehen pflegt. Die Ursache ist eine einfache: eine gemeinsame Handels- und Zollverfassung ist so sehr bedingt von politischen Einheitstendenzen, von einheitlichen Machtverhältnissen, von einheitlichen politischen Gefühls- und Interessemomenten, daß nur unter ausnahms-

---

[1]) Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reiche. 40. Bd. (1916), 2. Heft, S. 529—550.

weise günstigen Voraussetzungen einmal ein Zollverein wirklich selbständiger Staaten gelingen kann.

Im 19. Jahrhundert sind in Europa außer dem deutschen Zollverein alle Anläufe zu Ähnlichem mißlungen. So vor allem in den Jahren 1878—1890 die von Molinari, Brentano, R. Kaufmann, Graf Paul de Leusse, Guido von Baussern vorgelegten Pläne, die mitteleuropäischen Staaten zu einem Handelsbunde gegen das maßlose Hochschutzzollsystem der Vereinigten Staaten zusammenzufassen. Aber auch der einzige ernste Anlauf zu einem Zollbunde zwischen zwei großen Staaten, nämlich der zwischen dem Zollverein und Österreich-Ungarn (1853—1865) ist im ganzen gescheitert, hatte sich nicht so eingelebt, daß ihn nicht die freihändlerische internationale Welle von 1860 bis 1865 wieder hinweggefegt hätte. Es war ein Zollbund, der eine Anzahl Rohstoffe, Fabrikmaterialien, Fabrikate von geringem Werte gegenseitig vom Zoll befreite, andere um 25—50 % des sonst gültigen Zolls herabsetzte, gegenseitige Durchfuhrfreiheit und ein Zollkartell (gemeinsame Verfolgung des Schmuggels) bot. Er konnte keine großen Resultate volkswirtschaftlicher und politischer Verschmelzung haben, weil er Preußen durch das politische Übergewicht des damaligen Österreichs aufgezwungen war, weil nach dem baldigen Tode von Reichskanzler Schwarzenberg und Minister Bruck die treibenden Männer fehlten und weil in Österreich selbst die Schutzzöllner ihn nur ungern angenommen hatten; die österreichische Regierung hat seine geplante Fortbildung zur vollen Zolleinigung 1858—1862 nicht ernstlich verfolgt. Bismarck war schon 1852 Gegner des Verbandes gewesen. Er sagt in den „Gedanken und Erinnerungen" (I, 85—86), wo er seine Wiener Mission von 1852 schildert, er habe weder damals noch später die Zolleinigung für ratsam gehalten, betont dabei die Verschiedenheit des Konsums der verzollten Artikel und die Verschiedenheit der Zuverlässigkeit der Unterbeamten. Die sinkende Valuta hemmte 1853—1865 stets wieder den gegenseitigen Verkehr. Der ganz unparteiische süddeutsche Sachkenner, Professor Rau [1]), hatte schon 1852 die Zolleinigung mit ganz Österreich für „untunlich" erklärt. Als Preußen 1862—1866 der mächtigere Teil geworden und den französischen freihändlerischen Handelsvertrag geschlossen hatte, mit Zollherabsetzungen, die Österreich zu weit gingen, mußte Österreich auf die Begünstigungen von 1853 verzichten; es mußte 1865 einen gewöhnlichen liberalen Handelsvertrag mit Preußen und dem Zollverein schließen. Die Illusion der kommenden Zollunion war beseitigt; der bayrische Staatsrat Weber, der Historiker des Zollvereins, fügt 1870 bei: „Die Zollunion ist wahrscheinlich für immer zu Grabe geleitet" [2]).

---

[1]) Die Krisis der Zollunion, Arch. f. pol. Ökonomie, N. F. Bd. 10 (1853).

[2]) Der deutsche Zollverein. Geschichte seiner Entstehung und Entwicklung, S. 448.

Die Anläufe anderer zumal kleinerer Staaten zu Verbindungen und Anschlüssen sind bis in die neuere Zeit nie über Projekte hinausgekommen, so der Gedanke, Holland an den Zollverein, Belgien an Frankreich anzuschließen. Der Versuch Serbiens und Bulgariens, sich 1906 zu einer Zollunion zu verbinden, ist trotz gründlicher Vorbereitung gescheitert, hauptsächlich an der energischen Bekämpfung durch Österreich-Ungarn.

2.

In den Jahren 1879—1906 war es natürlich, daß in Deutschland und Österreich-Ungarn wohl mancherlei Stimmung für nähere Handelsverbindung eintrat, aber doch die Furcht vor den Schwierigkeiten der Ausführung und vor den etwa drohenden Konkurrenzschäden überwog. A. Peez spricht 1879 noch von den unlösbaren Interessenkonflikten, die der Einigung entgegenstünden; 1889 aber waren für ihn die Gefahren der Weltreiche gegenüber Mitteleuropa so gewachsen, daß er Bund oder Zollvereinigung gegen sie erhofft; jedoch ein Zollverein von Deutschland und Österreich ohne Italien scheint ihm damals nicht recht möglich [1]).

Auf dem volkswirtschaftlichen Kongreß von 1880 war der deutsche fortschrittliche Liberalismus ganz gegen die nähere Verbindung mit Österreich, er witterte dahinter nur Schutzzollinteressen; die Österreicher Hertzka und v. Dorn versuchten vergeblich daran zu erinnern, daß solche Vereinigung ja freiere Bewegung erzeuge [2]). Im Jahre 1885 meint E. v. Gaal auf dem internationalen landwirtschaftlichen Kongreß in Budapest, eine Zollunion gegen die Weltmächte sei wohl wünschenswert, aber kaum möglich.

Als dann in den neunziger Jahren die europäischen Handelsverträge sämtlich abliefen und erneuert werden mußten, da trat man in Deutschland unter Caprivi an das Problem heran, die Führung in den neuen Verträgen zu übernehmen, und zwar in Verbindung mit Zollunionsgedanken. Caprivi übergab die zuerst abgeschlossenen Verträge dem Reichstag mit einer Rede, welche den Kampf der großen Weltmächte gegen die kleineren Staaten betonte. Der Ultramontane Reichensperger hob die Nützlichkeit und Notwendigkeit einer mitteleuropäischen Zollkoalition hervor. Der Sozialdemokrat Singer sprach von einer Konstituierung der Vereinigten Staaten von Europa. Der Nationalliberale Möller erklärte, Mitteleuropa müßte sich auch handelspolitisch zusammenschließen. Dr. Lieber vom Zentrum sah in den Verträgen das gleiche wie Singer. Das Resultat der Verträge entsprach diesen großen Worten nicht; die Getreidezollermäßigung, durch die Deutschland der habs-

---

[1]) Matlekowitz, Zollpolitik der österr.-ungar. Monarchie und des Deutschen Reiches, 1891, S. 855—874.

[2]) a. a. O. S. 857—863.

burgischen Monarchie entgegenkam, erzeugte eine agrarische Schutzzollbewegung ohnegleichen, weil sie zufällig mit überreichen Ernten zusammenfiel. Der Europa mißhandelnde amerikanische Dingleytarif (1896) hätte unter anderen Verhältnissen vielleicht schon damals die nähere Verbindung Deutschlands und Österreichs herbeigeführt. Jetzt steigerte er nur die Schutzzollagitation in beiden Reichen. Die Agrarier erklärten 1899, in Widerspruch mit ihren früheren Erklärungen, kein deutscher Agrarier habe je von einem Zollbund mit Österreich etwas wissen wollen. Der Zentralverband der österreichischen Industriellen meinte im selben Jahre, eine Zollannäherung sei vielleicht möglich, keinesfalls eine Zollunion. Als 1900 in Wien die Gesellschaft der österreichischen Volkswirte die Frage erörterte, war die Meinung sehr geteilt; Philippovich freilich war für ein eingeschränktes Zoll- und Handelsbündnis, aber die Betonung des Schutzzollausbaues wurde doch sehr in den Vordergrund gestellt [1]).

Und diese Betonung erschwerte beiderseits die Erneuerung der Zollverträge zwischen den Zentralstaaten 1902—1904. In Berlin hatte Bülow größte Not, die extremsten agrarischen Schutzzollwünsche abzulehnen. In beiden Staaten setzten die Interessenten höhere Agrar- und sonstige Zölle durch. Zugleich wuchs der handelspolitische Gegensatz zwischen Österreich und Ungarn. Für 1917, dem Zeitpunkt des Ablaufens der Verträge, drohte seit Jahren ein Schutzzollkampf zwischen den beiden Reichshälften, eine handelspolitische Trennung derselben.

Vergeblich hatte ich 1900 in meinem Jahrbuch [2]) gewarnt: „Die zentraleuropäischen Staaten müssen die trennenden politischen und wirtschaftlichen Elemente zurückstellen gegenüber dem einenden. So fern ein mitteleuropäischer Zollverein sein mag, die Aufgaben des neuen Jahrhunderts liegen auf dem Wege des Zusammenhaltens der mittleren und kleineren zentraleuropäischen Staaten."

3.

Erst mit dem Weltkrieg 1914 erwachte diese Erkenntnis in weiteren Kreisen. Und die Ursache ist klar. Großbritannien, Rußland und Frankreich zeigten offen, daß sie die ihnen unbequeme deutsche und österreichisch-ungarische Macht, die wirtschaftliche Blüte dieser Staaten, vernichten wollen. Dieser Gefahr gegenüber traten alle die kleinlichen schutzzöllnerischen Sonderinteressen der Berufszweige der einzelnen Industrien in beiden Reichen doch mehr und

---

[1]) Vgl. über die Stimmungen und Verhandlungen 1880—1900 E. Francke, Zollpolitische Einigungsbestrebungen in Mitteleuropa. (Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Band 90, I, S. 187—272.)

[2]) Jahrbuch XXIV, S. 382.

mehr zurück. An den verschiedensten Stellen, in den verschiedensten Parteilagern empfand man nun rasch und unwiderstehlich: Mitteleuropa muß nicht bloß politisch und militärisch, sondern auch volkswirtschaftlich sich einigen und zusammenhalten. Und nicht bloß für die Kriegszeit, sondern dauernd. Aus der geographischen Lage der beiden Reiche, aus ihrem erschwerten Zugang zum Weltmeer ergab sich der Gedanke: beide Reiche müssen sich mit der Türkei und den Balkanstaaten, eventuell wenigstens den wichtigeren derselben, einigen, um so zu Lande einen Zugang nach Afrika, nach Persien und Indien sich zu schaffen. In irgendwelcher Form muß so durch Bündnisse ein Gegengewicht gegen die erdrückende brutale Politik der drei Weltmächte Großbritannien, Rußland und Frankreich geschaffen werden. Und diese Bündnisse müssen nicht bloß politische, sondern auch militärische sein und handelspolitische Annäherung oder Einigung schaffen. Dreißig Jahre lang hatten die meisten Geschäftsleute mitleidig auf die Gelehrten herabgesehen, die von einem mitteleuropäischen Zoll- und Handelsverband träumten und redeten. Jetzt war plötzlich alle Welt dafür, nur weil die Kriegsbeleuchtung die Lebensfragen in den Vordergrund gerückt, die kleinlichen Sonderinteressen zurück in das Halbdunkel geschoben hatte. Mit der Leidenschaft eines politisch-sozialen Apostels predigte Friedrich Naumann von der großen Zukunft Mitteleuropas. Der Verein für Sozialpolitik schuf durch das Verdienst von Heinrich Herkner in wenigen Monaten seine zwei lehrreichen Bände: „Die wirtschaftliche Annäherung zwischen dem Deutschen Reiche und seinen Verbündeten." Die Zahl der Broschüren über das Thema wuchs rasch in die Dutzende, die Zahl der Zweifler an diesem handelspolitischen Ideal nahm ab, die Zahl der Bekenner nahm zu.

Und doch wird die Durchführung noch die größten Schwierigkeiten bieten. Nicht nur, weil das Schwergewicht des Bestehenden sich allem Neuen entgegensetzt. Sondern weil natürlich die Handelsvereinigung in jeder Form bestimmte einzelne bestehende wirtschaftliche Interessen verletzt, sie einengt, zu unbequemen Neuerungen und Fortschritten nötigt. Auch die zahlreichen Staatsbeamten, die in den letzten 10—20 Jahren in beiden Reichen gewohnt waren, den Schutzzollinteressen zu dienen, werden sich in die Gedanken entgegengesetzter Art nicht sofort leicht finden. In Deutschland war ja Fürst Hohenlohe eigentlich selbst Freihändler gewesen, aber auch er mußte das Anschwellen der schutzzöllnerischen Hochflut dulden; er berief Posadowsky als agrarischen Hochschutzzöllner, weil diese Richtung durch die politischen Konjunkturen zunächst unabwendbar war; Posadowsky war ein unabhängiger Kopf, der von seinen östlich-agrarischen Tendenzen sich nach und nach zu befreien fähig war. Aber er schuf zunächst den schutzzöllnerischen Beamtenstab, der bis heute das Reich handelspolitisch in der Hand hat. Er hat unter

Bülow den neuen Tarif und die neuen Handelsverträge zustande gebracht, die wenigstens die schlimmsten agrarischen Hochschutzzollverirrungen abhielten, aber doch in den Verhandlungen mit Österreich-Ungarn 1904—1906 von den Unionsgedanken der Jahre 1890—1894 sich noch weiter entfernten als die Verträge von 1892—1904. Bülow besitzt ja wohl auch ein agrarisches Herz, aber seine Bildung und sein internationaler Weitblick hat 1904 den Sieg des extremsten Schutzzolls abgehalten, das Reich aber handelspolitisch der habsburgischen Monarchie nicht genähert. Es ist jetzt Bethmanns, Helfferichs und Zimmermanns Aufgabe, die Rückkehr zu den Unionsgedanken von 1890—1892 zu finden, die Schutzzolltendenzen so weit wenigstens zurückzudrängen, daß ein handelspolitisches Bündnis mit der habsburgischen Monarchie, eventuell eine Angliederung der Türkei und der Balkanstaaten möglich wird. Sie werden dabei nicht bloß in den deutschen, österreichischen und ungarischen Schutzzollinteressen Widerspruch finden, sondern auch in dem Beamtentum, das 1895—1914 in entgegengesetzter Richtung zu segeln sich gewöhnt hatte.

Diese Schwierigkeiten, die heute noch der Zollannäherung der Zentralstaaten entgegenstehen, werden neben den Schwierigkeiten, die in der Sache an sich schon liegen, nämlich den Konkurrenzbefürchtungen in den einzelnen Ländern und Berufs- und Gewerbszweigen, das Gelingen der Zollunion oder Zollannäherung erheblich erschweren.

4.

Aber man wird über diese Schwierigkeiten doch Herr werden, weil der Weltkrieg Herz und Blick für die Zukunft weit gemacht hat, weil in großer Zeit die Entschlußkraft für große künftige Ziele wächst.

Dabei ist natürlich die kriegerische Bundesgenossenschaft nicht das wesentliche Motiv für die größere Zollannäherung; England und Frankreich, Frankreich und Italien werden an einen Zollverein für ihre Staaten nicht denken, noch weniger Rußland und Großbritannien. Die tiefere Notwendigkeit einer deutsch-österreichisch-ungarischen Zollannäherung liegt in der gemeinsamen Vergangenheit beider Reiche und in der Notwendigkeit gemeinsam wirtschaftlichen Handelns in der Zukunft. Deutschland und Österreich-Ungarn haben eine gemeinsame Geschichte und Kultur von Jahrhunderten; sie haben einstens das Deutsche Reich zusammen gebildet; sie haben nach dessen Auflösung schon 1853—1865 den Versuch eines Zollbundes gemacht. Ein großer Teil der beiderseitigen Völker hat dieselbe Sprache, dieselbe Abstammung, dasselbe Recht, dieselbe Wissenschaft; sie bilden eine geographische Einheit, die an sich schon tausendfache wirtschaftliche und politische Gemeinsamkeiten schafft.

Aus ihrer neueren gemeinsamen Vergangenheit ist das wichtigste, daß

1866 Bismarck klug genug war, von Österreich keine Landabtretung und keine Kontribution zu fordern. Das war die Brücke zum künftigen Bündnis. Und dieses Bündnis ist immer stärker geworden; zwar wurde die Macht Deutschlands größer als die Österreich-Ungarns, aber nicht so groß, um der Habsburger Monarchie die Ebenbürtigkeit im Bündnis zu nehmen. Auch im künftigen Zollbunde kann Deutschland nicht befehlen; beide Reiche können und werden sich vertragen; sie können es, weil sie in politischer und wirtschaftlicher Beziehung mehr gemeinsame als verschiedene Ziele haben. Sie müssen sich immer wieder vertragen, weil sie neben den heute riesenhaft ausgedehnten Weltreichen nur gemeinsam eine ebenbürtige Macht bilden, weil sie ihre großen gemeinsamen Wirtschafts- und Machtinteressen nur in der Vereinigung erreichen können.

Das von Bismarck einst ausgesprochene Wort, die Politik zweier Staaten könne freundschaftlich sein, ohne daß sie zugleich eine wirtschaftliche Annäherung oder Freundschaft bedeute, kann für viele einzelne Fälle richtig sein. Es ist aber keine Losung für alle Fälle, am wenigsten für das Deutsche und Österreichisch-ungarische Reich der Gegenwart, überhaupt nicht für die wichtigsten analogen Fälle der Geschichte. Für unsere heutige mitteleuropäische Gegenwart und nächste Zukunft fragt es sich in beiden Reichen, ob Einsicht und Willenskraft für die großen Lebensinteressen stark genug sind, um einzelne etwa bedrohte Spezialinteressen von Berufsunternehmergruppen, wie sie in den letzten 15—20 Jahren sich noch mehr als früher ausbildeten, zu überwinden. Große allgemeine Zukunftshoffnungen und kleine spezielle Gegenwartsinteressen stehen sich gegenüber; die letzteren machen sich mit der brutalen Dringlichkeit der Gegenwart geltend; die Zukunftshoffnungen werden getragen von den großen politischen Köpfen, auch von nationalen Idealisten, zuletzt von großen Volksstimmungen; natürlich schließen solche Zukunftshoffnungen keine sichere Erfüllung von heute auf morgen in sich. Als der preußische Finanzminister Motz Friedrich Wilhelm III. 1828 bewog, erhebliche Augenblicksopfer einer großen nationalen Zukunft, die der Zollverein bot, zu bringen, konnten die Kritiker und Nörgler auch damals zweifeln, ob dieser Feuerkopf recht behalte; niemand konnte damals sagen, daß aus dem heißumstrittenen Zollverein das spätere Deutsche Reich entstehen würde.

Aber deswegen hatten die Gegner des Zollvereins 1828—1834 doch unrecht, als sie die Erdrückung der württembergischen und bayrischen Gewerbe durch die rheinisch-westfälische Industrie als sicher prophezeiten. Und ganz ebenso hatte die sächsische Textilindustrie 1870—1872 unrecht, als sie erklärte, durch die elsässische Konkurrenz zugrunde gerichtet zu werden. In beiden Fällen erlebten die Klagenden bald statt des Ruins einen Aufschwung bedeutsamer Art. Um ähnliches handelt es sich heute wieder. Natürlich wird

jede Zollannäherung, und noch mehr eine volle Zollunion, an gewissen Stellen die Konkurrenz vermehren; einzelne Geschäftszweige gehen zurück, einzelne Geschäfte werden fallen. Aber wichtiger wird sein, daß andere um so mehr aufblühen, daß überall die größere Anstrengung zu technischem und organisatorischem Fortschritt führt, daß eine richtige interlokale und technische Arbeitsteilung Platz greift und den Gesamtwohlstand hebt.

5.

Ganz sicher nun kann niemand sagen, wie alles das im einzelnen verlaufe. Und daher werden die Angstmeier da und dort recht behalten, während wahrscheinlich die großzügigen Optimisten im ganzen doch richtiger in die Zukunft sehen, sofern es sich überhaupt um Gegenden und Geschäftszweige mit Entwicklungsmöglichkeit handelt.

Natürlich muß man im Stadium der Vorbereitung großer handelspolitischer Entschlüsse nun nicht bloß die Optimisten, sondern auch die Pessimisten, nicht bloß die Politiker, sondern auch die Interessenten und vor allem die, welche vielleicht Schaden leiden, hören. Man darf nur nicht vergessen, daß letztere viel mehr schreien als die, welche den Vorteil haben; diese pflegen zu schweigen und zu behaupten, sie hätten auch Schaden, sie stimmten nur aus Patriotismus und Edelmut den geplanten Zolländerungen zu; und diese Tugenden, von denen sie triefen, fehlten eben ihren Gegnern.

Es ist daher auch durchaus berechtigt und selbstverständlich, daß in der neuesten Literatur über deutsche und österreichische Zollannäherung vielfach der Schwerpunkt der Erörterung in die Darlegung und Prüfung der Konkurrenzverhältnisse der Hauptberufe und Gewerbszweige gelegt wurde. Man muß, ehe man an die Hauptentscheidungen herantritt, wissen, und zwar möglichst genau und in allen Einzelheiten, um welche Interessen, Möglichkeiten und Wahrscheinlichkeiten der Schädigung und des Fortschritts es sich handelt. Ich weise nur kurz auf einiges aus der Literatur hin.

In den beiden Bänden des Vereins für Sozialpolitik über „Die wirtschaftliche Annäherung zwischen dem Deutschen Reiche und seinen Verbündeten" [1]) untersucht Schumacher hauptsächlich die Frage, wo der Schwerpunkt der deutschen Absatzverhältnisse im Ausland bisher lag, wie der Absatz nach anderen Ländern zu dem nach Österreich-Ungarn sich stelle. Eßlen erörtert die Art und die Bedeutung der österreichisch-ungarischen Agrareinfuhr nach Deutschland und deren Einfluß auf die deutsche Landwirtschaft. Ballod stellt die Entwicklung der österreichischen, Fellner die der ungarischen Land-

---

[1]) Band 155. I u. II. München und Leipzig 1916, Duncker & Humblot. 8°. XIV u. 403, X u. 496 S.

wirtschaft dar. Daran knüpft sich H. Meßners „Österreichisch-ungarische Viehproduktion und Fleischversorgung"; von Tyszka untersucht die wirtschaftliche Annäherung der Zentralmächte vom deutschen Konsumentenstandpunkt aus. Eulenburgs große gründliche Arbeit prüft die Konkurrenzverhältnisse der deutschen Industrie in allen ihren einzelnen Zweigen gegenüber der österreichisch-ungarischen. Kobatsch behandelt in unserem Sammelband, wie in einer besonderen Broschüre [1]) die entsprechenden Aufgaben für Österreich. Auch in der übrigen Literatur über das Problem spielt diese Tatsachenprüfung der Konkurrenz natürlich eine große Rolle. Auf diese Literatur und alle ihre Einzelheiten hier weiter einzugehen, ist leider nicht möglich.

Jeder, der sich heute ein zuverlässiges Urteil über das Problem erlaubt, wird natürlich das ganze erreichbare derartige Material prüfen, zu einem Gesamtergebnisse zusammenfassen müssen. In jeder solchen Zusammenfassung werden aber die gesamten wissenschaftlichen und praktischen Kenntnisse, Urteile, Hoffnungen der Betreffenden mitsprechen; jedoch wir dürfen hoffen, daß das bei den entscheidenden Persönlichkeiten geschieht in einer Weise, die dem Vaterlande zum Heile gereicht.

Ich habe einen großen Teil meines wissenschaftlichen Lebens der Geschichte des deutschen Zollvereins gewidmet, jetzt wieder alles über die einschlägigen Fragen gelesen und durchdacht. Und ich komme zu dem Ergebnis: so wenig wir über die Folgen einer zoll- und handelspolitischen Annäherung der Zentralstaaten in allen Einzelheiten Sicheres prophezeien können, im ganzen muß ein Versuch derart jetzt mit Energie angestrebt werden. Und er wird aller menschlichen und historischen Wahrscheinlichkeit nach heute große und heilsame Erfolge zeitigen, so viele Schwierigkeiten dabei noch zu überwinden sind. Wir werden sagen können, dahin drängen heute weltgeschichtliche Notwendigkeiten und die Erfolge des Weltkrieges. Die führenden Männer fast aller Klassen und Parteien einigen sich in beiden Reichen mehr und mehr unter dieser Fahne.

6.

Die Unmöglichkeit, daß die volle Zollunion heute ohne Übergangsmaßregeln eingeführt werden könnte, weil sie vielfach durch die plötzliche Änderung der Konkurrenz einzelne Zweige der Volkswirtschaft zu sehr schädigen würde, hat zu dem fast von allen Beteiligten einheitlich vertretenen Schluß geführt: wir müßten zwar, und wahrscheinlich umfangreicher als 1853 und als es heute geschieht, für viele Rohstoffe, Materialien, auch für manche Fabrikate freien Verkehr zwischen beiden Reichen einführen; aber für die Rohprodukte und

---

[1]) Ein Zoll- und Wirtschaftsverband zwischen dem Deutschen Reich und Österreich-Ungarn, 1915.

Fabrikate, auf welche die plötzliche Konkurrenz einen zu starken Druck ausübte, müsse im gegenseitigen Verkehr ein gewisser Zoll belassen werden, der niedriger sei als der Außenzoll, aber zunächst doch ausreiche, den ersten Konkurrenzstoß abzuschwächen. Eine zweite Frage ist, ob derartiges als dauernde Maßregel oder als Einleitung für Größeres geschehen soll, ob nach weiteren fünf, zehn, zwanzig Jahren diese Zwischenzölle weiter herabgesetzt werden, ob sie später gar ganz fallen sollen. Darüber braucht aber heute nicht sofort ein Beschluß gefaßt zu werden.

Auf Grund des ähnlichen Versuches, den wir 1853—1865 machten, werden wir an die Ausführung eines solchen Zwischenzoll- oder Vorzugssystems herantreten. Das damals gezahlte Lehrgeld wird uns vor Fehlgriffen hoffentlich bewahren. Die Überwindung der Schwierigkeiten ist heute viel wahrscheinlicher als damals. Die Vorbedingungen, die 1853 zu dem Schritte führten, waren vorübergehende, heute sind sie dauernde. Wir wissen heute zum Beispiel klar, daß nur eine Stabilisierung der österreichisch-ungarischen Valuta uns vor den Mißerfolgen von 1852—1863 bewahren kann. Darüber haben Knapp und Spiethoff in den Schriften des Vereins für Sozialpolitik [1]) gehandelt. Nach den Erfahrungen seither bis heute dürfte es nicht schwer sein, dagegen Abhilfe zu schaffen. Ich gehe darauf nicht ein. Wir wissen heute ebenso klar, daß die gesamte Eisenbahntarifpolitik die Erfolge der Zollpolitik entweder sehr steigern oder illusorisch machen kann. Wir werden also auch darüber Verabredungen treffen müssen.

Auch in der Richtung haben wir heute klare Einsicht, daß man bei solcher Zollannäherung beider Reiche sich einig sein muß, daß die künftigen Handels- und Zollverhandlungen mit dritten Staaten in der Regel gemeinsam geführt werden müssen, und zwar gilt das für die Verhandlungen mit den befreundeten Staaten (Türkei, Balkanstaaten) und mit den neutralen Staaten (Vereinigte Staaten, Schweiz, Skandinavien, Südamerikanische Staaten), ebenso wie für die mit den jetzt uns feindlichen Staaten (Rußland, Großbritannien, Frankreich und Italien), die wahrscheinlich auch nach dem Kriege nicht sofort ihre wirtschaftliche Abneigung gegen uns fallen lassen werden.

Und noch wichtiger ist, daß vor allen anderen Verhandlungen Deutschland und Österreich-Ungarn sich klar werden müssen über das Verhältnis von Österreich und Ungarn untereinander. Dieses Verhältnis ist fast schwieriger in Ordnung zu bringen als das zwischen den beiden großen Reichen.

Ungarn und Österreich führen seit dem 16. Jahrhundert eine stets hadernde Vernunftehe; sie haben sich eigentlich nie geliebt, oft nicht verstanden. Ungarn mußte mehrmals mit den Waffen wieder unterworfen werden, es hat sich nie

---

[1]) Band I, S. 188—189 und S. 56—57.

ganz dem absoluten Beamtenregiment der Habsburger gebeugt; es hat stets eine Art Adels- und Großgrundbesitzerrepublik gebildet; dafür aber eine politisch kluge, regierungsfähige Aristokratie ausgebildet und ein großes Maß konstitutionell politischer Freiheit sich erworben. Bei allem Hader, der vom 1867er Ausgleich an fast eher noch zu- als abnahm, haben die beiden Reichshälften doch nach und nach einzusehen gelernt, daß sie sich politisch und wirtschaftlich gegenseitig notwendig bedürfen. Und es wird bald auch die Zeit kommen, in welcher alle klugen Leute diesseits und jenseits der Leitha einsehen, daß die Tendenz, aus Ungarn ein eigenes Zollgebiet zu machen, zu einem Schildbürgerstreiche führte. Würden die Ungarn dieses Ziel, auf das sie viel mehr aus innerpolitischen Gründen als aus wirtschaftlichen in letzter Zeit hinstrebten, erreichen, so würde das Land ein ohnmächtiger Mittelstaat werden. Es wäre ebenso klug, als wenn die Provinzen Pommern, Ost- und Westpreußen ein eigenes Zoll- und Handelsgebiet werden wollten, um eine Industrie wie Rheinland und Westfalen zu entwickeln.

Ungarn kann seiner natürlichen Bedingungen wegen kein eigentliches Industrieland werden. Daß es etwas mehr Gewerbe haben will, ist berechtigt; es gibt manche Wege dazu, nur nicht den einer eigenen Handelspolitik. Ungarn muß sich auf die Gewerbe beschränken, für die es natürliche Vorbedingungen hat; und es muß bei aller angezeigten Erhaltung seiner Grundaristokratie das Bürgertum und den Arbeiterstand so behandeln, daß sie besser gedeihen können. Aber die Errichtung einer Zollgrenze gegenüber Österreich wäre die größte Torheit, die es sich und Österreich antun könnte. Man muß endlich auch in Budapest einsehen, daß man in der Epoche der Weltreiche sein Heil nicht auf dem Wege nach Krähwinkel suchen darf. Ein eigenes Zoll- und Handelsgebiet hätte Ungarn vielleicht im 16. bis 17. Jahrhundert werden können. Heute ist mit bornierter Blindheit geschlagen, wer solches anstrebt. Jedenfalls sägt, wer die Zollannäherung mit Deutschland anstrebt, mit solchen Plänen den Zweig ab, auf dem er sitzt.

Außerdem schaffen die Gesetze von 1881 und 1890 über innere Industriebeförderung Ungarns (durch Darlehen, Steuerfreiheiten und Ähnliches), wenn man sie richtig handhabt[1]), genugsam Mittel, die Gewerbe zu heben, die eine Zukunft in Ungarn haben. Zu glauben, in jedem Staate, auf jedem Boden könne man jede beliebige Industrie durch Schutzzölle schaffen, ist so unsinnig, als wenn man glaubt, durch extremen Freihandel entstehe überall ein größerer Wohlstand.

---

[1]) Vgl. J. Bunzel, Zur Kritik der ungarischen Industriepolitik (in Schmollers Jahrbuch für Gesetzgeb., Verwalt. u. Volksw. XXVI (1902), S. 1171 ff.).

7.

Wir kommen zurück auf die vorhin festgestellte Tatsache, daß wir heute über eine künftige Zollunion keinen festen Beschluß zu fassen brauchen, daß wir zunächst nur eine Zollbevorzugung zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn anstreben wollen. Das kann in ähnlicher Form geschehen wie 1853; es kann, was materiell aber auf dasselbe herauskommt, geschehen in der Form des Dreizolltarifsystems, das einige mittelamerikanische Staaten unter sich, ebenso die Vereinigten Staaten mit Kuba und Brasilien haben.

Das Dreitarifsystem geht von der richtigen Erkenntnis aus, daß es, je weiter die internationalen Handelsbeziehungen und -verträge gehen, um so schwieriger werde, allen Staaten, mit denen man Handelsverträge schließt, die ganz gleichen Begünstigungen (als Folge der herkömmlichen Klausel der sogenannten Meistbegünstigung) einzuräumen. Das neue System hat daher drei Tarife: den Generaltarif, der gilt, wenn kein Vertrag zwischen Ausland und Inland zustande kommt; den allgemeinen Begünstigungstarif, in dem die Resultate der Verträge mit der Mehrzahl der anderen Staaten niedergelegt sind, der allen fremden Vertragsstaaten zugute kommt; daneben nun noch den dritten Tarif, der weitere größere Konzessionen enthält, die man aber nur den benachbarten und besonders befreundeten Staaten einräumt. Ich habe derartiges schon vor 20 Jahren empfohlen[1]). Schumacher hat jetzt allgemeiner darüber gehandelt[2]) und diesen Weg für unsere Annäherung an Österreich-Ungarn empfohlen. Er kann natürlich sehr verschieden weit, sehr vorsichtig oder sehr energisch betreten werden.

Das Wesentliche ist: die gegenseitigen besonderen Begünstigungen müssen so groß sein, daß sie beiden Reichen Vorteil bringen, daß der gegenseitige Verkehr erheblich wächst, daß seine Segnungen die Schädigungen weit überwiegen, die aus der verstärkten Konkurrenz für einzelne Landwirtschafts- und Gewerbszweige erwachsen.

In den 20 Jahren von 1892 bis 1913 nahm unter den 1892 wie 1905 gesteigerten und gegenseitig fast mehr hemmenden als erleichternden Schutzzöllen die gegenseitige Einfuhr zu:

von Österreich-Ungarn nach Deutschland	von Deutschland nach Österreich-Ungarn
von 575,4 Mill. Mk.	376,6 Mill. Mk.
auf 827,3 „ „	auf 1104,8 „ „

Es ist nicht unwahrscheinlich, daß nach weiteren 20 Jahren mit ermäßigten Vorzugszöllen diese Zahlen die doppelten oder sogar dreifachen sein werden.

[1]) Schmollers Jahrbuch für Gesetzgeb., Verwalt. u. Volksw. XIX (1895), S. 1053.

[2]) Schr. d. Ver. für Sozialpolitik Bd. 155, I, S. 93—132; siehe auch die Bemerkung von Spiethoff darüber: daselbst S. 55, und die von R. Schüller über Meistbegünstigung und Vorzugsbehandlung, daselbst S. 135—151.

Mögen wir Deutsche also noch so sehr betonen, daß für den Absatz unserer Industrieprodukte und für den Bezug unserer Rohstoffe im ganzen andere Staaten noch wichtiger seien als Österreich-Ungarn, daß wir nie vergessen dürfen, uns möglichst die Wege nach England und den englischen Kolonien, nach Nord- und Südamerika, nach China und Japan offen zu halten, so ist doch der Verkehr mit Österreich-Ungarn deshalb von besonderer Bedeutung, weil er als Nachbarverkehr der sicherste ist. Und er hat ferner das für sich, daß die Habsburger Monarchie zwar nicht die Kaufkraft wie England, aber eine viel größere hat als zum Beispiel Rußland und Italien. Jeder Verkehr in die Ferne ist leichter gestört. Eine Annäherung an Österreich-Ungarn nähert uns dem Ideal eines einheitlichen Marktes von 120 Millionen Menschen. Und wir haben aus der Geschichte des Zollvereins gelernt, was der innere Markt bedeutet. Eine Reihe von neueren wissenschaftlichen Untersuchungen haben uns zu zeigen gesucht, wie viel wichtiger die Zunahme des inneren als des äußeren Absatzes sei.

Mit dem Abschluß eines Vorzugsvertrags zwischen beiden Reichen wird ein Strom deutscher Intelligenz und Technik, wie ein Strom deutschen Kapitals nach Österreich-Ungarn, und ein Strom österreichisch-ungarischer Arbeiter, Vorarbeiter und Künstler, viel umfassender als bisher, teils periodisch, teils dauernd nach Deutschland kommen. Die Begründung deutscher Unternehmungen in Österreich-Ungarn und österreichischer in Deutschland wird wachsen. Es ist für Österreich-Ungarn sehr gut, wenn seine Auswanderung nach Übersee sich in eine solche nach Deutschland verwandelt.

Nicht mit Unrecht hoffen die österreichischen Intellektuellen, daß, je mehr der Vertrag die Türen öffnet, desto mehr auch deutsche Tatkraft, deutsche Präzision überhaupt in Österreich eindringen, die geschäftlich schädliche Gemütlichkeit einschränken, daß damit Reformen der Verwaltung, des Verkehrswesens, der Industrie- und Kreditorganisation sich durchsetzen werden, die bisher nicht zu erreichen waren.

Die ungarische Landwirtschaft, teilweise auch die österreichische, kann, wenn sie der Intensität der deutschen sich nähert, ihre Ernten sehr erhöhen; das wird nicht schnell geschehen; deswegen werden auch unsere Landwirte diese Konkurrenz nicht sehr zu fürchten haben. Aber es wird doch wahrscheinlich in ein bis zwei Generationen sich durchsetzen, wenn ein großer allgemeiner Aufschwung in der habsburgischen Monarchie eintritt. Er setzt eine große Viehzunahme in Österreich-Ungarn voraus sowie ein Wachsen der einheimischen Nachfrage. Aber jedenfalls wird zugleich damit künftig für das Deutsche Reich die österreichisch-ungarische Einfuhr nicht mehr überwiegend auf Holz und Eier beschränkt sein; wir werden in einem Falle ähnlicher Absperrung vom Welthandel wie heute viel gesicherter werden als jetzt.

Aber nicht bloß die österreichische Landwirtschaft, auch der ganze Teil der österreichischen Gewerbe, die eigentümliche Vorzüge haben, werden einen größeren Absatz nach Deutschland erhalten, wie die Wollen- und Leinenindustrie (die österreichische Baumwoll- und Seidenindustrie, die weniger entwickelt sind, werden eher von Deutschland aus ergänzt werden); dann die Konfektion, die Bekleidungs-, die Kunstindustrie (während der Bedarf von chemischen und Eisenprodukten mehr durch deutsche Einfuhr gedeckt werden wird). Die deutsche Volkswirtschaft wird mehr und mehr ein System der Arbeitsteilung mit der österreichischen ausgestalten, wie bisher mit der englischen. Und je mehr das geschieht, und je mehr das als Vorteil klar erkannt wird, desto mehr wird auch der Wunsch, zunächst noch durch gewisse Schutzzölle geschützt zu sein, zurücktreten können. Je dauernder und fester die Zoll- und Handelsverbindung zweier Staaten wird, desto mehr kann das geschehen, desto mehr werden Kartelle genügen, die etwaige noch zu starke Konkurrenz einzudämmen.

Wahrscheinlich erheblicher noch als die österreichische Einfuhr nach Deutschland wird die deutsche nach der habsburgischen Monarchie wachsen, wie sie bisher schon etwas stärker zunahm. Sie besteht hauptsächlich aus industriellen Erzeugnissen; sie beruht auf der höheren technischen und organisatorischen Entwicklung der deutschen Industrie. Die Konkurrenz ist zunächst, soweit sie für Österreich-Ungarn erscheint, durch Zwischenzölle etwas zu mildern; sie wird sich vielfach in der Form von deutschen Filialen in Österreich-Ungarn äußern und wird dann den wirtschaftlichen Fortschritt dort um so mehr fördern. Und diese Konkurrenz wird sich wesentlich auf die Produkte beziehen, die Deutschland an sich eben besser und billiger liefert, deren Erzeugung in Österreich-Ungarn daher ohne großen Schaden zurückgehen oder aufhören kann, resp. sich spezialisieren wird.

Spiethoff sagt über die deutschen Industriewaren, die nach Österreich gehen und deren Absatz noch wachsen wird: „In erster Linie sind zu nennen Eisenwaren aller Art, deren Ausfuhr von Deutschland nach Österreich-Ungarn bisher unter dem Druck sehr hoher Zölle teilweise gesunken ist, Maschinen, Explosionsmotoren, Chemikalien, besonders Teerfarben, Tonwaren, besonders Drainröhren, Zement, Spielwaren, die unter zu starker Detaillierung und Höhe der Zölle und Unsicherheit der zur Anwendung kommenden Tarifnummern leiden, Wollgarne, Kleiderstoffe, Papier. — Deutschland deckt heute 50 % der österreichisch-ungarischen Einfuhr an Gewerbserzeugnissen. Waren anderer Herkunftsländer, die es verdrängen könnte, sind vornehmlich: Maschinen, besonders für die Gewebegewerbe und die Metallbearbeitung, Dampfpflüge und landwirtschaftliche Maschinen, Kessel, Baumwollgarne, Baumwollwaren und Seidengewebe."

Ich möchte zusammenfassend sagen: die deutsch-österreichisch-ungarische Zollannäherung ist eine Frage des Maßes und der Volkspsychologie.

Will man gegenseitig in einer Reihe wichtiger Berufs- und Gewerbszweige die Zölle herabsetzen oder gar beseitigen, so muß das so umfangreich nach den Berufen und so erheblich nach den Tarifsätzen geschehen, daß die Wirkung der stärkeren Konkurrenz eine gegenseitige Belebung, einen inneren technischen und organisatorischen Fortschritt herbeiführt. Wer in Österreich nicht glaubt, daß die Annäherung ebenso günstig auf die Habsburger Monarchie wirke, wie seinerzeit der Anschluß Süddeutschlands an Preußen 1828—1840 für die Süddeutschen, der Eintritt Hannovers 1853 in den Zollverein für dieses Land, der Eintritt Elsaß-Lothringens 1872 für Deutschland; wer nicht glaubt, daß die Menschen durch solche große Maßregeln sich ändern werden, daß die etwas verstärkte Konkurrenz sich in zunehmende Anstrengung, höhere Organisation umsetze, — der muß in Österreich-Ungarn Gegner der Zollannäherung sein. Es ist der pessimistische Standpunkt, der an keinen inneren Fortschritt glaubt. Wer umgekehrt es für wahrscheinlich hält, daß die ungarische und die österreichische Volkswirtschaft bei den talentvollen Volkselementen, dem reichen Boden, der günstigen geographischen Lage gerade durch die engere Berührung mit Deutschland große innere Fortschritte machen wird, der wird kühn die Annäherung verlangen.

Wer recht haben wird, kann natürlich erst die Zukunft lehren. Aber dem Mutigen gehört die Welt. Die Wahrscheinlichkeit des Gelingens liegt gerade nach dem großen siegreichen Kriege noch viel mehr vor als bisher; vorausgesetzt, daß das Maß der gegenseitigen Herabsetzung und Konkurrenzvermehrung richtig getroffen werde.

8.

Mit dem politischen Bündnis zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn und der Zoll- und Handelsannäherung beider Reiche ist das hier zu erörternde Problem nicht erschöpft. Alle Welt spricht in beiden Reichen von mehr: von dem künftigen Weltreiche, das man Mitteleuropa nennt, d. h. von der politischen und wirtschaftlichen Angliederung der Türkei und der Balkanstaaten, besonders Bulgariens und Rumäniens an beide Reiche, von dem großen Blocke, der von der Nordsee bis zum Persischen Meerbusen reichen soll.

So natürlich heute solche Gedanken sind, so sehr der heutige Weltkrieg und die einseitige Politik Rußlands und Englands hauptsächlich sie gefördert haben, so schwierig sind sie doch in der praktischen Ausführung, wenigstens soweit die Pläne über die politische Einigung hinaus bis zur wirtschaftlichen Annäherung oder gar zur Zollunion gehen. Und wenn schon Deutschland und Österreich-Ungarn heute nicht bis zur Zollunion kommen, so werden die Balkanstaaten es um so weniger vermögen. Auch daß gegenüber drei selbstständigen Partnern auf deutsch-österreichisch-ungarischer Seite, auf der anderen ebenfalls mindestens drei (Türkei, Rumänien, Bulgarien, eventuell auch

Griechenland und Serbien, Montenegro) stehen mit getrennten Interessen, erschwert natürlich die Gemeinschaftsbildung sehr. Aber all das schließt besondere Zollbegünstigung, gemeinsame Verkehrspolitik und ähnliches doch nicht ganz aus.

Bulgarien und Rumänien sind die nächsten Nachbarn Österreich-Ungarns, wenn wir von Serbien absehen. Österreich bzw. Ungarn hat sie in der Vergangenheit — im Zusammenhang mit den entgegengesetzten Handelsinteressen — schlecht behandelt. Man hat in Wien und Budapest eine Zeitlang geglaubt, man könne Rumänien und Bulgarien zwingen, recht viel österreichische Waren zu kaufen, ohne ihnen entsprechende Werte abzunehmen. Jahrelange Zollkriege entstanden daraus und haben das Verhältnis vergiftet, haben beiderseitig viel geschadet. Als Folge ergab sich eine erhebliche Zunahme der deutschen Einfuhr in den Donaustaaten auf Kosten der österreichisch-ungarischen, wodurch auch erhebliche Interessengegensätze zwischen beiden Zentralmächten entstanden. Der Anteil der österreichisch-ungarischen Einfuhr an der rumänischen sank im Durchschnitt von 1876—80 mit 51,4% auf 24,6% im Durchschnitt 1906—10, während die deutsche gleichzeitig von 8,8% auf 33,9% stieg [1]. All das erschwert auch heute noch gemeinsame zollpolitische Verhandlungen der Zentralmächte mit Rumänien und Bulgarien. Immerhin fehlt es in diesen beiden Balkanstaaten nicht an entschlossenen und mächtigen Freunden des großen Planes eines zentraleuropäischen Handelsreiches von der Schelde bis zur Euphratmündung; so ist der bulgarische Ministerpräsident Radoslawow ein solcher. Aber diesen Elementen stehen auch bedeutsame Feinde der Annäherung gegenüber. Alle Russophilen in beiden Staaten suchen um jeden Preis die handelspolitische Annäherung von Zentraleuropa zu hindern. Sie sehen in weitgehenden Zollannäherungen der Donaufürstentümer an die Zentralmächte eine germanische Erdrosselung. Außerdem stehen gewisse eigene Wirtschaftsinteressen der beiden Balkanstaaten dem Handelsbunde mit Zentraleuropa entgegen: Rumänien hat schon eine erhebliche eigene Industrie durch Schutzzölle geschaffen; die liberale Partei hat diese Politik ins Leben gerufen und wird sie weiter verteidigen. Bulgarien ist im Begriff, ähnliches zu tun; noch dieser Tage sagte mir ein bulgarischer hoher Beamter: „Wir müssen uns durch Schutzzölle eine eigene Industrie schaffen; wir können nicht im alten Handwerk stecken bleiben." So setzen sich beide Staaten auf die Hinterbeine, wenn man ihnen zu aufdringlich sagt: steigert eure Rohproduktion, führt Rohprodukte nach Zentraleuropa und nehmt dafür unsere Fabrikate. — Immer aber ist auch da ein arbeitsteiliger Ausgleich der Interessen möglich; man

[1]) Rottmann, Zur Frage einer Wirtschaftsgemeinschaft zwischen Mitteleuropa und Rumänien. Schriften d. Ver. f. Sozialpolitik, Bd. 155, II, S. 482.

muß nur einen mäßigen Zollschutz für gewisse Gewerbe den Balkanstaaten lassen und kann daneben für andere eine Erleichterung der Einfuhr doch erhalten und so für die Ausfuhr ihrer Rohprodukte eine Bezahlung durch zentraleuropäische Manufakte ermöglichen. Die wirtschaftlichen Beziehungen beider Staaten mit den Zentralmächten und der Türkei sind sehr erhebliche. Bulgarien hat jetzt schon mit Deutschland, Österreich-Ungarn und der Türkei doppelt so großen Handel als mit den Staaten des Vierverbandes. Die deutsche Einfuhr in Rumänien machte 1912 37,69 % der Gesamteinfuhr aus.

Die Türkei hatte bis jetzt eine veraltete rein fiskalische Zoll- und Handelsverfassung; sie hat noch weniger Industrie als Rumänien und Bulgarien. Der letztere Staat hatte bisher einen großen Absatz von Rohstoffen und einfachen Gewerbeprodukten nach Konstantinopel. Mit der Modernisierung des türkischen Staates wird die Verwaltung naturgemäß auch ihre wichtigsten Gewerbe selbst durch Schutzzölle entwickeln wollen. Damit kommt aber wieder die Türkei in Interessenkonflikte mit ihren nächsten Nachbarn wie mit ihren mitteleuropäischen Protektoren. Sie kann so zukünftig die Losung: „Rohstoffe gegen Fabrikate" auch nicht bedingungslos annehmen. Der Abschluß von Verträgen mit Deutschland und Österreich-Ungarn über weitgehende gegenseitige Zollbegünstigungen wird deshalb mancherlei Klippen zu umschiffen haben. Aber unmöglich ist er doch keineswegs. Nur muß langsam, vorsichtig vorgegangen werden. Die zentraleuropäische Kapitalzufuhr wird zunächst eine größere Rolle spielen als die Fabrikatenzufuhr. Die Zentralmächte müssen selbst mit Hand anlegen, eine türkische Industrie, ein türkisches Kreditwesen, türkische Eisenbahnen und große Landesmeliorationen zu schaffen. Die Türkei muß darauf verzichten, voreilig eine große eigene Industrie, wie sie die Zentralmächte haben, hervorzaubern zu wollen. Die Hebung der türkischen Landwirtschaft, des Bauerntums, der einfachen Gewerbe muß zunächst in den Vordergrund gerückt werden, um zu richtigen, für alle Teile gewinnreichen Austauschverhältnissen zu kommen. Die Türken müssen sehen und empfinden, daß wir ihre Interessen wirklich fördern wollen, daß wir sie nicht, wie die Engländer in Ägypten die Einwohnerschaft für englische Interessen, ausquetschen wollen. —

Bei der Schwierigkeit der einschlägigen Fragen muß man ihre Lösung nicht überstürzen. Wir dürfen weder die Balkanstaaten noch die Türkei zu ihrem volkswirtschaftlichen Glücke, d. h. zu Verträgen, zwingen wollen, denen sie noch mißtrauisch gegenüberstehen. Wir müssen so vorgehen, daß die Türkei und die Balkanstaaten an uns mit ihren Wünschen herantreten. Manches, was wir wünschen, wird nicht von heute auf morgen zu erreichen sein. In vielem werden Deutschland und Österreich-Ungarn verschiedene Interessen gegenüber diesen Staaten haben. Wir müssen so klug sein, diese Gegensätze zurück-

zudrängen; wir müssen uns sehr in acht nehmen, daß nicht Deutschland oder Österreich-Ungarn, jedes für sich, anstreben, auf Kosten ihres Partners volkswirtschaftliche Vorteile bei den Balkanstaaten erreichen zu wollen.

Die wirtschaftliche Politik Österreich-Ungarns kann nicht die sein, agrarische Produkte der Balkanstaaten aufzunehmen; soweit diese derartiges heute nach Norden exportieren, müssen sie es nach Deutschland führen. Aber Deutschland kann doch nur gemeinsam mit Österreich-Ungarn gute Verträge mit der Türkei und den Balkanstaaten abschließen; und ebenso bedarf Österreich-Ungarn der Hilfe Deutschlands in allen Welthandelsfragen; allein ist es schon wegen seines Völkergemisches zu schwach. Für den Friedensschluß und für alle diesem folgenden Handelsverträge hat ein gemeinsamer Markt von 120 Millionen Menschen ein ganz anderes Gewicht als jede der Zentralmächte allein [1]).

9.

Schließlich seien noch einige Worte darüber gesagt, wie zwei Umstände auf alle die bisher erörterten handelspolitischen Verhandlungen einwirken werden, einmal die heute wahrscheinlichen politischen oder zollpolitischen Grenzverschiebungen und dann die mit dem Frieden eintretenden wirtschaftlichen Konjunkturgestaltungen.

Zu der ersten Frage bemerke ich, daß ich die möglichen oder wahrscheinlichen politischen Grenzhinausschiebungen Deutschlands und Österreichs für nicht so bedeutungsvoll halte, daß sie irgendwie hindernd für die hier erörterten Pläne ins Gewicht fielen. Wohl aber halte ich es für möglich, ja erwünscht, daß ein selbständiges Belgien und ein etwa selbständig werdendes Polen, welchen Umfang es auch haben möge, dem deutschen Zollgebiete angegliedert werde. Ein reiches Industriegebiet und ein reiches Agrargebiet kämen so hinzu. Das Bedürfnis des deutschen Zollgebietes nach industrieller Ausfuhr würde sich verstärken, das Bedürfnis nach landwirtschaftlicher Einfuhr würde wohl etwas abnehmen; die Möglichkeit der Donaufürstentümer, nach Deutschland Getreide und Vieh einzuführen, würde etwas beschränkt. Wenn Österreich-Ungarn gewisse Teile Serbiens annektierte, so nähme der agrarische Gesamtcharakter der Monarchie noch etwas zu. Aber die Gesamtbedingungen, unter denen die neuen Verträge zu schließen wären, würden damit doch nicht wesentlich geändert. Ebensowenig wird die zu erwartende starke Vergrößerung Bulgariens die staatswirtschaftlichen Wünsche dieses Königsreichs erheblich umgestalten.

Darüber, wie die kommenden Friedensschlüsse finanziell und volkswirtschaft-

---

[1]) K. Keller, Ein deutsch-österreichisch-ungarischer Zollverein, Schmollers Jahrbuch für Gesetzgeb., Verwalt. u. Volksw. 39. Bd. (1915), S. 853–889.

ich wirken werden, ist heute schwer ein begründetes Urteil abzugeben; weiß man doch nicht einmal, wie lange sie noch auf sich warten lassen und wie sie ausfallen werden. Immer wird man folgendes sagen können: Die allgemeine Störung des gesamten Welthandels, der Abbruch zahlloser Handelsverbindungen, die enorme Kapitalvernichtung, die außerordentlich steigenden Steuerlasten müssen zunächst eine erhebliche Depression erzeugen; die vom Kriege verschonten Staaten, die Vereinigten Staaten, Japan, auch einige der neutralen, weniger vom Kriege berührten Staaten werden gewisse Vorteile davon haben; aber auch sie werden unter den Nachwehen des Weltkrieges zu leiden haben.

Wie bald die Erholung für die einzelnen Staaten kommt, ist schwer zu sagen. Deutschland hat den Vorteil, daß seine Industrie und seine Organisationskraft die vollste Bewunderung auf dem ganzen Erdball jetzt schon gefunden hat, und das wird im Frieden noch zunehmen; sein Export wird deshalb bald wieder wachsen wie seine Bevölkerung. Wo ist jemals gleiches geschehen, wie heute in Deutschland? Wir hatten keinen Salpeter mehr für unser Pulver, unsere Chemiker schaffen ihn sofort aus der atmosphärischen Luft; wir haben keinen Gummi mehr, unsere Chemiker wissen ihn aus Kartoffeln herzustellen! Eine gesunde innere Kolonisation wird Platz greifen, zumal im Osten. Der vernünftige Teil der Sozialdemokratie, die Gewerkschaften, werden mehr oder weniger Frieden mit den anderen Klassen schließen; unsere Regierungen werden an keine Ausnahme- und Unterdrückungsgesetze mehr denken. Kurz, wir werden doch wahrscheinlich bald wieder einer guten Zeit entgegengehen.

Und Ähnliches wird in Österreich-Ungarn geschehen, wenn die kaiserliche Regierung die nötigen Verfassungs- und Verwaltungsreformen vornimmt, die ihr von den Zeitumständen ja förmlich aufgedrängt werden.

Aber all das schließt nicht in sich, daß wir die guten Folgen und Nachwirkungen des siegreichen Krieges *sofort* merken. Es kann ein Lustrum, es kann ein Jahrzehnt dauern, bis wir es voll verspüren. Aber sicher ist die Erschöpfung nicht so groß wie 1814—15; und sicher sind die Regierungen und die Völker politisch und intellektuell, wirtschaftlich und moralisch höherstehend als 1815—40.

Also möchte ich sagen: die neuen Zollannäherungsverträge zwischen Deutschland und Österreich müssen geschlossen sein, bevor der Friede zustande kommt. Mit unseren Feinden müssen wir das Wichtigste über die neue Zoll- und Handelsverfassung in den Friedensverträgen ordnen. Und auch unsere wirtschaftlichen Verträge mit der Türkei und den Balkanstaaten müssen möglichst rasch nach dem Frieden zum Abschluß kommen. Sonst werden sie unter dem Meltau von Depressionsjahren verschlechtert und verzögert werden.

Ich setze bei allem Werte, den ich der Annäherung Mitteleuropas und der Balkanstaaten beilege, voraus, daß sie kein Hindernis für zweierlei werden wird: für eine Vergrößerung und Arrondierung unseres afrikanischen Kolonialbesitzes und für ein Abkommen mit England, das uns seinen nationalen Markt und den seiner Kolonien wieder öffnet. Die Engländer sind zu klug, daß sie nicht bald einsehen müßten, sie hätten diesmal auf die falsche Karte gesetzt, und sie könnten das, was sie von ihrem Weltreich und ihrer Weltherrschaft ja gewiß aus dem Weltkrieg retten können, leichter erhalten und bewahren in einem künftigen guten Verhältnisse zu Deutschland als gegen dasselbe. Sie werden unserer Hilfe bald genug recht dringlich bedürfen. Gegen wen, darüber spricht man heute besser noch nicht.

Die heutige deutsche Judenfrage[1 2]).

Im vorletzten Hefte dieses Jahrbuches (Band 40, Heft 4) habe ich unter dem Titel „Obrigkeitsstaat und Volksstaat" zwei Bücher besprochen: Hugo Preuß, „Das deutsche Volk und die Politik", und Hans Delbrück, „Regierung und Volkswille". An die beweglichen Klagen von Preuß über Ausschließung von Staatsbürgern von der verfassungsmäßigen Gleichberechtigung wegen ihrer Abstammung und ihres religiösen Bekenntnisses, knüpfte ich einige ganz harmlose Bemerkungen darüber an, daß viele Leute fänden, diese mißhandelten Staatsbürger erschienen da und dort in diesen oder jenen einflußreichen Stellungen schon fast als herrschende Elemente.

In der Presse entstand darüber, zunächst auf Grund kurzer, nicht ganz zutreffender und einseitiger Notizen über den Inhalt meines Artikels, ein Sturm des Unwillens bei den jüdischen und philosemitischen Blättern, des Jubels bei den antisemitischen. Berge von Briefen und Zuschriften von mir meist unbekannten Schreibern drückten mir ihren Unwillen, einige aber auch ihre Zustimmung aus. Auch jüdische Zustimmungen fehlten nicht. Antworten kann ich auf diese Zuschriften nicht im einzelnen. So sei ein allgemeines Wort über meine Stellung zur Judenfrage gestattet.

Ich habe zeitlebens mich weder als Philo- noch als Antisemit gefühlt. Ich hatte mit meine besten Freunde unter Juden und Halbjuden. Ich suchte immer mir ein objektives historisches Urteil über die einschlägigen Fragen zu bilden und zu bewahren.

Die Grundlage eines gerechten Urteils über die politische und gesellschaftliche Judenbehandlung im modernen Staate, wie in den Staaten der Vergangenheit, muß stets die Beantwortung der Fragen bilden: wie groß ist die Zahl der Juden im betreffenden Staate gegenüber den germanisch-christ-

[1]) Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reiche (1917). 41. Bd., 2. Heft. S. 563—567.

[2]) Die nachstehenden Ausführungen wurden bereits in der „Täglichen Rundschau" Nr. 27 vom 16. Januar 1917 abgedruckt, weil die Umstände es angezeigt erscheinen ließen, mit einer Veröffentlichung nicht bis zum Herauskommen dieses Jahrbuchheftes zu warten. Der nochmalige Abdruck aber an dieser Stelle erfolgt, weil, wie ersichtlich, ein enger Zusammenhang zwischen diesen Ausführungen und meinen früheren im vorletzten Hefte besteht. G. Sch.

lichen Elementen, wie groß ist die Zahl der höher gebildeten Juden und die des jüdischen Mittelstandes und der jüdischen Arbeiter, wie ist die räumliche Verteilung der Juden, wohnen sie kompakt für sich oder ganz zerstreut unter den Christen; endlich wie hoch ist das politische und kulturelle Niveau des Volkes, unter dem die Juden leben, wie ist die religiös-kirchliche Entwicklung des betreffenden Volkes und der unter ihm lebenden Juden?

In älteren Zeiten waren die Probleme, die sich beim Durcheinanderwohnen verschiedener Rassen, Völker, Religionsgemeinschaften ergaben, unendlich viel schwieriger als in neuerer Zeit. Man konnte sich am ehesten helfen durch ganz getrenntes Wohnen. Daraus erklärt sich die heutige russische Judenpolitik, das getrennte Judenghetto in den mittelalterlichen Städten. Rohere, primitive Menschen konnten sich die anderen Volkselemente und Rassen nur als Feinde denken. Jeder Fremde galt einstens selbstverständlich als Feind, den man ausschloß, vertrieb, mißhandelte. Bedurfte man seiner trotzdem, so mußte er besondere Privilegien erhalten, deren beliebigen Widerruf man sich vorbehielt. Immer blieb er verdächtig, man traute ihm alles Schlechte zu, besteuerte ihn übermäßig, nahm ihm zeitweise sein Vermögen halb oder ganz, verbrannte zeitweise ganze Judenschaften unter diesem oder jenem Verdacht. Nur wenige hochstehende Fürsten und Bischöfe sahen die Nützlichkeit und Tüchtigkeit der Juden, schützten sie, solange es ging.

Das war das mittelalterliche Judenschicksal; es war das Schicksal rassenfremder Minoritäten überall in der Kulturgeschichte. Langsam rang sich aus solchen psychologischen und kulturgeschichtlichen Zuständen die Idee heraus, daß die Menschen vor Gott gleich seien, also auch von den Menschen so behandelt werden sollten.

Die Aufklärung des 18. Jahrhunderts, die politischen Ideen des 19. brachten nach und nach den Anfang der äußeren Rechtsgleichheit. Soll eine solche Früchte tragen, so muß sie verbunden sein mit einer Assimilation, wie sie am leichtesten in den oberen Schichten der rassefremden Minorität eintritt, während deren mittlere und untere Schichten noch Generationen hindurch in ihrem geistigen, geselligen Sonderleben verharren.

Seit 1848—70 hat die Assimilation der obersten Judenschichten in Deutschland große Fortschritte gemacht; unter dem Einfluß der humanitär-liberalen Ideen, des beginnenden Konnubiums zwischen Germanen und Semiten, des wachsenden Übertritts der assimilierten oberen Schichten des Judentums zu einer der christlichen Konfessionen. Aber die Assimilation ist noch weit entfernt, vollendet zu sein; sie wird immer wieder gehindert durch Judenhetzen der geschäftlich von der Judenkonkurrenz getroffenen Germanen und durch die stete Zuwanderung nicht assimilierter östlicher Judenelemente, durch die noch vorhandene Abschließung der jüdischen Kreise unter sich, besonders der mittleren

und unteren Judenschichten, wie sie in Posen, in Polen ja noch ganz getrennt von den Christen unter sich leben. Die Verschmelzung ist in Frankreich und England viel leichter gewesen, weil die Zahl der Juden dort so sehr viel kleiner war und ist, und die dortigen Juden von einer Judenaristokratie stammen, die teilweise schon seit Jahrhunderten in Italien, Portugal und Spanien ganz oder halb sich assimiliert hatte, während die deutsche Judenzuwanderung aus dem Osten stammt und in den paar ersten Generationen vielfach noch jeder Assimilation widerstrebt.

Die Assimilation vollzieht sich durch gleiche Schulen, gleichen Universitätsbesuch, durch die Einwirkung der Literatur, die herrschende allgemeine Gedankenwelt, durch geselligen Verkehr, endlich am intensivsten durch das Konnubium.

Wenn man sich nun fragt, was soll heute geschehen, so ist die erste Vorfrage: was ist erreichbar; dann erst kommt die zweite: was ist wünschenswert? Eine Austreibung aller Juden aus Deutschland ist unmöglich, wäre eine Barbarei, wäre auch ein Schaden für unsere Kultur. Alle höhere Kultur, der heutige Bestand der höchststehenden Völker beruht auf Rassenmischung. Nicht jede Rassenmischung freilich schafft gutes Menschenmaterial. Die Mischung von sehr hoch und sehr niedrig stehenden Menschen erzeugt unausgeglichene Charaktertypen oft der schlimmsten Art: Menschen, welche die schlechten Eigenschaften der beiden gemischten Rassen haben. Aber die Mischung einigermaßen sich nahestehender Typen von Menschen darf nach unserer heutigen Rassenlehre als eine Ursache der körperlichen und geistigen Hebung der Eigenschaften gelten (siehe meinen Grundriß I, S. 147—160; Reibmayr, Die Entwicklungsgeschichte des Talents und Genies, 2. Bd., 1908). Wir haben also keine Ursache, die Existenz von 615 021 Israeliten unter 60 Millionen Einwohnern in Deutschland für bedenklich oder gar schädlich zu halten. Ja, es scheinen mir triftige Gründe für das Gegenteil zu sprechen.

Ich halte zumal das westdeutsche Judentum, vollends das assimilierte, für eine glückliche Zugabe zur germanischen Rasse. Es gibt uns Geisteskräfte, die uns mehr oder weniger fehlen, oder wenigstens früher fehlten; es hat die deutsche Volkswirtschaft sehr gefördert. Aber es schließt die Gefahr in sich, daß es durch seine geschäftliche Überlegenheit, die es oft noch und zwar mannigfach durch zweifelhafte Mittel ausnützt, viele innere soziale Verstimmungen und Kämpfe erzeugt. Die Neigung des Juden, wo er in eine einflußreiche, herrschende Stellung kommt, die Germanen und Christen zu benachteiligen, ist noch so mannigfach vorhanden, daß Rückschläge in der judenfreundlichen Stimmung aller Liberalen immer wieder vorkommen, und daß die Verstimmungen konservativer, bäuerlicher, kleingewerblicher, haus-

industrieller Kreise heute noch nicht so weit verschwinden können wie in Westeuropa. Es ist daher im Interesse der Juden selbst, daß ihre Vorherrschaft in gewissen Stellungen, Berufen, Ämtern nicht zu sehr, nicht zu sichtlich sich geltend mache. Starke Verstimmungen mußten kommen, wenn es den Anschein gewinnt, eine Stadt wie Berlin sei wesentlich in ihrer Verwaltung durch Juden beherrscht. Daß dieser Beherrschung ihre Spitze abgebrochen wird durch einen Oberbürgermeister wie Wermuth, sehen die Fernerstehenden nicht so, wie den Einfluß der jüdischen Führer. Die Überlegenheit des jüdischen Geschäftsmannes mag sich heute vielfach beschränken auf gewisse ländliche, kleingewerbliche Kreditverhältnisse; der Wucher auf dem Lande mag stark abgenommen haben. Aber vorhanden ist er immer noch, und das Volk glaubt daran, fühlt sich mehr getröstet dadurch, daß an anderen Stellen dem Juden auch noch nicht volle Gerechtigkeit widerfährt.

Das ist gewiß der Fall in der jüdischen Offiziersfrage. Die Nichtwahl von tüchtigen Juden in die meisten Regimenter zum Reserveoffizier ist gewiß ein Verstoß gegen die verfassungsmäßig garantierte Rechtsgleichheit. Aber es fragt sich, ob es heute schon angezeigt wäre, das freie Wahlrecht des Offizierskorps aufzuheben, ob, wenn bloße Ernennung von oben her entschiede, das Offizierskorps nicht dadurch geschädigt würde, viel von seiner wünschenswerten Einheitlichkeit und Harmonie verlöre.

Wenn heute der betreffende Offizierskandidat sich taufen läßt, so wird er in der Regel gewählt. Das verletzt die Gefühle aller freier Denkenden. Aber es darf auch nicht übersehen werden, daß die strengen und orthodoxen Christen eben heute noch glauben, daß der *getaufte* Christ zu Gott durch die Taufe in ein ganz besonderes, ihn innerlich umbildendes Verhältnis komme. Das glaubt der Freidenker nicht, er findet mit Recht, daß meist die charakterlosen Juden es sind, die sich aus äußerlichen Gründen taufen lassen. Aber wer auf mystisch-orthodoxem Standpunkt steht, wie ein Teil unserer östlichen Landaristokratie, ein großer Teil unserer Offiziere, kann nicht so urteilen. Übrigens weiß ich aus zuverlässiger Quelle, daß neuerdings vielfach und gerade in Berlin Wahlen von jüdischen Reserveoffizieren zum Leutnant stattfanden. Es soll schon etwa 200 solcher geben. Und ich hoffe, das wird so bleiben und sich ausdehnen. Diese Hoffnung wird sich in dem Maße realisieren, als die religiösen Gegensätze sich mildern, als der innere sittliche Gehalt der christlichen und der jüdischen Religion mehr als das Dogma und die Mystik zur Hauptsache werden; als die Juden selbst da, wo sie die Macht haben, ebenso duldsam und gerecht gegen die Nichtjuden werden, wie sie es von den Christen verlangen.

Hätten wir nur Nathan-Naturen unter unseren 600 000 deutschen Juden, so gäbe es überhaupt heute kaum eine Judenfrage mehr; aber wir haben

auch noch Shylock-Naturen, und die Mehrzahl der Juden steht vielleicht zwischen diesen beiden Extremen in der Mitte. Ganz ebenso ist es freilich auf christlicher Seite. Peccatur intra muros et extra.

Die christlichen und die jüdischen Nathan-Naturen müssen sich die Hand reichen, um die jüdischen Shylock-Naturen und den christlichen, germanischen Rassenstolz und die althergebrachten Vorurteile, die Sitten, die zur Unsitte geworden sind, zu bekämpfen. Dazu wird sicher der Krieg wesentlich beitragen. All Derartiges braucht aber Zeit. Ich bin sicher, daß in hundert Jahren das meiste, was die besten Männer auf beiden Seiten heute beklagen, beseitigt oder so gemildert ist, wie wir es wünschen müssen.

Aber von heute auf morgen lassen sich bestehende Massenüberzeugungen und die entsprechenden Sitten nicht ändern.



Wäre der Parlamentarismus für Deutschland oder Preußen richtig?[1])

Das englische System parlamentarischer Regierung ist im 17. Jahrhundert durch die Mißbräuche der Stuarts, ihrer Versuche einer katholischen Restauration und die Revolutionen von 1640—50, 1660 und 1688 entstanden. Die Unfähigkeit der Stuarts als Regenten und als Nachfolger der Tudors war zu groß; sie nahmen heimlich große Pensionen vom französischen Könige, dem Erbfeinde Englands, bedrohten die ganze englische Verfassung. Die royalistische Partei und die presbyterianische Mittelpartei des Parlaments einigten sich 1688 zu ihrem Sturze. Spätere Könige versuchten wohl wieder, Ministerien aus den verschiedenen Parteien des Unterhauses zu bilden; es ging nicht. Wohl aber bildete sich die Sitte, daß die beiden Parteien in der Regierung miteinander abwechselten. Und dieses System hat sich im 18. Jahrhundert unter den hannöverschen Königen befestigt und im 19. unter der 50jährigen Regierung einer Frau, die keine eigenen politischen Ziele hatte, dauernd eingelebt. Es hat im 18. und 19. Jahrhundert England große führende Minister und Staatsmänner, zunehmende Macht und ungeheuer wachsenden Reichtum, eine Reihe wichtiger innerer Reformen gebracht. Die großen Schattenseiten, die das System bei allen Vorzügen hat, die ich im letzten Hefte meines Jahrbuches an der Hand der vortrefflichen Schrift von Tönnies über den englischen und den deutschen Staat (1917) besprach, sind im großen und ganzen in den liberalen Parteilagern der übrigen Staaten ziemlich unbekannt. Es ist daher wohl begreiflich, daß man das System auch in anderen Ländern nachzuahmen vorschlug, obwohl da, wo es am nächsten lag, in den befreiten Vereinigten Staaten, die großen Begründer der Verfassung es in weiser Absicht durch die verfassungsmäßige Stellung des Präsidenten und seiner Minister ausschlossen. In Frankreich, Spanien und Italien, in Belgien und Holland, in den selbständigen englischen Kolonien, vollends in den skandinavischen und Balkanstaaten haben die Versuche der Nachahmung nicht aufgehört, aber sie sind keineswegs durchaus geglückt; sie haben in dem Maße mehr Unheil angerichtet, als die politischen, sozialen und

[1]) Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reiche (1917). 41. Bd., 3. Heft. S. 1123—1130.

sonstigen Voraussetzungen des Verfassungslebens ganz andere waren und sind als in England, zumal da, wo eine Vielheit der parlamentarischen Parteien, wie auch in Deutschland, vorhanden ist.

Es erscheint daher wohl am Platze, heute, da die Hoffnung auf große Verfassungsreformen und politische Fortschritte auch in Deutschland und Österreich hochgespannt sind, da man vielfach auch auf eine solche Nachahmung rechnet, an die Voraussetzungen zu erinnern, unter denen die parlamentarische Regierung in England relativ günstig gewirkt hat.

England hatte unter den Tudors unter Einvernehmen mit dem Hause der Gemeinen eine große Zeit monarchischer Reformen erlebt; die Förderung der Selbstverwaltung, ein gewisser Schutz der unteren Klassen, siegreiche Kriege, Handelsförderung, aber zugleich Steuerbewilligung des Parlaments, dessen Kontrolle der Staatsverwaltung, Durchführung der Reformation waren die großen Ziele der Tudorzeit gewesen. Die besitzenden Klassen in Stadt und Land waren emporgekommen; sie beherrschten die Selbstverwaltung durch die unbezahlten örtlichen Ehrenämter, das Haus der Gemeinen durch die Wahlen aus denselben gesellschaftlichen Kreisen. Die zwei ausschlaggebenden Parteien Englands im 17. Jahrhundert waren die royalistische und die presbyterianische. Die erstere umfaßte den hohen ländlichen Adel und die ländliche Ritterschaft, die Gentry. Die Presbyterianer rekrutierten sich aus den höheren Klassen der Städte, hauptsächlich den Handelsherren, die im 16. und 17. Jahrhundert sehr reich geworden waren. Ein Teil von ihnen hatte die Gelegenheit benutzt, Landgüter zu kaufen, wozu die Verarmung mancher Adligen Gelegenheit bot. Die Royalisten proklamierten in erster Linie Königstreue, no resistance. Die Presbyterianer schreckten vor einem Widerstand gegen die Krone nicht zurück. Neben diesen beiden Parteien hatte die Erhebung gegen Karl I., die Revolution, die Armee Cromwells auch eine republikanische Partei geschaffen. Aber sie hat nicht dauernd sich behauptet. Sie verschwand mit dem Commonwealth Cromwells wieder. Dieser war unfähig gewesen, viel an der inneren Struktur Englands zu andern, weil ihm in Stadt und Land die Selbstverwaltungsorgane starken aktiven und passiven Widerstand leisteten. Und die Selbstverwaltung lag in den Händen derselben Royalisten und Presbyterianer, welche das Parlament beherrschten.

Bei aller Verschiedenheit der Royalisten und Presbyterianer war doch der Grundcharakter der gesellschaftlichen Kreise beider Parteien nicht ohne Berührung und Ähnlichkeit, wie sie auch fähig waren, in den großen Schicksalswendungen der englischen Verfassungsgeschichte zusammenzuwirken und sich in ihren gemeinsamen aristokratischen Interessen zu finden. Als Jakob II. sich durch seine Politik ganz unmöglich gemacht hatte, und die Presbyterianer ihren Wider-

stand bis zu Absetzungstendenzen steigerten, da weigerten die Royalisten sich nicht, die Hand dazu zu bieten. In jenen Tagen entstanden, nachdem man vorher die Royalisten als Kavaliere, die Presbyterianer als Rundköpfe bezeichnet hatte, die Spitznamen Tories für die Royalisten und Whigs für die Presbyterianer, jener für die mehr ländlichen und dieser für die mehr städtischen Teile der Aristokratie. Und es setzte sich der Gebrauch fest, daß die beiden Parteien, als die natürlichen Ausdrücke der zwei gleichberechtigten Seiten des Staatslebens, miteinander in der Regierung wechselten.

Als dann Wilhelm von Oranien und nochmals Georg III. wieder Ministerien über den Parteien bilden wollten, hielten doch Tories und Whigs zusammen gegen diese Versuche. Soweit Schwierigkeiten der Regierung im 18. Jahrhundert eintraten, beschritten der whigistische Minister Walpole und viele seiner Nachfolger den Weg der Bestechung, die von 1700—1835 ein unschönes, aber ein unentbehrliches Mittel der parlamentarischen Regierung wurde. Die zweifelhaften Parlamentsmitglieder fanden beim ministeriellen Diner die nötige Zahl Goldstücke unter ihrem Couvert. Oder es kaufte die eine oder andere Partei so viel verrottete Wahlflecken, um ihre Majorität zu sichern. Keiner der zahlreichen Gesetzesentwürfe hiergegen fand je Aufnahme im Hause. Auch sonst darf man nicht übersehen, daß die Parlamentsregierung, zumal vor den Parlamentsreformen (1832, 1867, 1885), die Kehr- und Schattenseiten einer rein aristokratischen Regierung hatte: Nichtachtung der schwächeren Klassen und ihrer Interessen, Preisgabe des Bauernstandes, Latifundienbildung, Verwahrlosung des Volksunterrichts, schlechte söldnerische Kriegsverfassung, Intoleranz gegen die Dissenters, Mißhandlung von Irland und vieles andere mehr.

Das Wesentliche ist aber doch wohl: beide Parteien waren nicht sowohl politische Parteien in unserem Sinne, sondern Adelscliquen von großer innerer Ähnlichkeit; beide hatten die Wurzeln ihrer Kraft in der Teilnahme und der Beherrschung der Selbstverwaltung, in der hier geübten gleichmäßigen Anwendung der Landesgesetzgebung. Nur beruhten die Tories mehr auf dem kleinen Landadel, die Whigs auf dem Handelserwerb und dem großen städtischen Kapital, das aber immer mehr auch auf dem Lande angelegt war. Viele aristokratische Familien der Tories standen persönlich Whigsfamilien nahe; manche der Herren gingen von einer Partei zur anderen über. Unter Umständen griff ein großer Tory wie Peel zu liberalen Reformen und erzeugte so zeitweise Parteispaltungen. Auf beiden Seiten war die Aufrechterhaltung der aristokratischen Herrschaft von etwa fünfzigtausend Familien (gleich einem Zwanzigstel der englischen Familien) die Hauptsache. Auf beiden Seiten gleiche Schul- und Universitätsbildung, gleiche Gesamtauffassung des politischen Lebens, der großen Ziele der englischen Politik.

Beide Parteien sahen es als selbstverständlich an, daß sie bei Übernahme der etwa 50 höchsten politischen Ämter des Staates auch die Hofämter erhielten, um den Hof in ihrem Sinne zu leiten.

Beide Parteien empfanden es, als neuerdings eine besondere irische Partei, sowie eine Arbeiterpartei sich neben ihnen im Parlament bildeten, als eine Gefahr für ihr Schaukel- und Wechselsystem. Und jetzt im Kriege hat es ja versagt; man ging zu Koalitionsversuchen über, wenn man nicht gar von einer Diktatur Lloyd Georges sprechen soll.

Das Wechselsystem der Regierung hat den Vorzug, daß die durch die parlamentarischen Premierminister gebildeten Ministerien in sich ganz homogen sind; die Besetzung der 50 parlamentarischen obersten Staatsstellen ist für die meist sehr reichen Parteimitglieder nicht ein Erwerbsziel; sie nehmen die Gehalte, um ihren Ministeraufwand zu bestreiten, aber sie kleben nicht an den Gehalten. Sie legten auch lange deshalb auf Diäten keinen Wert. Die Minister sind mit wenigen Ausnahmen keine technischen Spezialisten; wer heute Minister des Innern ist, übernimmt morgen Finanz oder Indien. Nur die auswärtigen Minister sind meist im Dienst des Auswärtigen Amtes groß geworden. Sie arbeiten nicht wie kontinentale Minister 10—16 Stunden täglich an ihrem Schreibtisch. Sie bleiben gentlemen of no occupation; für die Arbeit haben sie ihre lebenslänglichen Hilfsbeamten, die nicht mit der Partei wechseln. Die Minister und Unterstaatssekretäre müssen Leute von allgemeinem Überblick sein und Männer, die im Parlament und sonst so reden können, daß sie durch ihre Reden die englische öffentliche Meinung beherrschen. Dies Ziel erreichten sie wenigstens früher ziemlich sicher; heute freilich sagt man in England, die besten Artikel der Zeitungen und Wochenschriften besorgten mehr als die Ministerreden die Aufgabe.

Die vorstehende Schilderung des englischen Parlamentarismus ist in der Hauptsache den Schriften Gneists und den englischen Historikern entnommen, auf denen seine Bücher beruhen; die neuesten Anklagen, die sich auch in England gegen das System erhoben, sind dabei nicht berücksichtigt. So berechtigt sie sind, so wird man immer sagen können, das System als Ganzes habe England doch mehr Nutzen als Schaden gebracht. Ob es sich bei weiterer Demokratisierung erhalten ließe, wollen wir nicht erörtern. Wohl aber wollen wir betonen, was auch bei optimistischer Beurteilung des Systems als Voraussetzung seines Entstehens und seiner günstigen Wirksamkeit in England, wie in allen Sachkennerkreisen heute gilt:

1. Nur wo eine regierende Familie körperlich oder geistig degeneriert, sich politisch als ganz unfähig zeigte, konnte ein Zustand entstehen, bei welchem der Fürst bezw. der ihm folgende Präsident der Republik nur noch das Recht hat, seine Unterschrift unter die Ernennung der

Minister zu setzen, die von der Majorität der Volksvertretung gewünscht werden.

2. In all den Staaten, in welchen neben und unter der fürstlichen Familie ein zahlreicher Berufsbeamten- und Offiziersstand die neue Staatsverwaltung schuf, und in welchem diese Kreise noch heute die eigentlichen Träger des Staatslebens sind, wird ein parlamentarisches Regierungssystem sich schwer durchsetzen können. Denn in einem solchen Staate ist eben das Beamtentum die herrschende Klasse, die keine aristokratische Obergruppe über sich dulden, sich von den Ministerstellen ausschließen lassen kann. Und wo ein solches Beamtentum sich nicht gebildet hat, wie in England, da erscheint seine Abwesenheit als ein solcher Mißstand, daß es fraglich erscheint, ob damit nicht das parlamentarische System zu teuer erkauft ist.

3. Hat das parlamentarische System gesiegt, führen zwei große Parteien des Parlaments abwechselnd die Regierung, so mußten diese Parteien die strengste Parteidisziplin in sich ausbilden. Nur um den Preis der strengsten Unterordnung der Mehrheit der Parteimitglieder unter wenige Führer geht die Sache. Die meisten politischen Parteien der anderen Staaten kennen diese strenge Disziplin nicht.

4. Die Ministerstellen und sonstigen höchsten Ämter des Staates können beim parlamentarischen System keine dauernden Lebensstellungen sein; sie können nur eine Nebenbeschäftigung der wechselnden Inhaber sein. Man hat daher — wohl etwas übertreibend, aber doch nicht ganz falsch — gesagt: die parlamentarische Regierung sei eine solche aus Dilettanten im Gegensatz zu den Fachministern der übrigen Staaten, die eine spezielle Fachausbildung erhalten und ihr Lebenlang in dem betreffenden Ressort gearbeitet haben.

5. Am wichtigsten aber ist zuletzt, daß alle Vorzüge des Systems sich nur einstellen können, wenn es nicht 6—10, sondern nur zwei Parteien gibt, die in Betracht kommen. Die Herausbildung von nur zwei Parteien ist aber immer schwierig, leicht nur möglich in nicht zu großen Staaten mit möglichst einheitlicher Sprache, Nationalität und Kirche. In den größeren heutigen Staaten ist meist schon durch kirchliche, sprachliche, landschaftliche, wirtschaftliche, soziale Gegensätze eine Mehrheit von Parteien, nicht bloß von 4—5, oft von 8—10 vorhanden. Da ist also ein Regierungswechsel auf dem Boden der parlamentarischen Parteien immer nur möglich durch wechselnde Parteibündnisse und Kompromisse, und solche geben keine festen Ministerien, gestatten keine sichere zielbewußte Politik für Jahre. Solchen Parteikompromissen und Kompromißministerien fehlt der innere Kitt, die feste Disziplin.

In den meisten heutigen Staaten muß ja immer wieder den Parteimitgliedern gestattet werden, in einzelnen Fragen anders zu stimmen, als die

Parteimajorität beschlossen. Ein deutsches Parteiministerium müßte aus Konservativen, Freikonservativen und Nationalliberalen, eventuell auch aus dem Zentrum bestehen; oder aus Zentrum, Fortschritt und Sozialdemokraten.

Allen kontinentalen Parteien und vollends den Parteibündnissen fehlt die innere Einheitlichkeit der Tories und der Whigs und noch mehr die soziale Verwandtschaft dieser beiden Parteien unter sich selbst, die ebenfalls das System erleichtert. Die meisten Abgeordneten in allen Ländern, außer England, sind nicht Gentlemen of no occupation, sondern Leute aller Lebenslagen, Berufe und Karrieren, die sich vor ihrer parlamentarischen Tätigkeit nicht kannten; vielfach sind es Juristen, Advokaten, Journalisten, die mit ihrem Abgeordnetenberuf Karriere machen wollen; sie verlangen Diäten und haben es meist erreicht; auch erhebliche Erhöhungen derselben haben sie überwiegend neuerdings durchgesetzt, wie die französischen eine solche von 7000 auf 15000 Fr. jährlich.

Die französischen bewiesen die Notwendigkeit der Erhöhung schon mit dem Nachweis, daß der Abgeordnete in Paris zugleich der Kommissionär und Geschäftsbesorger für seine angesehenen Wähler sei; man stellte vor, er habe täglich in Paris einige Stunden herumzufahren, um Regenschirme, Ammen, seidene Kleider und anderes mehr für seine Wähler zu besorgen. So sind die quinzemille-Leute in Frankreich natürlich auch vielfach Personen, die sehr ungern auf ein Mandat verzichten. Das wichtigste Material für die Abgeordnetenstellen liefert der Advokatenstand in den Ländern dieser Art. Sie haben die nötige juristische Vorbildung, können und wollen reden. Aber ihre politische Weisheit ist meist ihrem Rednertalent nicht entsprechend.

Die Verteilung der Minister- und Unterstaatssekretärsitze an Kompromißparteien, die ein Ministerium bilden, ist immer sehr schwierig; die Disziplin dieser Parteien läßt stets viel zu wünschen übrig. Ewiger Ministerwechsel ist die Folge. Von einer stetigen Politik ist nicht die Rede. Kurz, bei solchen Voraussetzungen wachsen die Schwierigkeiten und Schattenseiten des parlamentarischen Regierungssystems lawinenartig. Es ist daher auch begreiflich, daß zum Beispiel in Deutschland einsichtige Abgeordnete und Parteiführer, wie Bassermann, sich gegen das System ausgesprochen haben.

In den Staaten, die wesentlich durch ihre bis auf den heutigen Tag tüchtigen Fürstenhäuser geschaffen wurden, wie Preußen und Österreich, und wo zugleich ein großer integerer Berufsbeamtenstand in der Hauptsache regiert und verwaltet, fehlen die Vorbedingungen für eine parlamentarische Regierung am meisten. Da wird dagegen die Tatsache häufig eintreten, daß tatkräftige Beamte, die das Zeug zu Ministerposten haben, in jungen Jahren auch einmal zeitweilig sich wählen lassen, schon um parlamentarische Erfahrungen zu sammeln. Von preußischen Ministern oder hohen Beamten,

die ich persönlich kannte, waren Bötticher, Falck, Goßler, Achenbach, Miquel, Friedenthal, Bennigsen, Delbrück, Lentze, Loebell zeitweise Mitglieder eines Parlaments. Aber das geschah ohne jede Tendenz auf parlamentarische Regierung bezw. ohne jede Folge für eine solche. Ja, man kann sagen, im Gegensatz hierzu.

Von den Staaten, welche einer parlamentarischen Regierung am meisten nahe gekommen sind, weil die Vorbedingungen hierzu denen Englands nahe kommen, möchte ich hauptsächlich Ungarn nennen. Seine Grundaristokratie war die Voraussetzung dazu. Aber an den starken Schattenseiten, die bis zum Vorwurf der Klassenherrschaft gehen, fehlte es dafür nicht.

Belgien hatte ebenfalls den Wechsel des Zweiparteisystems; es regierte bald die ultramontan-katholische, bald die liberal-bourgeoise Partei; die Resultate waren aber nicht gerade erfreulich.

Der ewige Wechsel kurzlebiger Ministerien in Frankreich und Italien zeigt fast nur die Kehrseiten der parlamentarischen Regierung: advokatische Stellen- und Ämterjagd bei geringen gesetzgeberischen Resultaten, ja Vernachlässigung der wichtigsten Staatsaufgaben, eine unsichere, tastende Politik war die Folge.

Zum Schlusse möchte ich kurz erwähnen, daß ich einst in den siebziger Jahren mit Fürst Bismarck eine Unterredung über das Thema hatte. Er verkannte nicht die Vorteile des englischen Systems. Er lobte besonders die Einheitlichkeit der Parteiministerien, die strenge Unterordnung der Minister unter den Ministerpräsidenten, die in Preußen noch fehle. Er sagte: „Ich will lieber mit einem halbfeindlichen Staate einen schwierigen Vertrag schließen, als mit dem preußischen Kriegsminister ein Abkommen treffen." Für Deutschland betonte er aber doch nachdrücklich, daß die Voraussetzungen einer parlamentarischen Regierung ganz fehlten: schon der reiche Adel, der dazu nötig sei, bestehe nicht in Preußen; den habe Ungarn und Österreich eigentlich mehr als wir Deutsche. Der preußische Adel sei zu arm, er sei sehr gut im Beamten- und Offiziersstand zu brauchen, aber nicht zur parlamentarischen Regierung. Dem Königtum müßte bei uns Führung und Initiative bleiben.

Es war im Jahre 1875, als er so sprach; ich glaube, er wird später eher noch ablehnender gewesen sein, obwohl er 1878, als er mit Bennigsen über den Eintritt ins Ministerium unterhandelte, eher einen Schritt in der Richtung verstärkten Parteieinflusses beabsichtigte, der ja aber nicht zustande kam.



Anhang.

Zur Frage der Einrichtung des akademischen Studiums, hauptsächlich der Juristen.

a) Besprechung der Schrift Blondels über das Rechtsstudium an deutschen Hochschulen [1]).

Das Urteil eines Fremden, wenn es auf gründlicher Kenntnis beruht und in objektiver Weise nach Wahrheit strebt, über die wichtigsten Einrichtungen des Vaterlandes, hat stets besonderes Interesse. Er steht interesseloser, mit geringerer Voreingenommenheit den Erscheinungen gegenüber; er bringt jedenfalls das wichtige Hilfsmittel einer Vergleichung mit den anders gearteten Zuständen seiner Heimat mit. Weiß er nun richtig zu beobachten und darzustellen, so verdient er ebenso in seiner Heimat, wie in dem Lande, das er beschreibt, volle Beachtung.

Das Schriftchen des Herrn Blondel [2]) über das Rechtsstudium auf den deutschen Universitäten beruht auf breiter Sachkenntnis, auf eingehenden Studien und Reisen. Er gibt eine anschauliche Schilderung der deutschen Universitätsverfassung, der Stellung von Lehrern und Schülern, der Vorlesungen und Seminare, der Examina und der weiteren juristischen Vorbereitungszeit. Mit der größten Hochachtung für die deutschen Hochschulen, mit dem feinsten Verständnis ihrer Bedeutung für das Leben der Nation verbindet Herr Blondel eine sachliche Kritik; eine sehr treffende psychologische Vergleichung deutschen und französischen Wesens durchzieht die ganze Schrift und belebt die Darstellung. Wir können ihr nur möglichst große Verbreitung in Deutschland wünschen; sie kann dazu beitragen, eine Strömung zu befördern, die freilich längst vorhanden, aber noch nicht stark genug ist, um eine Reform durchzusetzen.

Wir meinen damit eine Reform bezüglich der sogenannten akademischen Freiheit der Studierenden. Blondel betont mit Recht, daß sie neben ihren großen Vorzügen gerade bei den Studierenden der Rechte ihre größten Schatten-

[1]) Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung (1886). X. Bd., 2. Heft. S. 612–614.

[2]) Blondel, Georges, docteur en droit agrégé d'histoire, chargé d'un court annexe à la faculté de droit de Lyon. De l'enseignement de droit dans les universités allemandes. Paris 1885, Le Soudier, 8. XVI u. 83 S.

seiten zeige. Diese Freiheit erzeugt den höchsten Fleiß und die individuellste Ausbildung bei einer kleinen Elite, daneben einen Vorlesungsbesuch, der durchschnittlich sich nicht weit über die Hälfte der Belegenden erhebt, ein gänzliches Versinken in Faulheit, Bierkneipen und Indolenz von etwa einem Drittel aller juristischen Studierenden für mindestens ein bis zwei Jahre. Blondel faßt am Schluß seinen Eindruck dahin zusammen: Ce qu'on trouve de moins bon, ce sont les étudiants: sans doute il y en a d'excellents, et je crois avoir fait large la part des éloges. Mais si la paresse n'est le privilège d'aucun pays, l'élément paresseux l'est en Allemagne remarquablement. Les cours sont désertés et les brasseries sont pleines.

Wer, wie Verfasser dieser Zeilen, trotz allem, was sich dagegen sagen läßt, in dem deutschen Beamten-, Lehrer- und Geistlichenstand die berechtigste Form der Aristokratie sieht, wer alle seine politischen und sozialen Hoffnungen auf die gesunde Erhaltung und Fortbildung dieser geistigen Aristokratie setzt, der kann an ein gutes Teil des akademischen Treibens nur mit großer Betrübnis und mit schweren Sorgen für die Zukunft denken. Es ist ein Stück mittelalterlicher Roheit und Barbarei, das sich hier in unmittelbarster Nähe der höchsten Bildung und der größten moralischen Anstrengungen erhalten hat und für das zu viele akademische Lehrer und hohe Beamte in idealisierender Erinnerung an ihre eigenen Jugendtorheiten ein zu nachsichtiges Auge sich bis jetzt bewahrt haben. Ich fürchte aber sehr, daß unser höherer Beamtenstand je länger je mehr seinen Pflichten nicht gewachsen sei, wenn er an dem Privileg festhalten will, in den besten Jugendjahren 4—5 Semester den Kneipen, den Mensuren, der gedankenlosen Tagedieberei oder dem eitlen Spiel mit gesellschaftlichen Formen zu widmen. Man beruft sich so oft darauf, daß die, welche sich so ausgetobt, nachher die besten Beamten geben. Gewiß werden einzelne, welche aus sehr guter Familie stammen und mit großem Talente ausgestattet sind, nachher noch gute Beamte; aber sie würden noch bessere, wenn sie etwas gelernt hätten; die Mehrzahl aber wird durch dieses Treiben stumpf, interesselos, dem Genußleben, Karten- und Hazardspiel ergeben. Schon ein Vergleich mit unserem Offiziersstand sollte uns lehren, daß zur Erziehung tüchtiger Charaktere diese Freiheit nicht nötig ist. Auch die technischen Fachschulen haben eine bessere Haltung in dieser Beziehung; der naturwissenschaftliche Unterricht erträgt solche Bummelei nicht. Ist das nicht ein Fingerzeig, daß er überhaupt nicht mehr in unsere Zeit paßt? So faul wie die Juristen sind auch die Theologen, Philologen, Historiker usw. nicht. Die Juristen sind die Wohlhabenden, also, sagt Blondel, sind sie plus enclins à la paresse et au plaisir. Aber soll die Wohlhabenheit dieses Vorrecht geben? Geht nicht notwendig jede Aristokratie zugrunde, die sich glaubt, den Luxus gestatten zu dürfen, ihre Söhne jahrelang à la

paresse et au plaisir auszuliefern? Man gönne der Jugend alle mögliche Freiheit, alle möglichen Kraftproben, auch Genüsse verschiedenster Art; aber man verteile diese Freiheit und diese Genüsse auf ein Jahrzehnt und mehr und lasse sie nur stunden- und tageweise eintreten; stramme Disziplin auf dem Gymnasium und später im amtlichen Dienst, dazwischen ganze, volle Jahre der Freiheit und des Genußlebens: das zerstört die besten körperlichen und geistigen Kräfte, das ist ein schnöder Hohn auf alle Grundsätze der Pädagogik.

Aber wie helfen? Ich wäre der letzte, der eine plötzliche Änderung unseres akademischen Studiums und seiner Organisation befürwortete. Nur langsam und vorsichtig kann die bessernde Hand angelegt werden. Blondel bespricht eine Reihe der Vorschläge über Änderung der Examina, Einschiebung von Zwischenprüfungen usw. Ich will darauf hier nicht eingehen. Ich will nur zum Schluß einen Gedanken aussprechen, dem ich seit Jahren nachgehangen und gegen den man kaum etwas Erhebliches wird anführen können. Im Straßburger staatswissenschaftlichen Seminar, dessen Übungen ich gemeinsam mit Professor Knapp abhielt, hat dieser seit 1875 begonnen, über die Anwesenheit jedes Mitgliedes an jeder Übung eine Statistik zu führen, und ich habe in meinen Übungen auch in Berlin das fortgesetzt. Am Schluß des Semesters hebe ich hervor, wer nie gefehlt hat, wie oft jeder einzelne abwesend war. Ich habe gefunden, daß das ein sehr starkes Kompelle des Fleißes ist. Eine solche Statistik kann nun der Dozent, wenn die Zahl der Teilnehmer nicht über 6—10 hinausgeht, leicht selbst führen. Bei größerer Frequenz aber müßte diese Statistik durch einen Famulus oder einen Universitätsdiener geführt werden. Mein Vorschlag wäre, diese genaue Notierung jedes Besuches obligatorisch zu machen, am Schluß des Semesters die Frequenz den Eltern oder Vormündern mitzuteilen, beim Abgang von der Universität sie in jedes Abgangszeugnis durch die zwei Zahlen der möglichen und der wirklichen Frequenz bei jeder Vorlesung zu vermerken. Bei im übrigen unveränderter Universitätsverfassung, bei vollständiger Beseitigung jedes Belegungszwanges würde diese Einrichtung bezüglich des Fleißes der Studierenden Wunder wirken. Die akademische Freiheit wäre erhalten, sie hätte nur das Korrektiv einer gewissen Publizität der Faulheit erhalten. Auch das Recht zur Faulheit wäre strengstens gewahrt, nur das Recht, diese Faulheit zu verheimlichen und durch Testierbücher und Abgangszeugnisse Eltern und Examensbehörden grob zu belügen, dieses jetzt mit so großem Behagen und in allen Formen amtlicher Autorisation geübte Rechte der Lüge wäre beseitigt. Könnte das schaden?



b) Zuschrift an die Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

(Nr. 354 vom 2. August 1886.)

Sie sind in dem Leitartikel Ihrer heutigen Morgenzeitung auf die Bemerkungen zurückgekommen, welche ich in meinem Jahrbuch für Gesetzgebung usw. (10. Bd., Heft 2, S. 612—614) über die Einrichtung des akademischen Studiums hauptsächlich der Juristen gemacht habe.

Da auch Sie davon sprechen, es handle sich darum, die akademische Freiheit fremdländischen Mustern zu opfern und die akademische Jugend durch einen vorgezeichneten Lehrplan aus der Universitas literarum herauszureißen, noch mehr aber, weil ich in anderen Zeitungen mancherlei Mißverständnissen begegnete über das, was ich vorgeschlagen, so darf ich Sie vielleicht ersuchen, den folgenden Zeilen die Publizität Ihres Blattes zu gönnen.

Ich habe keinerlei Änderungen in Bezug auf die Freiheit des Studierenden, sich selbst seinen Lehrplan zu machen, die Vorlesungen zu belegen und zu besuchen, vorgeschlagen. Soweit jetzt ein direkter oder indirekter Belegungszwang existiert, habe ich betont, daß ich eher geneigt wäre, ihn zu ermäßigen oder gar zu beseitigen.

Was ich vorschlug, wäre ausschließlich eine Konstatierung, wie diese Freiheit benutzt wird, eine Feststellung, ob und wie oft die belegten Vorlesungen auch wirklich besucht wurden, eine Mitteilung an Eltern und Vormünder am Schlusse jedes Semester über diesen Besuch.

Was ich beseitigt wissen will, ist die amtlich organisierte Unwahrheit, die mich jedesmal empört, so oft ich sie vollziehen muß: Dutzenden von Studenten testiert jeder Professor jedes Semester die Annahme und den Abgang im Vorlesungsbuch, obwohl er weiß, daß sie nie den Vorlesungssaal betreten haben. Ist es mir doch wiederholt vorgekommen, daß Studierende mir harmlos die Eckschen Pandekten zur Zeichnung vorlegten und damit bekannten, daß sie weder mich noch Professor Eck kannten.

Ich will niemand zwingen, langweilige Vorlesungen zu hören; ich habe selbst manche Vorlesungen geschwänzt und weiß recht wohl, daß der häusliche Fleiß und die Lektüre zuletzt wichtiger oder ebenso wichtig sind, als der Vorlesungsbesuch. Aber ich kann mich nicht der törichten Meinung hingeben, dieser häusliche Fleiß sei bei denen zu treffen, die zwei bis vier Semester

so gut wie keine Vorlesung besuchen und von Anfang an darauf rechnen, durch den Einpauker sich aufs Examen vorbereiten zu lassen. Die Zahl derartiger Leute ist aber groß; unter den Juristen sicher ein Viertel bis ein Drittel. Und die Frage steht also einfach so: kann nicht die ohne jeden Zwang ausgeübte Konstatierung des Kollegienbesuches, welche allen fleißigen Studenten so wie so gleichgültig sein wird, den größeren Teil dieser unteren Schichte unseres künftigen Beamtentums vor jener Verbummelung bewahren, die eintreten muß, wenn jemand ein bis drei Jahre seines Lebens faulenzt? Die akademische Freiheit wird dadurch gar nicht berührt; nur wird das Recht der Verheimlichung des Faulenzens vor Eltern, Vormündern und akademischen Behörden beseitigt.

Daß die Durchführung einer solchen Einrichtung Schwierigkeiten böte, gebe ich zu, ebenso, daß sie nicht etwa das einzige Hilfsmittel der Besserung wäre. Es will mir nur scheinen, daß sie von den bis jetzt vorgeschlagenen Reformen die am wenigsten weitgehende wäre.

Für sie spricht vielleicht auch der Umstand, daß früher an manchen Universitäten es ganz üblich war, daß der Dozent täglich konstatierte, wer anwesend sei, um so mit gutem Gewissen die Fleißzeugnisse ausstellen zu können, an deren Stelle jetzt das Testat getreten ist. Und wenn man es gar gegen die Würde des Studenten findet, sich täglich kontrollieren zu lassen, so erinnere ich nur an unsere großen militärischen Bildungsanstalten; die Offiziere in der Kriegsakademie und in der Artillerieschule, die durchschnittlich viel älter, in Amt und Würden, teilweise verheiratet sind, müssen es sich täglich gefallen lassen, daß konstatiert wird, ob sie in den Kursen anwesend sind.

Was mir am Herzen liegt, ist die Zukunft unseres Beamtenstandes. Alle unsere großen politischen und sozialen Fragen fassen sich für mich in der einen zusammen, ob gegenüber den immer schwierigeren Problemen unseres komplizierten freien Verfassungslebens, gegenüber unseren sozialen und wirtschaftlichen Kämpfen unser Beamtenstand, als die berechtigteste Form der geistigen Aristokratie, als die Elite unserer Gebildeten und Besitzenden, die Führung behält, ob er in Charakter und Bildung, in allgemeinen und in speziellen Kenntnissen das Höchste leistet, ob er in seinem Durchschnitt nicht bloß auf der alten Höhe bleibt, sondern voranschreitet.

Soll er das, so darf man nach keiner Seite bloß am Alten und Hergebrachten festhalten. Unsere Universitäten gehören gewiß zu unseren bewährtesten staatlichen Institutionen. Aber wehe, wenn man auch das Äußerlichste in ihrer Einrichtung als etwas Unantastbares hinstellt, wenn man nicht auch an sie immer wieder mit dem prüfenden Blick herantritt, der späht, ob sie in jeder Beziehung vollendet sind und das leisten, was möglich ist.

Die Bedeutung der Straßburger Universität[1].

Im Mai 1897 feiert die Straßburger Universität ihr 25 jähriges Bestehen. In den wissenschaftlichen Kreisen des ganzen deutschen Vaterlandes wird man an diesem Fest mit dem Bewußtsein teilnehmen, daß die Tat von 1872 das Rechte getroffen und für das geistige Leben Elsaß-Lothringens und ganz Deutschlands von Segen gewesen sei. In einzelnen politischen Kreisen aber konnte man schon seit einiger Zeit die kritische Frage vernehmen, ob die Universitätsgründung notwendig und heilsam gewesen sei. Und nun gibt ein Studentenstreit, wie er überall einmal vorkommt, einzelnen Organen der Presse (zum Beispiel der „Badischen Landeszeitung" vom 24. Dezember 1896) gar Veranlassung, zu erklären, die Gründung der Kaiser-Wilhelm-Universität sei ein großer Fehler gewesen, weil in Straßburg Altdeutsche und Elsässer gesondert lebten, während ein Studium dieser letzteren auf deutschen Universitäten sie sicherer und rascher zu guten Deutschen gemacht hätte.

Es möge gestattet sein, dieser kurzsichtigen Auffassung hier mit einigen Argumenten teils allgemeiner, teils konkreterer Art entgegenzutreten. Der Verfasser dieser Zeilen hat zehn Jahre als Lehrer an der Straßburger Universität gewirkt, hat viele elsässer Studenten damals wie später in seinem jetzigen Wirkungskreis kennen gelernt. Er glaubt aber überhaupt nicht, daß in dem Gelingen oder Nichtgelingen der raschen Germanisierung der Studierenden das Schwergewicht der Frage liege. Gewiß hat das auch seine Bedeutung; aber es sprechen doch noch andere Momente wesentlich mit.

Die Gründung der Universität Straßburg im Jahre 1872 ist einerseits aus Gefühlen und Überzeugungen entsprungen, die an die Gründung des Deutschen Reiches, an die großen Siege von 1870, an das gesteigerte Nationalgefühl jener Tage sich anschlossen; andererseits ist sie die Folge der traditionellen preußischen Universitätspolitik. Diese Politik hatte bisher nur gute Früchte getragen; sie ging dahin, in neu gewonnenen Provinzen durch Neugründung oder verbesserte Pflege von Universitäten zugleich auf die Assimilierung der Landschaft mit dem Staatsganzen und auf eine Hebung des wissenschaftlichen Geistes, auf bessere Ausbildung der Geistlichen, Lehrer, Ärzte, Beamten hinzuwirken. Was der Große Kurfürst in Duisburg anstrebte, wiederholte Friedrich I. in größerem Stil in Halle a. S. Zu Anfang unseres Jahr-

[1]) Beilage zur Allgemeinen Zeitung, München. Nr. 5 vom 8. Januar 1897.

hunderts wurde neben der Gründung von Berlin, wobei allgemeinere Tendenzen vorwalteten, die Universität Frankfurt a. O. nach Breslau verlegt, um auf Schlesien und die östlichen polnischen Lande zu wirken, und die Hochschule von Bonn ins Leben gerufen, um in der halb französierten rheinischen Pfaffengasse des heiligen römischen Reichs, welche auch nach 1815 für Jahrzehnte der Ausgangspunkt alles Antipreußischen blieb — ich erinnere an die ultramontane, an die ultrademokratische und sozialdemokratische Bewegung (Marx), an die überspannten Forderungen des nach belgisch-französischem Muster sich gestaltenden liberalen Konstitutionalismus —, preußisch-deutsche Gesinnung zu pflanzen. Gerade hier zeigte sich so recht der tief greifende Einfluß dieser Gründung. Die Universität war und blieb der Mittelpunkt der preußischen Gesinnungen, eines gut nationalen Katholizismus, eines vernünftigen Konstitutionalismus. Jeder verständige Patriot segnet heute das Andenken der großen Historiker, Philologen, Theologen, Juristen, der Niebuhr, Löbell, Welcker, Dahlmann, Sybel usw., welche die Führer des geistig-sittlichen Lebens in den Rheinlanden im Sinne vernünftigen Fortschritts und patriotisch-preußischer Politik wurden. Schnell ist es freilich auch dort nicht gegangen; man haßte Preußen am Rhein bis 1848; die volle Verschmelzung trat erst 1866 bis 1870, 50 Jahre nach der Einverleibung in den Staat, ein. Und wenn dazu die großen politischen Ereignisse, das Parlament, die Gesetzgebung, die Verwaltung mit das meiste getan haben: die Universität Bonn kann mit Recht ihren guten Anteil an dem Erfolge beanspruchen.

Diesen Traditionen und Erfahrungen entsprechend, gründete man 1872 in Straßburg eine deutsche Universität oder stellte vielmehr die alte, welche noch im 18. Jahrhundert geblüht hatte, welche Goethe und Herder einen Teil ihrer Jugendbildung gegeben, die noch damals als eine Hauptstätte der Pflege deutschen Verfassungsrechtes gegolten hatte, wieder her. Überschwängliche Hoffnungen knüpften sich an diese Gründung. Man war überhaupt deutscherseits in den ersten Jahren der Eroberung geneigt, die Verknüpfung der elsaß-lothringischen Bevölkerung mit Frankreich zu unterschätzen; man pochte zu sehr darauf, daß die Verwelschung ja erst von den Schulgesetzen Guizots, somit von den dreißiger Jahren an begonnen habe, daß die Masse des Volkes zu Hause noch deutsch rede. Wie man glaubte, daß die denkbar mildeste Verwaltung und die größte Umwerbung der sogenannten Notabeln das Land rasch deutsch machen werde, so rechnete man auf einen raschen Besuch der Universität durch Elsaß-Lothringer in großer Zahl.

Es war nur natürlich, daß die Blütenträume in der harten Wirklichkeit nicht so reifen konnten, wie man erwartet hatte. Man mußte einsehen lernen, daß die gebildeten und besitzenden Kreise doch fast ganz französiert gewesen waren, daß nur die mittleren und unteren Klassen noch stärker als jene mit

deutschem Wesen, deutscher Sprache, deutschen Gefühlen verknüpft, leichter zu gewinnen waren. Man sah, daß die protestantischen Kreise, der größere Teil der protestantischen Geistlichen wohl rascher zu Deutschland neigten, daß aber die katholische, besser und fester in sich geschlossene Kirche naturgemäß zunächst in französischen Sympathien befangen blieb, und zwar um so mehr, je mehr sie ihre Bildungsstätten in abgesonderter Geschlossenheit halten konnte. Fast nur zum Studium der protestanti chen Theologie und zur Medizin meldeten sich in den ersten Semestern Studierende aus dem Lande bei der Universität; erst nach und nach kamen auch einige Philologen, Juristen und sonstige junge Männer. Die eigentliche Aristokratie des Landes, die reichen Fabrikanten, ließen ihre Söhne überhaupt nicht an Universitäten studieren, sie sandten sie am liebsten in den entscheidenden Jahren nach Frankreich. Und die milde Verwaltungspraxis duldete das ja, man wollte ja die Herren Notabeln schonen, weil man durch verfrühte Einführung einer parlamentarischen Verfassung ihre Stimmen im Landesausschuß brauchte. So ist bis heute die Zahl der spezifisch elsaß-lothringischen Studierenden mäßig geblieben. Doch hat sie immer erheblich zugenommen. Es werden jetzt wohl 1/4 bis 1/3 der Studierenden in Straßburg sein.

Ist deswegen nun aber die Gründung der Universität Straßburg an sich falsch gewesen? Kann man mit irgendwelchem Schein der Glaubwürdigkeit behaupten, es hätten mehr Elsaß-Lothringer im Fall der Nichtgründung der Universität auf deutschen Universitäten studiert, und sie wären da bessere Deutsche geworden?

Lassen wir zunächst die allgemeine Wirkung der Universität auf das Land und sein Deutschtum beiseite. Fragen wir einfach: wie hätten die höheren und mittleren Klassen der Gesellschaft, auf die es ankommt, sich in bezug auf das Universitätsstudium verhalten, wenn keine Universität im Lande war? Ich glaube, es kann kein Zweifel sein, es hätten noch viel weniger studiert. Die meisten anderen deutschen Universitäten lagen ihnen zunächst zu fern; es war zu teuer dahin zu reisen, man hätte die Söhne noch mehr nach Frankreich und nach der Schweiz, nicht nach Deutschland geschickt. Der eingefleischte Elsässer ist stolz darauf, in 200 Jahren nicht verwelscht worden zu sein, aber ebensowenig will er jetzt „verprüßt" werden, wie er sagt. Der Weg zur deutschen Gesinnung beim Elsässer geht durch den Partikularismus; der Stolz auf seine engere schöne Heimat muß geweckt werden, um ihn zum Deutschen zu machen.

Aber auch wenn einige Elsässer mehr bald nach Heidelberg, Freiburg, München, Berlin gekommen wären, sie würden hier wahrscheinlich nicht deutsch geworden sein, sondern wären noch mehr als in Straßburg in partikularistischen engen Konventikeln geblieben, wie die Polen in Berlin, Breslau und Königsberg; sie wären, direkt aus dem Elsaß dahin verpflanzt, viel

weniger zugänglich für deutsches Wesen und deutsche Wissenschaft gewesen, als wenn sie, wie es jetzt der Fall ist, zwei bis drei Semester vorher in Straßburg studiert haben.

Die, welche meinen, die Verschmelzung der jungen Elsässer mit den Deutschen hätte sich auf den deutschen Universitäten besser vollzogen als auf einer elsässischen Universität, denken vielleicht — als Parallele — an die guten Folgen des Militärdienstes der Elsässer im Reich. Ja, wenn jeder junge Elsässer einer gewissen Bildungs- und Besitzstufe für universitätspflichtig erklärt und dann in Deutschland ein bis drei Jahre in einer Bildungskaserne neben anderen Deutschen geschult würde, dann lägen die Dinge anders. Aber das Studium ist freiwillig wie die Wahl der Universitäten, die Lebensführung, die Wahl des Umgangs auf ihnen. Ein Zwang war hier nach keiner Seite möglich. Und deshalb war auch von den gebildeten Kreisen des Elsasses nicht rasch ein umfangreiches Universitätsstudium, eine Hinwendung zu deutschen Beamtenkarrieren zu erwarten.

Übrigens ist die Zahl der Elsaß-Lothringer, die in Deutschland studieren, verhältnismäßig nicht so gering und ist neuerdings bedeutend gewachsen. Es waren allein in Berlin immatrikuliert:

im Winter	1881—1882	3	Sommer	1882	1
" "	1882—1883	5	"	1883	9
" "	1883—1884	2	"	1884	1
" "	1884—1885	6	"	1885	3
" "	1885—1886	3	"	1886	7
" "	1886—1887	3	"	1887	12
" "	1887—1888	6	"	1888	8
" "	1888—1889	6	"	1889	12
" "	1889—1890	5	"	1890	8
" "	1890—1891	3	"	1891	12
" "	1891—1892	4	"	1892	22
" "	1892—1893	18	"	1893	27
" "	1893—1894	12	"	1894	30
" "	1894—1895	20	"	1895	32
" "	1895—1896	27	"	1896	64

Man kann billig fragen: würden viel größere Zahlen und ein schnelleres Wachstum zu konstatieren gewesen sein, wenn in Straßburg keine Universität wäre? Und für den Fall, daß dem doch so wäre: würden ein paar elsässer Studenten mehr und früher in Berlin, Heidelberg und anderwärts die sonstigen großen Vorteile der Universität und ihrer Wirksamkeit aufgehoben haben?

Diese Vorteile und Folgen sind freilich schwer für jeden einleuchtend darzulegen, weil es sich um Imponderabilien und um Kausalzusammenhänge handelt, die über Jahre und Generationen sich verteilen. Aber einiges scheint doch einleuchtend und wird auch von allen Elsässern, den deutsch wie französisch fühlenden, empfunden.

Der Französierungsprozeß in unserm Jahrhundert beruhte neben anderem auf der Umwandlung der alten Straßburger Universität in französische Fakultäten unter und seit Napoleon I. Nur das Thomasstift hatte seinen alten Charakter und damit seine deutsche Gesinnung und Fühlung mit deutscher Wissenschaft behalten. Also war die Beseitigung der französischen Fakultäten, die Verwandlung des Thomasstiftes in das Glied einer neuen deutschen Universität für das Bewußtsein aller Beteiligten ein wichtiger Akt der Germanisierung.

Aber es war zugleich ein Akt, welcher dem elsässer Bewußtsein bald schmeichelte, ihm das Gefühl beibrachte, daß Deutschland Frankreich geistig ebenbürtig, ja überlegen sei. Man sah im Elsaß mit Verwunderung, daß die Straßburger Universität und ihre Leistungen rasch in ganz Frankreich anerkannt wurden, daß man dort sogar auf sie als Muster und Vorbild hinwies. Es war ferner dem Elsässer sympathisch, daß auf dieser Universität rasch ein liebevolles Studium der elsässer Altertümer, des Dialekts, der Literatur und Poesie, der Geschichte des Elsasses, der größeren Städte, wie Straßburg, begann. Es ergaben sich daraus sofort eine Menge von Berührungspunkten zwischen altdeutschen Gelehrten und elsässischen Liebhabern solcher Studien. Die Dozenten erschienen ohnedies neben dem Heer und den Beamten, welche die Eroberung und die fremde Herrschaft personifizierten, und den deutschen Geschäftsleuten, welche Konkurrenz machten, als ein mehr neutrales Element. Daraus ist es ja auch zu erklären, daß rasch viele der Gelehrten nahe, ja intime Beziehungen zu elsässer Familien und zu einzelnen Geistlichen, Beamten, Ärzten usw. aus der einheimischen Bevölkerung erhielten. Ja, man wird sagen können, einzelne Gelehrte, wie Kußmaul, hätten neben einzelnen hervorragenden Beamten, wie Back, das meiste zur Versöhnung der beiden zunächst mißtrauisch nebeneinander stehenden Gesellschaftsgruppen beigetragen.

Wichtiger aber als diese einzelnen schon jetzt sichtbaren Wirkungen ist das allgemeine: die zukünftige Imprägnierung des Volksbewußtseins mit deutschem Geist und Gemüt, mit deutschen Vorstellungen und Tendenzen. Es handelt sich da um Vorgänge, deren Wirkungen erst in den folgenden Generationen ganz zutage treten werden, die aber um so wichtiger sind.

Ohne die Universität wäre Elsaß-Lothringen ganz von der französischen Wissenschaft und von einer katholischen Geistlichkeit abhängig geblieben, die französisch fühlt. Dem mußte ein großes Zentrum entgegengesetzter geistiger Kräfte gegenübertreten. Das konnte nur eine Universität im großen Stile sein. Diese durfte, gerade wenn sie recht wirken wollte, nicht dahin zielen, rasch deutschen Patriotismus zu entzünden, gehorsame deutsche Staatsbürger zu erziehen, auf die Wahlen zu wirken. Sie mußte unabhängig dastehen und, zunächst nur auf wissenschaftliche Zwecke gerichtet, auch das Vertrauen

der Deutschfeindlichen gewinnen. Dann war sie sicher, die folgenden Geschlechter langsam und nachhaltig umzubilden.

Ohne die Universität würde in diesem Lande des behaglichen Lebensgenusses, der hochentwickelten Industrie, in den mittleren und höheren, nicht mehr ganz von der Kirche geleiteten Klassen ein viel stärkerer Materialismus sich ausgebildet haben, ein Geist des Banausentums, der Flachheit, des Lebens in den Tag hinein. Alle idealen Elemente in jedem Pfarrhaus, jeder Amtsstube, jeder Mittelschule erhalten Kräftigung und Nahrung durch die Universität des Landes und den Zusammenhang mit ihr.

Erwägt man alle derartigen Potenzen, so scheint es nicht fraglich, daß die künftige volle Versöhnung des Reichslandes mit Deutschland wesentlich mit von der Universität abhängt. Diese Versöhnung beruht darauf, daß die Majorität der Elsaß-Lothringer die großen materiellen und geistigen Güter, welche Deutschland im Reich und seiner Verfassung, in seinen volkswirtschaftlichen und geistigen Institutionen, in seinem ganzen Kulturleben besitzt, ähnlich schätzen und lieben lerne wie die Altdeutschen. Das wird voll erst vielleicht 1970 erreicht sein. Aber auf dem Wege dazu sind wir, und eines der besten Instrumente dazu war und ist die Universität.

Niemand würde mehr frohlocken als die französischen Chauvinisten, wenn es bekannt würde, man zweifle an der Wirksamkeit der deutschen Universität in Straßburg oder wolle sie in ihren Mitteln beschränken. In Frankreich wie im Elsaß würde man darin mit Recht einen Rückzug, einen Mangel von Vertrauen in die eigene Stellung sehen. Maßnahmen dieser Art würden mit Recht allseitig als ein kleinliches Herabsteigen von dem Standpunkt großer und weitsichtiger Politik erscheinen, den man 1870—1872 bei der Gründung einnahm.

Wer Reben pflanzt, darf nicht im folgenden Jahre Trauben schneiden wollen; wer geistige Kräfte pflanzt, muß wissen, daß sie des Wechsels der Generationen bedürfen, um zu reifen. Das Elsaß blieb von 1680—1789 gut deutsch; erst von da bis 1870 erhielten die oberen Schichten der Gesellschaft einen französischen Firniß. Wir werden rascher zum Ziel kommen, weil der Kern des Volkes und die Rasse gut deutsch blieb. Aber wir dürfen auch nicht jeden Moment an den Institutionen rütteln, auf denen die Assimilierung beruht. An allen deutschen Universitäten halten die landsmannschaftlichen Gruppen der Studierenden zusammen. In Tübingen ist es Ausnahme, daß der echte Schwabe mit den „Nordkaffern" (Norddeutschen) verkehrt. In Berlin halten Bayern, Schwaben, Rheinländer, Schlesier, Sachsen vielfach zusammen. Es ist also natürlich, daß auch in Straßburg die Elsässer mehr unter sich als mit den Altdeutschen verkehren. All das hebt die Berührung mit deutschem Geist und Wesen, den Einfluß deutscher Wissenschaft, das gegenseitige Sich-kennen und -achten-lernen nicht auf.

Von der Straßburger Jubelfeier[1]).

Worte im Namen der früheren Lehrer der Kaiser Wilhelm-Universität, gesprochen zu Straßburg am 1. Mai 1897.

„Magnifizenz, hochgeehrte Festversammlung, werte Kollegen, liebe Kommilitonen! Es ist mir der ehrenvolle Auftrag geworden, im Namen der früheren Lehrer dieser Hochschule dem jetzigen Lehrkörper unsern herzlichsten Dank dafür auszusprechen, daß Sie uns zu diesem Feste geladen haben, und Ihnen zugleich unsere wärmsten Glückwünsche für Gegenwart und Zukunft darzubringen. Ich tue es bewegten Herzens! Denn unwillkürlich steigen in diesem Augenblicke alle die Erinnerungen an die Jahre 1872—1882, die ich hier unter Ihnen weilen, mit Ihnen lehren durfte, in mir auf. Die treuen Genossen und Mitarbeiter, die nicht mehr sind, gehen an meinem Blicke vorüber; bin ich doch von den Rektoren der ersten Jahre heute der einzige Überlebende. Aber ich sage Ihnen meine Glückwünsche zugleich freudigsten Herzens, denn die Universität kann stolz darauf sein, was sie der Wissenschaft, der Welt und dem Vaterlande in diesen 25 Jahren geleistet hat, und was bisher geleistet wurde, verheißt gleiches in der Zukunft. Die heutigen Lehrer haben nicht nur behauptet, was wir begonnen; sie haben es befestigt und vermehrt.

Und wenn ich nun versuche, zu sagen, was nach meiner Meinung die eigentümliche Stellung und Bedeutung der Universität Straßburg ausmache, so möchte ich das anknüpfen an die Frage, welche Rolle die Universitäten im Geistesleben des deutschen Volkes in unserm Jahrhundert überhaupt gespielt haben. Man hat oft gesagt — und in gewissem Sinne mit Recht —, die Universitäten hätten heute einen geringeren Einfluß als früher. Ich sage: das sei in gewissem Sinne wahr: denn ihre Lehrer greifen heute nicht so offen, so deutlich, so häufig ins praktische Leben der Nation, der Politik ein wie früher. Ob aber ihr indirekter Einfluß, die Macht ihrer Lehre, der Strom der von ihnen ausgehenden Anregung nicht heute doch ein größerer sei, darüber wird man mit Recht streiten können. Ich glaube es fast. Und es scheint mir mit eben den Ursachen zusammenzuhängen, welche die Größe Straßburgs ausmachen.

So oft in den letzten Jahrhunderten in Deutschland neue große Universitäten gegründet wurden, waren es zwei Faktoren, die zusammenwirkten: große politische Ereignisse und Veränderungen des nationalen Lebens gaben

[1]) Beilage zur Allgemeinen Zeitung. München, Nr. 102 vom 7. Mai 1897.

den Anstoß, die Mittel; und diejenigen geistigen und wissenschaftlichen Strömungen, die eben in diesem Moment die aufstrebenden, die kräftigsten, die gesündesten waren, die kamen nun auf der neu gegründeten Hochschule naturgemäß so viel stärker und reiner zum Ausdruck, als auf den alten Universitäten, daß der neuen Schwester nicht bloß äußerlich eine führende Rolle, ein ganz besonderes Ansehen zufiel, sondern daß sie auch für ein oder zwei Menschenalter in der Tat mehr leistete, als die meisten anderen Universitäten.

Als Berlin und Bonn im Anfang unseres Jahrhunderts begründet wurden, da konzentrierte sich an ihnen der eigentümliche Geist jener tief bewegten, auf hoch gespannte Ideale gerichteten Zeit: starkes nationales Empfinden, ernster historischer Sinn für die deutsche Vergangenheit, ein philologisch-literarisches Studium, das von der Abendröte unserer großen klassischen Literatur seine Farben empfing, eine große spekulative Philosophie, eine Naturforschung, wie sie in Alexander v. Humboldt ihren klassischen Vertreter hatte, das waren die wichtigsten Elemente, welche vorherrschten. Wer unter den heute Lebenden die deutschen Universitäten schon in den fünfziger und sechziger Jahren kennen lernte, weiß, daß noch damals in der älteren Generation diese Tendenzen vorwalteten. Jeder Gebildete stand damals noch unter dem Zauber dieser urbanen, feinfühlig universal gebildeten, idealistisch oder romantisch gefärbten alten Herren. Und jeder historisch Denkende weiß, daß diese Richtung den Kern und die Kraft der deutschen Universitäten in der ersten Hälfte des Jahrhunderts ausmachte. Aber die Gelehrten jener Zeit waren nicht frei von Romantik, von einem Idealismus, der zu viel wollte, und darum der Forschung hinderlich wurde. Die bloße Spekulation, das Herausspinnen aus Begriffen herrschte zu sehr vor. Ahnungen, Konstruktionen waren zu umfangreich in das Wissen eingemischt.

Es mußte eine andere geistige und wissenschaftliche Strömung kommen; nüchterner, kritischer, vielleicht weniger liebenswürdig, aber tiefer bohrend, weniger ästhetisch empfindend, weniger literarisch geschult, aber mit mehr Energie der Wahrheit ins Antlitz schauend, so trat eine jüngere Gelehrtengeneration auf. Ein Hunger nach Tatsachen, nach Wirklichkeit war entstanden, die empirische Beobachtung und Forschung wurde überall nötig. Der Realismus verlangte sein Recht gegenüber den Übeln eines absterbenden Idealismus. Die besten Köpfe der Philologie, der Historie, der Naturwissenschaft hatten längst dahin gedrängt. Aber langsam war ihr Vordringen auf den Lehrstühlen. Helmholtz und Zeller konnten erst 1871 bis 1872 in Berlin einen Platz finden.

Der Geist, der diese Männer in die deutsche Reichshauptstadt führte, hat obgewaltet bei der Auslese der Männer, welche die neue Universität Straßburg bildeten. Unter ihnen waren nur wenige Ältere, nur wenige, welche

schon einen erheblichen wissenschaftlichen Namen in weiteren Kreisen hatten. Die sogenannten berühmten Namen, die Sexagenarii, versagten, sie waren zu einer Verpflanzung und Neugründung auch nicht so zu brauchen. Wir, die wir uns 1872 hier versammelten, waren meist kaum über 30 Jahre alt. Ein geistvoller sarkastischer Beobachter, der Straßburg in jenen ersten Jahren kennen lernte, faßte den Eindruck, den wir ihm im Gegensatz zu den älteren Universitäten machten, in dem Wort zusammen: es komme ihm vor, wie wenn man lauter Assistenten zu ordentlichen Professoren gemacht hätte.

Ja, es gab damals in Straßburg nur wenige Lehrer, deren Jugendeindrücke und Schulung vor die Zeit von 1848 fiel. Und die wenigen, die älter waren, paßten nach Methode und Geistesrichtung zu uns Jüngeren, wie z. B. der große historische Theologe Reuß. Mit wenigen Ausnahmen waren die sämtlichen Lehrer der jungen Universität Vertreter eben jenes Realismus in der Wissenschaft, der in allen Gebieten zu schärferer Kritik, zu strengeren Methoden, zu neuen Resultaten führte. Mochte man einseitig sein, mochten wir keine Juristen, Historiker, Mediziner mehr haben, die zugleich als große parlamentarische Redner glänzen wollten und konnten: im Hörsaal, im Seminar, im Laboratorium und Institut stellten wir unsern Mann. Ob beredt oder nicht, wir wollten lernen und lehren, wir waren ganz nur erfüllt von unserer Lehrtätigkeit, und darum fanden wir Schüler. Und bald hieß es: wer etwas lernen will, muß nach Straßburg gehen; in Straßburg ist man fleißiger als anderwärts; dort sind Institute, dort hat man etwas vom Dozenten.

So ist, will mir scheinen, der Name Straßburgs als Universität erwachsen, nicht durch glänzende Namen und Redner, durch pathetische und ästhetisch auf Stimmung und Richtung wirkende Akademiker, sondern durch ehrliche, einfache, empirische Arbeit in der Wissenschaft, dadurch, daß wir dem berechtigten Realismus der Zeit einen stärkeren Ausdruck geben konnten als die anderen Universitäten; wir gehörten alle derselben Generation an, feuerten uns deshalb gegenseitig an, förderten uns gegenseitig, und wir erhielten von einer hochherzigen Regierung so reiche Mittel für Unterrichtseinrichtungen, wie sie den alten Universitäten erst langsam, nach und nach zuflossen.

Der Realismus, dem ich so das Wort rede, ist mit dem wahren Idealismus wohl verträglich, ja er setzt ihn voraus; er steht nur im Gegensatz zum falschen, geschwätzigen, täuschenden Idealismus, der das Dach decken will, ehe er die Fundamente gelegt. Der rechte Idealismus soll die innere erwärmende Kraft bilden, die den Zusammenhang der Dinge fühlt, ahnt und unsere Seele zu den höchsten Zielen leitet. Der falsche Idealismus in der Wissenschaft will es sich leicht machen; er scheut die Mühe und die empirische Detailarbeit; er will Gefühle an die Stelle der Forschung und der Gedanken setzen.

Wir Deutschen mußten auf allen Gebieten aus den Nebeln heraus auf den festen realen Boden der Wirklichkeit treten. Auch der große Gründer des Deutschen Reichs und sein edler Herr und Kaiser konnten nur als entschlossene Realisten uns wieder ein einiges großes Vaterland geben. Und doch waren sie beide zugleich die echten und wahren Idealisten.

Auch die großen Aufgaben idealer politischer Art, welche die Universität hier im Lande zu erfüllen hatte, konnten am besten durch diese Art wissenschaftlichen Unterrichts, durch wirkliche Forschung, durch echtes rücksichtsloses Streben nach Wahrheit erfüllt werden. In diesem schönen Lande nüchternen Denkens und Handelns mit seinen politischen und religiösen Gegensätzen, seinen vom Kriege her blutenden Wunden durfte man den Schwerpunkt des Universitätsunterrichts nicht etwa darauf verlegen, einseitig und voreilig deutschen Patriotismus zu predigen, sondern man mußte einfach zeigen, daß die Universität nicht im Dienste der Tagespolitik, sondern in dem der Wahrheit steht, daß sie auf allen Gebieten Gutes, Brauchbares, Nützliches den Landeskindern bietet, daß sie Früchte zeitigen kann, die man in ganz Deutschland wie in ganz Frankreich zu schätzen wisse.

Der Geist, die Methoden, die wissenschaftlichen Richtungen, die 1872 in Straßburg sich zusammenfanden, haben dann mehr oder weniger auf allen Universitäten gesiegt. Es war damit auch gegeben, daß der nüchterne, vorsichtigere realistische Betrieb der Wissenschaft nicht mehr so direkt wie der ältere Idealismus, ich möchte sagen durch große Schlagwörter, auf die Massen wirken konnte. Aber der indirekte Einfluß der Universitäten ist, glaube ich, heute ein um so größerer. Die Zahl der Studierenden ist gewachsen und das, was sie aus den Universitäten mitbringen; sie lernen und wissen heute mehr und Sichereres, Brauchbareres. Wir brauchen also nicht zu verzagen, daß man uns nicht genug anerkenne, daß man heute weniger von den Professoren rede. Und vollends diese Hochschule wirkt heute so segensvoll, wie je eine große, neu gegründete Universität es getan hat. Möge ihr stets nur gelingen, so an der Spitze des wissenschaftlichen Fortschritts zu bleiben wie bisher. Straßburg und die anderen deutschen Universitäten sind heute so sehr wie jemals die Hüter des heiligen Feuers, aus dem die geistige Kraft der Nation hervorgeht. Sie sind die Bildungsanstalten, welche die berechtigtste Form der Aristokratie erzeugt, die des Geistes und des Charakters, — die Aristokratie, welche in Deutschland bisher stets vorherrschte, welche stets im Bunde stand mit den monarchischen Traditionen, welche die Kraft unseres Staatswesens ausmachen, und mit den echt und gesund demokratischen Tendenzen, wie sie der Gesittung der Gegenwart entsprechen!"





